

Soziale Lage in Bayern 2013

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



das hohe Niveau des von Ihnen und uns allen geschaffenen Wohlstandes in Bayern wie auch die guten Teilhabechancen für alle sind zu einem besonderen Markenzeichen für unser Land geworden. Dies zieht Menschen aus aller Welt an.

Hier in Bayern lässt es sich gut leben und arbeiten. Aber wie jedes Land stehen auch wir vor großen Herausforderungen. Schon das Erreichte langfristig zu erhalten, verlangt gerade angesichts des demografischen Wandels und des internationalen Wettbewerbs immer wieder all unsere Anstrengungen. Und kaum etwas ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte: So gibt es auch bei uns Armutsgefährdung, Menschen, die staatliche Grundsicherung brauchen, Niedrigeinkommen und ungenutzte Potentiale bei Frauen, Jüngeren und Älteren auf dem Arbeitsmarkt.

Es ist das erklärte Ziel der Bayerischen Staatsregierung für diese Legislaturperiode, Bayern noch besser zu machen: noch stärker, noch sozialer, noch teilhabegerechter, noch chancenreicher. Wir setzen dabei auf die Kraft der solidarischen Leistungsgesellschaft: Wohlstand durch Arbeit, Zukunft durch und für Familien, verlässliche Solidarität und gelebter Zusammenhalt.

Bildung und Ausbildung sind die Grundlagen für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung. Wir wollen die gute Arbeitsmarktlage nutzen und unsere Arbeitsmarktförderung stärker auf diejenigen fokussieren, die es schwer haben. Das bedeutet bessere Chancen für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitslose, junge Menschen ohne Ausbildung, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung und Migranten. Das hilft uns auch, den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken. Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und Familien finanziell, strukturell und ideell unterstützen. Wir werden den Weg zur inklusiven Gesellschaft weitergehen und Bayern barrierefrei machen. Und wir wollen eine Willkommenskultur für neue und künftige Leistungsträger entwickeln, damit Integration noch besser gelingt.

Die Konzeption des Datenreports 2013 zur sozialen Lage in Bayern ist wieder so gewählt, dass Sie auf jeder Seite zu einem Thema eine möglichst aus sich selbst heraus verständliche Abbildung finden, die in einem Begleittext erläutert wird, oft ohne den ganzen Informationsgehalt der Darstellung erschöpfend zu interpretieren. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Berichtes ist der Arbeitsmarkt: Er ist neben den Familien die wichtigste Basis für unseren Wohlstand und sozialen Ausgleich. Und gute Arbeit ist die beste Altersvorsorge.

Emilia Müller Staatsministerin

levilia luitter

Inhalt

Vorv	wort	5
Vorb	pemerkung	8
Sozia	ale Lage in Bayern – Überblick	10
1. Ra	ahmenbedingungen	16
1.0	Überblick	
1.2	Öffentliche Schulden	
1.3	Siedlungsstruktur	
1.4	Bevölkerungsstruktur	26
2.	Wohlstand	32
2.0	Überblick	32
2.1	Indikatoren zum Lebensstandard	36
2.2	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	39
2.3	Mittlerer Lebensstandard	44
2.4	Armutsgefährdung	52
2.5	Überschuldung und Zurechtkommen mit dem Einkommen	64
2.6	Reichtumsquote	68
2.7.1	Einkommensquellen: Löhne, Gehälter	72
2.7.2	Einkommensquellen: Kapitaleinkommen	83
2.7.3	Einkommensquellen: Renten	85

3.	Arbeitsmarkt	102
3.0	Überblick	102
3.1	Definition, Indikatoren	
3.2	Beste Arbeitsmarktsituation in Bayern	
3.3	Arbeitsmarkt und Konjunktur	
3.4	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	
3.5	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	
3.6	Beschäftigungsformen	
3.6.1	Beschäftigungsformen – Teilzeit	
	Beschäftigungsformen – Mini- und Midi-Jobs	
	Beschäftigungsformen – Befristete Beschäftigung	
	Beschäftigungsformen – Zeit-/Leiharbeit	
	Beschäftigungsformen – Sonstiges	
3.7	Arbeitslosigkeit	
3.8	Ausbildungsstellenmarkt	179
4.	Soziale Leistungen	194
4.0	Überblick	194
4.1	Sozialhaushalt	197
4.2	Mindestsicherung insgesamt	201
4.3	Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	
4.4	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
4.5	Wohngeld	
4.6	Sozialhilfe	
4.7	Asyl	233
4.8	Elterngeld, Kinderbetreuung	

Vorbemerkung

Hinweise auf Datenquellen zur eigenen Recherche und Dank an die Bearbeiter des Berichtes

Analysen und Daten zur sozialen Lage in Bayern sind über diesen Bericht hinaus – neben den verschiedenen Berichten im Internet-Angebot des StMAS wie z.B.

- http://www.stmas.bayern.de/
- http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/index.php
- http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/dritter-bericht.php
- http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/leben-by/index.htm
- http://www.stmas.bayern.de/integration/material/index.php

aktuell z.B. unter folgenden Links abrufbar:

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,

http://www.statistik.bayern.de/

Sozialberichterstattung und Ländervergleiche der statistischen Ämter und anderer Institutionen der Länder und des Bundes, so z.B.

- http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/
- ► https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/DatenreportDownloadAktuell. html
- http://www.sozialpolitik-aktuell.de/
- http://www.mais.nrw.de/sozber/sozialberichte_anderer_institutionen/national/bund/ index.php
- http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/
- http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/Soziooekonomische_Grunddaten.pdf

Regionalatlanten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

- http://www.destatis.de/regionalatlas
- http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/
- http://www.ak-etr.de/

Landes- und Regionalplanung in Bayern

http://www.inka.bayern.de/

Bundesagentur für Arbeit, z.B.

- http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analyse-in-Grafiken/Analyse-in-Grafiken-Nav.html
- http://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/service/Ueberuns/Regionaldirektionen/Bayern/ZahlenDatenFakten/index.htm

Darüber hinaus kann zu gruppenspezifischen Lebenslagen auf Berichte z.B. aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration verwiesen werden wie z.B.

Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern,

- http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm ifb-Familienreport, Tabellenband 2011,
- http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2011_1.pdf Bayerns Regionen Räume für soziale Zukunft. Informationen zur sozialen Entwicklung bayerischer Regionen.
- http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/sozialpolitik/ info-regionen.pdf

Ein besonderer Dank im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Berichtes gilt neben den Bearbeitern im Staatsministerium folgenden Personen und Dienststellen:

- Prof. Dr. Ernst Kistler, Carolin Baier, Antje Hoffmann, Markus Holler, Daniel Kühn (INIFES)
- in Zusammenarbeit mit Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller, Dr. Daniel Werner (IAB-Regional)
- ► als auch Herrn Thomas Müller (IT.NRW)
- sowie den "hilfreichen Geistern" beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
- und Herrn Edgar Kruse, Herrn Dr. Michael Stegmann und Herrn Andreas Dannenberg im Geschäftsbereich Finanzen und Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Soziale Lage in Bayern – Überblick

Beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven: Basis unseres Wohlstandes

- ▶ Bayern ist wirtschaftlich stark und hat die beste Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Das reale Wirtschaftswachstum betrug seit dem Jahr 2000 bis 2012 insgesamt 23%, das von allen Erwerbstätigen geleistete Arbeitsvolumen nahm um 4% zu. Gleichzeitig wuchs (inflationsbereinigt) das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner um 6%. In allen Regierungsbezirken ist die Arbeitslosenquote gesunken, besonders in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Unterfranken und Oberfranken.
- Bayern wies im Jahr 2011 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 3.400 Euro je Einwohner nach Sachsen (rd. 2.200 Euro) die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf (bundesweiter Durchschnitt der Länder, Gemeinden, Gemeindeund Zweckverbände: 9.200 Euro). Damit leistet Bayern einen wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit.
- ▶ Der ländliche Raum in Bayern ist Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum für rund 7 Millionen Menschen, d.h. rund 56% der Bevölkerung. Der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen sind damit von besonderer Bedeutung. Verdichtungsräume und ländliche Räume unterscheiden sich weniger bei den realen Einkommen als vielmehr bei der Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und der Infrastruktur: So haben Verdichtungsräume oft höhere Armutsgefährdungsquoten, in ländlichen Räumen ist die Arbeitslosenquote oft niedriger.
- ► In Bayern leben die meisten Menschen (53%) in Familien. Neben Baden-Württemberg ist dies der höchste Wert im Bundesvergleich. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich dennoch: Auch in Bayern gibt es immer weniger Haushalte mit Kindern und immer mehr Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder. Mit einem Anteil von 40,3% ist der am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt, gefolgt von

den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (Anteil 32,1%). In 27,6% der Haushalte lebten Kinder. Die demografischen Herausforderungen liegen für Bayern bei den alters- und regionenbezogenen Veränderungen. Während der letzten 10 Jahre hatte Bayern (nach dem Stadtstaat Hamburg) mit 2,2% das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer. Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich auf 12,69 Mio. Einwohner in 2021 und beginnt danach langsam bis 2031 auf rund 12,61 Mio. Einwohner zu sinken.

Bundesweit mit der höchste Lebensstandard:

- Bayerns Bürgerinnen und Bürger haben volkswirtschaftlich das bundesweit im Durchschnitt höchste verfügbare Einkommen je Einwohner (2011: 22.100 Euro pro Jahr).
- ► Der mittlere Lebensstandard (das sogenannte mediane Nettoäquivalenzeinkommen) ist - im Gegensatz zum volkswirtschaftlich durchschnittlich verfügbaren Einkommen - ein Verteilungsmaß, denn es beziffert den Lebensstandard jener Haushalte, die in der Mitte der Gesellschaft leben, während Durchschnittseinkommen von sehr hohen, aber wenigen Einkommen stark beeinflusst werden, die nicht typisch für die "Mitte der Gesellschaft" sind. Dieser mittlere Lebensstandard war in Bayern in 2012 real rund 3% höher als im früheren Bundesgebiet und 6% höher als in Deutschland. Den höchsten mittleren Lebensstandard unter den Altersgruppen genossen in Bayern 2012 die 25- bis 64-Jährigen (109%, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit 100%). Für junge Menschen unter 25 Jahren lag er bei 94%, für Ältere (65 Jahre und älter) bei 85%.
- Armutsgefährdung in entwickelten Volkswirtschaften vorrangig ein Einkommensverteilungsmaß: Personen mit einem Einkommen von weniger als 60% des mittleren (medianen) Nettoäquivalenzeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Auf Basis der bundesweiten Armuts-

gefährdungsschwelle (= 60% des bundesweiten Medianeinkommens) – die für einen Vergleich der alten Bundesländer am ehesten eine Vergleichsbasis darstellt - hatte Bayern 2012 mit einer Armutsgefährdungsquote von 11,2% die zweitniedrigste Quote unter allen Bundesländern (alte Bundesländer: 14,0%, Deutschland: 15,2%). Auf Basis der bayerischen Armutsgefährdungsschwelle (diese lag in Bayern 2012 für einen z.B. Einpersonen-Haushalt bei 942 Euro verfügbarem Einkommen pro Monat) betrug die Armutsgefährdungsquote in Bayern in 2012 14,3%. Sie hat sich gegenüber 2005 nicht signifikant verändert, während sie sich in den früheren westdeutschen Bundesländern um 0,8 Prozentpunkte erhöhte. Damit ergab sich für Bayern eine Zahl von rund 1,7 Mio. armutsgefährdeten Personen. Die Wirtschaftskrise 2009 hat die Armutsgefährdungsquote nicht erhöht, was zeigt, dass die Systeme der sozialen Sicherung funktionieren.

- Überschuldung privater Personen in Bayern bundesweit am geringsten: Eine Überschuldung liegt vor, wenn ein Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch (weitere) Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. In Bayern waren 2012 relativ am wenigsten Privatpersonen von Überschuldung betroffen (bundesweit 9,6 % aller Privatpersonen, in Bayern 7,0 %).
- ► Wie die Armutsgefährdungsquote ist auch die Reichtumsquote ein Einkommensverteilungsmaß: Als "reich" werden Personen bezeichnet, die in Haushalten leben, deren Äquivalenzeinkommen 200% des mittleren Einkommens aller Haushalte übersteigt. Gemessen an einer bundesweit einheitlichen Reichtumsschwelle ist die Reichtumsquote in Bayern mit 10,4% rund 1 Prozentpunkt höher als in Westdeutschland (9,1%).
- ► Ein besonders aussagefähiges Einkommensverteilungsmaß ist die Schichtung der Einkommen der Bevölkerung nach Dezilen: Es zeigt, wie das Äquivalenzeinkommen nach aufsteigenden Einkommensdezilen (jeweils 10% der Bevölkerung)

- zunimmt. Im Jahr 2012 hatten die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung in Bayern ein durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von 637 Euro. Im höchsten Einkommensdezil lag das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen bei 4.304 Euro. Im Zeitraum 2008 bis 2012 stieg der Abstand zwischen dem einkommensschwächsten und dem einkommensstärksten Dezil von 3.472 Euro auf 3.667 Euro bzw. um 5,6% (jeweils inflationsbereinigte Werte).
- Bayerns Bürgerinnen und Bürger verfügen im Durchschnitt über ein hohes Privatvermögen (aktuellste Daten für das Jahr 2008). Demnach verfügten die Privathaushalte in Bayern über ein medianes Nettogesamtvermögen (einschließlich Immobilien) von 71.200 Euro, im früheren Bundesgebiet von 39.800 Euro, in Deutschland von 32.000 Euro. Das bedeutet für viele Menschen auch eine überdurchschnittliche Alterssicherung in Bayern im Vergleich zu Westdeutschland.
- Löhne: Der Niedriglohnsektor als ein Beschäftigungsbereich auch für beruflich weniger Qualifizierte hat in Bayern wie in Deutschland langfristig zugenommen. Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich liegt vor, wenn bei Vollzeittätigkeit ein Bruttolohn von unter zwei Drittel des Medianlohnes aller Vollzeitbeschäftigten bezogen wird (2010 in Bayern unter 1.901 € Bruttolohn pro Monat). Der Anteil Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnbereich stieg von 14,5 % im Jahr 2000 auf 17,9 % im Jahr 2010 in Bayern an und war einen halben Prozentpunkt niedriger als in Westdeutschland.
- Renten der gesetzlichen Rentenversicherung: Im Jahr 2012 fielen die durchschnittlichen neuen Versichertenrenten (das sind die im Betrachtungsjahr zum ersten Mal ausbezahlten Renten) wie auch die Bestandsrenten (Gesamtheit aller Versichertenrenten, die in einem Jahr ausbezahlt wurden) in Bayern etwas niedriger aus als im westdeutschen Durchschnitt (706 versus 715 bzw. 746 versus 766 Euro) aufgrund niedrigerer Renten der Männer. Hier wirken nach wie vor frühere Wirtschaftsstrukturen in Bayern (überproportionale Anteile von Landwirtschaft, Fremdenverkehr usw.) nach. Die

Renten der Frauen liegen in Bayern bei allen genannten Rentenarten etwas über dem Wert für Westdeutschland. Das Wegfallalter der Renten wegen Todes ist in Bayern aufgrund einer höheren Lebenserwartung etwas höher als bundesweit (Bayern: Frauen 83,8 Jahre, Männer 79,1 Jahre, Bundesgebiet: Frauen 83,4 Jahre, Männer 78,8 Jahre).

Der Arbeitsmarkt in Bayern: Derzeit am besten in Deutschland

- Bayern verzeichnet seit 2009 die geringste Arbeitslosenquote sowie seit 2008 die höchste Erwerbstätigenquote aller Bundesländer. Das Ziel der Vollbeschäftigung – nach einer definitorischen Festlegung bei einer Arbeitslosenquote unter 3% ist in vielen Regionen in Bayern in 2013 erreicht. Bayern hatte 2012 mit einer Quote von 3,7 % die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 6,8%, Westdeutschland: 6,4%, jeweils berechnet auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen). Die Bekämpfung struktureller Langzeitarbeitslosigkeit, die Arbeitsmarktchancen gering Qualifizierter und Älterer, die Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnbereich sowie ein in Teilbereichen möglicher Fachkräftemangel sind die aktuell größten Herausforderungen für die Unternehmen und die Arbeitsmarktpolitik.
- ▶ Bayern konnte dank gutem Wirtschaftswachstum (2000 bis 2012: real 22,9%; Deutschland: 14,2%) einen Anstieg des Arbeitsvolumens (Gesamtheit aller geleisteten Erwerbs-Arbeitsstunden) verzeichnen: Das Arbeitsvolumen stieg von 2000 bis 2012 in Bayern um 3,7%, in Deutschland nur um 0,3%. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm dabei in Bayern kräftig um 9,3% zu (Deutschland: 5,7%).
- ► Die Erwerbstätigenquote ist in Bayern mit rund 76,2 % die höchste unter den Bundesländern (Deutschland: 72,6 %, jeweils 2012). Die Erwerbs-

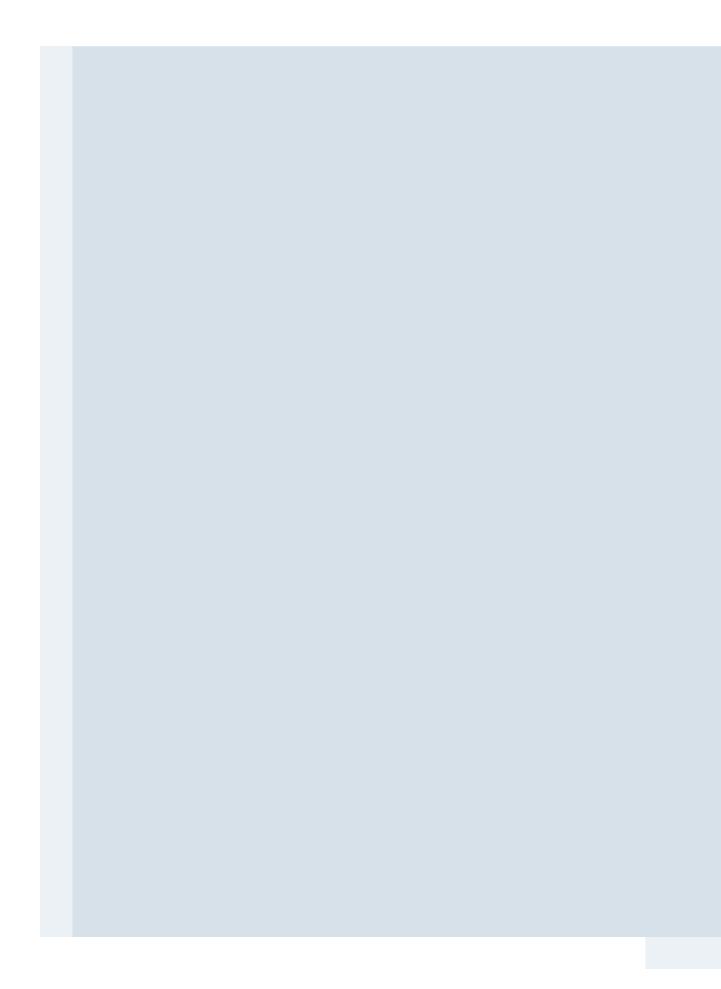
- tätigenquote der Frauen in Bayern erhöhte sich allein im Zeitraum 2000 bis 2012 von 62,3% auf 70,8% um über 8 Prozentpunkte, bei den Männern kam es zu einem Anstieg von 78,5% im Jahre 2000 auf 81,6%. Auch die Erwerbstätigenquote der 55-bis unter 65-Jährigen ist in Bayern mit 63,4% höher als im Bundesgebiet (61,2%) und erheblich höher als die durchschnittliche Quote von 48,9% in der Europäischen Union (EU-27).
- Ausreichendes allgemeines Erwerbspersonenpotential: Aufgrund des allgemeinen Erwerbspersonenpotentials ist in Bayern eine Limitierung des
 allgemeinen Wirtschaftswachstums pro Kopf bis
 in die Jahre nach 2020 derzeit nicht zu prognostizieren (in einzelnen Segmenten gab und gibt es im
 Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels immer
 wieder Arbeitskräftemangel). Berufsspezifische
 Engpässe bestehen gleichwohl insbesondere in
 Pflegeberufen und sind oftmals durch die Attraktivität der Berufe bedingt.
- Atypische Beschäftigungsformen (Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leih-/Zeitarbeit) sind in Bayern weniger verbreitet als im Bundesgebiet. Der Anteil von Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen hat sich zwischen 2001 und 2012 mit zyklischen Schwankungen in Bayern von rund 24 auf 37% erhöht, in West- wie Gesamtdeutschland von 26 auf 39%. Rund 7% der Arbeitsverhältnisse waren 2012 befristet, der Anteil der Leih-/Zeitarbeit an allen Beschäftigten betrug bayernweit lediglich rund 1%.
- Betriebe mit Tarifvertrag: In den Jahren 2001 bis 2012 ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag von 70% auf 57% zurückgegangen.
- Ausbildungsstellenmarkt: In 2012 ergab sich in Bayern nach 2011 erneut rechnerisch eine im landesweiten Durchschnitt positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als gezählten Bewerberinnen und Bewerbern (bundesweit gleiche Entwicklung).

Soziale Leistungen – in Bayern sind weniger Menschen auf Systeme der Mindestsicherung angewiesen

- Bayern hat die niedrigste Mindestsicherungsquote bundesweit¹ (2011, Bayern: 4,3 %, Bundesgebiet: 8,9 %). Im regionalen Vergleich waren in Mittelund Oberfranken mit einer Mindestsicherungsquote von 6,0 % bzw. 4,7 % zum Jahresende 2011 die Menschen etwas häufiger als im bayerischen Durchschnitt (4,3 %) auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. In allen kreisfreien Städten lag die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen waren die Quoten zumeist niedriger.
- ► Niedrige Quoten auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Ende 2012 nahmen 2,5 % aller Personen im Alter von 65 Jahren und älter Leistungen der Grundsicherung in Anspruch (Frauen 2,7 %, Männer 2,2 %; bundesweit insgesamt 2,7 %). Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 369 Euro wurden 2012 im Schnitt 438 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt.
- ▶ Wohngeld in Bayern geringste Quote: Bayern verzeichnete im Jahr 2011 den geringsten Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten unter allen Bundesländern (2011, Bayern: 1,2%, Deutschland: 1,9%). Von den Wohngeldempfängern waren im Jahr 2012 in Bayern 46% Rentner/-innen, 21% Arbeiter/-innen und 16% Angestellte / Beamte/-innen. Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 110 Euro beim Mietzuschuss und 136 Euro beim Lastenzuschuss (Wohneigentümer).
- ► Elterngeld zunehmende Inanspruchnahme: Das 2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt. Insgesamt haben rund 34.000 Mütter und Väter in Bayern für ihre im 1. Vierteljahr 2012 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Die Inan-

- spruchnahmequote der bayerischen Väter stieg gegenüber denjenigen, deren Kinder vier Jahre früher bzw. im 1. Vierteljahr 2008 geborenen wurden, um 11,5 Prozentpunkte auf 36,3%.
- Kinderbetreuung hohe und schnell zunehmende Betreuungsquoten: In Bayern haben zum 1.3.2013 die Eltern von rund 80.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe entsprach 24,8 % mit einer regionalen Spannbreite von 11,3 bis 40 % (bundesweit 29,3 % wegen sehr hoher Quoten in Ostdeutschland). Im Zeitraum 2006 bis 2013 hat sich die Quote in Bayern verdreifacht – mit weiterhin steigender Tendenz.

¹ Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung z\u00e4hlen: Grundsicherung f\u00fcr Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld), laufende Hilfe zum Lebensunterhalt au\u00dferhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, laufende Leistungen der Kriegsopferf\u00fcrsorge.



Soziale Lage in Bayern 2013

1. Rahmenbedingungen

1.0 ÜBERBLICK

Wirtschaftliche und demografische Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Beste Rahmenbedingungen: Bayern ist wirtschaftlich stark und hat die beste Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Mit einem Haushalt ohne Neuverschuldung sind die Grundlagen für einen erfolgreichen "Aufbruch Bayern" auch für kommende Generationen gelegt.

Wirtschaftskraft 2000 bis 2012: Das anhaltende Wirtschaftswachstum führte zu steigenden Einkommen und einem höheren Arbeitsvolumen. Das reale Wirtschaftswachstum betrug seit dem Jahr 2000 bis 2012 23% (davon 19 Prozentpunkte aus Rationalisierungsfortschritten), das von allen Erwerbstätigen geleistete Arbeitsvolumen nahm um 4% zu. Gleichzeitig wuchs das volkswirtschaftlich durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner inflationsbereinigt um 6%. Bei der Wirtschaftskraft je Einwohner lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 36.865 Euro je Einwohner bundesweit unter den Flächenländern auf dem 2. Platz. In den letzten 10 Jahren (2002 – 2012) verzeichnete Bayern mit einer Zunahme des realen (inflationsbereinigten) Bruttoinlandsprodukts von 18,1 % sogar das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Sowohl die langfristigen Trends als auch die aktuellen Rahmenbedingungen lassen erwarten, dass sich die Wirtschaftskraft in Bayern in den nächsten Jahren in einem ähnlichen Tempo weiterentwickeln wird.

Wirtschaftsentwicklung in den Regierungsbezirken:

Ausnahmslos in allen Regierungsbezirken ist die Arbeitslosenquote (in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Unterfranken und Oberfranken sogar um mehr als 2,5 Prozentpunkte) gesunken. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in Bayern dreimal stärker zu als das Arbeitsvolumen, was auf einen wesentlich

höheren Anteil von Teilzeitarbeitenden zurückzuführen ist. Die Unterschiede beim realen volkswirtschaftlich verfügbaren (preisbereinigten) Einkommen je Einwohner waren 2009 zwischen den Regierungsbezirken relativ gering. In allen Regierungsbezirken (mit Ausnahme von Oberfranken mit einem Rückgang des Arbeitsvolumens um 6% und der Erwerbstätigen um 1,3% bzw. Mittelfranken beim real verfügbaren Einkommen mit –0,4%) ist seit dem Jahr 2000 eine Zunahme beim Arbeitsvolumen, bei den Erwerbstätigen am Arbeitsort sowie bei den real verfügbaren Einkommen zu verzeichnen.

Öffentliche Schulden: Bayern wies im Jahr 2011 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 3.400 Euro je Einwohner nach Sachsen (rd. 2.200 Euro) die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf. Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeindeund Zweckverbände rd. 9.200 Euro und lag damit fast dreimal so hoch wie in Bayern.

Ländlich geprägte Siedlungsstruktur: Der ländliche Raum in Bayern umfasst rund 85 % der Landesfläche und ist Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum für rund 7 Millionen Menschen, d.h. rund 56 % der Bevölkerung. Der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen sind damit von besonderer Bedeutung.

Verdichtungsräume und ländliche Räume unterscheiden sich weniger durch die realen Einkommensunterschiede als vielmehr bei der Bevölkerungsstruktur, dem Arbeitsmarkt und der Infrastruktur: So haben Verdichtungsräume einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil und höhere Armutsgefähr-

dungsquoten. In ländlichen Räumen ist die Arbeitslosenquote oft niedriger und die Notwendigkeit z.B. einer Grundsicherung im Alter geringer.

Entwicklung der Haushaltsstruktur 2000 bis 2012:

Immer weniger Haushalte mit Kindern und immer mehr Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder prägen die Bevölkerungsstruktur.

- Von den insgesamt rund 6,16 Mio. Haushalten in Bayern 2012 war mit einem Anteil von 40,3% (2,49 Mio.) der am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt, gefolgt von den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (Anteil 32,1% bzw. 1,98 Mio. Haushalte). In 27,6% der Haushalte bzw. rund 1,7 Mio. Haushalten lebten Kinder.
- ► Im Zeitraum 2000 bis 2012 nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte um 27,7 % und die der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder um 9,6 % zu, während die Zahl der Haushalte mit Kindern um 4,1 % weiter zurückging.
- Die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern schrumpfte im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 4,4%, ähnlich verlief die Entwicklung bei den Haushalten mit 2 Erwachsenen und einem Kind mit −4,8%. Den stärksten Rückgang gab es bei den Haushalten mit 3 und mehr Kindern (−19,4%). Deutlich zugenommen hat die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden: +24,8% mit einem Kind, +26,2% mit 2 Kindern.

Bevölkerung Bayerns nach wie vor wachsend:

Während der letzten 10 Jahre hatte Bayern nach dem Stadtstaat Hamburg mit einem Zuwachs von 2,2% das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer und lag damit weit über dem Bundesdurchschnitt von 0,7 %. Bevölkerungsrückgänge waren insbesondere in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.

Der bayernweite Bevölkerungszuwachs konzentrierte sich vorrangig auf die Verdichtungsräume und deren Umfeld. Auf Regierungsbezirksebene lag Oberbayern mit einer Zunahme von 8,5 % weit vor allen anderen Regierungsbezirken.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2011 bis 2031: Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich auf 12,69 Mio. Einwohner in 2021 und beginnt danach langsam bis 2031 auf rund 12,61 Mio. Einwohner zu sinken. Es wird voraussichtlich zu einem kontinuierlichen Rückgang der bis zu 20-Jährigen um rund 12,3% kommen. Bei den 20- bis unter 65-Jährigen ist bis etwa 2017 eine steigende Personenzahl zu erwarten, danach wird ein Rückgang bis 2031 um rund 6,2% unter das Niveau von 2011 erwartet. Kontinuierlich zunehmen wird bis 2031 die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2011.

Regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2031: Nach derzeitiger Bevölkerungsprognose wird bis 2031 die Zahl der Menschen, die in ländlichen Regionen leben, in Bayern um 3,1 % zurückgehen, in Verdichtungsräumen hingegen noch teils stark ansteigen (+4,3%).

Von dem erwarteten Bevölkerungsrückgang sind besonders östliche und nördliche Landesteile mit Rückgängen von teils mehr als 10% betroffen. Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Landshut und nördlich davon noch Regensburg. Der Region Nürnberg/Erlangen/Fürth wird eine moderate Zunahme prognostiziert.

1.1 WIRTSCHAFTSKRAFT

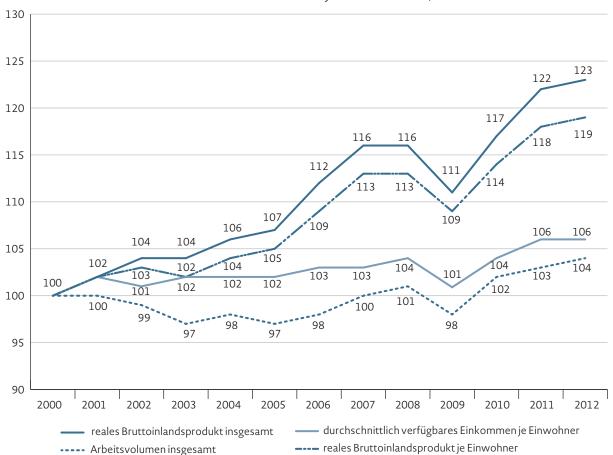
Wirtschaftskraft 2000 bis 2012: Anhaltendes Wirtschaftswachstum durch hohe Rationalisierungsfortschritte sowie steigendes Einkommen und Arbeitsvolumen

Im Zeitraum 2000 bis 2012 stieg die Wirtschaftskraft (reales Bruttoinlandsprodukt) in Bayern um insgesamt 23% und je Einwohner um 19%. Die von allen Erwerbstätigen geleistete Arbeit (das Arbeitsvolumen) nahm dabei um 4% zu.

Gleichzeitig wuchs das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner im Inland real (ohne inflationäre Preissteigerungen) um 6 %, d.h. das Wirtschaftswachstum je Einwohner wirkte sich zu rund einem Drittel einkommenserhöhend aus.

Die Wirtschaftskrise 2009 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 3,9% war bereits 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von 4,6% ausgeglichen.

Darstellung 1.1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes, des real verfügbaren Einkommens je Einwohner und des Arbeitsvolumens in Bayern 2000 bis 2012, 2000 = 100 Prozent



Quelle: Eigene Berechnung nach Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder

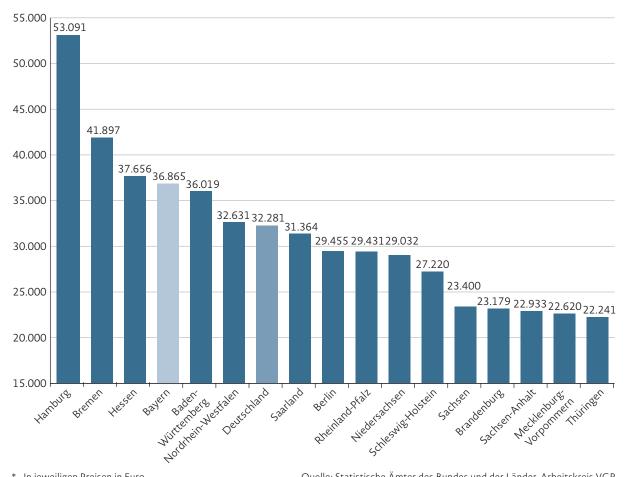
Allgemeine Wirtschaftskraft je Einwohner 2012: In Bayern überdurchschnittlich

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist der am häufigsten verwendete Indikator für die allgemeine Wirtschaftskraft in einem Land. Es bemisst den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden, wobei die Chancengleichheit, an den Gütern teilzuhaben, nicht Inhalt dieses Indikators ist (siehe Kapitel 2). Allerdings werden unentgeltliche Leistungen (wie Familien- und Hausarbeit mit Kinderbetreuung, Pflege Angehöriger, Heimwerkertätigkeiten, Ehrenamt) sowie andere offiziell nicht erfasste Leistungen (z.B. in privaten Haushalten) nicht berücksichtigt.

Bei der allgemeinen Wirtschaftskraft lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 36.865 Euro je Einwohner 2012 bundesweit unter den Flächenländern auf Platz 2. Nur Hessen hatte mit 37.656 Euro ein etwas höheres Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Im europäischen Vergleich hatte Bayern nach Luxemburg, Norwegen und Schweden das höchste BIP je Einwohner (2010; vgl. Darstellung R1 im Materialien-

Die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner weisen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen auf. Diese wird jedoch maßgeblich bzw. in deutlich höherem Umfang durch die Stadt-Umland-Verflechtungen erhöht. Unternehmenskonzentrationen und hohe Einpendlerüberschüsse aus dem Umland erhöhen die Wirtschaftsleistung in den Stadtstaaten, weshalb diese nicht mit Flächenstaaten vergleichbar sind.

Darstellung 1.2: Bruttoinlandsprodukt* je Einwohner** nach Bundesländern 2012, in Euro



^{*} In jeweiligen Preisen in Euro

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitskreis VGR

^{**} Einwohner 2012: Stichtag 30.06.

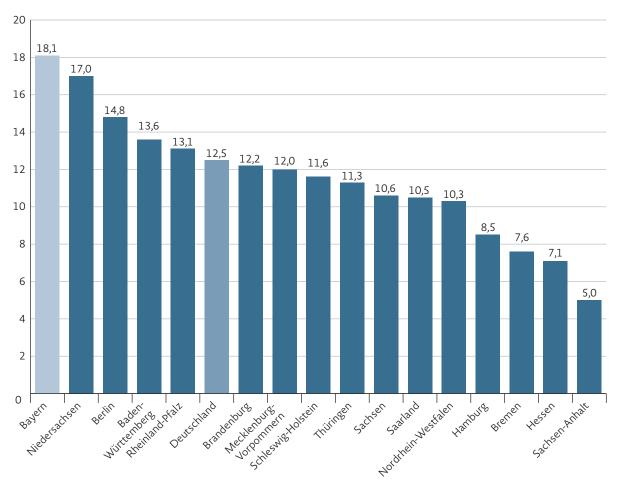
Stärkstes Wirtschaftswachstum in Bayern im Zeitraum 2002 bis 2012

In den letzten zehn Jahren verzeichnete Bayern mit einer Zunahme des realen (inflationsbereinigten) Bruttoinlandsprodukts von 18,1 % vor Niedersachsen (17,0 %) und Berlin (14,8 %) das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.

Das bayerische Wirtschaftswachstum lag damit deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 12,5%.

Auch in den anderen beiden großen deutschen Bundesländern mit jeweils mehr als 10 Mio. Einwohnern, in Nordrhein-Westfalen mit 10,3 % und Baden-Württemberg mit 13,6 %, fiel das reale Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2002 bis 2012 deutlich geringer aus als in Bayern mit 18,1 %. Das geringste Wirtschaftswachstum verzeichnete Sachsen-Anhalt mit 5 %, gefolgt von Hessen (7,1 %), Bremen (7,6 %) und Hamburg (8,5 %).

Darstellung 1.3: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts* nach Bundesländern im Gesamtzeitraum 2002/2012 in Prozent



^{*} preisbereinigt

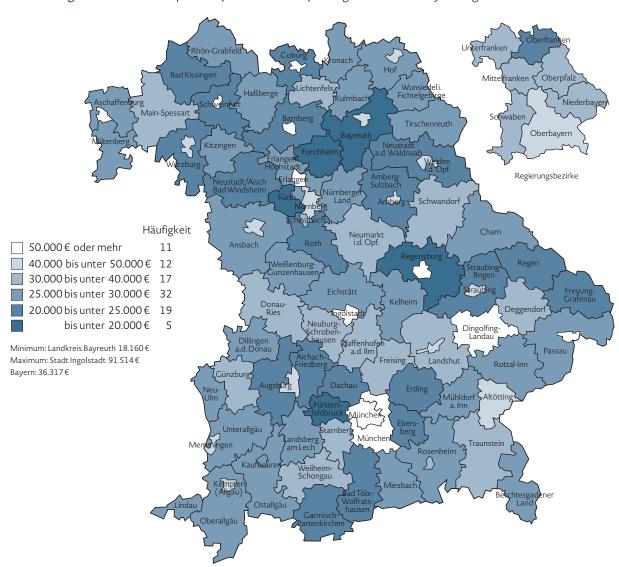
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitskreis VGR

Regionale Wirtschaftskraft 2011: Besonders hoch in städtischen Regionen

Die Wirtschaftskraft je Einwohner differiert in den Regionen in erster Linie aufgrund der Unternehmensansiedlungen, Branchenstruktur und Pendlerbewegungen. So kam auf jeden Einwohner des Regierungsbezirks Oberfranken im Jahr 2011 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 29.834 Euro. Im Gegensatz dazu erwirtschaftete jeder Einwohner des Regierungsbezirks Oberbayern durchschnittlich 43.394 Euro. Gründe hierfür sind u.a. eine andere Produktionsstruktur, Produktpalette, ein höherer Anteil Erwerbstätiger und unterschiedliche Pendlerbewegungen über die Grenzen der Regierungsbezirke.

Eine tiefere Differenzierung nach kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt ein Stadt-Land-Gefälle, das maßgeblich durch Pendlerverflechtungen beeinflusst wird. In den kreisfreien Städten Schweinfurt, Passau, Coburg, Erlangen, Regensburg und Bamberg waren sogar mehr Bewohner aus den meist umliegenden Landkreisen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Bewohner der Städte selbst, was natürlich die Wirtschaftskraft (aber keineswegs den Lebensstandard) der Städte deutlich erhöht und des Umlands deutlich schmälert.

Darstellung 1.4: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in jeweiligen Preisen in Bayern regional 2011 in Euro



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

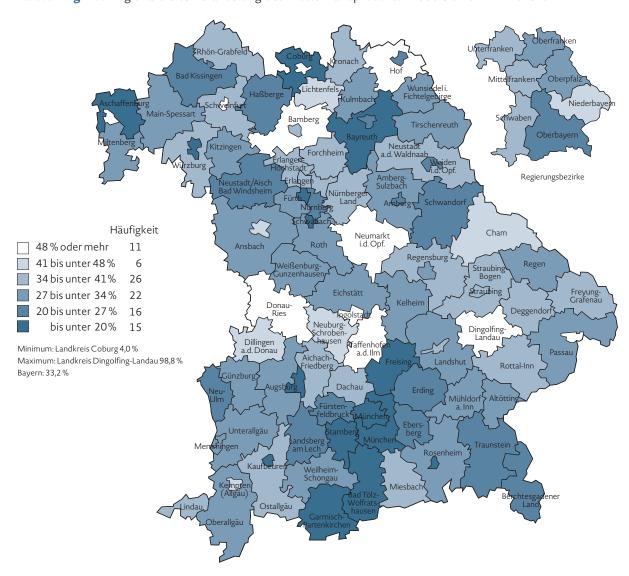
Regionale Wirtschaftsentwicklung 2000 bis 2011: Unterschiede innerhalb der Regierungsbezirke ausgeprägter als zwischen den Regierungsbezirken

Bayernweit wuchs das Bruttoinlandsprodukt von 2000 bis 2011 um nominal 33,2% (real – also preisbereinigt – entsprach dies 22,0%).

Auch beim Wirtschaftswachstum gilt wie beim Wirtschaftsniveau je Einwohner: Die Unterschiede

innerhalb der Regierungsbezirke sind wesentlich ausgeprägter als zwischen den Regierungsbezirken. Ein allgemeines Stadt-Land-Gefälle beim Wirtschaftswachstum besteht nicht.

Darstellung 1.5: Regionalisierte Veränderung des Bruttoinlandprodukts* 2000 bis 2011 in Prozent



^{*} in jeweiligen Preisen

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, VGR der Länder

Wirtschaftsentwicklung in den Regierungsbezirken: Überall Rückgang der Arbeitslosenquote, Unterschiede beim Arbeitsvolumen und bei der Einkommenszunahme

Regionaldaten sind oftmals erst mit mehrjähriger Verzögerung verfügbar, so dass nachfolgende Zeitreihen – mit Ausnahme der Arbeitslosenquoten – bei 2009 oder 2010 enden. Die wirtschaftliche Erholung im Anschluss an die Finanzkrise in Jahr 2009, die in Bayern einen Anstieg der real verfügbaren Einkommen je Einwohner um rund 5% bis 2011 bewirkte, bleibt bei den meisten Regionaldaten damit noch unberücksichtigt.

Die Arbeitslosenquote sank im Zeitraum 2000 bis 2012 in allen Regierungsbezirken, am meisten in Oberfranken (-3,2 Prozentpunkte), am wenigsten in Oberbayern (-0,8 Prozentpunkte). Dennoch hatte im Zeitraum 2000 bis 2010 Oberbayern das stärkste Wachstum des Arbeitsvolumens (+4,3%) und der Erwerbstätigen (+8,3%), Oberfranken hingegen ein

um 6% geschrumpftes Arbeitsvolumen und 1,3% weniger Erwerbstätige. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in Bayern dreimal stärker zu als das Arbeitsvolumen, was auf einen gestiegenen Anteil von Teilzeitarbeitenden an allen Erwerbstätigen zurückzuführen ist.

Nach Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Preisniveaus unterscheidet sich das Einkommensniveau zwischen den Regierungsbezirken um max. 7 Prozentpunkte (bezogen auf den bayerischen Durchschnitt, vgl. Kapitel 2). Das real verfügbare Einkommen je Einwohner nahm 2000 bis 2009 am stärksten in Niederbayern (+5,4%) und Unterfranken (+2,6%) zu. In Oberbayern hingegen stagnierte dieses (+0,1%) und in Mittelfranken nahm es sogar leicht ab (-0,4%).

Darstellung 1.6: Veränderung volkswirtschaftlicher Kenngrößen in den Regierungsbezirken im jeweils genannten Gesamtzeitraum, in Prozent und Euro

	Ober- bayern	Nieder- bayern	Oberpfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwaben	Bayern
Arbeitslosenquote, Veränderung 2000–2012, %-Punkte	-0,8	-2,2	-2,7	-3,2	-2,0	-2,6	-1,5	-1,8
Erwerbstätige am Arbeitsort, Veränderung 2000–2010, in %	8,3	7,0	5,2	-1,3	3,8	4,8	7,8	6,0
Arbeitsvolumen, Veränderung 2000–2010, in %	4,3	2,2	1,7	-6,0	1,3	0,3	3,8	2,1
real verfügbares Einkommen je Einwohner, Veränderung 2000–2009, in %	0,1	5,4	1,6	2,0	-0,4	2,6	2,1	1,3
real verfügbares Einkommen je Einwoh- ner, Veränderung 2009, in Euro, korri- giert um das regionale Preisniveau*	20.211	19.769	19.183	20.487	20.452	19.898	20.239	20.111
Index, Bayern = 100	100	98	95	102	102	99	101	100

^{*} korrigiert mit dem BBSR-Regionalpreisindex von 2008

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder und Daten der Bundesagentur für Arbeit

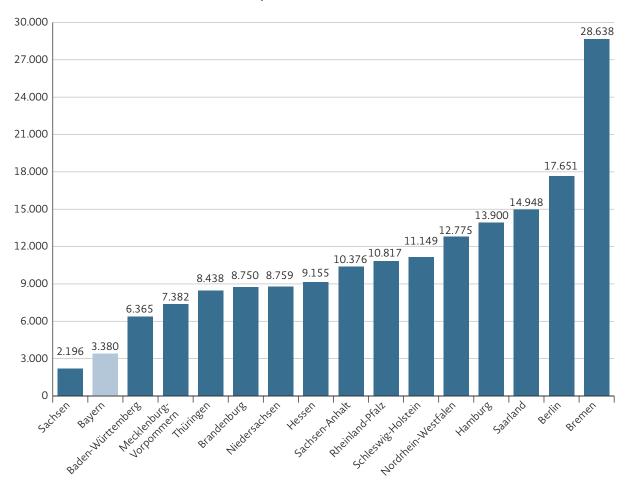
1.2 ÖFFENTLICHE SCHULDEN

Geringste Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern nach Sachsen

Bayern wies im Jahr 2011 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 3.400 Euro je Einwohner nach Sachsen (rd. 2.200 Euro) die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf.

Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeindeund Zweckverbände rd. 9.200 Euro und lag damit mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. Auf die Einwohner der Stadtstaaten entfiel jeweils eine noch deutlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung.

Darstellung 1.7: Schuldenstand* der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner beim nichtöffentlichen Bereich im Jahr 2011 in Euro



^{*} Wertpapierschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich, Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich Quelle: Statistisches Bundesamt

1.3 SIEDLUNGSSTRUKTUR

Ländlicher Raum und Verdichtungsraum*: Unterschiede beim nominalen Einkommen, bei der Bevölkerungsstruktur, dem Arbeitsmarkt und der Infrastrukturausstattung

Rund 56% der bayerischen Bevölkerung lebten im Jahr 2012 in ländlich geprägten Regionen. Auch dort fiel der Wanderungssaldo (Daten 2011) positiv aus, jedoch geringer als in den Verdichtungsräumen. Ausländerinnen und Ausländer leben deutlich häufiger in den Verdichtungsräumen und stellen dort einen mehr als doppelt so hohen Bevölkerungsanteil.

Die volkswirtschaftliche Produktion (Bruttoinlandsprodukt) im ländlichen Raum fiel 2011 je Erwerbstätigem aufgrund der Produktpalette und Pendlerverflechtungen rd. 17% niedriger aus als im Durchschnitt der Verdichtungsräume.

Die verfügbaren Einkommen waren in den ländlichen Räumen zwar rd. 10,6% niedriger als in den Verdichtungsräumen, die Preisniveauunterschiede kompensieren diese Differenz aber zu einem wesentlichen Teil (vgl. Kapitel 2; Einkommensunterschiede werden

durch unterschiedliche Preisniveaus teils sogar überkompensiert).

Die Arbeitsmarktsituation erweist sich im ländlichen Raum hingegen oftmals besser als im Verdichtungsraum. Zwischen 2005 und 2012 (jeweils 30.06.) stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Ländlichen Raum mit +13,6% etwas stärker als in den Verdichtungsräumen (+12,5%) und die Arbeitslosenquote lag 2012 mit 3,2% aufgrund des Land-Stadt-Gefälles rund einen Prozentpunkt niedriger. Zudem benötigten im ländlichen Raum z.B. ältere Menschen deutlich seltener Leistungen der Grundsicherung im Alter.

Während im ländlichen Raum im Verhältnis der dort lebenden Bevölkerung im entsprechenden Alter etwas weniger Betreuungsplätze für Kleinkinder (unter 3 Jahre) benötigt werden, stehen deutlich mehr Pflegeheimplätze zur Verfügung.

Darstellung 1.8: Ausgewählte Indikatoren im Ländlichen Raum und Verdichtungsraum

Indikatoren	Ländlicher Raum*	Verdichtungs- raum*	Bayern	im ländlichen Raum in % von Bayern insgesamt
Bevölkerung 2012 gesamt	7.025.612	5.493.959	12.519.571	56,1
Ausländeranteil 2012 in %	5,4	13,5	9,0	-
Wanderungssaldo 2011	22.662	53.403	76.065	-
BIP 2011 in Mio. €	209.966	246.307	456.273	46,0
BIP je Erwerbstätiger 2011	60.535	73.173	66.759	90,7
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009	19.128	21.401	20.111	95,1
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009 in % v. bayer. Durchschnitt	95,1	106,4	100	95,7
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2000 in % v. bayer. Durchschnitt	92,9	109,7	100	92,9
Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen (EP) 2012	3,2	4,3	3,7	-
Veränderung ArblQuote 2005–2012 in %-Punkten (alle EP)	-4,3	-3,9	-4,1	-
Veränderung SV-Beschäft. 2005–2012, %	13,6	12,5	13,0	104,6
Quote der Empfänger von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) je 1000 Einwohner ab 65 Jahre 2012	18,9	31,9	24,5	77,1
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen (01.03.2013)	22,2	27,7	24,8	89,5
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen (01.03.2012)	90,7	91,4	91	99,7
Pflegeheimplätze 2011 je 1000 Einwohner ab 65 Jahre	56	47	52	107,7

^{*} Die regionale Abgrenzung der Gebietskategorien wurde auf der Kreisebene vorgenommen, entsprechend einer möglichst genauen Annäherung an die gemeindescharfe Abgrenzung durch das Landesentwicklungsprogramm 2013.

 $Quelle: Bayer is ches \ Landesamt \ f\"ur \ Statistik \ und \ Datenver arbeitung, eigene \ Berechnungen$

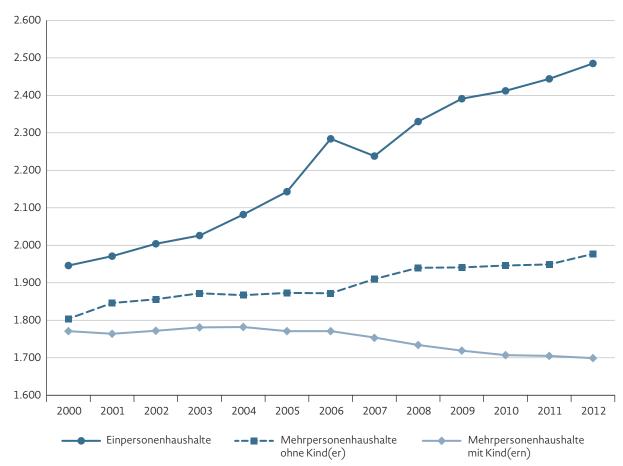
1.4 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Bevölkerungsstruktur: Steigende Zahl von Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder, immer weniger Haushalte mit Kindern¹

Von den insgesamt rund 6,16 Mio. Haushalten in Bayern 2012 war mit einem Anteil von 40,3% (2,49 Mio.) der am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt, gefolgt von den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (Anteil 32,1% bzw. 1,98 Mio. Haushalte). In 27,6% der Haushalte bzw. rund 1,70 Mio. Haushalten lebten Kinder.

Im Zeitraum 2000 bis 2012 nahm die Zahl der Privathaushalte in Bayern um 11,6% bzw. 640.000 zu. Den größten Zuwachs gab es bei den Einpersonenhaushalten (+27,7% bzw. 539.000), die Zahl der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder nahm um 9,6% bzw. 173.000 zu. Die Zahl der Haushalte mit Kindern verminderte sich hingegen um 4,1% bzw. 72.000 – mit kontinuierlich weiter sinkendem Trend.

Darstellung 1.9: Entwicklung der Anzahl der Haushalte nach Haushaltstyp in Bayern 2000 bis 2012, in Tausend



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Mikrozensus

Detaillierte Informationen zu Haushalts- und Familientypen enthält neben den Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung z.B. auch der ifb-Familienreport Bayern / Tabellenband des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg 2011 (http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2011_1.pdf)

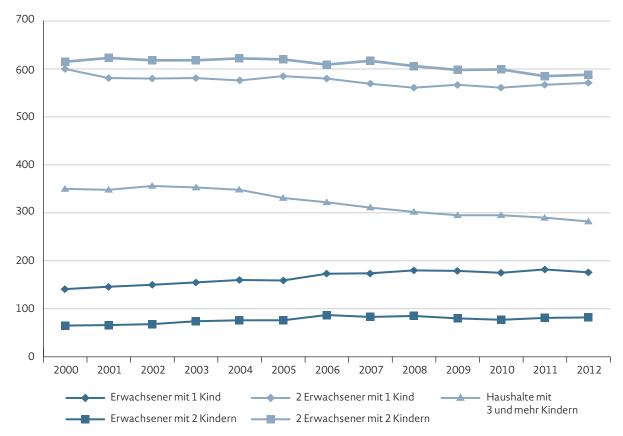
Haushalte mit Kindern und Jugendlichen (unter 27 Jahren): Rückgang der Haushalte mit 3 und mehr Kindern, mehr Alleinerziehende

Die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern schrumpfte im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 4,4% bzw. 27.000. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Haushalten mit 2 Erwachsenen und 1 Kind (insbesondere seit 2005) mit –4,8% bzw. –29.000 (Tiefstand 2008, leichter Anstieg in 2012).

Den stärksten Rückgang bei den Haushalten mit Kindern verzeichneten jene mit 3 und mehr Kindern (insbesondere seit 2004): Ihre Zahl verringerte sich um 19,4 % bzw. 68.000.

Deutlich zugenommen hat seit 2000 die Zahl der Haushalte mit Alleinerziehenden. Mit einem Kind im Haushalt nahm die Zahl um 24,8% bzw. 35.000 zu, mit 2 Kindern um 26,2% bzw. 17.000.

Darstellung 1.10: Entwicklung der Anzahl der Haushalte mit Kindern in Bayern 2000 bis 2012, in Tausend



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Mikrozensus

Deutliche Zunahme der Bevölkerung Bayerns seit 2001, Rückgang insbesondere in den neuen Ländern

Bayern ist aufgrund seiner Attraktivität, der guten Arbeitsmarktsituation und wirtschaftlichen Stärke ein wachsendes Land. Der Freistaat verzeichnete während der letzten 10 Jahre mit +2,2 % nach Hamburg (+4,2 %) das höchste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer. Das entsprach im Zeitraum 2001 bis 2011 einer absoluten Bevölkerungszunahme von 266.000 Menschen.

Bundesweit nahm die Bevölkerung zwischen 2001 und 2011 geringfügig um 0,7 % oder ca. 600.000 Personen ab. Einen deutlichen Bevölkerungsrückgang verzeichneten dabei insbesondere die neuen Bundesländer (vgl. auch Darstellung 1.12 nächste Seite).

Informationen zu Bayern und Europa im Vergleich finden sich im Materialienband Darstellung R2-R10.

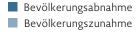
Darstellung 1.11: Bevölkerung am Jahresende 2001 und 2011 in den Bundesländern

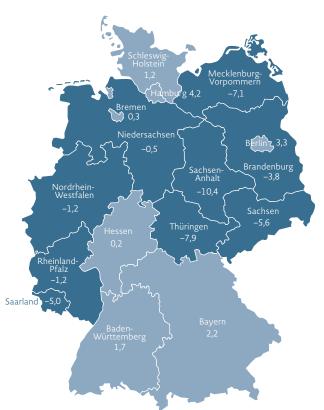
Bundesländer	Stichtag			
bundeslander	31.12.2001	31.12.2011		
Baden-Württemberg	10.600.906	10.786.227		
Bayern	12.329.714	12.595.891		
Berlin	3.388.434	3.501.872		
Brandenburg	2.593.040	2.495.635		
Bremen	659.651	661.301		
Hamburg	1.726.363	1.798.836		
Hessen	6.077.826	6.092.126		
Mecklenburg-Vorpommern	1.759.877	1.634.734		
Niedersachsen	7.956.416	7.913.502		
Nordrhein-Westfalen	18.052.092	17.841.956		
Rheinland-Pfalz	4.049.066	3.999.117		
Saarland	1.066.470	1.013.352		
Sachsen	4.384.192	4.137.051		
Sachsen-Anhalt	2.580.626	2.313.280		
Schleswig-Holstein	2.804.249	2.837.641		
Thüringen	2.411.387	2.221.222		
Deutschland	82.440.309	81.843.743		

Quelle: Statistisches Bundesamt

Darstellung 1.12: Bevölkerungsveränderung 2001 bis 2011* in den Bundesländern in Prozent







Quelle: Statistisches Bundesamt

^{*} Bevölkerung am Jahresende

Regionale Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit (2000 bis 2011): Bevölkerungszunahme vor allem in Verdichtungsräumen

Der bayernweite Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre konzentrierte sich vorrangig auf die Verdichtungsräume und deren Umland.

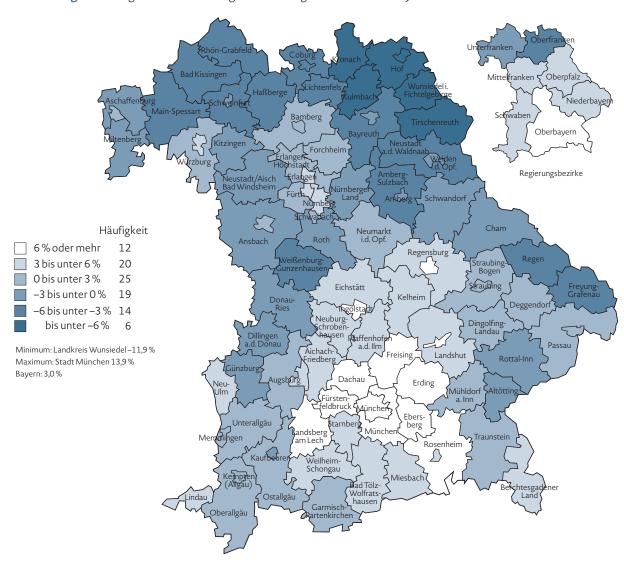
Auf Regierungsbezirksebene waren Ober- (-4,1%) und Unterfranken (-1,6%) leicht schrumpfende Regionen, Oberbayern mit einer Zunahme von 8,5% eine bevölkerungsmäßig deutlich wachsende Region, in den übrigen Regierungsbezirken nahm die Bevölkerung um max. 2% zu. Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung bestand damit ein Süd-Nord-Gefälle (vgl. auch Darstellung 1.14).

Darstellung 1.13: Bevölkerungsveränderung 2011 gegenüber 2000 in den Regierungsbezirken Bayerns in Prozent

Regierungs- bezirke	Bevölkerung 2000	Bevölkerung 2011*	Veränderung in %
Oberbayern	4.083.077	4.430.706	8,5%
Niederbayern	1.176.206	1.192.543	1,4%
Oberpfalz	1.079.217	1.081.536	0,2%
Oberfranken	1.113.251	1.067.408	-4,1%
Mittelfranken	1.689.066	1.719.494	1,8%
Unterfranken	1.335.991	1.314.910	-1,6%
Schwaben	1.753.447	1.789.294	2,0%
Bayern gesamt	12.230.255	12.595.891	3,0%

^{*} Bevölkerung am 31.12.2011 auf Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung 1987

Darstellung 1.14: Regionale Bevölkerungsveränderung 2000 – 2011 in Bayern in Prozent



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Bevölkerungsprognose für Bayern (2011 bis 2031): Zunahme bis etwa 2021 bei deutlicher Veränderung der Bevölkerungsstruktur

Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich auf 12,69 Mio. Einwohner in 2021 und sinkt danach langsam bis 2031 auf rund 12,61 Mio. Einwohner (vgl. zur möglichen Bevölkerungsentwicklung bis 2060 in Bayern, Deutschland und den EU-Staaten im Materialienband Darstellung R9 und R10).

Es wird voraussichtlich zu einem kontinuierlichen Rückgang der unter 20-Jährigen bis 2031 gegenüber heute um rund 12,3 % bzw. von heute 2,44 Mio. auf 2,12 Mio. kommen. Bei Personen im Alter von 20

bis unter 65 Jahren ist bis etwa 2017 eine steigende Personenzahl zu erwarten (vgl. detaillierter zum Erwerbspersonenpotential Kapitel 3 Arbeitsmarkt), danach ein Rückgang bis 2031 auf rund 6,2 % unter das Niveau von 2011. Kontinuierlich zunehmen wird bis 2031 die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2011. Bei den über 75-Jährigen wird eine Zunahme sogar um rund 36 % erwartet. 2011 kamen rund 63 Jüngere (unter 20 Jahre) und Ältere (ab 65 Jahre) auf 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren, 2031 werden es rund 77 sein.

Darstellung 1.15: Bevölkerungsentwicklung bis 2031

Bevölkerungsentwicklung in Bayern nach Altersgruppen 1990-2031, in Millionen



Jugend- und Altenquotient mit Altersgrenzen 20 und 65 Jahre*



^{*} Jugendquotient: Unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre; Altenquotient: 65-Jährige und Altere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, eigene Berechnungen

Regionale Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft (2011 bis 2031): Rückgang im ländlichen Raum, Zunahme im Verdichtungsraum

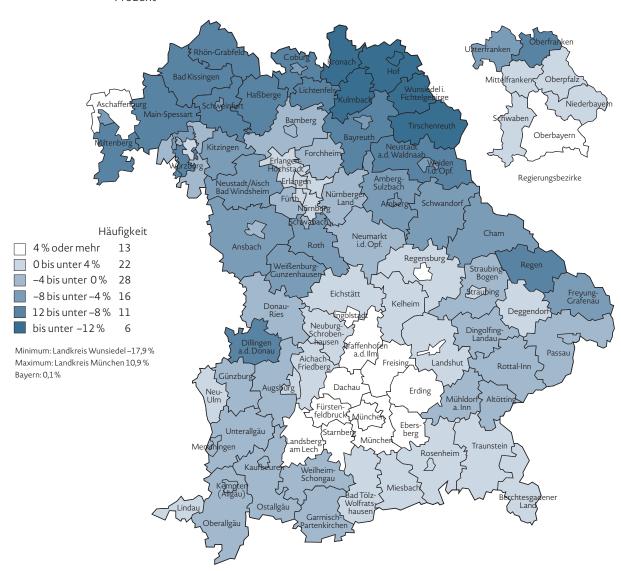
Nach derzeitiger Bevölkerungsprognose wird bis 2031 die Zahl der Menschen, die in ländlichen Regionen leben, in Bayern zurückgehen (-3,1%), in Verdichtungsräumen hingegen noch teils stark ansteigen (+4,3%).

Von dem erwarteten Bevölkerungsrückgang sind besonders östliche und nördliche Landesteile betroffen (Ober-, Unterfranken und Randgebiete der Oberpfalz mit teils mehr als 10% Bevölkerungsrückgang).

Der stärkste Bevölkerungsrückgang wird für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge erwartet (–17,9%), die stärkste Zunahme für den Landkreis München (+10,9%).

Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Landshut und nördlich davon noch Regensburg. Der Region Nürnberg/Erlangen/Fürth wird eine moderate Zunahme zwischen 1 und 3% prognostiziert.

Darstellung 1.16: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2011 bis 2031, Veränderung in Prozent



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

2. Wohlstand

2.0 ÜBERBLICK

Wohlstand in Bayern - ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Wohlstand, Lebensstandard – wichtig für Chancen, Teilhabe und Sicherheit: Die Teilhabe an Einkommen, Vermögen, Leistungen aus dem System der sozialen Sicherung und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen ist für die meisten Menschen die wichtigste äußere Voraussetzung für ihre Teilhabechancen, ihre Gestaltungsfreiheit, ihre Sicherheit, ihre gesellschaftliche Anerkennung, ihre Gerechtigkeitsbewertung und ihre Akzeptanz gesellschaftlicher Strukturen. Der Lebensstandard korreliert z. B. auch hoch mit Gesundheit und Zufriedenheit.

Positive Wirtschaftsentwicklung als Basis für hohen Lebensstandard: Bayern wird nach allen derzeitigen Wirtschaftsprojektionen auch weiterhin positive Wirtschaftswachstumsraten je Einwohner als Basis für einen hohen Wohlstand haben.

Je Einwohner hatte Bayern bundesweit 2011 das volkswirtschaftlich höchste verfügbare Einkommen:

Das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner ist ein allgemeiner Indikator für das volkswirtschaftliche Wohlstandsniveau in einem Land (ohne Aussage über die Wohlstandsverteilung). Das bundesweit höchste durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner hatten 2011 die Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit 22.100 Euro pro Jahr, gefolgt von Baden-Württemberg (und das geringste mit 16.300 Euro die Bürger von Mecklenburg-Vorpommern). Im Zeitraum 2005 bis 2011 stieg das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner real (preisbereinigt) in Bayern um insgesamt 4,1% und bundesweit um 3,3%.

Das real verfügbare durchschnittliche Einkommen je Einwohner erhöhte sich 2000 bis 2009 besonders in Oberfranken (+7,3%), Niederbayern (+6,9%) und in Unterfranken (+5,3%). In der Oberpfalz betrug der Anstieg +1,6%, in Oberfranken +2,0% und in Schwaben +2,1%. In Oberbayern blieb es unverändert

(+0,1%) und in Mittelfranken war die Entwicklung mit -0,4% minimal rückläufig.

Dabei konzentrierte sich der Einkommenszuwachs bayernweit auf Haushalte mit Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit. Diese Einkommen nahmen je Einwohner real um 29% im Zeitraum 2002 bis 2012 zu, die Bruttolöhne und -gehälter stiegen je Einwohner real um 1%.

Mittlerer Lebensstandard über bundesweitem Niveau und in europäischer Spitzengruppe: Der

mittlere Lebensstandard (medianes Nettoäquivalenzeinkommen) ist - im Gegensatz zum durchschnittlich verfügbaren Einkommen - ein Verteilungsmaß, denn es beziffert den Lebensstandard von Personen in Privathaushalten, die genau in der Mitte der Gesellschaft zwischen den Ärmsten und Reichsten leben, während das Durchschnittseinkommen auch von hohen, aber wenigen Einkommen stark beeinflusst wird, ohne dass dieser Durchschnitt typisch für die "Mitte der Gesellschaft" ist. Dieser mittlere Lebensstandard war in Bayern in 2012 real rund 3% höher als im früheren Bundesgebiet und 6% höher als in Deutschland. Europaweite Daten zeigen, dass der mittlere Lebensstandard in Bayern unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden nach Luxemburg, der Schweiz und Österreich der höchste in der EU war.

Im Zeitraum 2005 bis 2012 wuchs der mittlere Lebensstandard in Bayern um 6%, in Deutschland und Westdeutschland um 5% (jeweils real, also preisbereinigt). Den höchsten mittleren Lebensstandard unter den Altersgruppen genossen in Bayern 2012 die 25- bis 65-Jährigen (109%, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit 100%). Für junge Menschen unter 25 Jahren lag er mit 94%, für Ältere (65 Jahre und älter) mit 85% unter dem Median der Gesamtbevölkerung.

Nach wie vor in Bayern mit die geringste Armutsgefährdung bundesweit: Armutsgefährdung ist in hoch entwickelten Volkswirtschaften vorrangig ein Einkommensverteilungsmaß: Personen mit einem Einkommen von weniger als 60% des mittleren (medianen) Nettoäquivalenzeinkommens werden als armutsgefährdet eingestuft. Die bayerische Armutsgefährdungsschwelle lag 2012 für einen Einpersonenhaushalt bei 942 Euro pro Monat und damit 43 Euro über jener der alten Bundesländer.

Auf Basis der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des bundesweiten Medianeinkommens; sie stellt für einen Vergleich von Bayern mit den alten Bundesländern am ehesten eine Vergleichsbasis dar) erzielte Bayern mit einer Armutsgefährdungsquote im Jahr 2012 von 11,2% die zweitniedrigste Quote unter den Bundesländern. Diese lag in Bayern nur minimal (0,1 Prozentpunkte) über dem Wert des Spitzenreiters Baden-Württemberg (11,1%) und rund 2,8 Prozentpunkte unter jener der alten Bundesländer (14,0%).

Auf Basis der etwas höheren bayerischen Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens in Bayern) betrug die Armutsgefährdungsquote in Bayern in 2012 14,3%. Sie hat sich gegenüber 2005 nicht signifikant verändert, während sie sich in den früheren westdeutschen Bundesländern um 0,8 Prozentpunkte erhöhte.

Bei nur leicht gestiegener Armutsgefährdungsquote stieg die Zahl armutsgefährdeter Personen in Bayern zwischen 2003 und 2012 um rund 95 Tausend Personen an, von rund 1,6 Mio. armutsgefährdeter Menschen im Jahr 2003 auf rund 1,7 Mio. in 2012. Ein Teil des Anstiegs ist jedoch auch auf die insgesamt gestiegene Bevölkerungszahl Bayerns zurückzuführen.

Niedrigste Armutsgefährdungsquote in Schwaben, höchste in Oberbayern: Am höchsten war die Quote in 2012 mit 15,4% in Oberbayern, am niedrigsten in Schwaben mit 12,4% (Armutsgefährdungsquoten jeweils berechnet auf Basis von 60% des mittleren Einkommens je Regierungsbezirk).

Altersvorsorge: Das Einkommen bestimmt die monatlichen Beiträge an private Rentensysteme:

Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Beiträge an freiwillige private Rentensysteme hängt fast ausschließlich von der Höhe der personenbezogenen Bruttoeinkommen ab. Prozentual jedoch sind die Beträge besonders hoch bei geringen Bruttoeinkommen bis unter 800 Euro (7 bis 17%), darüber liegen sie bei rund 4 bis 5%.

Überschuldung privater Personen in Bayern am geringsten: Eine Überschuldung liegt vor, wenn ein Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch (weitere) Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. In Bayern waren 2012 Privatpersonen bundesweit am seltensten von Überschuldung betroffen. Während 2012 bundesweit 9,6% aller Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern 7,0% oder rund 0,72 Mio. Personen. Bundesweit waren 2012 die Hauptgründe für eine Überschuldung eine Arbeitslosigkeit und reduzierte Arbeit (26%), Scheidung bzw. Trennung (15%), Konsumverhalten/zu niedriges Einkommen (14%) sowie Krankheit (12%).

Reichtumsquote in Bayern höher als in Westdeutschland: Wie die Armutsgefährdungsquote ist auch die Reichtumsquote ein Einkommensverteilungsmaß: Als "reich" werden Personen bezeichnet, die in Haushalten leben, deren Äquivalenzeinkommen 200% des mittleren Einkommens aller Haushalte übersteigt. Gemessen an einer bundesweit einheitlichen Reichtumsschwelle ist die Reichtumsquote in Bayern mit 10,4% rund 1 Prozentpunkt höher als in Westdeutschland (9,1%).

Gemessen an einer bayernspezifischen Reichtumsschwelle (z.B. Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 3.047 Euro, bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern (unter 14 Jahren) mindestens 6.398 Euro) lebten rund 8% der bayerischen Bevölkerung 2012 in "reichen" Haushalten. Eine Reichtumsquote von etwas über 10% erreichten 2012 Personen in den Altersgruppen

von 25 bis 65 Jahren. Bei den 65-Jährigen und Älteren halbiert sich die Quote auf 5,1%, bei den Personen unter 25 Jahren waren es 5,8%. Der Unterschied in der Reichtumsquote zwischen Männern (8,7%) und Frauen (7,4%) hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2012 kaum verändert.

Hohe Reichtumsquoten von über 23 % weisen Personen auf, die in Haushalten mit einem Selbstständigen oder Hochschulabsolventen als Haupteinkommensbezieher leben. Die niedrigsten Reichtumsquoten haben hingegen Personen in Arbeiter- (0,6 %) oder Rentnerhaushalten (2,9 %) sowie Personen in Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher über keine Berufsausbildung (2,1 %) oder eine Lehrausbildung oder einen Berufsfachschulabschluss verfügt (3,4 %).

Wohlstandsverteilung: Einkommensgewinne bei allen Bevölkerungsgruppen: Ein besonders aussagefähiges Einkommensverteilungsmaß ist die Schichtung der Einkommen der Bevölkerung nach Dezilen: Es zeigt, wie das Äquivalenzeinkommen nach aufsteigenden Einkommensdezilen (jeweils 10% der Bevölkerung) zunimmt. Im Jahr 2012 hatten die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung in Bayern ein durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von 637 Euro. Im höchsten Einkommensdezil lag das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen bei 4.304 Euro. Im Zeitraum 2008 bis 2012 stieg der Abstand z.B. zwischen dem einkommensschwächsten und dem einkommensstärksten Dezil von 3.472 Euro auf 3.667 Euro bzw. um 5,6% (jeweils inflationsbereinigte Werte). Während zwischen 2006 und 2012 das Äquivalenzeinkommen im ersten Dezil um 20 Euro zunahm, wuchs es im zehnten Dezil um 215 Euro.

In Bayern überdurchschnittliches Vermögen im Bundesländervergleich: Die aktuellsten Daten zur Vermögensverteilung für die einzelnen Bundesländer liegen nur für das Jahr 2008 vor. Demnach verfügten 2008 die Privathaushalte in Bayern über ein Median-Nettogesamtvermögen von 71.200 Euro, im früheren Bundesgebiet von 39.800 Euro, in Deutschland von 32.000 Euro.

Der in Deutschland und Bayern besonders ausgeprägte Unterschied zwischen dem Wert des Medianvermögens und des Durchschnittsvermögens belegt eine verhältnismäßig ausgeprägte Ungleichheit in der Vermögensverteilung: Je größer dieser Unterschied ist, umso ungleicher sind die Vermögen tendenziell verteilt. In Deutschland beträgt der Wert des medianen Vermögens 26% des Durchschnittsvermögens.

In Bayern lag dieser Prozentsatz bei 39%, was auf eine geringere Vermögensungleichheit als in Deutschland hinweist.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und je Arbeitsstunde in Bayern zuletzt real wieder steigend:

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind inflationsbereinigt von 2000 bis 2009 sowohl in Bayern wie bundesweit gesunken, in Bayern und Deutschland aber bis 2012 wieder angestiegen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer waren 2012 in Bayern mit 24,70 Euro die vierthöchsten bundesweit nach Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg und stiegen 2011 und 2012 fast wieder auf das Realniveau des bisherigen Spitzenjahres 2003 an.

In Bayern arbeiteten 2010 weniger Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich als in Westdeutsch-

land: Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich liegt vor, wenn bei Vollzeittätigkeit ein Bruttolohn von unter zwei Drittel des Medianlohnes aller Vollzeitbeschäftigten bezogen wird. 2010 lag die Niedriglohngrenze in Bayern bei 1.901 Euro Bruttolohn pro Monat, im Jahr 2000 lag sie noch bei 1.965 Euro (Veränderung der Kaufkraft der Einkommen berücksichtigt). Der Anteil Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnbereich stieg – mit einer Unterbrechung im Wirtschaftskrisenjahr 2009 – kontinuierlich von 14,5 % im Jahr 2000 auf 17,9 % im Jahr 2010 in Bayern an. Durchgängig war der Anteil von Niedriglohnbeziehern in Westdeutschland rund einen halben Prozentpunkt höher als in Bayern.

Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern:

Der bereinigte Verdienstunterschied misst jenen der bestehen bleibt, wenn weibliche und männliche Arbeitnehmer u.a. die gleiche Berufs- und Branchenwahl treffen würden und vergleichbare Bildungsabschlüsse hätten. Andere Faktoren wie z.B. Berufsunterbrechungen, Lebensalter usw. werden auch beim bereinigten Verdienstunterschied (bisher) meist nicht berücksichtigt. Der bereinigte Verdienstunterschied wird derzeit auf maximal 6 bis 8% für Deutschland geschätzt.

Der unbereinigte Verdienstunterschied (auch als "Gender Pay Gap" bezeichnet) misst den Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen (anhand der Bruttostundenlöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, ohne öffentlichen Dienst) ohne Beachtung von Unterschieden in der Berufswahl, Erwerbstätigkeitsdauer, Ausbildung usw. Er lag 2012 in West-

deutschland und Bayern bei 24% bzw. 25% und in Deutschland bei 22%.

Anhand der Bruttomonatsverdienste war der relative bzw. prozentuale Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen (vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich) in Westdeutschland von 70% im Jahr 1960 bis auf 24% im Jahr 2012 stark rückläufig (keine separaten Daten für Bayern).

Beschäftigte mit Kapitalbeteiligung am Arbeit gebenden Unternehmen: Mit einem Anteil von 3% der Beschäftigten mit einer Kapitalbeteiligung in Bayern wie in Deutschland ist das Instrumentarium seit vielen Jahren nur wenig verbreitet und konzentriert sich vorrangig auf Mitarbeiter auf den höchsten Führungsebenen. Gewinnbeteiligungen (in Bayern 17% der Beschäftigten, in Westdeutschland 15%) konzentrieren sich ebenfalls vorrangig auf die oberen Führungsebenen in den Unternehmen.

Frauen mit höheren und Männer mit niedrigeren Zahlbeträgen bei Renten in Bayern als in Westdeutschland: Im Jahr 2012 fielen die durchschnittlichen neuen Versichertenrenten (die im Betrachtungsjahr zum ersten Mal bezahlt wurden) wie auch die Bestandsrenten (alle Versichertenrenten, die im jeweiligen Jahr bezahlt wurden) insgesamt in Bayern niedriger aus als im westdeutschen Durchschnitt (706 versus 715 bzw. 746 versus 766 Euro), allerdings nur aufgrund niedrigerer Renten der Männer. Die Renten der Frauen liegen in Bayern bei allen genannten Rentenarten über dem Wert für Westdeutschland.

Entwicklung der Zahlbeträge neuer Versichertenrenten: Betrachtet man die Rentenentwicklung von 2000 bis 2012, so waren die nominalen durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten wegen Alters 2012 nominal um 46 Euro höher als im Jahr 2000. Real – also unter Berücksichtigung der Inflation – verzeichneten alle Renten bzw. Rentnergruppen (Erwerbsminderungs- wie Altersrenten, Zugangs- und Bestandsrenten bei Männern wie Frauen) von 2000 bis 2012 einen Rückgang um 91 Euro oder 12%.

Durchschnittliches Rentenzugangsalter deutlich gestiegen: Das durchschnittliche Eintrittsalter in Altersrenten ist in Deutschland in den letzten rund 15 Jahren deutlich angestiegen, im Jahresvergleich 2012 zu 2011 sogar überdurchschnittlich stark (von 63,5 auf 64,0 Jahre). Nach den Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund waren 30,0% der Bezieher einer neuen Versichertenrente in Bayern im Jahr 2012 am 31.12.2011 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis tätig. Weitere 13,4% waren z.B. in Altersteilzeit (meist in geblockter Form), 12% waren Leistungsbezieher nach dem SGB III oder SGB II, 25,4% latent Versicherte.

Bestandsrenten: Die durchschnittlichen Zahlbeträge der Bestandsrenten lagen 2012 in Bayern insgesamt bei den Frauen über dem westdeutschen Wert, bei den Männern darunter.

Wegfallsalter der Renten wegen Todes ist in Bayern etwas höher als bundesweit: In Deutschland insgesamt lag das durchschnittliche Rentenwegfallsalter der Rentenberechtigten von Altersrenten bei 81,2 Jahren (Frauen: 83,4 Jahre, Männer: 78,8 Jahre). In Bayern lag das Durchschnittsalter mit 81,6 Jahren rund 0,4 Altersjahre höher (Frauen: 83,8 Jahre, Männer: 79,1 Jahre). Dabei ist die Rentenbezugsdauer in Bayern bei Männern etwas höher als im Bundesgebiet (18,4 versus 18,1 Jahre), bei den Frauen ist sie geringfügig kürzer.

Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an allen neuen Versichertenrenten ist in Bayern geringer als im Bund: Der Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an allen Versichertenrenten (die EM-Quote) im Rentenzugang ist im Freistaat bei Frauen und Männern auffällig geringer als im west- und gesamtdeutschen Durchschnitt.

Traditionell streut die EM-Quote im Vergleich der verschiedenen Berufsgruppen besonders stark. Verwaltungs- und technische Berufe bzw. Professionen haben im Allgemeinen relativ geringe EM-Quoten. Hohe EM-Quoten sind dagegen eher bei geringer Qualifizierten und Berufsgruppen mit häufig starken körperlichen Belastungen zu verzeichnen.

2.1 INDIKATOREN ZUM LEBENSSTANDARD

Der Wohlstand - wichtiger Indikator für Chancen und Lebenslagen

Die Verteilung des Wohlstandes bzw. – etwas eingeschränkter – des Lebensstandards¹ ist für die meisten Menschen die wichtigste materielle Voraussetzung für ihre Teilhabechancen, Gestaltungsfreiheit, Sicherheit, ihre gesellschaftliche Anerkennung, ihre Gerechtigkeitsbewertung und Akzeptanz gesellschaftlicher Strukturen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist eine entscheidende Legitimationsgrundlage einer Gesellschaft und sie ist ein besonderer Teil der Generationengerechtigkeit, nachfolgenden Generationen rücksichtsvolle wie auch leistungsfähige Teilhabestrukturen zu übergeben.

Zum Lebensstandard und seiner Verteilung werden seitens des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) und bundesweit (Statistische Ämter des Bundes und der Länder) weitgehend einheitlich definierte Indikatoren verwendet, denn abstrakte Wirtschaftsindikatoren sind dafür ungeeignet: Das volkswirtschaftliche Wirtschaftswachstum besagt wenig über die Teilhabe Einzelner am Wohlstand. Aussagefähige Wohlstandsmaße sind z.B. das mittlere (mediane) Nettoäquivalenzeinkommen, die Armuts(gefährdungs)-quote und Einkommens- und Vermögensschichtungen

(gemessen in Dezilen), die alle nachfolgend verwendet werden.

Indikatoren im Einzelnen - Definitionen:

Lebensstandardindikatoren wie das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen, die Armuts (gefährdungs)quote², Einkommens- und Vermögensquintile oder -dezile wie auch Mindestsicherungsquoten³ werden zumeist einheitlich definiert. Ausführliche Erläuterungen finden sich u.a.

- in "Soziale Lage in Bayern 2010", S. 40–46 (http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/ sozialbericht/lage2010.php),
- in "Soziale Lage in Bayern 2011", S. 30–31 (http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/ sozialbericht/lage2011.php)
- sowie z.B. im Rahmen der Sozialbericherstattung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/ glossar.html)
- und der EU-Statistiken (http://epp.eurostat.ec. europa.eu/portal/page/portal/income_social_ inclusion_living_conditions/introduction)

Lebensstandard: Verfügbarkeit über äußere Güter durch Einkommen, Vermögen, Leistungen aus einem System der sozialen Sicherung und öffentliche Infrastruktureinrichtungen. Wohlstand umfasst darüber hinaus auch immaterielle "Güter" wie Frieden, Achtung, Sicherheit, Gesundheit, Vertrauen, Hilfsbereitschaft, eine gute Umwelt usw.

² Zum Begriff Armutsquote, Armutsgefährdungsquote, Armutsrisikoquote: Alle diese drei Begriffsvarianten haben bei repräsentativen, über eine Einzelfallbetrachtung hinausgehenden Analysen auf Basis großer Umfragen den gleichen Inhalt:

Es geht in wohlhabenden Gesellschaften unter dem Aspekt der Gerechtigkeit vorrangig nicht um ein kurz- oder mittelfristiges rein physisches Überleben, sondern um Teilhabechancen am Lebensstandard (und erweitert gedacht um sinnerfüllende, geachtete Tätigkeiten).

Mit dem Zusatz "Gefährdung" oder "Risiko" soll darauf hingewiesen werden, dass es im Einzelfall auch Personen geben kann, die z.B. trotz eines Einkommens über der Armuts(gefährdungs-/risiko-)schwelle wegen eines z.B. erhöhten Bedarfes (z.B. hohe Mietkosten in Städten auch bei kleinen Wohnungen, Zusatzbedarf wegen Behinderung usw.) dennoch einen Lebensstandard unter der Armuts-(gefährdungs-/risiko-)schwelle haben – und umgekehrt. Solche Einzelfall-Faktoren gleichen sich jedoch bei statistisch größeren Fallzahlen gegenseitig aus: So wie es z.B. "arme" Studenten gibt, die aber von den Eltern viel Unterstützung mit realen Gütern erfahren, gibt es auch "wohlhabende" Ältere, die aber aufgrund hoher finanzieller Gesundheits- und Pflegebelastungen letztlich arm sind. Tendenziell gleichen sich solche Unterschiede in großen Erhebungen insgesamt und meist auch je Gruppe aus. Richtigerweise spricht man deshalb auch z.B. nur von einer Reichtumsquote und nicht etwa von einer Reichtums"nichtgefährdungs"quote als Gegensatz zu einer Armuts"gefährdungs"quote. Die Armuts(gefährdungs-/risiko-)quote ist definiert als der Anteil der Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medianeinkommens aller Personen beträgt (60% des mittleren Einkommens = Armutsrisikoschwelle).

³ Zum Begriff: Gelegentlich wird die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen (insbesondere von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) als Armuts (gefährdungs) quote interpretiert. Dies ist jedoch falsch: Mindestsicherungsquoten zeigen, wie viele Menschen öffentliche Leistungen nutzen, um ein politisch festgelegtes soziokulturelles Existenzminimum zu sichern. Das soziokulturelle Existenzminimum liegt derzeit – je nach Haushaltsform unterschiedlich – etwas unter den Armuts (gefährdungs)-schwellen z.B. des Mikrozensus. Aus verschiedenen Gründen (Unkenntnis, Scham ein eigenes "Versagen" vor anderen offen zu legen, Angst vor fortlaufender staatlicher Kontrolle und Verlust von Freiheit, befürchteter Regress auf Familienangehörige, Verlust angesparter – auch kleinerer – Vermögen, Überforderung mit komplexen Formularen und mit Behördengängen usw.) ist zudem die Inanspruchnahme von Sozialleistungen niedriger als es dem Kreis der Anspruchsberechtigten entspricht. Empirische Analysen zeigen eine Nichtinanspruchnahme trotz Berechtigung in Größenordnungen von bis rund 40 bis 50%, bei Vollzeiterwerbstätigen auch über 50% (vgl. z.B. Becker, Irene; Hauser, Richard; Kortmann, Klaus; Mika, Tatjana; Strengmann-Kuhn, Wolfgang: Dunkelziffer der Armut – Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin 2005).

Auf eine umfassende Erläuterung der Begriffe kann hier deshalb verzichtet werden, ebenso auf alternative Berechnungen von Armuts(gefährdungs-/risiko-)-quoten auf Basis der "alten" wie der "neuen" OECD-Skala. Diese Begriffe wurden ausführlich u.a. im Bericht "Soziale Lage in Bayern 2010", S. 40–46, und im Internet unter "www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html" erörtert.

Die wichtigsten Begriffe sind in aller Kürze:

- Nettoäquivalenzeinkommen: Dies ist ein bedarfsgewichtetes Einkommen aller Personen in einem Haushalt, das es erlaubt, den Wohlstand von Haushalten unterschiedlicher Größe und Altersstruktur der Personen zu vergleichen. Es wird ermittelt, indem das Nettoeinkommen des gesamten Haushalts durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard (neue OECD-Skala) wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für jedes weitere Haushaltsmitglied im Alter von 14 und mehr Jahren wird 0,5 angesetzt und für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren 0,3, weil davon auszugehen ist, dass sich durch ein gemeinsames Wirtschaften (gemeinsame Nutzung von Gegenständen) Einsparungen im Haushalt ergeben, ohne dass diese Einsparungen weniger Lebensstandard bedeuten.
- ► Einkommensarmut (relative), Armuts(gefährdungs)quote: Nach Definition der Europäischen Union
 sind jene Personen in Privathaushalten arm(utsgefährdet), deren Äquivalenzeinkommen weniger
 als 60% des mittleren (medianen)⁵ Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung (sogenannte
 Armuts(gefährdungs)schwelle beträgt. Die Armuts(gefährdungs)quote misst den Abstand unterer
 Einkommen zu den mittleren (medianen) Einkommen. Die Quote verändert sich damit nicht, wenn
 der relative Einkommensabstand in der unteren
 Einkommenshälfte gleich bleibt⁶. Die Armuts(gefährdungs)quote ist in gut entwickelten Volkswirtschaften deshalb vorrangig ein Verteilungsmaß
 für die relativen Einkommensunterschiede in einer

Gesellschaft und deren Veränderung. Es geht in einer wohlhabenden Gesellschaft unter dem Aspekt der Gerechtigkeit nicht vorrangig um eine absolute Armut (bei der das kurz- und mittelfristige physische Überleben bedroht ist), sondern um Teilhabechancen am Wohlstand und an den Möglichkeiten Sinn erfüllender, geachteter Tätigkeiten (vgl. detaillierter z.B. im Bericht "Soziale Lage in Bayern 2010", S. 42 ff.; vgl. im Materialienband auch Darstellung W6 und W18).

- Einkommensreichtumsquote: Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (jeweils in Privathaushalten) beträgt.
- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld): Ein politisch bestimmtes Mindesteinkommen für Erwerbsfähige. Als erwerbsfähig gilt, wer am allgemeinen Arbeitsmarkt mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann. Erwerbsfähige Hilfeberechtigte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erhalten ALG II, die im Haushalt der ALG II-Empfänger/-innen lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (insbesondere Kinder) Sozialgeld.
- Renten: Die Ergebnisse zum Thema "Renten" in diesem Bericht beziehen sich auf die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung. Sie beruhen auf Sonderauswertungen der Deutschen Rentenversicherung Bund bzw. von deren Forschungsdatenzentrum. Wichtige Begriffe sind dabei:
 - Versichertenrenten und abgeleitete Renten:
 Hier werden jeweils einzelne Renten betrachtet
 (Rentenempfänger haben teils mehrere Renten).
 Bei den abgeleiteten Renten oder sogenannten
 Hinterbliebenenrenten werden nur Witwen-bzw.
 Witwerrenten einbezogen, nicht Waisenrenten.
 - Bei den Versichertenrenten sind Altersrenten und Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zu unterscheiden (Letztere werden gegebenenfalls bei Erreichen des gesetzlichen Regelrentenalters in Altersrenten umgewandelt, meist in gleicher Höhe).

⁴ Möglicherweise wird anhand der heute üblichen "neuen" OECD-Äquivalenzziffern (zur Umrechnung von Haushaltsnettoeinkommen in Haushaltsnetto-Äquivalenzeinkommen, damit Haushalte verschiedener Haushaltsgröße und Alter der Personen überhaupt hinsichtlich des Wohlstandes bei einem gemeinsamen Haushaltseinkommen vergleichbar sind) z. B. die Armutsgefährdung von Familien mit mehreren Kindern etwas unterschätzt. Nach der "alten" bzw. "neuen" OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens jeweils mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Alter von 14 und mehr Jahren aber mit 0,7 bzw. 0,5 und alle unter 14 Jahren mit 0,5 bzw. 0,3. Über verschiedene Haushaltstypen hinweg betrachtet (mit unterschiedlichem Alter der Kinder, Alleinerziehende wie Paare) würde mit einem Faktor von 1 für den Hauptbezieher, 0,6 für das zweite Haushaltsmitglied und 0,5 für das dritte und jedes weitere Haushaltsmitglied (unabhängig vom Alter) am ehesten eine Bedarfsgewichtung erreicht, die dem derzeitigen Existenzminimum im ALG II entspricht (einschließlich Schulgeld von 100 Euro pro Jahr, 10 Euro für Zugang zu Vereinen usw.) – was aber nur dann methodisch der bessere Weg wäre, wenn die Staffelung der Bedarfssätze im ALG II den Mindestbedarf realistisch wiedergeben würde, was wissenschaftlich umstritten ist.

⁵ Medianeinkommen = mittlerer Wert, d.h. 50% der Bevölkerung haben ein niedrigeres Einkommen, 50% ein höheres Einkommen.

⁶ Die Entwicklung der Einkommen in der oberen Einkommenshälfte der Gesellschaft hat keinen Einfluss auf die Armutsquote.

- Weiterhin ist zu differenzieren zwischen neuen Renten (sogenannten Zugangsrenten), die im jeweils betrachteten Jahr erstmals bewilligt/ bezahlt werden und Bestandsrenten, zu denen auch Renten zählen, die schon seit dem/den Vorjahr(en) bezahlt werden.
- Eine besondere Betrachtung erfahren die Gesamtrentenzahlbeträge im Rentenbestand. Hier wird auf die rentenbeziehende Person, nicht auf die einzelne Rente abgestellt. Dazu wird nach dem Rentnerstatus unterschieden zwischen Einzelrentnern (die nur eine Versichertenrente oder nur eine Hinterbliebenenrente beziehen) und Mehrfachrentnern (mit Versicherten- und Hinterbliebenenrente).
- Das Rentenzugangsalter ist das Alter zum Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs einer Rente. Es ist in den meisten Fällen nicht identisch mit dem Zeitpunkt des Erwerbsaustritts (zwischengeschaltete Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Rückzugs aus aktiv versicherter Erwerbstätigkeit etc.).
- ► Daten und ihre Repräsentativität: Paneldaten mit systematischer Untererfassung von Lebensstandardunterschieden Bei den Interpretationen der Lebensstandardmaße ist zu beachten, dass in den verfügbaren Datenbasen wie dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, dem sozioökonomischen Panel oder EU-SILC (Europäische Haushaltsstichprobe), die alle durch Personenbefragung erhoben werden, die Einkommens- und Vermögensungleichheit untererfasst werden. Grund ist - neben einer generell geringen Befragung sehr einkommensstarker Haushalte - dass u.a. die volkswirtschaftlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur zu rund einem Drittel ihrer wirklichen Höhe erfasst werden. Korrigiert man diese Unter-
- erfassung anhand der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so steigt z.B. die Ungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen - gemessen am Gini-Koeffizient - bundesweit von rund 0,31 auf 0,40 - also um rund 30%, d.h. die realen Einkommensunterschiede werden von den Paneldaten in einer Größenordnung von bis zu etwa einem Drittel untererfasst7. Aus diesem Grunde sind die z.B. auf Basis des Mikrozensus jährlich veröffentlichten Gini-Koeffizienten allein auch kein hinreichend geeignetes Maß, die Einkommensungleichheit in der Gesellschaft darzustellen, sie können nur teilweise eine zeitliche Entwicklung abbilden. Insbesondere bei Vermögensverteilungsanalysen ist die Untererfassung hoher Vermögen ausgeprägt, auch weil z.B. beim Mikrozensus oder bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Betriebsvermögen aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt werden (so auch nicht bei "Soziale Lage in Bayern 2010" und 2011 sowie beim "Dritten Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern" 2012): So verfügten die vermögensstärksten 10% der Bevölkerung in Bayern 2008 knapp über die Hälfte aller Vermögen (noch ohne Berücksichtigung von Betriebsvermögen), die unteren 50% über 6,5 %. Wird zusätzlich das Betriebsvermögen berücksichtigt, so ergab sich für Deutschland für 2007 (aktuellster Wert), dass der Vermögensanteil der 10% Vermögensstärksten bei über 60% liegt, während auf die unteren 50% weniger als 2% der Vermögen entfallen8.
- Unterschiedliche Vergleichszeiträume im Bericht: Für die im Bericht gewählten unterschiedlich langen Vergleichs- und Entwicklungszeiträume ist die wichtigste Ursache die unterschiedliche Verfügbarkeit von Daten.

⁷ Vgl. Schwan, F., Schwarz, N., 2012: Einkommensverteilung als Baustein der Wohlfahrtsmessung, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Oktober 2012, S. 829–842, insbesondere S. 838 und 840.

⁸ Bach, S; Beznoska, M.; Steiner, V.: A Wealth Tax on the Rich to Bring down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy. DIW Discussion Papers 1137. Berlin 2011.

2.2 DURCHSCHNITTLICH VERFÜGBARES EINKOMMEN

Höchstes durchschnittlich verfügbares Einkommen je Einwohner in Bayern 2011 im Bundesländervergleich

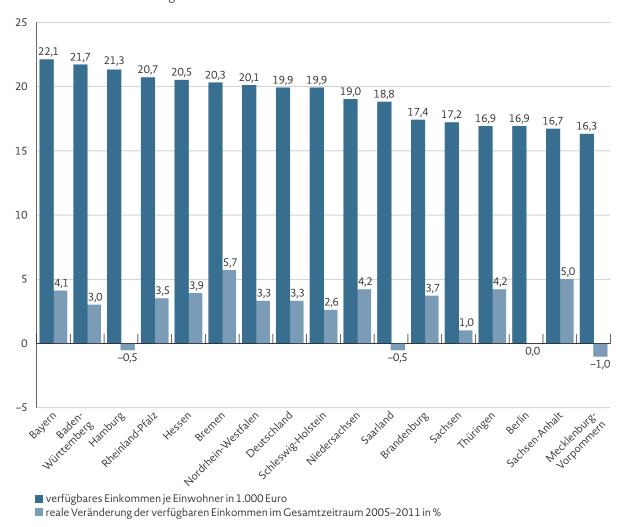
Das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner ist ein verbreiteter Indikator für das allgemeine volkswirtschaftliche Wohlstandsniveau in einem Land, da er länderübergreifend statistisch gut verfügbar ist.

Das bundesweit höchste durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner hatten 2011 die Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit 22,1 Tsd. Euro pro Jahr, gefolgt von Baden-Württemberg und Hamburg. Über das geringste verfügten die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns mit 16,3 Tsd. Euro (bei einem dort geschätzt ca. 4 bis 5 % niedrigeren Preisniveau).

Im mittelfristigen Zeitraum 2005 bis 2011 stieg das durchschnittliche real verfügbare Einkommen je Einwohner in Bayern um insgesamt 4,1% und damit stärker als bundesweit (3,3%). Im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern schrumpfte es um 0,5% bzw. 1%.

Der Anstieg des realen durchschnittlichen verfügbaren Einkommens je Einwohner um insgesamt 4,1% von 2005 bis 2011 in Bayern entsprach 76 Euro pro Monat. Bundesweit war ein Plus von 54 Euro pro Monat zu verzeichnen.

Darstellung 2.1: Verfügbares Einkommen je Einwohner nach Bundesländern, Niveau und reale (preisbereinigte) Veränderung 2005 bis 2011 in Tausend und Prozent



Quelle: Berechnungen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder (2009); Preisbereinigung anhand der Entwicklung der Verbraucherpreisindizes je Bundesland.

Entwicklung des durchschnittlich verfügbaren Einkommens je Einwohner, des Volkseinkommens und der Löhne in Bayern: Langfristig real ansteigend

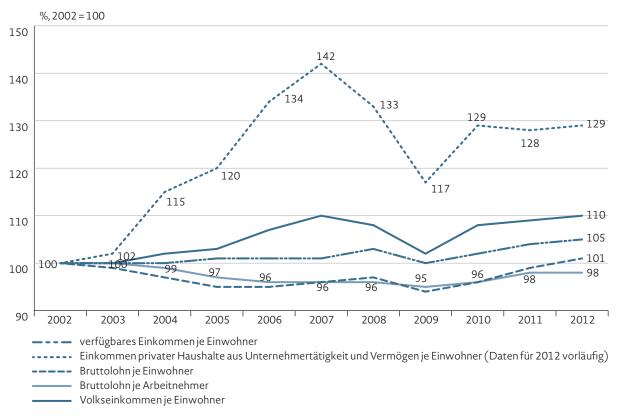
Das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner gibt einen Hinweis darauf, was als Einkommen bei der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger in einer Region "ankommt", aber ohne eine Spezifizierung der Teilhabe verschiedener Bevölkerungsund Einkommensgruppen.

Während in Bayern das

- volkswirtschaftliche Einkommen (Volkseinkommen⁹) je Einwohner¹⁰ real (d.h. inflationsbereinigt) im Zeitraum 2002 bis 2012 um rund 10% zunahm (das Bruttoinlandsprodukt als Summe aller im Inland produzierten Güter wuchs um 16% je Einwohner),
- stieg das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner real um rund 5 % bzw. ein halbes Prozent pro Jahr.

Dabei konzentrierte sich der Einkommenszuwachs auf Haushalte mit Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit. Diese Einkommen nahmen je Einwohner real (preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex) um 29% im Zeitraum 2002 bis 2012 zu. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sanken jedoch bis 2009 und stiegen anschließend leicht an. Je Einwohner gerechnet nahmen sie um 1% im Zeitraum 2002 bis 2012 zu.

Darstellung 2.2: Reale (inflationsbereinigte) Entwicklung des Volkseinkommens, der verfügbaren Einkommen, der Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit sowie der Bruttolöhne/-gehälter in Bayern 2002 bis 2012, Index: 2002 = 100 Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", für 2012 teils vorläufige Daten; die Geldentwertung durch die Inflation wurde mit dem Verbraucherpreisindex berücksichtigt (Realwerte).

⁹ Wird auch als Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten bezeichnet.

¹⁰ Das Bruttoinlandsprodukt bemisst die volkswirtschaftliche Produktion, nicht aber, ob die Art der Güter und der Produktion von zu- oder abnehmender Qualität ist und wie sich die Güter auf die Menschen verteilen.

Langfristige Wachstumsraten der Wirtschaftskraft, durchschnittlichen Einkommen und Löhne sowie Vermögenseinkommen je Einwohner: Weiterhin positive Wachstumsquoten

In den vergangenen 40 Jahren waren die jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (Gesamtheit aller produzierten Güter), des durchschnittlich verfügbaren Einkommens und des Bruttolohnes (jeweils je Einwohner) in Bayern real (inflationsbereinigt) im Trend rückläufig (ebenso in Westdeutschland), aber dennoch positiv. Einen deutlichen Anstieg gab es im Zeitraum 2001 bis 2012 nur bei den Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit.

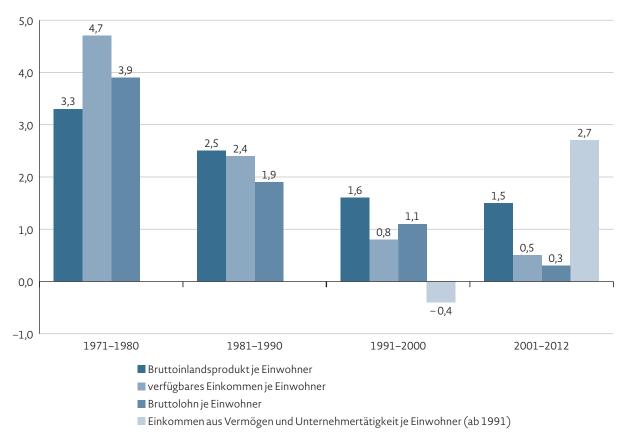
Seit den 1970er und 1980er Jahren sank die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von über 3% auf rund 1,5% im Zeitraum 2001 bis 2012, das jährliche Wachstum der verfügbaren Einkommen je Einwohner ging von über 4% auf 0,5% zurück. Damit kam im letzten Jahrzehnt vom Wirtschaftswachstum rund ein Drittel als verfügbares Einkommen im Inland an. Im Zeitraum 2001 bis 2012 wuchsen

die Bruttolöhne je Einwohner um 0,3 % real pro Jahr, die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit um 2,7 %.

Soweit es zu keiner grundsätzlich anderen wirtschaftlichen Entwicklung kommt (kein Trendbruch z.B. durch EU-Finanzkrise), könnte in den nächsten 10 Jahren z.B. das durchschnittliche Einkommen je Einwohner in Bayern insgesamt real um rund 5 % wachsen.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der verfügbaren Einkommen im Bundesländervergleich sowie die langfristigen Entwicklungen anderer volkswirtschaftlicher Indikatoren des Lebensstandards (seit 1970 bzw. 1991) können im Materialienband den Darstellungen W1 bis W3 noch detaillierter entnommen werden.

Darstellung 2.3: Bruttoinlandsprodukt, verfügbares Einkommen, Bruttolohn sowie Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, reale Veränderungsraten pro Jahr je Einwohner, in Bayern, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Daten für das Jahr 2012 teils vorläufig.

Real verfügbares Einkommen je Einwohner 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen: Bei Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus verschieben sich die Verhältnisse zu Gunsten von Ober- und Mittelfranken

Mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum durchschnittlich verfügbaren nominalen Einkommen je Einwohner 2009 (nominal: nicht um Preisniveauunterschiede bereinigte Einkommen) sowie den zusätzlichen BBSR-Preisindizes¹¹ je Region kann in etwa dargestellt werden, inwieweit regionale Unterschiede beim Nominaleinkommen aufgrund regional höherer oder niedrigerer Preise tatsächlich real (in ihrer Kaufkraft) niedrigere oder höhere Einkommen bedeuten.

Nominal haben die Einwohnerinnen und Einwohner in Oberbayern das im Durchschnitt höchste verfügbare Einkommen, real aber – unter Berücksichtigung des hohen Preisniveaus und damit der erhöhten Lebenshaltungskosten – ein "nur" durchschnittliches Einkommen. Real höher als im bayerischen Durchschnitt ist das durchschnittliche verfügbare Einkommen in Ober- und Mittelfranken (102% des bayerischen Durchschnitts) und in Schwaben (101%).

Darstellung 2.4: Nominal und real verfügbares durchschnittliches Einkommen je Einwohner 2009, Städte und Landkreise

		Verf	ügbares Einkor	nmen je Einwol	ner 2009 (VGR	k-Daten) pro M	onat
	BBSR- Preisindex**		ninal unterschiede cksichtigt)	(um untersch	eal iedliche Preis- ereinigt*)		schied al/real
		Euro	Prozent	Euro	Prozent*	Euro	Prozent- punkte
Oberbayern	109,1	1.837	110	1.684	100	-153	-9
Niederbayern	93,0	1.531	91	1.647	98	116	7
Oberpfalz	94,2	1.506	90	1.599	95	93	6
Oberfranken	92,8	1.585	95	1.707	102	123	7
Mittelfranken	97,6	1.663	99	1.704	102	41	2
Unterfranken	94,6	1.569	94	1.658	99	89	5
Schwaben	96,7	1.631	97	1.687	101	56	3
Bayern	100,0	1.676	100	1.676	100	0	0

^{*} Reales verfügbares Einkommen: Nominaleinkommen, anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt; gegenüber dem 3. Bericht der Staatsregierung wegen Aktualisierung teils neuere Daten.

^{**} Errechnet aus den BBSR-Preisindizes zu jeder Region durch Gewichtung mit der Zahl der in der jeweiligen Region lebenden Menschen. Quelle: Berechnungen nach BBSR-Preisindex 2009 und Einkommensdaten der VGR

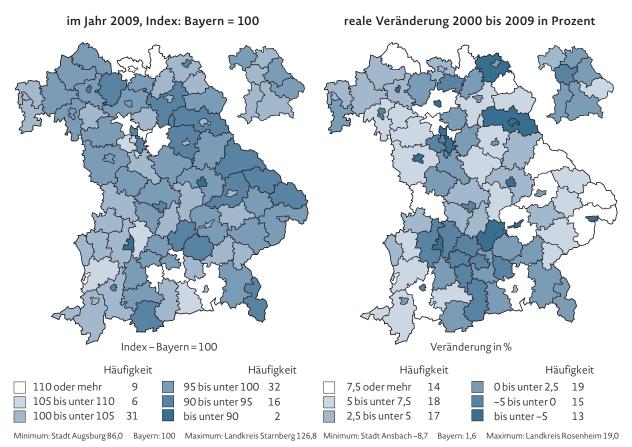
BBSR (2009): Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Preisindex und Einkommensdaten der VGR 2008, Bonn, 2009. Die BBSR-Regional-Preisniveaus für 2008 sind nach Aussage des BBSR auch noch für 2009 und 2010 weitgehend zutreffend, da sich regionale Preisrelationen nur langsam verschieben.

Real verfügbares Einkommen je Einwohner von 2000 bis 2009 besonders in Oberfranken und Niederbayern angestiegen

Das real verfügbare durchschnittliche Einkommen je Einwohner erhöhte sich 2000 bis 2009 besonders in Oberfranken (+7,3 %), Niederbayern (+6,9 %) und in Unterfranken (+5,3 %). In der Oberpfalz betrug der Anstieg +1,6 %, in Oberfranken +2,0 %, in Schwaben

+2,1%. In Oberbayern blieb es unverändert (+0,1%) und in Mittelfranken war die Entwicklung mit -0,4% minimal rückläufig. Ausschlaggebend waren dabei kleinräumige Entwicklungen.

Darstellung 2.5: Durchschnittlich verfügbares Einkommen je Einwohner, um regional unterschiedliche Preisniveaus bereinigt*



^{*} verfügbares Einkommen, anhand des BBSR-Preisindex bei unterschiedlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach BBSR (2009) - Preisindex und Einkommensdaten der VGR der Länder 2009 und Daten des LfStaD.

2.3 MITTLERER LEBENSSTANDARD

Bayerns Bürgerinnen und Bürger erzielen den höchsten mittleren Lebensstandard im Bundesgebiet, dieser lag in Bayern 2012 real rund 3 % höher als in Westdeutschland und 6 % höher als in Deutschland

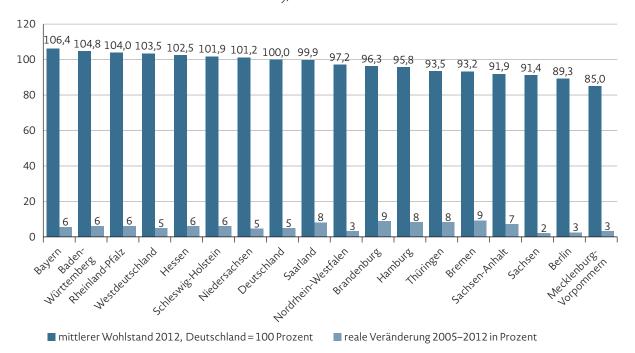
Der mittlere Lebensstandard (medianes¹² Nettoäquivalenzeinkommen) beschreibt den Wohlstand "in der Mitte der Gesellschaft".

Der mittlere Lebensstandard des Jahres 2012 lag in Bayern preisbereinigt¹³ rund 3% über dem in Westdeutschland und 6% über jenem in Deutschland insgesamt. Bayern erzielte damit den höchsten medianen Lebensstandard im gesamten Bundesgebiet. Einen näherungsweise ähnlich hohen mittleren Lebensstandard hatten nur noch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die niedrigsten fanden sich in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Im Zeitraum 2005 bis 2012 wuchs der mittlere Lebensstandard in Bayern um rund 6% und damit etwas stärker als in Deutschland und Westdeutschland mit jeweils rund 5% (jeweils real, also preisbereinigt).

Von den alten Bundesländern – deren Preisniveau noch am ehesten mit Bayern vergleichbar ist – lagen 2012 nur die Stadtstaaten Bremen (93%) und Hamburg (real nur 96% wegen hohem Preisniveau) sowie Nordrhein-Westfalen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt lag der mittlere Lebensstandard 2012 in Bayern um 55 Euro pro Monat real über dem Durchschnitt in Deutschland.

Darstellung 2.6: Mittlerer (medianer) Lebensstandard (Nettoäquivalenzeinkommen) 2012 (Deutschland = 100%) und dessen Entwicklung 2005 bis 2012 (bereinigt um länderspezifisch unterschiedliche Inflationsraten und Preisniveaus), in Prozent



Quelle: Berechnungen nach Mikrozensus 2005 bis 2012 (IT.NRW), Verbraucherpreisentwicklung (Statistische Ämter des Bundes und der Länder) und BBSR-Preisindex von 2008.

Der Median ist der Wert, der genau in der Mitte einer aufsteigend sortierten Zahlenreihe liegt. Der Median teilt die Zahlenreihe in zwei gleiche Hälften mit mehr oder weniger Einkommen und ist als mittlerer Wert oft aussagekräftiger als ein Gesamtdurchschnitt, der durch z. B. relativ wenige sehr hohe Einkommen untypisch für die Mehrheit der Bevölkerung ist.

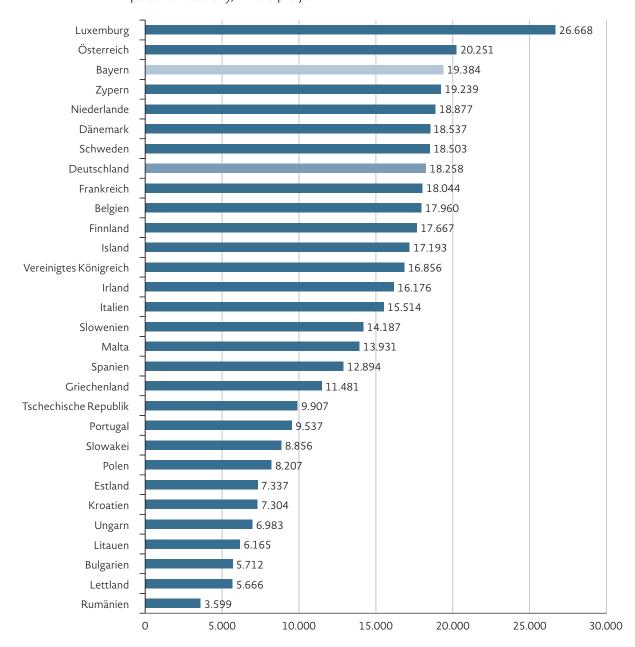
¹³ Bei diesen Berechnungen wurden erstmals regionale Preisunterschiede zwischen den Bundesländern berücksichtigt, so dass die Daten auch die Kaufkraftunterschiede der Einkommen in den Regionen berücksichtigen. Dazu wurde das länderspezifische Verbraucherpreisniveau (BBSR-Preisindex 2008) zu Grunde gelegt und mit länderspezifischen Preissteigerungsraten von 2008 bis 2011 je Land für 2011 aktualisät.

Bayern erzielt nach Luxemburg, der Schweiz und Österreich den höchsten mittleren Lebensstandard in der Europäischen Union

Die Daten des statistischen Amtes der EU (Eurostat) zeigen, dass der mittlere Lebensstandard in Bayern nach Luxemburg und Österreich der höchste in der EU war. Dabei wurde die Kaufkraft des Einkommens in den jeweiligen Ländern berücksichtigt, so dass die Länderdaten miteinander vergleichbar sind.

Die Daten des Europäischen Haushaltspanels (EU-SILC) und die Bereinigungen um die unterschiedliche Kaufkraft bestätigen die Berechnungsergebnisse auf Basis der Mikrozensus-Daten. Der mittlere Lebensstandard ist in Bayern rund 6 % höher als in Deutschland.

Darstellung 2.7: Mittlerer Lebensstandard in den Ländern der Europäischen Union 2011 (medianes Nettoäquivalenzeinkommen, in vergleichbaren Kaufkraftstandards berechnet, bezogen auf einen Einpersonenhaushalt), in Euro pro Jahr



Quelle: Eurostat, Europäische Regional- und Städtestatistik.

Mittlerer Lebensstandard stieg in Bayern von 2003 bis 2012 um 6%

Der mittlere Lebensstandard (vgl. im Kapitel "Indikatoren zum Lebensstandard") beschreibt den Wohlstand "in der Mitte der Gesellschaft". Dieser nahm in Bayern von 2003 bis 2012 über alle Gruppen betrachtet um 6,0% oder 86 Euro pro Monat real zu. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Bayern je Einwohner um 15,9%.

- Altersgruppen: Den höchsten realen mittleren Lebensstandard unter den Altersgruppen hatten in Bayern 2012 die 25- bis 65-Jährigen (109%, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit 100%). Für junge Menschen unter 25 Jahren lag er mit 94% etwas unter dem Median der Gesamtbevölkerung. Den geringsten mittleren Lebensstandard hatten Ältere (65 Jahre und älter; Männer: 89%, Frauen: 82%), wobei in Haushalten mit Verheirateten oder Zusammenlebenden aufgrund der Haushaltsbetrachtung (jedem Haushaltsmitglied wird dasselbe Nettoäquivalenzeinkommen und damit der gleiche Lebensstandard zugewiesen) kein Unterschied nach dem Geschlecht besteht. Der geringere Lebens-
- standard der Frauen ergibt sich besonders bei Scheidung und Tod des Haupternährers in Kombination mit langen Kindererziehungszeiten.
- ► Veränderung: Besonders zugenommen hat das mittlere Lebensstandardniveau bei jüngeren Menschen (bis unter 25 Jahre: +25 Prozentpunkte, +389 Euro) sowie in der Altersgruppe der 25- bis unter 65-Jährigen (+17 Prozentpunkte, +263 Euro). Einbußen hatten bis 2007 hingegen Personen ab 65 Jahren (minus 15 Prozentpunkte oder 229 Euro, seit 2007 aber nur noch mit geringen Veränderungen).
- Geschlecht: Bei Männern stieg der mittlere Lebensstandard 2003 bis 2012 um 113 Euro oder 7 Prozentpunkte, bei Frauen um 63 Euro oder 4 Prozentpunkte, bedingt u.a. durch einen gewachsenen Niedriglohnsektor.

Weitergehende Differenzierungen können für einzelne Gruppen für das Jahr 2012 sowie die Jahre 2009 bis 2012 dem Materialienband Darstellung W4 und W5 entnommen werden.

Darstellung 2.8: Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2003 bis 2012 in Euro, real (d.h. preisbereinigt, Einkommen entsprechen der Kaufkraft des Euro im Jahr 2012), in Euro pro Monat und Prozent sowie Prozentpunkten

	2003	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2003 bzw. 2007 bis 2012
				in Euro,	pro Monat			
Insgesamt	1.480	1.483	1.495	1.509	1.550	1.556	1.569	89
unter 25 Jahre	1.081	1.327	1.370	1.389	1.442	1.453	1.470	389
25 bis unter 65	1.448	1.578	1.629	1.638	1.683	1.696	1.711	263
65 und älter	1.558	1.316	1.320	1.338	1.341	1.328	1.329	-229
männlich	1.505	1.525	1.537	1.550	1.594	1.604	1.618	113
weiblich	1.459	1.443	1.453	1.470	1.508	1.512	1.522	63
männlich, 65 Jahre und älter	-	1.381	1.375	1.398	1.403	1.391	1.396	15
weiblich, 65 jahre und älter	-	1.267	1.277	1.293	1.295	1.282	1.279	12
		Index: N	/ //edianeink	ommen insg	gesamt aller	Haushalte	2012 = 100	
Insgesamt	94	95	95	96	99	99	100	6
unter 25 Jahre	69	85	87	89	92	93	94	25
25 bis unter 65	92	101	104	104	107	108	109	17
65 und älter	99	84	84	85	85	85	85	-15
männlich	96	97	98	99	102	102	103	7
weiblich	93	92	93	94	96	96	97	4
männlich, 65 Jahre und älter	-	88	88	89	89	89	89	1
weiblich, 65 jahre und älter	-	81	81	82	83	82	82	1

Quelle: Berechnungen nach Daten des Mikrozensus (IT.NRW) und Verbraucherpreisindex.

Mittlerer Lebensstandard 2012 nach Haushaltstyp und Familienstand

Mit 112% hatten Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder 2012 den höchsten mittleren Lebensstandard, Alleinerziehende mit 65% den niedrigsten (bayerische Gesamtbevölkerung insgesamt: 100%). Der unterdurchschnittliche mittlere Lebensstandard von 88% bei den Einpersonenhaushalten ist insbesondere durch den hohen Anteil Älterer bedingt. Soweit mindestens zwei Erwachsene mit Kindern in einem Haushalt lebten, lag der mittlere Lebensstandard mit 95 bis 97% nahe dem allgemeinen Medianwert.

Mit +12 bzw. +21 Prozentpunkten deutlich zugenommen hat der reale mittlere Lebensstandard von 2003 bis 2012 bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kindern, mit –4 Prozentpunkten rückläufig war er bei

den Einpersonenhaushalten. Einen Lebensstandardzuwachs um 6 Prozentpunkte verzeichneten Alleinerziehende.

Hinsichtlich des Familienstandes wiesen Verwitwete mit 81% den geringsten, Verheiratete sowie Ledige mit je 103% den höchsten mittleren Lebensstandard auf.

Weitergehende Differenzierungen der sozioökonomischen Situation einzelner Gruppen für das Jahr 2012 sowie die Jahre 2009 bis 2012 können dem Materialienband Darstellung W4 und W5 entnommen werden.

Darstellung 2.9: Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2003 bis 2012 in Euro, real (d.h. preisbereinigt, Einkommen entsprechen der Kaufkraft des Euro in 2012), in Euro pro Monat und Prozent sowie Prozentpunkten

	2003	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2003 bzw. 2007 bis 2012
				in Euro,	pro Monat			
1-Personenhaushalt	1.430	1.340	1.341	1.351	1.374	1.378	1.374	-56
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	1.761	1.690	1.693	1.704	1.729	1.733	1.756	-5
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	927	961	987	1.022	1.036	1.022	1.025	98
2 Erwachsene und 1 oder mehrere Kinder	1.336	1.409	1.424	1.457	1.499	1.516	1.529	193
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	1.164	1407	1.393	1.397	1.469	1.486	1.487	323
ledig	-	1.531	1.537	1.539	1.591	1.598	1.610	79
verheiratet, zusammenlebend	-	1.519	1.534	1.552	1.595	1.609	1.623	104
geschieden	-	1.304	1.301	1.324	1.373	1.347	1.362	58
dauernd getrennt lebend	-	1.257	1.346	1.321	1.351	1.322	1.383	126
verwitwet	-	-	-	1.277	1.285	1.283	1.272	-5
		Index: N	Medianeink	ommen insg	gesamt allei	Haushalte	2012 = 100	
1-Personenhaushalt	91	85	85	86	88	88	88	-4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	112	108	108	109	110	110	112	0
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	59	61	63	65	66	65	65	6
2 Erwachsene und 1 oder mehrere Kinder	85	90	91	93	96	97	97	12
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	74	90	89	89	94	95	95	21
ledig	-	98	98	98	101	102	103	5
verheiratet, zusammenlebend	_	97	98	99	102	103	103	7
geschieden	-	83	83	84	87	86	87	4
dauernd getrennt lebend	_	80	86	84	86	84	88	8
verwitwet	-	-	-	81	82	82	81	0

Quelle: Berechnungen nach Daten des Mikrozensus (IT.NRW) und Preisbereinigung anhand des Verbraucherpreisindex (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).

Mittlerer Lebensstandard 2007 bis 2012 nach dem Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt

Der mittlere Lebensstandard Erwerbstätiger lag 2012 bei 108% (alle Personengruppen: 100%), bei Nichterwerbspersonen bei 78% (dabei Rentner: 79%, Pensionäre 129%), bei Erwerbslosen bei 49% (zum Vergleich: die Armutsgefährdungsschwelle liegt nach EU-Standard und bundesweiter Sozialberichterstattung bei 60%).

Den höchsten mittleren Lebensstandard bei den Erwerbstätigen wiesen Selbstständige und Beamte auf, den geringsten Arbeiter/-innen.

Haushalte mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers (HEB) hatten 2012 einen mittleren Lebensstandard von 76 %, jene mit einem vollzeiterwerbstätigen HEB von 111 %.

Im Zeitraum 2007 bis 2012 war der mittlere Lebensstandard bei Nichterwerbspersonen real rückläufig (–4 Euro im Monat), bei Rentnern stieg er um 4 Euro und z.B. bei Erwerbspersonen um 99 Euro (jeweils bezogen auf eine "Vollperson" oder einen Einpersonenhaushalt).

Darstellung 2.10: Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2007 bis 2012 in Euro, real (d. h. preisbereinigt, Einkommen entsprechen der Kaufkraft des Euro in 2012), Merkmal jeweils bezogen auf den Haupteinkommensbezieher (HEB) im Haushalt, in Euro pro Monat und Prozent sowie Prozentpunkten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2007 bis 2012
			in	Euro, pro N	/lonat		
Erwerbstätige	1.596	1.608	1.624	1.674	1.682	1.695	99
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	1.926	1.927	1.978	2.021	2.025	2.053	127
abhängig Erwerbstätige	1.555	1.570	1.588	1.641	1.648	1.662	107
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	2.023	2.047	2.062	2.141	2.164	2.164	141
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	1.711	1.700	1.713	1.754	1.766	1.771	60
Arbeiter/-innen	1.302	1.323	1.328	1.359	1.373	1.393	91
Erwerbslose	747	737	776	802	789	768	21
Nichterwerbspersonen	1.235	1.235	1.242	1.256	1.237	1.231	-4
Rentner/-innen	1.229	1.234	1.258	1.263	1.239	1.233	4
Pensionär/-innen	2.013	1.966	2.014	2.075	2.000	2.029	16
Vollzeiterwerbstätigkeit	1.634	1.649	1.670	1.722	1.732	1.749	115
Teilzeiterwerbstätigkeit	1.128	1.125	1.154	1.182	1.167	1.185	57
	I	ndex: Medi	aneinkomm	en insgesam	t aller Haus	halte 2012	= 100
Erwerbstätige	102	103	104	107	107	108	6
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	123	123	126	129	129	131	8
abhängig Erwerbstätige	99	100	101	105	105	106	7
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	129	130	131	136	138	138	9
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	109	108	109	112	113	113	4
Arbeiter/-innen	83	84	85	87	88	89	6
Erwerbslose	48	47	49	51	50	49	1
Nichterwerbspersonen	79	79	79	80	79	78	0
Rentner/-innen	78	79	80	81	79	79	0
Pensionär/-innen	128	125	128	132	127	129	1
Vollzeiterwerbstätigkeit	104	105	106	110	110	111	7
Teilzeiterwerbstätigkeit	72	72	74	75	74	76	4

Quelle: Berechnungen nach Daten des Mikrozensus (IT.NRW) und Verbraucherpreisindex (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).

Mittlerer Lebensstandard 2012 bei Personen mit Transferbezug und nach der Berufsausbildung

Den höchsten mittleren Lebensstandard hatten Haushalte mit einem Hochschulabsolventen als Hauptverdiener (148%), bei einer Lehrausbildung des Hauptverdieners betrug er 94%.

Den niedrigsten mittleren Lebensstandard hatten mit 44% Personen in Haushalten von Beziehern von Arbeitslosengeld II ohne Erwerbstätigkeit (zum Vergleich: Median aller Personen in Bayern = 100%). Eine Teilzeiterwerbstätigkeit erhöhte den mittleren Lebensstandard von Hartz-IV-Beziehern auf 48%, eine Vollzeittätigkeit auf 62% (zum Vergleich: die

Armutsschwelle liegt bei 60%). Bei Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrug der Lebensstandard im Mittel 47%.

Im Zeitraum 2007 bis 2012 nahm der mittlere Wohlstand bei Hartz-IV-Bezug und Vollzeiterwerbstätigkeit um 123 Euro zu, was auch auf eine veränderte Zusammensetzung dieser Gruppe zurückzuführen ist, bei Arbeitslosengeld I Bezug und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung war der mittlere Lebensstandard real rückläufig.

Darstellung 2.11: Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2007 bis 2012 in Euro, real (d.h. preisbereinigt, Einkommen entsprechen der Kaufkraft des Euro in 2012), Merkmal jeweils bezogen auf den Haupteinkommensbezieher im Haushalt, in Euro pro Monat und Prozent sowie Prozentpunkten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2007 bzw. 2009 bis 2012
			in	Euro, pro	Monat		
mit Wohngeldbezug	754	843	921	882	858	858	104
mit ALG-I-Bezug	949	943	942	973	959	935	-14
mit Hartz-IV-Bezug	699	691	710	728	744	732	33
Hartz-IV-Bezug mit Vollzeiterwerbstätigkeit	-	_	846	859	910	969	123
Hartz-IV-Bezug mit Teilzeiterwerbstätigkeit	_	_	774	793	777	757	-17
Hartz-IV-Bezug ohne Erwerbstätigkeit	-	-	689	698	695	684	-5
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	_	-	749	814	758	744	-5
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	714	720	721	757	717	726	12
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	1.079	1.088	1.076	1.103	1.097	1.105	26
Anlernberuf, Praktikum	1.217	1.209	1.262	1.257	1.204	1.225	8
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	1.421	1.426	1.436	1.462	1.470	1.472	51
Meister, Techniker, Fachschule, Berufsakademie	1.672	1.675	1.681	1.729	1.750	1.762	90
(Fach-)Hochschule	2.222	2.242	2.260	2.304	2.336	2.324	102
	Ind	ex: Mediar	einkomm	en insgesa	mt aller Ha	aushalte 20	012 = 100
mit Wohngeldbezug	48	54	59	56	55	55	7
mit ALG-I-Bezug	61	60	60	62	61	60	-1
mit Hartz-IV-Bezug	45	44	45	46	47	47	2
Hartz-IV-Bezug mit Vollzeiterwerbstätigkeit	-	-	54	55	58	62	8
Hartz-IV-Bezug mit Teilzeiterwerbstätigkeit	_	_	49	51	50	48	-1
Hartz-IV-Bezug ohne Erwerbstätigkeit	-	-	44	44	44	44	0
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	_	-	48	52	48	47	0
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	46	46	46	48	46	46	1
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	69	69	69	70	70	70	2
Anlernberuf, Praktikum	78	77	80	80	77	78	0
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	91	91	92	93	94	94	3
Meister, Techniker, Fachschule, Berufsakademie	107	107	107	110	112	112	6
(Fach-)Hochschule	142	143	144	147	149	148	6

Quelle: Berechnungen nach Daten des Mikrozensus (IT.NRW) und Verbraucherpreisindex (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).

Mittlerer Lebensstandard 2012 nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Im Zeitraum 2007 bis 2012 haben sich die relativen Unterschiede zwischen den Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ohne und mit Migrationshintergrund nur wenig verändert, d.h. die Entwicklungen verliefen weitgehend parallel.

Bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund lag 2012 der mittlere Lebensstandard bei 82% bzw. 85% um rund 20 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Niveau von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (102%) bzw. ohne Migrationshintergrund (104%).

Während bei den älteren Menschen (65 Jahre und älter) mit Migrationshintergrund der mittlere Lebensstandard nur 14 Prozentpunkte unter jenem liegt, den Personen ohne Migrationshintergrund der vergleichbaren Altersgruppe aufweisen, ist der Unterschied bei den 25- bis unter 65-Jährigen mit 23 Prozentpunkten bei insgesamt höherem Lebensstandard stärker ausgeprägt.

Darstellung 2.12: Mittleres (medianes) Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern 2007 bis 2012 in Euro, real (d. h. preisbereinigt, Einkommen entsprechen der Kaufkraft des Euro in 2012)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2007 bis 2012
			i	n Euro, pro	Monat		
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	1.171	1.207	1.219	1.239	1.247	1.281	110
mit deutscher Staatsangehörigkeit	1.516	1.524	1.540	1.581	1.591	1.603	87
mit Migrationshintergrund	1.228	1.247	1.259	1.287	1.299	1.335	107
unter 25	1.145	1.162	1.173	1.222	1.232	1.252	107
25 bis unter 65	1.304	1.331	1.343	1.364	1.382	1.421	117
65 und älter	1.117	1.113	1.144	1.139	1.125	1.129	12
ohne Migrationshintergrund	1.547	1.557	1.572	1.616	1.624	1.634	87
unter 25	1.437	1.451	1.473	1.526	1.537	1.550	113
25 bis unter 65	1.692	1.700	1.715	1.760	1.773	1.788	96
65 und älter	1.337	1.340	1.360	1.363	1.352	1.352	15
		Index: Med	ianeinkomm	nen insgesan	nt aller Hau	shalte 2012	= 100
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	75	77	78	79	79	82	7
mit deutscher Staatsangehörigkeit	97	97	98	101	101	102	6
mit Migrationshintergrund	78	79	80	82	83	85	7
unter 25	73	74	75	78	79	80	7
25 bis unter 65	83	85	86	87	88	91	7
65 und älter	71	71	73	73	72	72	1
ohne Migrationshintergrund	99	99	100	103	104	104	6
unter 25	92	92	94	97	98	99	7
25 bis unter 65	108	108	109	112	113	114	6
65 und älter	85	85	87	87	86	86	1

Quelle: Berechnungen nach Daten des Mikrozensus (IT.NRW) und Verbraucherpreisindex (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).

Regionaler mittlerer Lebensstandard: Zwischen Regierungsbezirken bestehen unter Berücksichtigung regionaler Preisniveauunterschiede weitaus geringere Unterschiede als die Nominalwerte andeuten

Bei Lebensstandardvergleichen in Flächenstaaten ist die Berücksichtigung von regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten (vorrangig Wohnkosten) besonders wichtig. Ein gleiches Einkommen hat je nach Region eine unterschiedliche Kaufkraft, steht für einen unterschiedlichen Lebensstandard. So sind z. B. die Lebenshaltungskosten in der Landeshauptstadt München um circa 35 % höher als in der Region Hof (vgl. BBSR-Preisindex 2009).

Nominal – also ohne Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus – klafft zwischen den Regierungsbezirken in Bayern bei den mittleren Nettoäquivalenzeinkommen in 2012 ein Unterschied von bis zu 16 Prozentpunkten (Oberfranken 93 %, Oberbayern 109 %; Bayern = 100 %).

Real – unter Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus – unterscheidet sich der mittlere materielle Lebensstandard zwischen den Regierungsbezirken kaum mehr. Mit 102% hatte 2012 Niederbayern den höchsten mittleren Lebensstandard, mit 99% aber Mittelfranken und Schwaben kaum weniger.

Unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveauunterschiede verändern sich damit die Lebensstandard-Relationen grundlegend. Die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken vermindern sich von 16 auf 3 Prozentpunkte.

Im Zeitraum 2008 bis 2012 verzeichnete die Oberpfalz mit +103 Euro real den höchsten Zuwachs, Oberbayern mit +62 Euro den niedrigsten.

Darstellung 2.13: Mittlerer Lebensstandard nach Regierungsbezirken 2008 und 2012, in Euro und Prozent (pro Monat, in Preisen von 2012)

				Nette	oäquivalenze	inkommen	in den Regior	nen		
	regionales Preisniveau:		nominal (um Preisniveau- unterschiede nicht bereinigt)			m unterschi veaus berei		reale Entwicklung 2008–2012		
	BBSR- Preisindex*	2008, Euro	2012, Euro	2012, Bayern = 100%	2008, Euro	2012, Euro	2012, Bayern = 100%	Euro	Prozent	
Oberbayern	109	1.645	1.713	109	1.508	1.570	100	62	4	
Niederbayern	93	1.426	1.503	96	1.533	1.616	102	83	5	
Oberpfalz	94	1.408	1.505	96	1.494	1.598	101	103	7	
Oberfranken	93	1.374	1.458	93	1.480	1.571	100	91	6	
Mittelfranken	98	1.464	1.528	97	1.500	1.566	99	66	4	
Unterfranken	95	1.416	1.499	96	1.497	1.585	101	88	6	
Schwaben	97	1.446	1.513	96	1.495	1.565	99	70	5	
Bayern	100	1.495	1.569	100	1.495	1.569	100	74	5	

^{*} Errechnet aus den BBSR-Preisindizes (2008) zu jeder Region durch Gewichtung mit der Zahl der in der jeweiligen Region lebenden Menschen. Der BBSR-Preisindex von 2008 wird bis 2012 weiter verwendet, da sich die Preisniveauunterschiede zwischen den Regionen nur langsam verschieben und kein neuerer regionaler Preisindex verfügbar ist.

Quelle: Berechnungen anhand des BBSR-Preisindex (2009): Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und von Daten des Mikrozensus von IT.NRW.

^{**} Nominale Einkommen anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

2.4 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdung in Bayern und Deutschland: In Bayern bundesweit mit am geringsten und insgesamt kaum verändert

Personen in Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 60 % des mittleren (medianen) Nettoäquivalenzeinkommens werden gemäß EU-weiter Definitionen als armutsgefährdet eingestuft. Armuts-(gefährdungs) quoten messen relative Einkommensunterschiede, sie besagen aber nichts darüber, welches Einkommen im Sinne eines zu definierenden Minimums (z. B. für ein mittel- und langfristiges physisches Überleben oder für eine als gerecht empfundene Teilhabe) notwendig wäre (vgl. zu den Begriffen relative sowie absolute Armut detaillierter im Kapitel 2.1 "Indikatoren zum Lebensstandard").14

Die bayerische Armutsgefährdungsschwelle lag 2012 bei Einpersonenhaushalten bei 942 Euro pro Monat und damit 43 Euro über jener der alten Bundesländer.

Auf Basis der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Bundesmedians) betrug in Bayern die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2012 11,2%. Das ist die zweitniedrigste Quote unter den Bundesländern. Diese lag in Bayern nur minimal (0,1 Prozentpunkte) über dem Wert des Spitzenreiters Baden-Württemberg (11,1%), aber rund 2,8 Prozentpunkte unter jener der alten Bundesländer (14,0%) und sogar 4 Prozentpunkte unter jener der gesamten Bundesrepublik (vgl. im Materialienband Darstellung W7 bis W10).

Auf Basis der bayerischen Armutsgefährdungsschwelle (= 60 % des Landesmedians) betrug die Armutsgefährdungsquote in Bayern in 2012 14,3 %. Sie hat sich gegenüber 2005 nicht signifikant verändert, während sie sich in den früheren westdeutschen Bundesländern um 0,8 Prozentpunkte erhöhte.

Im weiteren Bericht werden jeweils die auf Basis des Landesmedians ermittelten Armutsgefährdungsquoten verwendet.

Darstellung 2.14: Armutsgefährdungsschwellen und Armutsgefährdungsquoten (neue OECD-Skala), Bayern / Bund 2005, 2010 und 2012

		Armutsgefähr- dungsschwellen 2012**								
Regionaleinheit		bundeswei undesmedi		der jeweiligen Region (Landesmedian)				Einpersonen- Haushalt		
	2005	2010	2012	2005	2010	2012	EUR	Index**		
Bayern	11,4	10,8	11,2	14,0	13,8	14,3	942	108		
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,2	13,3	14,0	14,8	14,7	15,6	899	103		
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	20,4	19,0	19,7	14,3	13,2	13,2	768	88		
Bundesrepublik Deutschland	14,7	14,5	15,2	14,7	14,5	15,2	869	100		

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

^{** 60%} des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung; Index: Deutschland = 100; regional unterschiedliche Preisniveaus und eine damit unterschiedliche Kaufkraft des Einkommens wurde dabei aber nicht berücksichtigt

¹⁴ Zur Berechnung der länderspezifischen sog. Armutsgefährdungsquoten wird vorrangig das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen je Bundesland als Basis genommen (Landesmedian), nicht das bundesweit mittlere Einkommen (Bundesmedian), da besonders in Ostdeutschland das Preisniveau geringer ist, so dass eine bundesweite Armutsschwelle die Armutsgefährdung in Östdeutschland überschätzt (weil dort Einkommen eine höhere Kaufkraft als in Westdeutschland haben) und in Westdeutschland (auch Bayern) unterschätzt. Ein Vergleich von Bayern mit westdeutschen Bundesländern ist aber zumindest auf Basis des Bundesmedian näherungsweise möglich, da sich das Preisniveau zwischen den westdeutschen Flächenländern vermutlich nicht wesentlich unterscheidet.

Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in Bayern von 2003 bis 2012

Im Gesamtzeitraum von 2003 bis 2012 ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern nur leicht gestiegen. 2003 betrug sie 13,5 %, 2012 lag sie bei 14,3 % (bezogen auf den Landesmedian, d.h. das mittlere Einkommensniveau in Bayern). In diesem Zeitraum ist die Armutsgefährdungsschwelle um 46 Euro bei einem Einpersonenhaushalt gestiegen.

Der Wirtschaftsabschwung 2009 (Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern je Einwohner um -3,7 %) hat sich auf die Armutsgefährdungsquote insgesamt nicht ausgewirkt, die sozialen Sicherungssysteme und z.B. die Kurzarbeiterregelung haben sich als effektive Armutsprävention erwiesen.

Bei nur leicht gestiegener Armutsgefährdungsquote stieg die Anzahl armutsgefährdeter Personen in Bayern zwischen 2003 und 2012 um rund 95 Tsd. Personen an, von rund 1,6 Mio. armutsgefährdeter Menschen in 2003 auf rund 1,7 Mio. in 2012. Ein Teil des Anstiegs ist auch auf die insgesamt gestiegene Bevölkerungszahl Bayerns zurück zu führen.

Darstellung 2.15: Armutsgefährdungsquoten und -schwellen sowie die Anzahl der armutsgefährdeten Personen und das mittlere Nettoeinkommen je armutsgefährdeter Vollperson in Bayern 2003 bis 2012, in Prozent, Tausend und Euro

		Armuts	gefährdungsquote auf B	asis von 60% des N	Medianeinkommen:	s im/in
	Bund			Bayern (Landesm	edian)	
	Armuts	gefähr-	armutsgefährdete	Armuts(gefährd in Preis	mittleres Nettoeinkommen je	
	Armutsgefähr- ai dungsquoten*	Personen	1 Person	2 Erwachsene + 2 Kinder unter 14 J.	armutsgefährdete Vollperson**	
	Pro	zen	Tausend		Euro	
2012		14,3	1.718	942	1.978	756
2011	11,3	14,2	1.698	934	1.961	751
2010	10,8	13,8	1.650	930	1.954	755
2009	11,1	13,7	1.635	906	1902	730
2008	10,8	13,6	1.628	897	1.883	726
2007	11,0	13,6	1.619	889	1.868	720
2006	10,9	13,5	1.609	886	1.861	713
2005	11,4	14,0	1.667	892	1.874	718
2003	-	13,5	1.605	888	1.864	711

Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personer; Äquivalenzeinkommen berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala. Die Armutsgefährdungslücke beträgt rund 20%, d.h. das mittlere Nettoeinkommen einer armutsgefährdeten Vollperson liegt rund

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Berechnungen und IT.NRW.

^{20%} unter der Armutsschwelle.

Gruppenspezifische Unterschiede bei der Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten in Bayern von 2005 bis 2012

Während die Armutsgefährdungsquote insgesamt zwischen 2005 und 2012 nahezu stagnierte (2005: 14,0%, 2012: 14,3%), veränderte sie sich in diesen sieben Jahren bei den

- ► unter 18-Jährigen mit –2,1 Prozentpunkten,
- ► 18- bis unter 25-Jährigen mit +1,6 Prozentpunkten,
- ► 65-Jährigen und älteren um +3,3 Prozentpunkte.

Die Unterschiede zwischen Männern (12,7%) und Frauen (15,8%) – vorrangig bedingt durch Alleinerzieherschaft sowie Scheidung und Trennung in Verbindung mit eigener Kindererziehung (bei der Messung der Armutsgefährdung wird den Partnern jeweils dasselbe äquivalenzgewichtete Haushalts-

einkommen zugerechnet, so dass sich in gemischtgeschlechtlichen Paargemeinschaften die Armutsgefährdungsquoten nicht nach dem Geschlecht unterscheiden) – blieben nahezu unverändert. Die gestiegene Armutsgefährdung im Alter betraf Frauen wie Männer.

Zwar hatten hinsichtlich des Familientyps die alleinerziehenden Haushalte mit 41 % eine hohe Armutsgefährdung, gleichwohl ist dieser Personenkreis mit rund 159 Tsd. Personen nicht einmal halb so groß wie z.B. die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern) (Quote: 10,6 %, rund 334 Tsd. Personen).

Darstellung 2.16: Armutsgefährdungsquoten* nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp in Bayern 2005 bis 2012 (gemessen am Landesmedian)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2005-2012
mittleres Nettoeinkommen je armutsgefährdete "Vollperson"	714	709	712	717	725	744	747	754	40
Insgesamt	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,2	14,3	0,3
Alter									
Unter 18 Jahren	17,4	16,2	16,2	15,9	15,9	15,5	15,5	15,3	-2,1
18 bis unter 25 J.	17,2	16,9	18,4	17,8	18,9	18,2	18,4	18,8	1,6
25 bis unter 50 J.	11,4	10,8	10,5	10,4	10,7	10,6	10,5	10,5	-0,9
50 bis unter 65 J.	10,5	10,6	10,4	10,9	11,1	11,3	11,4	11,4	0,9
65 J. und älter	18,0	17,6	18,2	18,6	17,7	19,0	20,7	21,3	3,3
Geschlecht									
Männlich	12,7	12,3	12,3	12,4	12,6	12,7	12,8	12,7	0,0
Weiblich	15,2	14,6	14,8	14,8	14,8	14,9	15,4	15,8	0,6
männlich, 65 J. und älter	14,8	14,9	15,1	15,7	14,8	16,1	17,6	17,8	3,0
weiblich, 65 J. und älter	20,4	19,6	20,5	20,8	20,0	21,2	23,1	24,0	3,6
Haushaltstyp									
1-Personenhaushalt	22,5	21,4	22,9	23,2	23,3	23,4	24,4	25,1	2,6
2 Erwachsene ohne Kind	10,7	10,7	10,6	10,8	10,6	11,3	11,9	11,8	1,1
Sonstiger Haushalt ohne Kind	6,9	6,6	6,3	6,3	6,4	6,9	6,9	7,2	0,3
1 Erwachsene(r) mit Kind(ern)**	42,5	40,6	41,4	39,6	40,6	39,0	40,6	41,0	-1,5
2 Erwachsene und 1 Kind**	10,5	9,8	9,4	8,8	8,7	9,1	8,8	7,8	-2,7
2 Erwachsene und 2 Kinder**	10,8	9,8	10,6	9,7	9,4	9,3	9,6	8,8	-2,0
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder**	23,6	19,6	18,6	19,7	19,7	19,6	19,7	20,7	-2,9

 ^{*} Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten, berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.
 ** Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

^{**} Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW.

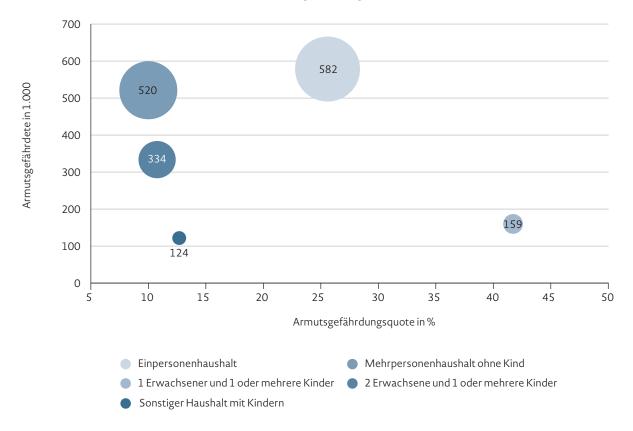
Armutsgefährdung: Die Gruppengröße ist so wichtig wie die Armutsgefährdungsquote

Neben der Armutsgefährdungsquote ist die Gruppengröße wichtig, da eine z.B. große Gruppe mit einer geringeren Gefährdungsquote hinsichtlich der Armutsbetroffenheit quantitativ bedeutungsvoller sein kann als eine kleine Gruppe mit einer hohen Quote. Armutsgefährdungsquoten alleine offenbaren nur die Häufigkeit der Armutsgefährdung innerhalb einer Personengruppe, verdecken aber die Gruppengröße:

► Einpersonenhaushalte bildeten mit Abstand die größte Gruppe armutsgefährdeter Personen

- (582 Tsd., darunter 225 Tsd. bzw. 3% Ältere ab 65 Jahren). Als zweitgrößte Gruppe folgten die Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (insgesamt 520 Tsd. armutsgefährdete Personen, darunter 300 Tsd. bzw. 58% Ältere).
- Alleinerziehende haben trotz hoher Armutsgefährdung wegen ihrer Gruppengröße eine quantitativ vergleichsweise geringere Bedeutung (159.000, vgl. zur Armutsgefährdung und der Zahl der betroffenen Personen im Materialienband Darstellung W8, W9, W12, W13).

Darstellung 2.17: Anzahl der armutsgefährdeten Personen nach dem Haushaltstyp in Bayern 2012, in Tausend, in Relation zur Armutsgefährdungsquote, in Prozent



Quelle: Daten des Mikrozensus, IT.NRW.

Armutsgefährdungsquoten nach Erwerbsstatus, Qualifikationsniveau und Migration

Hinsichtlich des Erwerbsstatus hatten 2012 abhängig Erwerbstätige mit 7,1 % die geringste Armutsgefährdungsquote, (erwerbsfähige) Erwerbslose mit 50,2 % die weitaus höchste Quote sowie sonstige Nichterwerbspersonen und Rentner und Pensionäre mit 31,3 % und 21,0 % ebenfalls ausgeprägte Gefährdungsquoten (nur Rentner: 25,0 %).

Bei einer Unterscheidung nach dem Qualifikationsniveau zeigt sich, dass Personen mit einem niedrigen, teils aber auch mit einem mittleren Qualifikationsniveau überproportional armutsgefährdet sind (38,1 % bzw. 14,1 %, 2012). Bei einem niedrigen, abgeschwächt aber auch bei einem mittleren Qualifikationsniveau stieg die Armutsgefährdung im Zeitraum 2005 bis 2012 markant an, nicht aber bei Hochschulabsolventen

Die Armutsgefährdungsquoten von Menschen mit Migrationshintergrund liegen seit Jahren auf einem höheren Niveau (23,1%) als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (12,0%), die gleiche Relation betrifft auch Menschen ohne und mit deutscher Staatsangehörigkeit (26,6% bzw. 12,9%). Dabei hat sich in den letzten Jahren die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund etwas abgesenkt.

Darstellung 2.18: Bayern: Armutsgefährdungsquoten* nach Erwerbsstatus, Qualifikationsniveau, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund, in Prozent und Veränderung in Prozentpunkten (gemessen am Landesmedian)

(8011033011 4111 24110	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2005-2012
Erwerbsstatus der jeweils befragten Perso	on								
Erwerbstätige	6,6	6,5	6,5	6,6	6,8	6,8	7,1	7,1	0,5
Selbstständige (einschl. mith. Familien- angehörige)	9,3	9,0	8,2	9,8	9,9	8,9	9,2	9,6	0,3
Abhängig Erwerbstätige	6,3	6,1	6,2	6,2	6,4	6,5	6,8	6,8	0,5
Erwerbslose	44,0	43,2	48,4	51,4	47,3	49,4	50,3	50,2	6,2
Rentner/Pensionäre/-innen	16,4	16,5	16,9	18,0	17,3	18,5	20,3	21,0	4,6
Sonstige Nichterwerbspersonen	25,6	26,0	26,9	27,4	28,0	29,3	30,3	31,3	5,7
Qualifikationsniveau** der Person mit der	m höchst	en Einko	mmen ir	n Hausha	alt				
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	33,7	30,5	34,1	34,8	35,4	36,3	37,2	38,1	4,4
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,5	12,3	12,5	12,9	13,1	13,5	13,9	14,1	1,6
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,0	4,9	4,8	4,6	4,7	4,6	4,9	4,9	-0,1
Qualifikationsniveau** der jeweils befrag	ten Perso	on (Perso	nen im /	Alter von	25 Jahre	n und äl	ter)		
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	25,7	24,2	26,1	27,2	27,5	28,7	29,8	30,9	5,2
Mittel (ISCED 3 und 4)	10,0	9,9	10,0	10,4	10,5	11,1	11,5	11,7	1,7
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,5	5,3	5,2	4,9	4,9	4,9	5,3	5,2	-0,3
Staatsangehörigkeit, Migrationshintergru	nd*** de	r jeweils	befragte	n Persor	n				
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	30,9	27,6	29,6	26,9	26,9	27,7	27,2	26,6	-4,3
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,2	11,9	11,9	12,2	12,3	12,4	12,8	12,9	0,7
Mit Migrationshintergrund	26,0	23,9	24,8	23,2	23,3	23,9	23,3	23,1	-2,9
Ohne Migrationshintergrund	11,1	10,9	10,8	11,3	11,2	11,3	11,8	12,0	0,9

^{*} Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala).

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

^{**} Das Qualifikationsniveau wird nach der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt: ISCED-Stufe 0 bis 2: max. Hauptschule, Realschule, Gymnasium (bis Klasse 10), Berufsvorbereitungsjahr; ISCED-Stufe 3 und 4: max. Fachoberschulen, Berufsoberschulen/Technische Oberschulen, Abendgymnasien, Kollegs; ISCED-Stufe 5 und 6: Fachhochschulen, Universitäten, Forschungsqualifikation (z. B. Promotion).

^{***} Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, der zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Armutsgefährdungsquoten nach Familienstand und Transferbezug

In Bezug zum Familienstand des Haupteinkommensbeziehers (HEB) haben seit Jahren mit um die 22 % bis 26 % getrennt Lebende, Geschiedene und Verwitwete höhere Armutsgefährdungsquoten als Ledige oder Verheiratete bzw. zusammen Lebende. Die meisten der armutsgefährdeten Menschen waren 2012 verheiratet beziehungsweise zusammen lebend.

Personen in Haushalten, deren HEB Arbeitslosengeld I und Wohngeld bezogen, waren überdurchschnittlich armutsgefährdet (in Bayern 2012 zu knapp über 50% bzw. 60%). Für Personen in Haushalten mit einem Arbeitslosengeld-II-beziehenden HEB fiel die Quote mit knapp über 80% noch deutlich höher aus, bei zusätzlicher Vollzeiterwerbstätigkeit des HEB lag sie jedoch nur bei rund 45%. Liegt kein Transferbezug vor, aber eine Teilzeittätigkeit des Haupteinkommensbeziehers, so betrug die Armutsgefährdung 2012 rund 30%, bei Vollzeiterwerbstätigkeit 5,7%. Allerdings bildeten die armutsgefährdeten Personen in

Haushalten mit vollerwerbstätigem HEB mit 466 Tsd. Betroffenen die zahlenmäßig größte Gruppe, gefolgt von armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit teilzeiterwerbstätigen HEB (302 Tsd.) sowie Alg-II-Beziehern (243 Tsd.).

Im Vergleich zu den Transferbeziehern hat sich die Armutsgefährdung von Personen in Haushalten von (abhängig) Erwerbstätigen im Zeitraum 2009 bis 2012 mit +0,4% nur minimal verändert. Unter den Erwerbstätigen waren Personen in Arbeiterhaushalten 2012 zu 12,4% armutsgefährdet (rund 279 Tsd.), in Angestelltenhaushalten zu 6,9% (336 Tsd.). In den Erwerbslosenhaushalten lag die Armutsgefährdungsquote 2009 bei rund 66%, 2012 bei 72% (120 Tsd. Personen). Absolut am meisten armutsgefährdet waren 2012 – nach rund 700 Tsd. Personen in allen Haushalten mit erwerbstätigem und rund 600 Tsd. mit abhängig erwerbstätigem HEB – Personen in Rentnerhaushalten (489 Tsd.).

Darstellung 2.19: Armutsgefährdungsquoten und Anzahl armutsgefährdeter Personen nach Familienstand, Erwerbsumfang und Erwerbsstatus in Bayern 2009 bis 2012

	Arm	nutsgefäh	rdungsqu	oten		efährdete onen		derung is 2012
Merkmal	2009	2010	2011	2012	2009	2012	2009 b	IS 2012
		Pro	zent		Taus	send	Prozent	Tausend
Familienstand des/der Haupteinkommens	beziehers/	-in						
ledig	17,6	17,4	17,9	17,9	405	434	0,3	29
verheiratet, zusammenlebend	10,1	10,4	10,2	10,3	774	779	0,2	5
geschieden	22,9	22,4	24,3	24,5	212	245	1,6	33
dauernd getrennt lebend	25,0	25,7	26,4	25,2	74	71	0,2	-3
verwitwet	21,7	21,8	23,4	24,1	171	190	2,4	19
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des H	laupteinko	mmensb	ziehers					
Vollzeiterwerbstätigkeit	5,7	5,8	5,9	5,7	448	455	0,0	7
Teilzeiterwerbstätigkeit	29,9	29,1	31,9	31,3	268	302	1,4	34
mit Wohngeldbezug	47,6	58,7	62,2	60,9	42	52	13,3	10
mit ALG-I-Bezug	45,5	44,4	47,9	50,8	79	53	5,3	-26
mit ALG-II-Bezug	83,9	84,3	79,9	81,2	243	233	-2,7	-10
ALG II mit Vollzeiterwerbstätigkeit	(66,3)	(65,0)	53,2	45,4	7	15	/	/
ALG II mit Teilzeiterwerbstätigkeit	77,6	78,8	81,0	79,2	49	55	1,6	6
ALG II ohne Erwerbstätikeit	86,6	87,4	85,6	88,5	187	163	1,9	-24
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)	70,2	69,7	77,4	79,1	58	92	8,9	34
Erwerbsstatus des Haupteinkommensbezie	hers							
Erwerbstätige	8,1	8,2	8,6	8,5	707	757	0,4	50
davon Selbstständige	9,2	8,4	8,5	8,9	110	106	-0,3	-4
davon abhängig Erwerbstätige	8,0	8,1	8,6	8,4	597	651	0,4	54
davon Angestellte	6,2	6,3	7,1	6,9	278	336	0,7	58
davon Arbeiter/-innen	13,0	13,6	13,4	12,4	316	279	-0,6	-37
Erwerbslose	66,4	67,8	69,6	72,3	189	120	5,9	-69
Nichterwerbspersonen	24,8	26,1	27,7	28,7	740	841	3,9	101
davon Rentner/-innen	20,3	22,1	24,3	25,0	397	489	4,7	92
davon sonstige Nichterwerbspersonen	38,6	39,4	40,6	43,2	279	281	4,6	2

Quelle: Daten des Mikrozensus, IT.NRW

Armutsgefährdungsquoten und die Zahl Armutsgefährdeter 2007 bis 2012 nach der beruflichen Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Migrationshintergrund

Bereits durch eine Lehrausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss des Haupteinkommensbeziehers (HEB) sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 12,9% (2012, dabei leichter Anstieg von 11,4% in 2007), betroffen waren 787 Tsd. Menschen. Mit Hochschulausbildung betrug die Armutsgefährdungsquote 2012 3,8% und hat sich seit 2007 kaum verändert. Ohne berufliche Ausbildung (jeweils bei der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt) ist die Armutsgefährdungsquote der in diesen Haushalten lebenden

Personen von 32,5 % in 2007 auf 35 % in 2012 angestiegen (569 Tsd. Personen).

Die Armutsgefährdung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund ist von 2007 bis 2012 deutlich gesunken. Jedoch weiterhin deutlich höher als die der deutschen Staatsbürger bzw. Personen ohne Migrationshintergrund.

Darstellung 2.20: Armutsgefährdungsquoten und die Anzahl armutsgefährdeter Personen nach der Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund in Bayern 2007 bis 2012, in Prozent, Prozentpunkten und Tausend

	Arm	utsgefäh	rdungsqu	oten	armutsge Perso	fährdete nen*	Veränderung 2007 bis 2012	
Merkmal	2007	2010	2011	2012	2007	2012	2007 Б	is 2012
		Pro	zent		Taus	send	Prozent	Tausend
Qualifikationsgruppe der Person mit dem h	öchsten Ei	inkomme	n im Haus	halt				
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	32,5	34,8	35,7	35,5	586	569	3,0	-17,0
Anlernberuf, Praktikum	26,2	24,1	26,9	27,0	31	31	0,8	0,0
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	11,4	12,3	12,5	12,9	734	787	1,5	53,0
Meister, Techniker, Fachschule	6,2	6,0	6,4	6,7	74	92	0,5	18,0
(Fach-)Hochschule	4,0	3,8	3,9	3,8	86	92	-0,2	6,0
Staatsangehörigkeit								
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	29,6	27,7	27,2	26,6	342	315	-3,0	-27,0
mit deutscher Staatsangehörigkeit	11,9	12,4	12,8	12,9	1.277	1.383	1,0	106,0
Migrationshintergrund								
mit Migrationshintergrund	24,8	23,9	23,3	23,1	582	571	-1,7	-11,0
bis unter 25	28,2	26,0	24,7	24,8	234	206	-3,4	-28,0
25 bis unter 65	21,5	21,0	20,3	19,8	281	275	-1,7	-6,0
65 und älter	31,4	33,0	35,8	35,4	66	90	4,0	24,0
ohne Migrationshintergrund	10,8	11,3	11,8	12,0	1.037	1.147	1,2	110,0
bis unter 25	12,8	12,9	13,4	13,3	293	288	0,5	-5,0
25 bis unter 65	7,7	8,3	8,5	8,5	409	453	0,8	44,0
65 und älter	16,8	17,4	18,9	19,5	335	406	2,7	71,0

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen, berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala Quelle: Daten des Mikrozensus, IT.NRW

Armutsgefährdungslücke: Armutsgefährdete Haushalte haben im Mittel ein Einkommen, das rund 20% unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt

Die Armutsgefährdungslücke quantifiziert in Prozent, um wie viel das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% vom mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung) liegt. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt bedeutet eine Armutsgefährdungslücke von 19,7% in 2012 (vergleiche Darstellung unten), dass diese Haushalte – bei einer Armutsgefährdungsschwelle von monatlich 942 Euro 2012 in Bayern – über ein mittleres Einkommen von rund 756 Euro verfügten. Das mediane Einkommen der armutsgefährdeten Personen unterschritt die Armutsgefährdungsschwelle somit um 186 Euro und damit deutlich.

Insgesamt hat sich die Armutsgefährdungslücke im Zeitraum von 2003 bis 2012 geringfügig im Bereich weniger zehntel Prozentpunkte verändert (Rückgang von 19,9 auf 19,7%), was im Bereich statistischer Schwankungen liegt. Einen kleinen Anstieg gab es bei den Männern und einen Rückgang bei den Frauen, wobei die Quoten aber in einem Bereich schwanken, der keine Aussagen über Trends zulässt.

Im Vergleich zu Bayern lag die Armutsgefährdungslücke in Deutschland (seit 2008 durchgängig) über 21% (vgl. im Materialienband Darstellung W4).

Darstellung 2.21: Armutsgefährdungslücke* nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp in Bayern 2003, 2008, 2010 und 2012, in Prozent

	2003	2008	2010	2012
Insgesamt	19,9	19,0	18,8	19,7
Alter				
unter 18	18,6	16,4	100	1 200
18 bis unter 25	24,7	25,3	} 19,2	} 20,9
25 bis unter 45	20,2	18,9	} 19,4	} 20,2
45 bis unter 65	18,9	20,1	19,4	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \
65 und älter	20,6	18,2	18,0	18,5
Geschlecht				
männlich	19,5	19,2	19,1	20,1
weiblich	20,2	18,9	18,5	19,4
Haushaltstyp				
Einpersonenhaushalte	26,8	25,1	24,4	24,6
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	18,2	17,8	17,5	18,1
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder		18,8	19,9	22,8
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder		14,7	15,0	15,0
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	17,4	17,7	15,9	15,2

^{*} Mittlerer prozentualer Abstand des Medianeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsgefährdungsschwelle Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Regierungsbezirke im Vergleich: Niedrigste Armutsgefährdungsquote in Schwaben

Während sich die realen (um unterschiedliche Preisniveaus bereinigten) mittleren Einkommen zwischen den Regierungsbezirken wenig unterscheiden – die Spanne beträgt maximal 51 Euro (vgl. Darstellung unten) –, sind die Armutsgefährdungsquoten (bezogen auf das mittlere Einkommen je Regierungsbezirk) unterschiedlicher. Am höchsten war die Quote in 2012 mit 15,4 % in Oberbayern, am niedrigsten in Schwaben mit 12,4 %.

Von den 2012 in Bayern rund 1,7 Mio. armutsgefährdeten Personen lebten rund 652 Tsd. bzw. rund 38% in Oberbayern, über 200 Tsd. jeweils in Mittelfranken und Schwaben, rund 179 Tsd. in Unterfranken und max. 150 Tsd. in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken (vergleiche zu weiteren Daten auch im Materialienband Darstellung W14).

Darstellung 2.22: Mittlere Einkommen, Armutsgefährdungsquoten und die Anzahl armutsgefährdeter Personen nach Regierungsbezirken 2008 und 2012 (auf Basis des Regierungsbezirksmedians), in Euro, Prozent und Tausend

		es Nettoäqu n (in Preiser	ivalenz- 1 von 2012)	Armutsgefährdungs- quote		armutsgefährdete Personen	
Region	2008	2012	2008 bis 2012	2008	2012	2008	2012
	Euro, real* Prozent		Prozent		Tausend		
Oberbayern	1.508	1.570	4,1	15,0	15,4	617	652
Niederbayern	1.533	1.616	5,4	12,8	13,1	143	148
Oberpfalz	1.494	1.598	6,9	11,8	13,6	123	142
Oberfranken	1.480	1.571	6,1	12,7	13,8	133	142
Mittelfranken	1.500	1.566	4,4	14,4	14,7	236	244
Unterfranken	1.497	1.585	5,9	13,2	14,2	168	179
Schwaben	1.495	1.565	4,6	12,4	12,4	211	213
Bayern	1.495	1.569	5,0	13,6	14,3	1.631	1.720

^{*} Mit dem regionalen BBSR-Preisindex umgerechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW; BBSR, eigene Berechnungen.

Darstellung 2.23: Armutsgefährdungsquoten und die Anzahl armutsgefährdeter Personen in ausgewählten Städten 2012, in Prozent und Tausend

Stadt	Armuts- gefährdungs- quoten* in % im Jahr	armuts- gefährdete Personen in 1.000	Preisniveau, BBSR-Preis- index** 2008	um regionales Preisniveau korrigierte Armutsgefähr- dungsquote** im Jahr	
	2012	2012		2012	
München, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt	14,2	193	120	17,3	
Nürnberg, Kreisfreie Stadt	21,8	108	101	23,5	
Augsburg, Kreisfreie Stadt	20,2	52	100	20,7	
Bayern	14,3	1.718	100	14,2	

^{*} Gemessen am Landesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung; Äquivalenzeinkommen Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

 $Quelle: Armutsquoten-Ursprungsdaten: Ergebnisse \ des \ Mikrozensus, IT.NRW$

^{**} Entsprechend dem regionalen Preisniveau (BBSR-Preisindex) von 2008 erhöhte oder verminderte Armutsgefährdungsquote (je höher das regionale Preisniveau ist, umso geringer ist die Kaufkraft des Einkommens und die Armutsgefährdung höher), wobei sich relative regionale Preisniveauunterschiede seit 2008 wenig verändert haben.

Regierungsbezirke im Vergleich: Unterschiede bei der Armutsgefährdung hinsichtlich Alter und Haushaltstyp

Auf Basis des jeweiligen mittleren Einkommens in den Regierungsbezirken (Regierungsbezirksmedian, da dieser den mittleren Wohlstand in der Region repräsentiert) sind von einer Armutsgefährdung

- ► Jüngere unter 25 Jahren am geringsten betroffen in Niederbayern und Schwaben, am meisten in Oberbayern, Ober- und Mittelfranken.
- Ältere (65 Jahre und älter) am wenigsten betroffen in den fränkischen Regierungsbezirken und Schwaben, am häufigsten in Nieder- und Oberbayern sowie der Oberpfalz.
- 25- bis unter 65-Jährige weitaus am wenigsten betroffen. Zudem sind die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken mit einer Spanne von 2,9%-Punkten relativ gering.
- ► Alleinerziehende unterdurchschnittlich betroffen in Schwaben sowie Niederbayern.

Darstellung 2.24: Armutsgefährdungsquoten* nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp in den Regierungsbezirken 2012, in Prozent

	Armutsg	gefährdungs	quote* 2012	in % auf Bas	is des Regie	rungsbezirks	medians
Merkmal	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben
Insgesamt	15,4	13,1	13,6	13,8	14,7	14,2	12,4
Alter							
unter 25	18,4	12,4	15,5	18,6	18,1	16,0	13,9
25 bis unter 65	11,8	9,2	9,4	10,8	12,1	10,6	9,3
65 und älter	22,4	25,0	23,5	16,3	18,1	22,5	18,9
Geschlecht							
männlich	13,7	11,2	11,7	12,5	13,6	12,3	11,3
weiblich	17,1	15,0	15,4	15,1	15,8	16,1	13,5
Haushaltstyp**							
Einpersonenhaushalte	25,0	26,5	29,4	24,6	23,7	28,6	21,4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	10,4	10,9	8,9	9,0	9,8	10,0	8,9
1 Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	41,4	(32,0)	43,3	44,7	47,4	52,1	32,8
davon 1 Erwachsene(r) mit 1 Kind	39,9	/	(41,0)	(34,3)	43,8	(38,5)	33,3
davon 1 Erwachsene(r) mit 2 und mehr Kindern	43,4	(38,0)	/	(56,2)	51,7	66,0	(32,2)
2 Erwachsene** und ein oder mehrere Kinder	12,3	8,7	8,5	12,1	10,5	8,9	10,0
davon 2 Erwachsene** mit 1 Kind	8,3	(5,1)	(8,0)	(10,3)	8,3	(7,4)	(7,0)
davon 2 Erwachsene** mit 2 Kindern	10,9	9,4	(6,0)	8,8	6,6	8,5	7,9
davon 2 Erwachsene** mit drei oder mehreren Kindern	22,6	(14,4)	(16,6)	23,7	28,5	(13,9)	18,3
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	16,1	(9,0)	(6,9)	(9,4)	15,8	12,5	9,7

Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
 ** Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft.

Eingeklammerte Werte sind von verminderter Repräsentativität, "/" Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen. Quelle: Daten des Mikrozensus; IT.NRW

Regierungsbezirke im Vergleich: Teils erhebliche Unterschiede bei der Armutsgefährdung hinsichtlich Familienstand, Erwerbsstatus und Erwerbsumfang

Hinsichtlich des Familienstandes fallen relativ niedrige Armutsgefährdungsquoten bei den Ledigen und Geschiedenen in Niederbayern und Schwaben auf, bei Verwitweten sind besonders niedrige Quoten in Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben zu beobachten.

Hinsichtlich des Erwerbsstatus war die Armutsgefährdungsquote bei Erwerbstätigen in Oberbayern und Mittelfranken überdurchschnittlich, bei den Nichterwerbspersonen und Rentnern betrafen dies Oberbayern, Niederbayern und die Oberpfalz.

Hinsichtlich des Erwerbsumfanges (des Haupteinkommensbeziehers) zeigen die Daten eine erhöhte Armutsgefährdung bei Voll- wie Teilzeittätigkeit in Oberbayern und Mittelfranken, hinsichtlich des Transferbezuges ist in der Tendenz (wegen teils eingeschränkter Datenrepräsentativität in den anderen Regierungsbezirken) eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung für Oberbayern wahrscheinlich.

Darstellung 2.25: Armutsgefährdungsquoten* nach Familienstand, Erwerbsstatus und Erwerbsumfang in den Regierungsbezirken 2012, in Prozent

	Armuts	gefährdungs	quote* 2012	in % auf Bas	sis des Regie	rungsbezirkı	medians
Merkmal	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben
Familienstand des/der Haupteinkon	nmensbeziehe	ers/-in					
ledig	18,0	13,6	21,5	20,7	18,5	18,1	17,2
verheiratet, zusammenlebend	11,7	10,3	8,5	9,3	10,1	9,8	9,0
geschieden	25,0	20,8	26,1	25,4	29,4	26,9	19,7
dauernd getrennt lebend	24,6	/	/	(33,4)	31,4	(29,2)	(22,6)
verwitwet	24,7	29,5	25,6	17,3	20,9	26,5	20,7
Erwerbsstatus des/der Haupteinkor	nmensbezieh	ers/-in					
Erwerbstätige	9,9	6,6	6,6	8,3	9,5	7,8	7,2
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	8,9	11,7	(7,4)	(8,6)	10,2	12,1	(5,6)
abhängig Erwerbstätige	10,1	5,8	6,5	8,2	9,4	7,3	7,4
Beamte	/	/	/	/	/	/	/
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	8,6	4,6	6,0	6,2	7,8	5,9	5,7
Arbeiter/-innen	18,3	7,6	7,8	12,0	13,2	10,3	10,1
Erwerbslose	72,9	63,8	85,4	(69,5)	70,6	72,3	67,4
Nichterwerbspersonen	30,3	30,3	30,1	25,9	26,6	29,9	25,1
Rentner/-innen	26,6	28,7	28,2	19,2	20,5	26,0	22,1
Pensionär/-innen	/	/	/	/	/	/	/
sonstige Nichterwerbspersonen	46,9	38,2	36,0	46,1	45,8	44,7	38,0
Erwerbsumfang und Transferbezug o	des/der Haup	teinkommer	sbeziehers/	-in			
Vollzeiterwerbstätigkeit	6,9	4,3	4,3	5,5	6,0	4,7	5,4
Teilzeiterwerbstätigkeit	33,2	27,1	29,1	28,1	35,9	34,8	25,4
mit Wohngeldbezug	65,6	/	(61,2)	/	(56,1)	(52,2)	(69,8)
mit ALG-I-Bezug	54,0	(44,7)	/	(58,2)	(40,8)	/	(46,1)
mit Hartz-IV-Bezug	80,7	78,4	84,8	83,2	80,4	85,8	77,0
mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	80,9	/	(86,2)	(86,3)	83,0	77,2	82,0

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Eingeklammerte Werte sind von verminderter Repräsentativität, "/" Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen. Quelle: Daten des Mikrozensus; IT.NRW

Regierungsbezirke im Vergleich: Berufliche Ausbildung als Armutsprävention in allen Regierungsbezirken besonders wichtig

Personen in Haushalten, in denen die Person mit dem höchsten Einkommen keinen beruflichen Abschluss hat, sind überall von hohen Armutsgefährdungsquoten betroffen. Sobald eine berufliche Ausbildung vorliegt, sinken die Armutsgefährdungsquoten auf 10 bis 15%. Mit einer Meister- oder Fachschulausbildung liegen die Quoten bei rund 5 bis 8% in den Regierungsbezirken, bei einer Hochschulausbildung unter 5%.

Für Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund variiert die Armutsgefährdung zwischen den Regierungsbezirken wenig (11 bis 13%). Ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund bestehen zwischen den Regierungsbezirken deutliche Unterschiede. Die Armutsgefährdungsquote ist für Personen

- mit Migrationshintergrund mit mehr als 25 % besonders hoch in Ober- und Mittelfranken,
- ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit über 30% deutlich erhöht in Niederbayern, Oberfranken und Mittelfranken.

Darstellung 2.26: Armutsgefährdungsquoten* nach Qualifikationsniveau, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund in den Regierungsbezirken 2012, in Prozent

	Armu	tsgefährdung	gsquote (in %	%) auf Basis (des Regierur	ngsbezirksmo	edians
Merkmal	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben
Qualifikationsgruppe der Person mit	dem höchste	n Einkomme	n im Hausha	alt			
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	36,4	33,9	38,1	34,7	36,6	36,6	31,7
Anlernberuf, Praktikum	(26,5)	/	/	/	/	/	/
Lehrausbildung, Berufsfachschul- Abschluss	15,6	10,9	10,6	11,6	12,7	12,9	10,6
Meister, Techniker, Fachschule	8,2	(6,1)	(5,5)	(6,6)	7,3	(4,9)	5,2
(Fach-)Hochschule	4,8	(3,6)	(3,3)	/	3,8	(3,3)	3,9
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	27,1	30,3	26,1	34,4	30,1	29,2	25,2
mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,5	12,0	12,9	12,7	13,0	13,1	11,1
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	24,1	21,5	23,3	27,0	25,3	25,7	20,2
bis unter 25	25,9	23,7	23,6	30,1	27,5	25,6	21,6
25 bis unter 65	20,6	18,7	20,3	23,4	21,9	22,4	16,7
65 und älter	36,7	/	(42,9)	/	38,5	41,0	32,0
ohne Migrationshintergrund	12,5	11,7	12,1	11,9	11,5	11,8	10,3
bis unter 25	14,6	9,7	13,6	15,9	13,6	13,2	10,7
25 bis unter 65	8,9	7,6	7,7	9,0	9,0	8,2	7,3
65 und älter	20,1	24,6	22,3	15,0	15,7	20,3	17,0

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen, Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Eingeklammerte Daten: Aufgrund der Fallzahl eingeschränkte Repräsentativität; "/" Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen

Quelle: Daten des Mikrozensus; IT.NRW

2.5 ÜBERSCHULDUNG UND ZURECHTKOMMEN MIT DEM EINKOMMEN

Überschuldung privater Personen¹⁵: In Bayern 2012 bundesweit am geringsten

Eine Überschuldung liegt vor, wenn ein Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch (weitere) Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

In Bayern sind Privatpersonen bundesweit am seltensten von Überschuldung betroffen. Während 2012 bundesweit 9,6 % aller Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern rund 7,0 % oder rund 0,72 Mio. Personen.

Im Zeitraum 2008 bis 2012 ist die Schuldnerquote in Bayern von 7,3 % auf 7,0 % etwas zurückgegangen. Bundesweit ergab sich ein in etwa gleicher Verlauf auf einem rund 2,6 Prozentpunkte höheren Verschuldungsniveau.

Bundesweit betrug die mittlere Überschuldung 2012 rund 33 Tsd. Euro, im Jahr 2008 waren es noch rund 36 Tsd. Euro (keine separaten Daten für Bayern).

Bundesweit waren für die Altersgruppen der 20- bis unter 50-Jährigen (aufgeteilt auf drei Altersgruppen) mit rund 12 bis 13% die höchsten Schuldnerquoten zu beobachten. Seit 2004 durchgängig steigende Schuldnerquoten waren nur bei den 20- bis unter 30-Jährigen zu beobachten (vgl. im Materialienband Darstellung W15).

Bundesweit stellten 2012 die Hauptgründe für eine Überschuldung eine Arbeitslosigkeit und reduzierte Arbeit (26%), Scheidung bzw. Trennung (15%), Konsumverhalten/zu niedriges Einkommen (14%) sowie Krankheit (12%) dar (vgl. im Materialienband Darstellung W16). Dabei hängen Arbeitslosigkeit und Schuldnerquote sowie die Quote der Arbeitslosengeld II-Empfänger eng miteinander zusammen (vgl. Materialienband W17).

Darstellung 2.27: Schuldnerquoten und Zahl der Schuldner 2008 bis 2012, in Prozent und Millionen

Bundesland	Sc	huldnerd	luoten in	ı %	Schuldner in Mio.				Veränderung in %-Punkten
	2008	2010	2011	2012	2008	2010	2011	2012	2008-2012
Bayern	7,28	7,06	6,88	6,98	0,74	0,73	0,71	0,72	-0,30
Baden-Württemberg	7,65	7,46	7,50	7,66	0,67	0,66	0,66	0,68	0,01
Sachsen	9,10	8,37	8,26	8,72	0,33	0,31	0,30	0,31	-0,38
Thüringen	9,72	8,65	8,42	8,78	0,19	0,17	0,17	0,17	-0,94
Hessen	10,27	9,53	9,46	9,69	0,51	0,48	0,48	0,49	-0,58
Brandenburg	10,45	9,59	9,36	9,77	0,23	0,21	0,20	0,21	-0,68
Rheinland-Pfalz	10,24	9,71	9,67	9,90	0,34	0,32	0,32	0,33	-0,34
Mecklenburg-Vorpommern	10,85	10,03	9,77	10,26	0,16	0,14	0,14	0,15	-0,59
Niedersachsen	10,62	10,24	10,13	10,37	0,69	0,67	0,66	0,68	-0,25
Schleswig-Holstein	11,18	10,54	10,47	10,81	0,26	0,25	0,24	0,25	-0,37
Nordrhein-Westfalen	11,65	10,88	10,81	11,17	1,72	1,61	1,59	1,65	-0,48
Hamburg	12,05	10,90	10,46	10,50	0,18	0,16	0,16	0,16	-1,55
Saarland	12,20	11,03	10,92	11,25	0,11	0,10	0,09	0,10	-0,95
Sachsen-Anhalt	12,40	11,58	11,49	12,14	0,26	0,24	0,24	0,25	-0,26
Berlin	13,96	12,67	12,32	12,56	0,41	0,37	0,36	0,37	-1,40
Bremen	14,72	14,13	13,48	13,62	0,08	0,08	0,08	0,08	-1,10
Deutschland	10,11	9,50	9,38	9,65	6,87	6,49	6,41	6,59	-0,46

Quelle: Creditreform e.V., Schuldenatlas 2012, Neuss, 2012

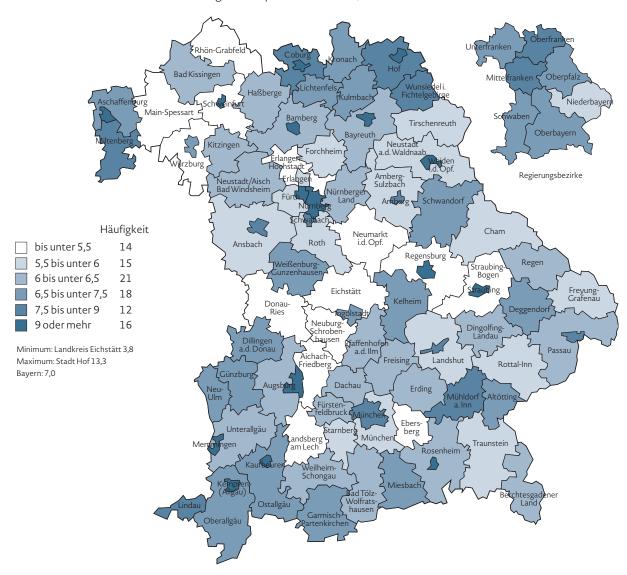
¹⁵ Alle nachfolgend genannten Daten zur Überschuldung privater Personen wurden mit freundlicher Genehmigung des Creditreform e.V. der Veröffentlichung "Schuldenatlas Deutschland 2012", Neuss 2012 entnommen.

Überschuldung privater Personen in den Regionen: In Bayern relativ wenig Unterschiede

Für Gesamtbayern wurde 2012 eine Schuldnerquote von rund 7,0% gemessen. Die Veränderung der Quote im Zeitraum 2008–2012 war sowohl bayernweit wie in den kreisfreien Städten und Landkreisen minimal, sie lag im Mittel bei 0,3 Prozentpunkten. Statistisch markant ging die Quote nur in der kreisfreien Stadt München um 1,2 Prozentpunkte zurück und in Kaufbeuren um 0,6 Prozentpunkte etwas hoch. Alle anderen Regionen wiesen geringere Veränderungen auf.

Die Schuldnerquote war 2012 in Bayern regional im Vergleich mit anderen Bundesländern relativ gleichmäßig verteilt. Im Mittel weichen die Quoten nur um 1,4 Prozentpunkte vom bayernweiten Durchschnitt ab. 76 der 96 kreisfreien Städte und Landkreise haben Schuldnerquoten zwischen 5% und 9% (vgl. auch Darstellung W17 im Materialienband). Neun der 10 kreisfreien Städten und Landkreise mit der bundesweit geringsten Schuldnerquote lagen 2012 in Bayern.

Darstellung 2.28: Schuldnerquoten 2012 in Bayern regional, überschuldete Personen ab 18 Jahren bezogen auf die Bevölkerung im entsprechenden Alter, in Prozent



Quelle: Schuldneratlas Deutschland 2012 von Creditreform, eigene Berechnungen

Subjektive Wertungen zum monatlichen Nettoeinkommen, das ein Haushalt benötigt, um nach eigener Einschätzung finanziell zurechtzukommen

Aussagen über ein persönlich notwendiges Einkommen, um finanziell zurechtzukommen, sind von verschiedenen Faktoren geprägt:

- ► So sind z.B. verschiedene Anspruchsniveaus zu beachten, da z.B. Haushalte ohne Kinder oft eine wesentlich höhere Vorstellung vom Einkommensminimum haben als Haushalte mit Kindern. Es handelt sich also um Aussagen, die auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus, Einsparungserfahrungen, unterschiedlicher Verzichtsbereitschaft und Vorsorgeerwartungen beruhen. Gleichwohl können Sie zumindest Hinweise auf subjektiv erwartete Mindeststandards und auf Gruppenunterschiede geben.
- ► Hinsichtlich des von den Befragten genannten monatlichen Nettoeinkommens, das ein Haushalt im Minimum benötigt, um finanziell zurechtzukommen, ist die jeweilige Haushaltsgröße und das Alter der Personen im Haushalt wichtig. So können z. B. Alleinlebende bezüglich des im Minimum notwendigen Einkommens nicht mit Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern gleichgesetzt werden.

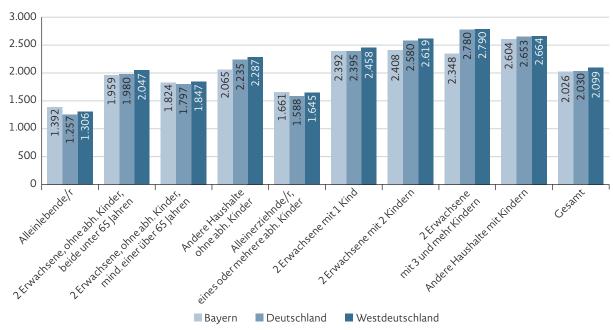
Insgesamt unterscheiden sich die Vorstellungen darüber, wie hoch das geringste monatliche Nettoeinkommen sein müsse, um finanziell zurechtzukommen, zwischen Bayern und Westdeutschland nur

wenig. In Bayern betrug 2010 das geringste monatliche Nettoeinkommen, das nach Einschätzung der Befragten notwendig war, um finanziell zurechtzukommen, pro Monat bei

- ► Alleinlebenden rund 1.390 Euro (2009: 1.300 Euro),
- bei Alleinerziehenden mit einem oder mehreren Kindern rund 1.660 Euro (2009: 1.610 Euro),
- bei zwei Erwachsenen unter 65 Jahren ohne Kinder rund 1.960 Euro (2009: 1.980 Euro),
- bei zwei Erwachsenen, darunter mindestens einer über 65 Jahre, ohne Kinder rund 1.820 Euro (2009: 1.770 Euro),
- bei zwei Erwachsenen mit einem Kind 2.390 Euro (2009: 2.380 Euro)
- bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern 2.410 Euro (2009: 2.460 Euro)
- und bei zwei Erwachsenen mit drei und mehr Kindern rund 2.350 Euro (2009: 2.580 Euro).

Auffällig ist, dass alle Haushalte ein im Minimum erforderliches Einkommen weit über dem durchschnittlichen Niveau der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit) nannten, wobei der Abstand zu dem Niveau der Grundsicherung bei den einzelnen Haushaltstypen sehr unterschiedlich ausfällt.

Darstellung 2.29: "Was ist Ihrer Meinung nach das geringste monatliche Nettoeinkommen, das der Haushalt* benötigt, um finanziell zurechtzukommen?" Angaben zum durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2010, in Euro



^{*} Auswertung bezogen auf alle Personen in Haushalten

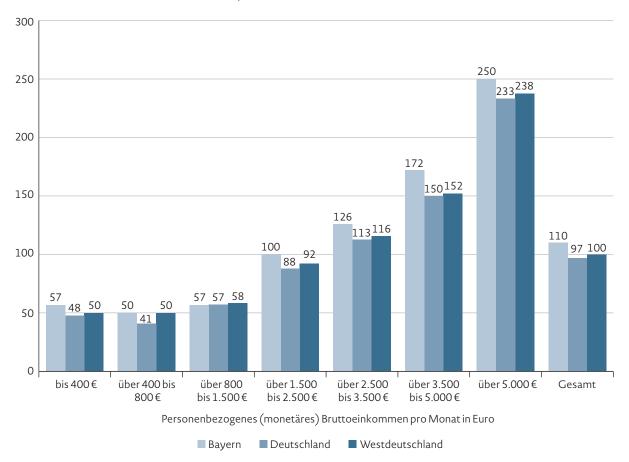
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2010

Private Altersvorsorge: Das Einkommen bestimmt die monatlichen Beiträge an private Rentensysteme

Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Beiträge an private Rentensysteme als zukünftige Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung hängen erwartungsgemäß stark von der Höhe der personenbezogenen Bruttoeinkommen ab. Insgesamt lagen die monatlichen Beiträge an private Sicherungssysteme

in Bayern rund 10% höher als in Westdeutschland (Daten für 2010 des Europäischen Haushaltspanels EU-SILC). Im Durchschnitt sind die Altersvorsorgebeiträge in Bayern trotzdem gegenüber dem Vorjahr von 117 auf 110 Euro gesunken, in Deutschland von 103 auf 97 Euro.

Darstellung 2.30: Monatliche Beiträge von Erwerbstätigen an private Rentensysteme, differenziert nach dem monatlichen personenbezogenen Bruttoeinkommen* in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2010, in Euro



^{*} Personenbezogenes Bruttoeinkommen 2010, ohne nicht monetäre Bestandteile Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2010

Die monatlichen Beiträge zur Altersvorsorge an private Rentensysteme nehmen mit dem Bruttoeinkommen stark zu, aber sie steigen nicht so stark an wie die Bruttoeinkommen, d.h. bezogen auf ihr persönliches Einkommen betreiben Einkommensschwächere sogar eine relativ deutlich ausgeprägtere Altersvorsorge als Einkommensstarke – sowohl in Bayern wie in Westdeutschland.

2.6 REICHTUMSQUOTE

Reichtumsquote: In Bayern höher als im früheren Bundesgebiet

Als "reich" werden nachfolgend (entsprechend der amtlichen Sozialberichterstattung) Personen bezeichnet, die in Haushalten leben, deren Nettoäquivalenzeinkommen 200% des mittleren Einkommens aller Haushalte übersteigt. Ob diese Haushalte wirklich als "reich" oder eher z.B. "sehr wohlhabend" von der Mehrzahl der Bevölkerung empfunden werden, ist hier nicht entscheidend. Es geht um Verteilungsstrukturen, nicht aber, welche Empfindungen damit verbunden sind. Hohe und sehr hohe Einkommen werden im Mikrozensus (tendenziell in allen Daten auf Basis einer Befragung) unter- bzw. nicht erfasst, so dass die Quoten in der Tendenz unterste Werte darstellen.

Als "reich" klassifiziert werden Personen, wenn 2012 ein

- Einpersonenhaushalt über ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 3.047 Euro pro Monat und
- z.B. ein Haushalt mit 2 Erwachsenen und
 2 Kindern (unter 14 Jahren) über mindestens
 6.398 Euro netto verfügte.

Im Zeitraum 2005 bis 2012 hat sich die "Reichtumsschwelle" (real, also inflationsbereinigt) in Bayern um 4,7% erhöht. Auch die Armuts(gefährdungs)schwelle ist um 4,7% angestiegen, da beide Schwellenwerte im Verhältnis zum mittleren (medianen) Einkommen definiert werden (Personen mit Einkommen über 200% des mittleren Einkommens und Personen mit Einkommen unter 60% des mittleren Einkommens).

Rund 8% der Personen in Bayern lebten 2006 bis 2012 in "reichen" Haushalten, wenn das Medianeinkommen in Bayern zu Grunde gelegt wird. Seit 2005 hat sich diese Quote nur um 0,1 Prozentpunkte verändert, was im Bereich statistischer Messschwankungen liegt.

Auf Basis des Bundesmedians kann Bayern zumindest näherungsweise mit den anderen westdeutschen Ländern (ähnliches Preisniveau) verglichen werden. Demnach ist die Reichtumsquote in Bayern mit 10,4% rund 1 Prozentpunkt höher als in Westdeutschland (9,1%). Höhere Reichtumsquoten haben nur Hamburg (11,3%) und Hessen (11,2%). In Baden-Württemberg entspricht sie mit 10,3% in etwa dem bayerischen Wert.

Darstellung 2.31: Reichtumsquoten* in Bayern und West-, Ost- und Gesamtdeutschland 2005, 2010 und 2012 in Prozent

	Anteil der Personen mit Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen*, gemessen am								
	ı	andesmedia	เท	В	Bundesmedian				
	2005	2010	2012	2005	2010	2012			
Bayern	7,9	7,9	8,1	9,8	10,1	10,4			
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	7,8	8,2	8,1	8,8	9,1	9,1			
Neue Bundesländer (mit Berlin)	6,1	6,5	6,8	3,9	4,3	4,3			
Deutschland	7,7	8,1	8,1	7,7	8,1	8,1			

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Daten des Mikrozensus, IT.NRW

Hohe Reichtumsquoten bei den 45- bis 65-Jährigen und den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder

Im Zeitraum 2003 bis 2012 schwankte die Reichtumsquote (gemessen am Landesmedian 2012: 8,1%) nur minimal, die Zahl der als reich bezeichneten Personen variierte kaum. Allerdings ist in dem Zeitraum die Reichtumsschwelle – bezogen auf einen Einpersonenhaushalt und inflationsbereinigt – um 181 Euro oder 6,1% angestiegen, die Armutsschwelle aber nur um 54 Euro, womit sich der absolute Abstand um 127 Euro gegenüber Armutsgefährdeten erhöht hat.

Eine Reichtumsquote von etwas über 10% erreichten im Jahr 2012 Personen in den Altersgruppen von 25 bis 65 Jahren. Bei den 65-Jährigen und Älteren halbiert sich die Quote auf 5,1%, bei den Personen unter 25 Jahren waren es 5,8%.

Der Unterschied in der Reichtumsquote zwischen Männern (8,7%) und Frauen (7,4%) hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2012 kaum verändert. Die geringere Reichtumsquote der Frauen basiert vorrangig auf dem erhöhten Anteil Alleinerziehender und alleinstehender Rentnerinnen.

Die höchste Reichtumsquote unter den Haushaltstypen weisen mit 10,7 % (2012) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder auf. Bei den Einpersonenhaushalten und den Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern) betrug die Reichtumsquote 5,6 % und 7,4 %, bei Alleinerziehenden in etwa 2 %.

Darstellung 2.32: Reichtumsquoten* und Anzahl reicher Personen nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp in Bayern 2003, 2008, 2010 und 2012, in Prozent und Tausend (auf Basis des Landesmedians)

	20	003	20	08	20	10		2012		
Merkmal	Reich- tums- quote	reiche Personen	Reich- tums- quote	reiche Personen	Reich- tums- quote	reiche Personen	Reich- tums- quote	reiche Personen		
	Prozent	Tausend	Prozent	Tausend	Prozent	Tausend	Prozent	Tausend		
Insgesamt	8,1	966	7,9	942	7,9	949	8,1	976		
Alter	Alter									
unter 18	5,2	118	5,2	110	} 5,5	} 167	} 5,8	} 167		
18 bis unter 25	5,5	51	4,4	42) 3,3) 107) 3,6	J 107		
25 bis unter 45	8,9	315	9,4	322	} 9,9	} 658	} 10,3	} 689		
45 bis unter 65	11,9	370	10,8	344) 3,3) 030) 10,5) 003		
65 und älter	5,4	111	5,4	123	5,4	124	0,0	119		
Geschlecht										
männlich	8,7	506	8,6	505	8,6	502	8,7	523		
weiblich	7,6	460	7,2	437	7,3	447	7,4	453		
Haushaltstyp										
Einpersonenhaushalte	7,0	130	6,4	138	6,1	136	5,6	130		
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	11,2	551	10,7	538	10,3	527	10,7	556		
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	-	5	1,8	7	(2,0)	(8)	(2)	(7)		
2 Erwachsene und 1 oder mehrere Kinder	6,2	223	6,3	210	7,4	238	0,0	234		
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	5,2	57	4,7	48	4,1	41	4,8	48		

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft. Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

Reichtumsquoten nach Familienstand und Erwerbsstatus

Hohe Reichtumsquoten von über 23 % weisen in Bayern im Jahr 2012 Personen auf, die in Haushalten mit einem Selbstständigen oder Hochschulabsolventen als Haupteinkommensbezieher leben.

Die niedrigsten Reichtumsquoten haben in Bayern 2012 hingegen Arbeiter (0,6%), Rentner (2,9%), sowie Personen in Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher über keine Berufsausbildung (2,1%) oder eine Lehrausbildung oder einen Berufsfachschulabschluss verfügt (3,4%).

Ebenfalls relativ geringe Reichtumsquoten weisen u.a. verwitwete Haupteinkommensbezieher (2,9%) sowie Nichterwerbspersonen (3,6%) auf. Bei Erwerbslosen ist keine Reichtumsquote messbar.

Darstellung 2.33: Reichtumsquoten* und Anzahl reicher Personen nach Familienstand, Erwerbsstatus,

Qualifikationsniveau und Migrationshintergrund in Bayern 2008 und 2012, in Prozent und
Tausend (auf Basis des Landesmedians)

	20	08	2012		
Merkmal	Reichtums- quoten*	Reiche Personen*	Reichtums- quoten*	Reiche Personen*	
	Prozent	Tausend	Prozent	Tausend	
Familienstand des / der Haupteinkommensbeziehers/-in					
ledig	8,1	184	8,0	195	
verheiratet, zusammenlebend	8,3	637	8,9	675	
geschieden	6,1	56	5,9	59	
dauernd getrennt lebend	11,0	32	8,4	24	
verwitwet	/	/	2,9	23	
Erwerbsstatus des / der Haupteinkommensbeziehers/-in					
Erwerbstätige	10,8	647	9,7	869	
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	22,9	164	23,3	278	
abhängig Erwerbstätige	9,1	483	7,6	591	
Beamte, einschl. Zeit-/Berufssoldaten	21,0	68	14,2	84	
Angestellte, einschl. geringfügig Beschäftigte	11,9	396	10,1	494	
Arbeiter/-innen	1,1	18	0,6	14	
Erwerbslose	/	/	/	/	
Nichterwerbspersonen	5,2	292	3,6	106	
Rentner/-innen	3,7	71	2,9	58	
Pensionär/-innen	17,5	24	11,4	28	
Personen im Alter von unter 25 Jahren	5,5	126	/	/	
sonstige Nichterwerbspersonen	5,4	70	3,0	19	
Qualifikationsgruppe des/der Haupteinkommensbeziehers/-in i	m Haushalt				
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	2,0	34	2,1	34	
Anlernberuf, Praktikum	/	/	/	/	
Lehrausbildung, Berufsfachschul-Abschluss	3,6	228	3,4	211	
Meister, Techniker, Fachschule	7,9	100	8,3	117	
(Fach-)Hochschule	25,0	568	24,7	607	
Migrationshintergrund					
ohne	8,5	813	8,9	849	
mit	5,5	129	5,1	127	

^{*} Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen; gemessen am Landesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung mit gültigen Einkommensangaben; Äquivalenzeinkommen berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

Reichtumsschwellen und -quoten in den Regierungsbezirken 2012: Unter Berücksichtigung regionaler Preisniveauunterschiede wenig Unterschiede

Bei unterschiedlichen Einkommensniveaus und -verteilungen in den Regierungsbezirken weichen bei Bezug auf den Regierungsbezirksmedian auch regional die Grenzen ab, ab denen Personen statistisch als reich eingestuft werden (bei einem Einkommen von mehr als 200 % des mittleren Einkommens in der Region). Wird jedoch nicht nur das Einkommensniveau

berücksichtigt, sondern zusätzlich das unterschiedliche Preisniveau in den Regierungsbezirken – also die reale Kaufkraft des Einkommens –, so gleichen sich die Reichtumsschwellen jedoch weitgehend an. Sie differieren real dann nur noch um maximal 3,3 Prozentpunkte zwischen den Regierungsbezirken.

Darstellung 2.34: Reichtumsschwellen* 2012 in den Regierungsbezirken am Beispiel eines Einpersonenhaushaltes, nominal und um regionale Preisunterschiede korrigiert, in Euro pro Monat und Prozent (Bayern = 100 Prozent)

	Reichtumssch	welle* nominal	regionales	Reichtumsscl	nwelle* real**
	in Euro	Index, Bayern = 100	Preisniveau: BBSR-Preisindex*	in Euro	Index, Bayern = 100
Oberbayern	3.426	109	109,1	3.140	100,0
Niederbayern	3.006	96	93,0	3.232	102,9
Oberpfalz	3.010	96	94,2	3.195	101,7
Oberfranken	2.916	93	92,8	3.142	100,0
Mittelfranken	3.056	97	97,6	3.131	99,7
Unterfranken	2.998	96	94,6	3.169	100,9
Schwaben	3.026	96	96,7	3.129	99,6
Bayern	3.138	100	100,0	3.138	100,0

Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen; Äquivalenzeinkommen berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

Quelle: Daten des Mikrozensus, IT.NRW.

** real: Berücksichtigung des unterschiedlichen Preisniveaus in den Regierungsbezirken mit dem BBSR-Preisindex 2008 und damit der unterschiedlichen Kaufkraft des Einkommens.

Bis auf Oberbayern haben sich in allen Regierungsbezirken im Zeitraum 2008 bis 2012 die Reichtumsquoten erhöht, darunter insbesondere in Schwaben um 0,8 Prozentpunkte. Die höchste Reichtumsquote hatte 2012 Oberbayern mit 9,3 %, die geringste die

Oberpfalz mit 6,4%. Bayernweit stieg die Reichtumsquote der Jüngeren (unter 25 Jahre) an (von 5,0% in 2008 auf 5,6% in 2012), während die der Älteren zurückging (von 5,4% in 2008 auf 5,1% in 2012) und unter das Niveau der unter 25-Jährigen sank.

Darstellung 2.35: Reichtumsquoten* nach dem Alter in den Regierungsbezirken 2008 und 2012, in Prozent

	Einkommensreichtumsquoten (in %) auf Basis des Regionalmedians									
	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben	Bayern		
Insgesamt im Jahr										
2008	9,3	6,5	5,7	6,4	7,1	6,8	5,9	7,9		
2012	9,3	6,7	6,4	6,5	7,5	6,8	6,7	8,1		
Alter										
unter 25 Jahre, im Jahr 2008	6,1	4,1	(3,7)	4,2	3,9	4,9	2,9	5,0		
unter 25 Jahre, im Jahr 2012	6,4	5,2	4,8	4,3	4,8	4,2	4,6	5,6		
25 bis unter 65 Jahre, im Jahr 2008	11,7	8,1	7,4	8,3	9,3	8,6	7,9	10,1		
25 bis unter 65 Jahre, im Jahr 2012	11,7	8,6	7,8	8,5	9,7	8,7	8,7	10,3		
65 Jahre und älter, im Jahr 2008	6,3	5,1	(3,6)	(4,0)	5,0	4,4	4,3	5,4		
65 Jahre und älter, im Jahr 2012	5,9	(3,3)	(4,2)	(3,8)	4,6	4,9	4,4	5,1		

^{*} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; eingeklammerte Werte haben eine verminderte Repräsentativität

Quelle: IT.NRW, Daten des Mikrozensus

2.7.1 EINKOMMENSQUELLEN: LÖHNE, GEHÄLTER

Verteilung des Wohlstandes nach Einkommensdezilen 2012: Einkommensgewinne bei allen Bevölkerungsgruppen

Eine Schichtung der Bevölkerung nach Dezilen¹⁶ offenbart, wie das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen mit aufsteigenden Einkommensdezilen (jeweils 10% der Bevölkerung) zunimmt. Im Jahr 2012 hatten die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung in Bayern ein durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von 637 Euro, das rund 32% unter der Armutsgefährdungsschwelle von 942 Euro lag. Im höchsten Einkommensdezil lag das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen bei 4.304 Euro¹⁷ (vgl. nach Prozenten Darstellung W19 im Materialienband).

In allen Bevölkerungsgruppen und Einkommensdezilen hat das Nettoäquivalenzeinkommen im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 zugenommen, am stärksten im 6. bis 9. Einkommensdezil.

An der relativen Einkommensverteilung hat sich in diesen vier Jahren relativ wenig verändert, jedoch nahmen die absoluten Unterschiede zwischen den Dezilen innerhalb von vier Jahren deutlich zu.

Ein allgemeineres Verteilungsmaß – der Gini-Koeffizient – deutet darauf hin, dass die Ungleichverteilung in Bayern in etwa jener im Bundesgebiet entspricht (vgl. Materialband W20 und W21).

Darstellung 2.36: Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensdezilen in Bayern 2006 bis 2012

Dezil	durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen je Einkommensdezil in Euro pro Monat, in Preisen von 2012							Veränderung 2006–2012	
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	%	Euro
1	617	628	625	626	649	635	637	3,3	20
2	916	917	921	930	952	950	954	4,1	38
3	1.092	1.095	1.101	1.112	1.142	1.138	1.146	4,9	54
4	1.246	1.252	1.258	1.270	1.303	1.306	1.318	5,8	72
5	1.398	1.403	1.413	1.428	1.464	1.471	1.483	6,1	85
6	1.564	1.570	1.581	1.596	1.641	1.649	1.662	6,3	98
7	1.758	1.767	1.779	1.797	1.843	1.854	1.876	6,7	118
8	2.008	2.024	2.034	2.062	2.112	2.127	2.150	7,1	142
9	2.414	2.433	2.437	2.473	2.536	2.559	2.585	7,1	171
10	4.089	4.103	4.090	4.160	4.246	4.290	4.304	5,3	215
Durchschnittseinkommen	1.710	1.719	1.723	1.745	1.789	1.798	1.812	6,0	102
Unterschied 1. Dezil zum Durchschnittseinkommen	1.093	1.091	1.098	1.119	1.140	1.163	1.175	-	82
Unterschied 10. Dezil zum 1. Dezil	3.472	3.475	3.465	3.534	3.597	3.655	3.667	-	195
zum Vergleich: das Medianeinkommen	1.477	1.482	1.495	1.510	1.551	1.556	1.569	6,2	92

Quelle: Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala; Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

¹⁶ Dezile: "Zehntelwerte": Das 1. Dezil sind die 10% der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen, das 2. Dezil die 11 bis 20% der Bevölkerung mit dem nächst höheren Einkommen usw.

¹⁷ Bei Einkommensbefragungen werden besonders einkommensstarke Haushalte nicht befragt bzw. ergeben sich Einkommensuntererfassungen, so dass die Werte insbesondere im 10. Dezil tendenziell das reale Niveau untererfassen.

Gruppenspezifische Verteilung des Lebensstandards

Über einen mittleren Lebensstandard zwischen 75% bis unter 150% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens verfügten in Bayern 2012 rund 54% der Bürgerinnen und Bürger. Rund 26 % der Menschen hatten einen geringen Lebensstandard unter 75%, einen gehobenen bis sehr hohen Lebensstandard über 150% genossen rund 19% der Bevölkerung.

In der Lebensstandardschichtung unterscheiden sich die unter 25-Jährigen und die ab 65-Jährigen vergleichsweise wenig. Bei ihnen ist der Anteil jener mit deutlich gehobenem Lebensstandard mit rund 14% bzw. 12% gering, während dieser Anteil bei den 25- bis unter 65-Jährigen rund 24% beträgt. Insbesondere Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder genießen häufiger einen hohen Lebensstandard.

Darstellung 2.37: Bevölkerungsanteile nach Einkommensklassen und soziodemografischen Merkmalen in Bayern 2012 und deren Veränderung 2009 bis 2012, in Prozent und Prozentpunkten

	Personen* mit einem Nettoäquivalenzeinkommen** von bis unter in Prozent									
Einkommensgrenzen		bis unter 60	60 bis unter 75	75 bis unter 100	100 bis unter 125	125 bis unter 150	150 bis unter 200	200 und mehr		
Eigenschaft	ins- gesamt	arm, armuts- gefährdet	geringerer Wohlstand, Armuts- nähe	derter	etwas gehobener Wohlstand	gehobener Wohlstand	deutlich gehobener Wohlstand	reich		
	Anteil an Gesamtbevölkerung in Prozent									
Insgesamt	100	14,3	12,5	23,3	18,6	12,2	11,1	8,1		
Alter										
unter 25	100	16,5	14,4	25,4	18,7	10,8	8,6	5,6		
25 bis unter 65	100	10,8	9,8	21,5	19,9	14,1	13,6	10,3		
65 und älter	100	21,3	17,8	25,7	14,7	8,4	7,1	5,1		
Geschlecht										
männlich	100	12,7	11,6	23,1	19,1	12,8	11,9	8,8		
weiblich	100	15,8	13,3	23,5	18,1	11,5	10,4	7,4		
Haushaltstyp***										
Einpersonenhaushalt	100	25,1	13,7	21,9	15,4	10,1	8,3	5,6		
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	100	10,0	9,8	20,2	19,9	14,8	14,6	10,7		
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder		41,0	23,1	19,6	8,6	3,7	(2,1)	(1,9)		
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	100	10,6	14,3	27,7	19,0	11,0	10,0	7,4		
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	100	12,4	13,6	30,2	21,9	10,2	6,9	4,8		
Veränderung 2012 gegenübe	er 2009, in	Prozentpunkt	en							
Insgesamt	100	0,6	-0,1	-0,5	-0,1		0,0	0,2		
Alter										
unter 25	100	-0,4	-0,2	-0,9	0,8		0,1	0,6		
25 bis unter 65	100	0,0	-0,3	-0,1	0,2		0,1	0,1		
65 und älter	100	3,6	0,8	-0,8	-2,2		-0,8	-0,5		
Geschlecht										
männlich	100	0,1	-0,1	-0,2	0,0		0,0	0,2		
weiblich	100	1,0	-0,1	-0,7	-0,2		-0,1	0,1		
Haushaltstyp***										
Einpersonenhaushalt	100	1,8	0,4	-1,0	-0,2		-0,3	-0,7		
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	100	1,0	0,0	-0,2	-0,5		-0,2	0,0		
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder		0,4	0,5	-1,2		1,0	-0,2	-0,4		
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	100	-0,5	-0,3	-0,3	-(),2	0,6	0,6		
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	100	-1,5	-0,5	-0,1		1,5	-0,7	1,3		

^{*} Bevölkerung in Privathaushalten mit gültigen Einkommensangaben. *** Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft.

^{**} Auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Vermögen und seine Verteilung: In Bayern überdurchschnittliches Vermögen im Bundesländervergleich

Die aktuellsten Daten zur Vermögensverteilung für die einzelnen Bundesländer und Bevölkerungsgruppen liegen nur für das Jahr 2008 vor (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008). Demnach verfügten 2008 die Privathaushalte in Bayern über ein Median-Nettogesamtvermögen von 71.200 Euro (mit Immobilien, aber ohne Betriebsvermögen), im früheren Bundesgebiet von 39.800 Euro, in Deutschland von 32.000 Euro (vgl. dazu ausführlicher "Soziale Lage in Bayern 2010", S. 90 sowie "Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern", S. 210 ff.).

Im Jahr 2008 lag das mittlere Nettogeldvermögen*) eines Haushalts in Bayern bei rund 25.000 Euro und damit mehr als 50 % über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Die Durchschnittswerte liegen durchweg weit über den mittleren (medianen) Werten, da wenige sehr reiche Haushalte den Gesamtdurchschnitt stark anheben, so dass die Durchschnittswerte für mittlere Haushalte nicht typisch sind.

Darstellung 2.38: Nettogeldvermögen und Nettogesamtvermögen je privater Haushalt 2008

	Werte für Bayern Bayern in Prozent von Deutschland Westdeutschland		Früheres Bundesgebiet	
	Euro	Prozent	Euro	Euro
Median: mittleres Vermögen*				
Nettogeldvermögen	25.200	155,6	14.800	16.200
Nettogesamtvermögen	71.200	178,9	32.000	39.800
Durchschnittswert je Haushalt				
Nettogeldvermögen	59.800	119,6	45.700	50.000
Nettogesamtvermögen	175.700	133,1	117.600	132.000
Medianes Vermögen in % des Durchschn	ittsvermögens			
Nettogeldvermögen	42,1	-	32,4	32,4
Nettogesamtvermögen	40,5	-	27,2	30,2

^{*} Mittelwert: Vermögen des Haushaltes "in der Mitte aller Haushalte", d.h. rund 50% der Haushalte haben geringere und die anderen 50% höhere Vermögen als der Haushalt "in der Mitte".

Quelle: Soziale Lage in Bayern 2010, S. 90.

Einen Hinweis auf die Verteilung der Nettogesamtvermögen nach Dezilen (jeweils 10% der Bevölkerung, nach der Vermögenshöhe aufsteigend sortiert) in Bayern 2008 gibt die nachfolgende Darstellung:

Darstellung 2.39: Nettogesamtvermögen pro Person nach Vermögensdezilen in Bayern 2008 in Euro

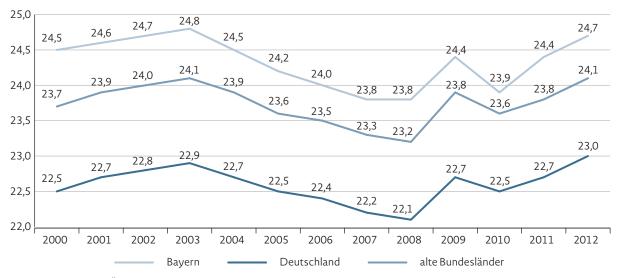
	Durchschnittliches Nettogesamtvermögen
1. Dezil	-3.973
2. Dezil	830
3. Dezil	6.780
4. Dezil	18.059
5. Dezil	34.401
6. Dezil	52.851
7. Dezil	77.321
8. Dezil	110.082
9. Dezil	163.433
10. Dezil	403.402

Quelle: Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, S. 213.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und je Arbeitsstunde seit 2009 wieder real angestiegen

Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer waren 2012 in Bayern mit 24,7 Euro die vierthöchsten bundesweit nach Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg (vgl. detaillierter Materialienband W22 bis W24) und stiegen 2011 und 2012 fast wieder auf das Realniveau des bisherigen Spitzenjahres 2003 an.

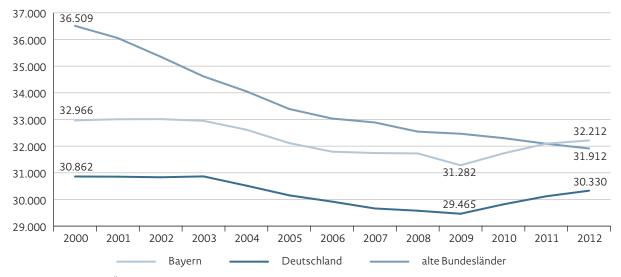
Darstellung 2.40: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) in Euro, inflationsbereinigt (Preisniveau 2012)



Quelle: Daten der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind inflationsbereinigt von 2000 bis 2009 sowohl in Bayern wie bundesweit gesunken, in Bayern und Deutschland aber bis 2012 wieder in etwa auf das reale Niveau von 2005 angestiegen.

Darstellung 2.41: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) in Euro pro Jahr, inflationsbereinigt (Preisniveau 2012)



Quelle: Daten der Stat. Ämter des Bundes und der Länder, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Lohn- und Gehaltsentwicklung in Bayern 2002 bis 2012 bei Tariflöhnen: Unterschiedlich je nach Betriebsgröße und Region, aber besser als in Westdeutschland

Insgesamt stiegen die Löhne und Gehälter in Bayern je Beschäftigter real (inflationsbereinigt) von 2002 bis 2012 um rund 1% an. Im Gegensatz zu Bayern sanken die Löhne und Gehälter in Westdeutschland im Zeitraum 2002 bis 2012 real um 4%, in Ostdeutschland stiegen sie um 2%.

Hinsichtlich der Betriebsgröße verlief die Entwicklung der monatlichen Löhne und Gehälter¹⁸ in Bayern in den Jahren 2002 bis 2012 je Vollzeitäquivalent – um die Lohnentwicklung für Voll- und Teilzeitbeschäftigung zusammen betrachten zu können – unterschied-

lich. In Betrieben mit bis zu 4 Beschäftigten sanken die realen Löhne und Gehälter um durchschnittlich 9% und bei 20 bis 99 Beschäftigten um 5%. Bei einer Betriebsgröße von 100 bis unter 500 Beschäftigten stagnierten die Löhne und Gehälter, in Betrieben ab 500 Beschäftigten nahmen die Löhne und Gehälter real um 8% zu.

Während in Nordbayern die realen Löhne und Gehälter im Zeitraum 2002 bis 2012 mit –1% etwas rückläufig waren, stiegen sie in Südbayern um 3% an.

Darstellung 2.42 Reale Lohn-/Gehaltsentwicklung im Juni 2002 bis Juni 2012 je Vollzeitäquivalent (in Euro, pro Monat, preisbereinigt)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012		nderung 2-2012
						Eu	ro						Prozent
1 bis 4 Beschäftigte	2.491	2.558	2.605	2.198	2.444	2.170	2.394	2.246	2.190	2.315	2.269	-222	-9
5 bis 19	2.606	2.616	2.650	2.536	2.685	2.613	2.663	2.457	2.547	2.476	2.555	-51	-2
20 bis 99	2.903	2.790	2.935	2.821	2.867	2.778	2.693	2.769	2.803	2.908	2.766	-137	-5
100 bis 499	3.118	3.080	3.098	3.013	3.196	2.996	2.861	2.891	2.825	3.066	3.132	14	0
ab 500	3.497	3.478	3.611	3.721	3.627	3.793	3.664	3.604	3.507	3.632	3.791	294	8
Nordbayern	2.923	2.880	3.029	2.959	3.034	2.982	2.948	2.869	2.893	2.859	2.903	-20	-1
Südbayern	3.067	3.024	3.057	3.011	3.113	3.060	2.967	2.972	3.086	3.128	3.148	81	3
Bayern	3.003	2.961	3.045	2.988	3.079	3.026	2.957	2.925	3.000	3.008	3.035	32	1
Westdeutschland	3.149	3.109	3.129	3.052	3.117	3.049	2.997	2.991	3.035	3.039	3.036	-113	-4
Ostdeutschland	2.344	2.348	2.334	2.333	2.359	2.358	2.373	2.387	2.418	2.394	2.390	46	2
Deutschland	3.017	2.985	2.999	2.936	2.993	2.919	2.881	2.878	2.918	2.918	2.916	-101	-3

Quelle: Daten des IAB-Betriebspanel.

¹⁸ Lohn/Gehalt: Ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und ohne Urlaubsgeld; preisbereinigt (Realentwicklung), d.h. die Geldentwertung durch die Steigerung der Verbraucherpreise wurde berücksichtigt; Vollzeitäquivalent: Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende wurden auf Vollzeitäquivalente umgerechnet (nur abhängig Beschäftigte).

17,9 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiteten 2010 in Bayern im Niedriglohnbereich – steigende Tendenz mit einer Unterbrechung im Jahr der Wirtschaftskrise 2009¹⁹

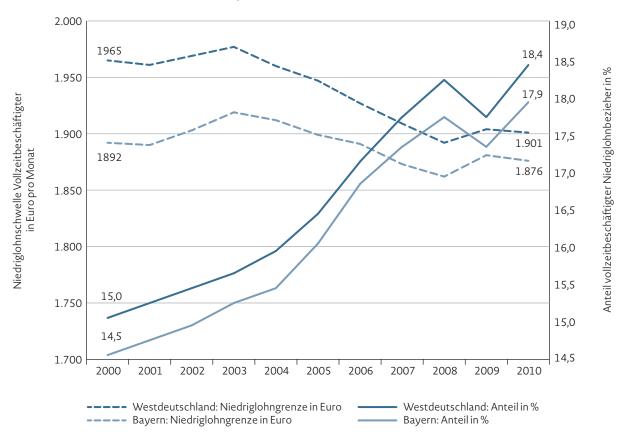
Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich liegt vor, wenn bei Vollzeittätigkeit ein Bruttolohn von unter zwei Dritteln des Medianlohnes aller Vollzeitbeschäftigten bezogen wird (Medianlohn = Lohn des mittleren – medianen – Erwerbstätigen. 2010 lag die Niedriglohngrenze in Bayern bei 1.876 Euro Bruttolohn pro Monat, im Jahr 2000 lag sie noch bei 1.892 Euro (in Preisen von 2010, d.h. die Veränderung der Kaufkraft des Einkommens wurde berücksichtigt).

2009 und 2010 ist die Niedriglohngrenze nicht weiter gefallen, sondern hat sich stabilisiert. Der Abstand zwischen der westdeutschen und der niedrigeren bayerischen Niedriglohnschwelle hat sich seit dem

Jahr 2000 mit Schwankungen im Trend leicht reduziert. Die Niedriglohnschwelle Vollzeitbeschäftigter lag 2010 damit in Bayern nur noch 25 Euro unter dem Wert für Westdeutschland, im Jahr 2000 waren es noch 74 Euro.

Der Anteil Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnbereich stieg – mit einer Unterbrechung im Wirtschaftskrisenjahr 2009 – kontinuierlich von 14,5 % im Jahr 2000 auf 17,9 % im Jahr 2010 in Bayern an. Durchgängig war der Anteil von Niedriglohnbeziehern in Westdeutschland rund einen halben Prozentpunkt höher als in Bayern (bei aber auch etwas höherer Niedriglohngrenze).

Darstellung 2.43: Entwicklung der realen Niedriglohngrenzen (in Preisen von 2010) Vollzeitbeschäftigter und der Anteil der Niedriglöhner an den Vollzeitbeschäftigten in Bayern und Westdeutschland 2000 bis 2010, in Euro pro Monat und Prozent



Quelle: IAB/INIFES, eigene Darstellung nach IAB Integrierte Erwerbsbiographien (IEB) Version 10.00.00, Nürnberg 2012.

¹⁹ Die Analysen zum Niedriglohnbereich im früheren Bericht "Soziale Lage in Bayern 2010" basierten noch auf der Datenquelle "BA-Beschäftigtenpanel". Hier nun wurde die Datenquelle "Integrierte Erwerbsbiographien" (IEB) des IAB herangezogen. Dieser Wechsel war u.a. erforderlich, weil das "BA-Beschäftigtenpanel" nicht mehr aktualisiert wurde. Durch den Wechsel der Datenquellen kommt es aber nur zu leichten Abweichungen von den Ergebnissen im Bericht "Soziale Lage in Bayern 2010". Nach dem "BA-Beschäftigtenpanel" lag der Anteil der Niedriglohnbezieher in Bayern z.B. im Jahr 2007 bei 17,5%, nach der IEB waren es 17,3%. Die IEB liefert eher etwas niedrigere Werte als die alte Datengrundlage.

Niedriglohn bei Vollzeiterwerbstätigkeit trifft Frauen und Geringqualifizierte häufiger

Niedriglohn betrifft häufiger Frauen. Der Anteil von Niedriglohn beziehenden an allen vollzeitbeschäftigten Frauen lag 2010 in Bayern bei 30,7 %, bei Männern bei 11,9 % (Westdeutschland: 30,6 % bzw. 12,6 %). Gegenüber dem Jahr 2008 ist diese Geschlechterdifferenz nur marginal kleiner geworden (vgl. StMAS: Soziale Lage in Bayern 2011, München 2011, S. 72).

Von jenen, die maximal eine mittlere Reife und keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten, waren im Jahr 2010 31% der Vollzeiterwerbstätigen Niedriglohnbezieher, bei einer Berufsausbildung waren es 15%. Bei Personen mit Hochschulabschluss lag die Quote bei 2%. Von den 15- bis 24-Jährigen waren 42% Niedriglohnbezieher, von den 25- bis 34-Jährigen 19%.

Niedriglohn wird vorrangig im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, im Gastgewerbe sowie bei privaten Haushalten gezahlt.

Im Zeitraum 2008 bis 2010 hat sich der Anteil der Niedriglohnbezieher nach Alter, Qualifikation und Wirtschaftszweig wenig verändert. Auffällige Steigerungen gab es aber im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, bei privaten Haushalten und im Wirtschaftszweig Erholung/Unterhaltung/Kunst.

Darstellung 2.44: Anteil der niedriglohnbeziehenden Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht, Altersgruppen, Qualifikation und Wirtschaftszweigen in Bayern 2008 und 2010 und Westdeutschland 2010, in Prozent

Ceschlecht, Altersgruppen Männer 11,5 11,9 12,5 Frauen 30,7 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,3 30,2 30,2 30,2 30,2 30,2 30,2 30,3 30,4 11,5 10,0 11,5 10,0 11,5 11,6 11,6 11,6 11,6 11,6 11,6 11,6 11,6 11,5 11,6 11,5 11,6 11,2 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 12,1 12,4 <td< th=""><th></th><th>Вау</th><th>ern</th><th>WD</th></td<>		Вау	ern	WD
Männer 11,5 11,9 12 Frauen 30,7 30,3 3 15 bis 24 Jahre 42,4 42,1 45 25 bis 34 Jahre 19,0 19,3 22 35 bis 44 Jahre 19,0 19,3 22 55 bis 64 Jahre 14,0 14,0 14,0 14 55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 16 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Hochschul-/Universitätsabschluss 1,9 2,1 2 A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 <th></th> <th>2008</th> <th>2010</th> <th>2010</th>		2008	2010	2010
Frauen 30,7 30,3 30 15 bis 24 Jahre 42,4 42,1 44 25 bis 34 Jahre 19,0 19,3 2 35 bis 44 Jahre 13,7 14,1 11 45 bis 54 Jahre 14,0 14,0 14 55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 12 Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife ohne Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 15,2 15,4 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2	Geschlecht, Altersgruppen			
15 bis 24 Jahre 42,4 42,1 43 25 bis 34 Jahre 19,0 19,3 22 35 bis 44 Jahre 13,7 14,1 11 45 bis 54 Jahre 14,0 14,0 14 55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 14 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 12,4 12,1 14 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 12,4 2,1 2,6 2,9 2,1 2,6 2,9 2,6 2,6 2,9 <td< td=""><td>Männer</td><td>11,5</td><td>11,9</td><td>12,6</td></td<>	Männer	11,5	11,9	12,6
25 bis 34 Jahre 19,0 19,3 22 35 bis 44 Jahre 13,7 14,1 15 45 bis 54 Jahre 16,0 14,0 14,0 14 55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fach-Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 Fach-Aberufund ohne Berufsausbildung 6,9 7,9 </td <td>Frauen</td> <td>30,7</td> <td>30,3</td> <td>30,6</td>	Frauen	30,7	30,3	30,6
35 bis 54 Jahre 13,7 14,1 15 45 bis 54 Jahre 16,0 14,0 14,0 14 55 bis 64 Jahre 15,0 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 16,8 6,9 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 14 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 16,8 6,9 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,6 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildu	15 bis 24 Jahre	42,4	42,1	45,6
45 bis 54 Jahre 14,0 14,0 16,0 15 55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fachochschulabschluss 1,9 2,1 1 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 2 Wirtschaftszweige A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Cewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 2 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 3 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 1,3 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,6 11,9 12 <t< td=""><td>25 bis 34 Jahre</td><td>19,0</td><td>19,3</td><td>22,1</td></t<>	25 bis 34 Jahre	19,0	19,3	22,1
55 bis 64 Jahre 15,1 16,0 15 Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 6,8 6,9 12 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 12 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 Brock-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 Brock-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 Brock-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 Brock Patrustur 2,1 2,1 2,1 Brock Patrustur 2,2 3,2 3,	35 bis 44 Jahre	13,7	14,1	15,2
Qualifikation Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 12 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 Wittschaftszweige A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 5 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 5 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,0 11,0 11,0 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11	45 bis 54 Jahre	14,0	14,0	14,2
Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung 30,7 31,1 25 Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife mit Berufsausbildung 15,2 15,4 15 Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 14 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 2,1 2 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 1,9 2,1 2 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 1,9 2,1 2 Fach-Abitur mit Berufsausbildung 1,9 2,1 2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 2 Witterstrage 2,3 2,3 2 3 3 3 3	55 bis 64 Jahre	15,1	16,0	15,2
Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife mit Berufsausbildung15,215,415Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung12,412,114Fach-/Abitur mit Berufsausbildung6,86,93Fachhochschulabschluss2,32,32,3Hochschul-/Universitätsabschluss2,32,32,3WirtschaftszweigeA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei49,754,656B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden5,45,63C Verarbeitendes Gewerbe9,79,85D Energieversorgung1,31,33E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung10,711,010F Baugewerbe11,611,913G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen22,022,623I Verkehr und Lagerei22,623,922I Information und Kommunikation66,967,170M Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen3,23,43L Grundstücks- und Wohnungswesen18,618,111M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen3,73,32O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32Erziehung und Unterricht8,07,58G Eusundheits- und Sozialwesen23,022,822Erbringung von sonstigen	Qualifikation			
Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung 12,4 12,1 14 Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 3 Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 3 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 2 Wirtschaftsureis Wirtschaftsureis A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 3 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 5 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,6 11,9 13 13 13 13 G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23,9 22 22 22 22 22,6 23,9 22 22 22 22 22 23,9 22 22 23,9 22	Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife ohne Berufsausbildung	30,7	31,1	29,8
Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 Wirtschaftszweige A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 2 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 5 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,6 11,9 13 13 13 13 G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23 22 I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 70 70 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 66 62 5,7 66 K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 3	Volks-/Hauptschule/Mittl.Reife mit Berufsausbildung	15,2	15,4	15,3
Fach-/Abitur mit Berufsausbildung 6,8 6,9 1 Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 Wirtschaftszweige A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 2 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 5 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,6 11,9 13 G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23 H Verkehr und Lagerei 22,0 22,6 23,9 22 I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 66 K Erbringung von		12,4	12,1	14,9
Fachhochschulabschluss 1,9 2,1 2,2 Hochschul-/Universitätsabschluss 2,3 2,3 2,3 Wirtschaftszweige A. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 36 C. Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 36 D. Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 E. Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 11 G. Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23 G. Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23 I. Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J. Information und Kommunikation 6,2 5,7 66 K. Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 L. Grundstücks- und Wohnungswesen 18,6 18,1 1 M. Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 60,0 56,5	Fach-/Abitur mit Berufsausbildung	6,8	6,9	7,8
WirtschaftszweigeA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei49,754,656B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden5,45,656C Verarbeitendes Gewerbe9,79,859D Energieversorgung1,31,31,3E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung10,711,010F Baugewerbe11,611,913G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen22,022,623H Verkehr und Lagerei22,623,922I Gastgewerbe66,967,170J Information und Kommunikation6,25,76K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen3,23,43L Grundstücks- und Wohnungswesen18,618,113M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32P Erziehung und Unterricht8,07,58Q Gesundheits- und Sozialwesen23,022,824R Erholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	Fachhochschulabschluss	1,9	2,1	2,8
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 49,7 54,6 56 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 5,4 5,6 2 C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 5 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3	Hochschul-/Universitätsabschluss	2,3	2,3	2,8
BBergbau und Gewinnung von Steinen und Erden5,45,62CVerarbeitendes Gewerbe9,79,89DEnergieversorgung1,31,31,3EWasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung10,711,010FBaugewerbe11,611,913GHandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen22,022,623,922HVerkehr und Lagerei22,623,922IGastgewerbe66,967,170JInformation und Kommunikation6,25,766KErbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen3,23,433LGrundstücks- und Wohnungswesen18,618,113MErbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013NSonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,322PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	Wirtschaftszweige			
C Verarbeitendes Gewerbe 9,7 9,8 9 D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 1 E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung 10,7 11,0 10 F Baugewerbe 11,6 11,9 13 G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23,9 22 H Verkehr und Lagerei 22,6 23,9 22 I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 66 K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 L Grundstücks- und Wohnungswesen 18,6 18,1 11 M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 13,4 12,0 13 N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen 60,0 56,5 56 O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung 3,7 3,3 2,7 3,3 2,8 2,9 3,0 22,8 2,8 2,9 3,0 3,9 31,0 33 E Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	49,7	54,6	56,0
D Energieversorgung 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3 1,3	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5,4	5,6	2,4
E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung F Baugewerbe 11,6 11,9 13 G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,0 22,6 23,9 24 1 Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3,4 3,7 M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 13,4 12,0 N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung P Erziehung und Unterricht Q Gesundheits- und Sozialwesen R Erholung, Unterhaltung, Kunst S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33	C Verarbeitendes Gewerbe	9,7	9,8	9,3
F Baugewerbe G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen H Verkehr und Lagerei C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gostgewerbe C Gost	D Energieversorgung	1,3	1,3	1,4
F Baugewerbe G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen H Verkehr und Lagerei C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gastgewerbe C Gostgewerbe C Gost	E Wasserversorgung, Abwasser- u. Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	10,7	11,0	10,0
G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 22,6 23,9 22 I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen Grundstücks- und Wohnungswesen Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung R Erziehung und Unterricht Q Gesundheits- und Sozialwesen Erbnolung, Unterhaltung, Kunst S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33		11,6	11,9	13,3
H Verkehr und Lagerei 22,6 23,9 22 I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 6 K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 L Grundstücks- und Wohnungswesen 18,6 18,1 12 M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 13,4 12,0 13 N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen 60,0 56,5 56 O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung 3,7 3,3 2 P Erziehung und Unterricht 8,0 7,5 8 Q Gesundheits- und Sozialwesen 23,0 22,8 24 R Erholung, Unterhaltung, Kunst 32,5 35,9 36 S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33		22,0	22,6	23,1
I Gastgewerbe 66,9 67,1 70 J Information und Kommunikation 6,2 5,7 6 K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 L Grundstücks- und Wohnungswesen 18,6 18,1 13 M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 13,4 12,0 13 N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen 60,0 56,5 56 O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung 3,7 3,3 2 P Erziehung und Unterricht 8,0 7,5 8 Q Gesundheits- und Sozialwesen 23,0 22,8 24 R Erholung, Unterhaltung, Kunst 32,5 35,9 36 S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33		22,6	23,9	22,6
JInformation und Kommunikation6,25,76KErbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen3,23,43LGrundstücks- und Wohnungswesen18,618,11MErbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013NSonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	•			70,0
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen 3,2 3,4 3 L Grundstücks- und Wohnungswesen 18,6 18,1 17 M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 13,4 12,0 13 N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen 60,0 56,5 56 O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung 3,7 3,3 22 P Erziehung und Unterricht 8,0 7,5 8 Q Gesundheits- und Sozialwesen 23,0 22,8 22 R Erholung, Unterhaltung, Kunst 32,5 35,9 36 S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33	·		-	6,7
LGrundstücks- und Wohnungswesen18,618,113MErbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013NSonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	•			3,9
MErbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen13,412,013NSonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	* *			17,8
NSonstige wirtschaftliche Dienstleistungen60,056,556OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	· ·			13,4
OÖffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung3,73,32PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	* *			56,9
PErziehung und Unterricht8,07,58QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033		3.7		2,8
QGesundheits- und Sozialwesen23,022,824RErholung, Unterhaltung, Kunst32,535,936SErbringung von sonstigen Dienstleistungen30,931,033	6. 6. 6.	,		8,5
R Erholung, Unterhaltung, Kunst 32,5 35,9 36 S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33	ĕ			24,3
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen 30,9 31,0 33	C .			36,4
				33,3
I Private Haushalte mit Hauspersonal 60.7 62.2 6	T Private Haushalte mit Hauspersonal	60,7	62,2	67,3
	'			6,7

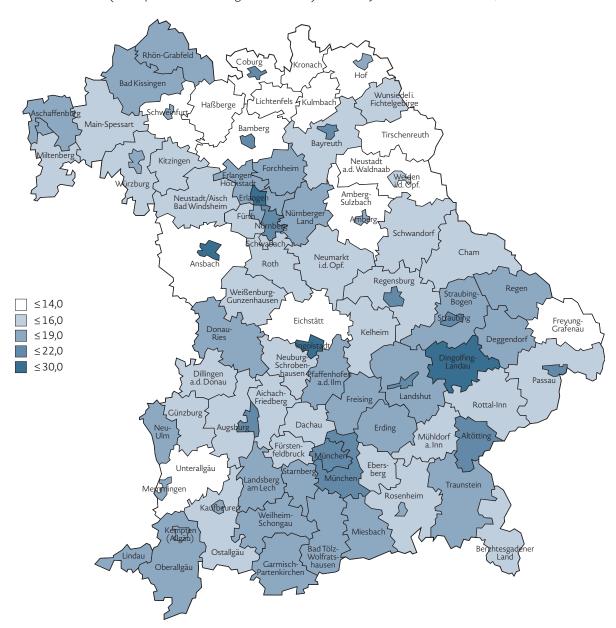
Quelle: Daten der jährlichen Verdiensterhebung, Statistisches Bundesamt.

Regionale Struktur vollzeitbeschäftigter Niedriglohnbezieher

Der Niedriglöhneranteil variiert regional erheblich. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten der Messung. Einerseits kann die durchschnittliche bayerische Niedriglohnschwelle herangezogen werden. Andererseits kann die jeweilige kreisspezifische Niedriglohnschwelle Anwendung finden. Da die Niedriglohnanteile eine Verteilungskennziffer sind, ist letztgenannte Methode aus wissenschaftlicher Sicht vorzuziehen: Dadurch werden tendenziell auch regionale Lohn- und auch Preis-/Kaufkraftunterschiede berücksichtigt.

Besonders viele Kreise mit höheren Anteilen niedriglohnbeziehender Vollzeitbeschäftigter finden sich in Südbayern und den kreisfreien Städten. Die Kreise mit den höchsten Anteilen sind die kreisfreien Städte Erlangen mit 24,6% und Ingolstadt mit 24,0% sowie der Landkreis Dingolfing-Landau mit 24,5%. Die geringsten Anteile finden sich in den Landkreisen Schweinfurt (11,6%) und Hof (12,7%).

Darstellung 2.45: Anteil der Niedriglohnbezieher an allen Vollzeitbeschäftigten (kreisspezifische Niedriglohnschwelle) in den bayerischen Kreisen 2010, in Prozent



Quelle: IAB, INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach IAB Integrierte Erwerbsbiographien (IEB) Version 10.00.00, Nürnberg 2012

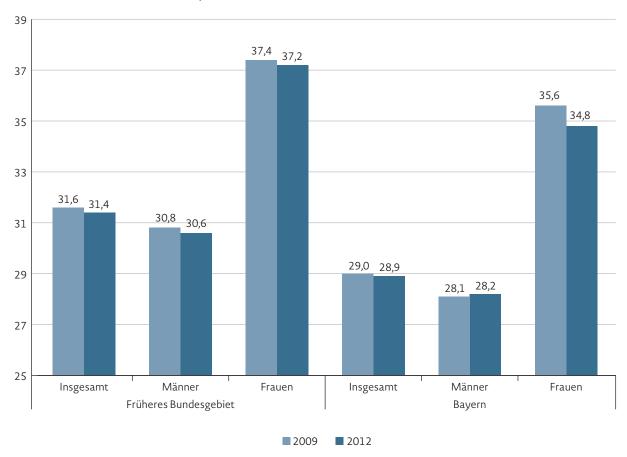
Tariflöhne bei vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern

Eine Möglichkeit, die Lohnspreizung bei Tariflöhnen zu analysieren, ist der Vergleich der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in den verschiedenen Leistungsgruppen der Verdiensterhebung, so z.B. zwischen Leistungsgruppe 1 und 5 (vgl. zur Abgrenzung der Leistungsgruppen im Detail im Materialienband Darstellung W23). Stark einschränkend ist dabei zu beachten, dass die Verdiensterhebung in der Regel nur Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten berücksichtigt und private Haushalte und Land- und Forstwirtschaft/Fischerei ausgenommen sind, was zu einer Untererfassung der Lohnunterschiede führt, da gerade in kleineren Betrieben viele Arbeitsplätze für formal gering Qualifizierte anzutreffen sind:

- Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung, mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, z. B. angestellte Geschäftsführer/-innen, Arbeitnehmer/-innen die in größeren Führungsbereichen Dispositions- und Führungsaufgaben wahrnehmen.
- Leistungsgruppe 5: Ungelernte Arbeitnehmer/-innen mit einfachen schematischen Tätigkeiten, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.

Wie nachfolgende Darstellung zeigt, hat sich bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern zwischen der Leistungsgruppe 1 und 5 im Zeitraum 2009 bis 2012 der Abstand bei den Männern in Bayern nicht verringert, da die prozentuale Relation der Leistungsgruppe 5 gegenüber 1 nur minimal um 0,1 Prozentpunkte anstieg. Bei den Frauen nahmen hingegen die Lohnunterschiede um 0,8 Prozentpunkte ab.

Darstellung 2.46: Bruttostundenverdienst der Leistungsgruppe 5 als Prozentsatz der Verdienste in Leistungsgruppe 1, vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Bayern und Westdeutschland 2009 und 2012, in Prozent



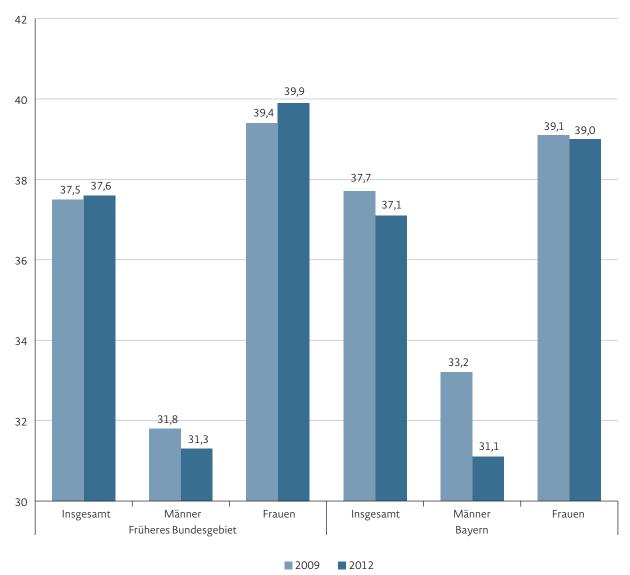
Quelle: Daten der vierteljährlichen Verdiensterhebung, Statistisches Bundesamt.

Tariflöhne bei teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern

Die nachfolgende Darstellung verdeutlicht, dass sich besonders bei den teilzeitarbeitenden Männern der Unterschied bei den Bruttostundenverdiensten zwischen den Leistungsgruppen 1 und 5 erhöht hat, durchaus mehr als in Westdeutschland, während sich bei den Frauen allenfalls minimale Veränderungen ergaben:

- ▶ Betrug der Bruttostundenverdienst bei den teilzeitarbeitenden Männern 2009 in Bayern noch 33,2% des Lohnes eines teilzeitarbeitenden Mannes in der Leistungsgruppe 1, so verminderte sich dieser Anteil 2012 auf 31,1%.
- Während in Westdeutschland bei den teilzeitarbeitenden Frauen der Unterschied zwischen der Leistungsgruppe 1 und 5 schrumpfte, nahm er in Bayern etwas zu.
- Ursächlich sind vermutlich vorrangig Strukturunterschiede in der Berufswahl und den Branchen.

Darstellung 2.47: Bruttostundenverdienst der Leistungsgruppe 5 als Prozentsatz der Verdienste in Leistungsgruppe 1, teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Bayern und Westdeutschland 2009 und 2012 , in Prozent



Quelle: Daten der vierteljährlichen Verdiensterhebung, Statistisches Bundesamt.

Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern: In Bayern in etwa die gleichen Unterschiede wie im Durchschnitt der alten Bundesländer

Der unbereinigte Verdienstunterschied ("Gender Pay Gap") misst den Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen (anhand der Bruttostundenlöhne und -gehälter je Arbeitnehmer außerhalb der öffentlichen Verwaltung) ohne Beachtung von Unterschieden in der Berufswahl, Erwerbstätigkeitsdauer, Berufsunterbrechungen, Ausbildung usw. Er belief sich im Jahr 2012 in Westdeutschland auf 24%, in Bayern auf 25% und in Deutschland auf 22%. Da der geschlechtsspezifische persönliche Verdienstunterschied nicht das Haushaltseinkommen repräsentiert, ist damit keine Aussage über Lebensstandardunterschiede zwischen Frauen und Männern oder die Freiheit in der Lebensplanung verbunden.

Der bereinigte Verdienstunterschied misst jenen der bestehen bleibt, wenn weibliche und männliche Arbeitnehmer die gleiche Berufs- und Branchenwahl treffen würden und vergleichbare Bildungsabschlüsse hätten. Andere Faktoren wie z.B. Berufsunterbrechungen, Lebensalter usw. werden auch beim bereinigten Verdienstunterschied (bisher) nicht berücksichtigt, obwohl diese Faktoren maßgeblich sind. Der berei-

nigte Verdienstunterschied wird derzeit auf maximal 6 bis 8 % für Deutschland geschätzt.

Ob ein unbereinigter oder ein bereinigter Verdienstunterschied betrachtet wird, hängt von der Perspektive ab. So ist z.B. die Wahl eines Berufes mit niedrigeren Verdiensten aber höheren Zeit- und Flexibilisierungsmöglichkeiten keineswegs stets eine Wahl entgegen den Präferenzen der Beschäftigten. Würde aber nur die bereinigte Lohnlücke betrachtet, so könnte dies von den strukturellen Einschränkungen ablenken, die z.B. mit der Erziehung eigener Kinder verbunden sind.

In Bayern wie in Deutschland veränderte sich der Verdienstunterschied 2006 bis 2012 prozentual wenig. Der Anstieg in Bayern von 23% in 2006 auf 25% in 2012 ist auf den gestiegenen Niedriglohnsektor und Teilzeitarbeit zurückzuführen, da diese Beschäftigungsformen vorrangig Frauen betreffen. Die teils erheblichen Unterschiede zwischen den Bundesländern beruhen vorwiegend auf unterschiedlichen Branchen- und Produktionsstrukturen sowie Teilzeitbeschäftigungsanteilen (vgl. auch Materialienband Darstellung W25 bis W28).

Darstellung 2.48: Verdienstunterschiede (Bruttostundenverdienst) zwischen Frauen und Männern (unbereinigter Gender Pay Gap) nach Bundesländern 2006 bis 2012, in Prozent

Bundesländer	Erhebung	Fo	ortschreibu	ng	Erhebung	Fortsch	reibung
Bundeslander	2006 ຶ	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	3	3	4	5	5
Sachsen-Anhalt	3	3	3	3	5	5	6
Thüringen	6	5	5	6	6	7	6
Brandenburg	6	7	7	7	7	7	8
Sachsen	9	9	9	9	9	10	11
Berlin	14	14	16	15	14	14	13
Schleswig-Holstein	18	18	19	18	18	17	18
Niedersachsen	25	24	23	22	22	22	20
Nordrhein-Westfalen	24	24	24	23	23	23	23
Rheinland-Pfalz	21	22	22	22	22	22	23
Hessen	23	24	24	24	25	24	24
Hamburg	20	22	22	23	23	23	25
Bayern	23	24	25	25	26	25	25
Saarland	24	26	26	25	25	25	25
Bremen	25	27	27	24	24	24	26
Baden-Württemberg	28	28	28	27	27	27	27
Deutschland	23	23	23	23	22	22	22

Anmerkung: Bei der Berechnung der Veränderungsraten des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes für Mecklenburg-Vorpommern konnten für 2006 bis 2009 geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010; fortgeschätzt mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

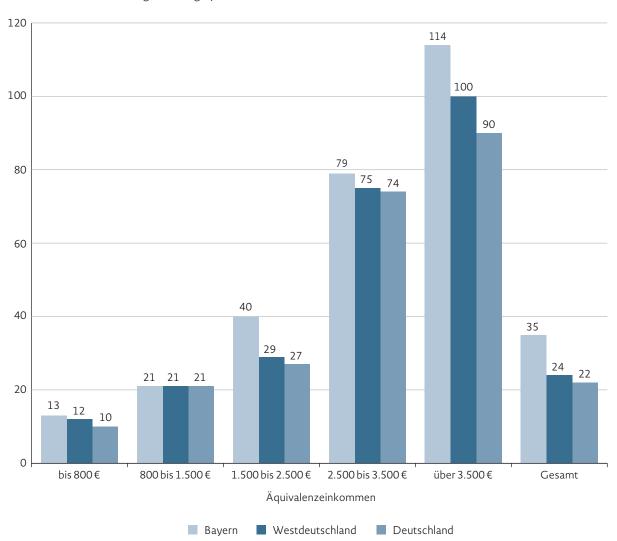
2.7.2 EINKOMMENSQUELLEN: KAPITALEINKOMMEN

Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen als zusätzliches Einkommen: In Bayern ein Drittel höher als in Deutschland

In der Gesamtsumme waren die Kapitaleinkommen in Bayern rund ein Drittel höher als in Westdeutschland. Dieser Unterschied beruht ausschließlich auf höheren Kapitaleinkommen bei den höheren Einkommensgruppen, bis zum mittleren Äquivalenzeinkommen (bei rund 1.430 Euro in Bayern 2009) traten zwischen Bayern und Westdeutschland keine Unterschiede auf.

Wie die monatlichen Beiträge an private Rentensysteme sind die Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen im Durchschnitt weitestgehend von der Höhe der Einkommen bestimmt. Die Erträge aus Zinsen, Dividenden und Gewinnen aus Kapitalanlagen steigen jedoch sogar noch relativ stärker an als das Äquivalenzeinkommen. Diese Kapitaleinkommen erreichen nur in den zwei höchsten Einkommensgruppen ein Niveau, ab welchem sie bei langjährigem konsequentem Ansparen zu einer wesentlich verbesserten langjährigen Altersvorsorge führen (soweit das heutige Zinsniveau zugrunde gelegt wird).

Darstellung 2.49: Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen: Vermögenserträge pro Monat in Euro; 2009



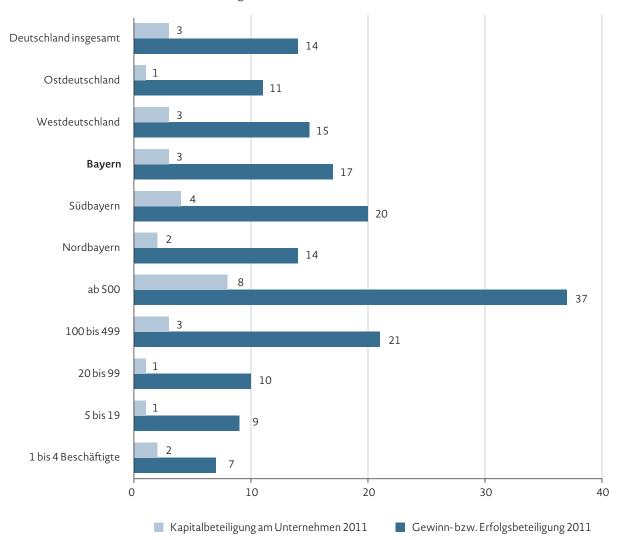
 $\label{thm:problem} \mbox{Quelle: Daten EU-SILC, Aufbereitung IT-NRW und Inifes und eigene Berechnungen.}$

Beschäftigte mit Kapitalbeteiligung am Arbeit gebenden Unternehmen: Mit 3 % eine seit Jahren geringe Zahl und oftmals Beschränkung auf Führungsebene

Kapitalbeteiligungen können ein nachhaltiger Weg sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Unternehmenswachstum zu beteiligen und zugleich eine stärkere und produktivere Unternehmensbindung zu erzeugen. Mit einem Anteil von 3% der Beschäftigten mit einer Kapitalbeteiligung in Bayern wie in Deutschland ist das Instrumentarium aber seit vielen Jahren nur wenig verbreitet. Kapitalbeteiligungen, die einen größeren Anteil von Mitarbeitern betreffen (8%), sind vorrangig in Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten anzutreffen, wobei dies überwiegend Aktiengesellschaften sind, die ihren Mitarbeitern Aktienbeteiligungen anbieten.

Gewinnbeteiligungen (in Bayern 17 % der Beschäftigten, in Westdeutschland 15 %) sind bei kleineren Unternehmen – wie die Kapitalbeteiligungen – relativ wenig verbreitet und konzentrieren sich vorrangig auf die oberen Führungsebenen in den Unternehmen. Sie erreichen aber in Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten einen Anteil von 37 % (in 2011) mit einer tendenziell zunehmenden Verbreitung, die aber durch die Finanz- und anschließende Wirtschaftskrise um das Jahr 2009 deutlich unterbrochen wurde.

Darstellung 2.50: Beschäftigte mit Kapital- bzw. Gewinnbeteiligung am Arbeit gebenden Unternehmen 2011, Anteil an allen Beschäftigten in Prozent



Quelle: E. Kistler, F. Trischler u.a. 2012: Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2011, Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2011, Stadtbergen, S. 31.

2.7.3 EINKOMMENSQUELLEN: RENTEN

Bestands- und Zugangsrenten bei den Erwerbsminderungs- und Altersrenten: Männer mit niedrigeren, Frauen mit höheren Zahlbeträgen in Bayern als in Westdeutschland

Bei der Betrachtung der Höhe der gesetzlichen Renten ist zwischen den

- neuen Versichertenrenten (die im Betrachtungsjahr zum ersten Mal bezahlt wurden, den sog. Zugangsrenten) und
- den Bestandsrenten (alle Versichertenrenten, die im jeweiligen Jahr bezahlt wurden)
 zu unterscheiden.

Dieses wiederum kann sich jeweils zusätzlich beziehen auf Renten wegen

- verminderter Erwerbsfähigkeit (EM-Renten) und
- ► Alters sowie
- ► Todes (Renten an Hinterbliebene sogenannte abgeleitete Renten).

Betrachtet wird in diesem Absatz die einzelne Rente, nicht die einzelne Rentnerin oder der einzelne Rentner mit teils einer eigenen Versicherten- plus einer Witwen- bzw. Witwerrente (vgl. zum Mehrfachbezug weiter unten).

Im Jahr 2012 fielen die durchschnittlichen neuen Versichertenrenten wie auch die Bestandsrenten insgesamt in Bayern niedriger aus als im westdeutschen Durchschnitt (706 versus 715 bzw. 746 versus 766 Euro), allerdings nur aufgrund niedrigerer Renten der Männer. Die Renten der Frauen liegen in Bayern bei allen genannten Rentenarten über dem Wert für Westdeutschland. Der geringere Zahlbetrag der Renten für Männer in Bayern beruht vor allem auf der lange Jahrzehnte geringeren Wirtschaftskraft im Freistaat und den damals demnach geringeren versicherungspflichtigen Löhnen.

Dass die Bestandsrenten bei Männern wie Frauen höher ausfallen als die neuen Versichertenrenten, hat u.a. mit Reduzierungen des Sicherungsniveaus durch die Rentenreformen der jüngeren Vergangenheit zu tun wie auch mit weniger stetigen Erwerbsbiografien. Auch der geringere Anteil von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beim Rentenbestand als im Rentenzugang trägt zu höheren durchschnittlichen Zahlbeträgen der Bestandsrenten bei.

Erwerbsminderungsrenten fallen im Durchschnitt niedriger aus als Renten wegen Alters, vor allem bei Männern. Frauenrenten sind durchschnittlich wesentlich niedriger als Männerrenten (Rentenzugang: 887 zu 530 Euro, Rentenbestand: 1.008 zu 548 Euro).

Männer

Versichertenrenten insgesamt

Frauen

Darstellungen 2.51 und 2.52: Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten im Rentenzugang und der Bestandsrenten nach Geschlecht in Bayern und Westdeutschland* 2012, in Euro:

1.000

887 906

800

706 715

635 619

636 661

591 576

516 515

400

200

Männer

EM-Renten

Frauen

Westdeutschland

Insgesamt

Männer

Altersrenten

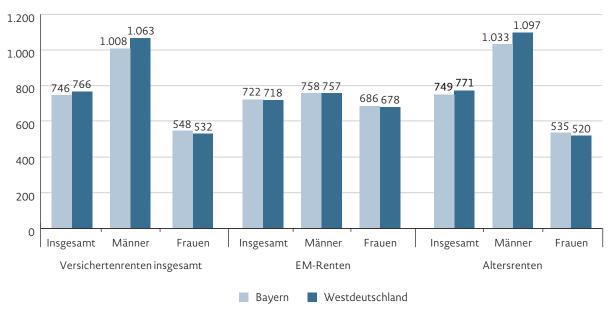
Frauen

Darstellung 2.51: Rentenzugang* (2012 erstmals ausbezahlte Versichertenrenten)



Insgesamt

Bayern



^{*} ohne Auslandsrenten

0

Insgesamt

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Die in der jüngeren Vergangenheit im Bundesländervergleich bessere Arbeitsmarktsituation in Bayern spiegelt sich in etwas höheren Erwerbsminderungsrenten (bei beiden Geschlechtern) als in Westdeutschland wider. EM-Rentnerinnen und -Rentner sind im Durchschnitt im Zugang und im Bestand jünger als Altersrentenbezieher und haben so einen größeren Teil ihrer Erwerbsbiografie in der jüngeren Vergan-

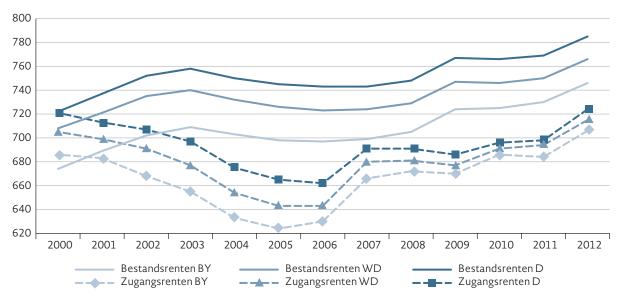
genheit verbracht. Etwas spätere durchschnittliche Erwerbseinstiege der Männer und größere Probleme beim Erwerbseinstieg als bei Frauen führen dazu, dass in Bayern wie in Westdeutschland – trotz des "Gender-Pay-Gap" – der Abstand zwischen den Geschlechtern bei den EM-Renten geringer ist als bei den Altersrenten.

Entwicklung der nominalen Rentenzahlbeträge 2000 bis 2012: Langsame Annäherung in Bayern an das westdeutsche Niveau

Die zeitliche Entwicklung der Zugangs- und Bestandsrenten insgesamt zeigt, dass sich der Rückstand Bayerns bei den durchschnittlichen nominalen Rentenzahlbeträgen zwischen 2000 und 2012 reduziert hat. Das gilt vor allem im Rentenzugang: 2012 lag der Rückstand nur noch bei 9 Euro, wobei es allerdings gegenüber 2007 zu keiner weiteren Annäherung

kam. Bei den Versichertenrenten im Bestand hat Bayern gegenüber Westdeutschland im gesamten Betrachtungszeitraum ebenfalls aufgeholt (Bayern: nominaler Anstieg von 674 auf 746 Euro; Westdeutschland: von 708 auf 766 Euro), die Differenz schließt sich aber bisher nur sehr langsam.

Darstellung 2.53: Durchschnittliche nominale (nicht um Inflation bereinigte) Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenbestand und im Rentenzugang in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012, in Euro



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Darstellung 2.53 zeigt auch, dass ab 2000 die durchschnittlichen nominalen (nicht um die Geldentwertung bereinigten) Zahlbeträge der Zugangsrenten deutlich und ab 2003 auch leicht die Bestandsrenten für rund fünf Jahre gesunken sind (vgl. zur Entwicklung der Rentenzahlbeträge auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung im Materialienband Darstellungen W29 und W30). Dies ist eine Folge der verschiedenen Rentenreformen. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts steigen die durchschnittlichen Zahlbeträge nominal (nicht real, siehe dazu unten) wieder an. In Bayern lag der durchschnittliche Zahlbetrag 2012 bei den Versichertenrenten im Bestand nominal um 72 Euro höher als im Jahr 2000 und bei den Zugangsrenten um 20 Euro (bei zugleich aber 24 % Inflation). Diese nominalen Anstiege 2000 bis 2012 fielen jeweils etwas höher aus als in West- und Gesamtdeutschland (bei einer dort geringeren Inflation von 21%).

Differenziert nach dem Geschlecht verläuft die Entwicklung seit dem Jahr 2000 für die Frauen positiver als bei den Männern. Die neuen Versichertenrenten von Frauen lagen 2012 in Bayern im Schnitt um 45 Euro höher als im Jahr 2000, in Westdeutschland um 60 Euro. Hingegen sind die entsprechenden Werte bei den Männern in Bayern um 9 Euro und in Westdeutschland um 43 Euro gesunken.

In der Unterscheidung von EM-Renten und Altersrenten im Rentenzugang gilt für Bayern wie (West-) Deutschland, dass die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen EM-Renten mit der Reform 2001 bis zum Jahr 2008 gesunken sind und sich seither nominal nur wieder schwach erholt haben. Mit nominal 635 Euro liegt der Durchschnitt der neuen EM-Renten in Bayern 2012 deutlich unter den 717 Euro des Jahres 2000. Bei den Altersrenten im Rentenzugang ist der durchschnittliche nominale Zahlbetrag in diesem Zeitraum zumindest von 677 auf 723 Euro angestiegen.

Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten in regionaler Differenzierung - Bayern holt auf

Zahlbeträge der neuen

- Versichertenrenten: Wie die Darstellung 2.51 zeigt, lagen die durchschnittlichen Zahlbeträge dieser Renten der Männer (im Gegensatz zu den Frauen) 2012 in Bayern unter dem westdeutschen Durchschnitt, allerdings weniger als noch im Jahr 2000. Damals lagen die neuen Versichertenrenten für Männer in Bayern auf dem letzten Platz in Westdeutschland, 2012 aber an drittletzter Stelle.
- ► EM-Renten: Bei diesen Renten hat Bayern vom drittletzten Platz im Ranking – aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage in der jüngeren Vergangen-
- heit stark "aufgeholt" (genauer gesagt: der Rückgang der durchschnittlichen Zahlbeträge war in Bayern geringer als in Westdeutschland) und rangiert 2012 auf Platz 2 hinter Rheinland-Pfalz.
- Altersrenten: Bei diesen Renten verzeichnet der Freistaat 2000 wie 2012 die drittniedrigsten durchschnittlichen Zahlbeträge.

Nicht nur im Bundesländervergleich, sondern auch innerhalb Bayerns streuen die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (vgl. auch Darstellung W33 und W34 im Materialienband).

Darstellung 2.54: Durchschnittliche nominale Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten nach Rentenart und Geschlecht in Bayern, Deutschland, Westdeutschland und den bayerischen Regierungsbezirken 2012, in Euro

	Deutsch- land	West- deutsch- land	Bayern	Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwaben
Renten we	gen EM un	d Alters								
Insgesamt	724	715	706	722	648	674	704	719	717	702
Männer	886	906	887	882	852	874	875	889	939	893
Frauen	562	528	530	574	459	474	533	549	497	508
Renten we	gen Erwerb	osminderun	g							
Insgesamt	612	619	635	636	637	629	624	622	650	644
Männer	640	661	676	668	698	675	664	654	706	679
Frauen	583	576	591	605	573	572	580	587	588	605
Altersrent	en									
Insgesamt	757	742	723	739	651	687	729	744	738	714
Männer	960	978	941	924	901	943	946	952	1.017	938
Frauen	556	515	516	568	429	449	520	540	472	489

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

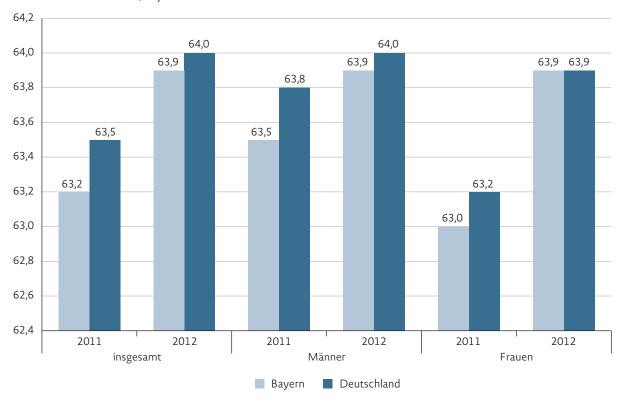
Darstellung W32 im Materialienband zeigt, dass sich Niederbayern und die Oberpfalz schon seit Jahren abwechselnd die Position der beiden Schlusslichter bei diesem Ranking teilen – wobei der Abstand zu den anderen Regierungsbezirken zwischen 2000 und 2012 abgenommen hat.

Rentenzugangsalter am Jahresende vor Renteneintritt: Das Rentenzugangsalter ist gestiegen

Das durchschnittliche Eintrittsalter in Altersrenten²⁰ ist in Deutschland – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und entsprechend den politischen Zielvorgaben – in den letzten rund 15 Jahren

deutlich angestiegen, im Jahresvergleich 2012 zu 2011 sogar überdurchschnittlich stark (von 63,5 auf 64,0 Jahre).

Darstellung 2.55: Durchschnittliches Alter bei Eintritt in eine Altersrente in Bayern und Deutschland 2011 und 2012, in Jahren



 $\label{eq:Quelle:INIFES} Quelle: INIFES, eigene \ Darstellung \ nach \ Daten \ der \ Deutschen \ Rentenversicherung \ Bund.$

Der Anstieg 2011/2012 ist in Bayern wie Deutschland zu beobachten und erweist sich bei Frauen wesentlich ausgeprägter als bei Männern. Letztendlich traten im Jahr 2012 in Bayern sowohl Männer als auch Frauen mit durchschnittlich 63,9 Jahren in den Altersruhestand ein. Differenziert nach Regierungsbezirken gibt es 2012 beim durchschnittlichen Eintrittsalter in Altersrenten nur geringere Unterschiede. Insgesamt variiert dieses von 63,7 Jahren in Oberund Mittelfranken bis 64,0 Jahren in Oberbayern. Auch zwischen den Geschlechtern erweisen sich die Unterschiede als sehr gering.

Darstellung 2.56: Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Altersrenten nach Geschlecht in den bayerischen Regierungsbezirken 2012, in Jahren

	Insgesamt	Männer	Frauen
Bayern insgesamt	63,9	63,9	63,9
Oberbayern	64,0	64,1	64,0
Niederbayern	63,9	63,7	64,0
Oberpfalz	63,8	63,7	63,8
Oberfranken	63,7	63,7	63,6
Mittelfranken	63,7	63,8	63,7
Unterfranken	63,8	63,7	63,9
Schwaben	63,9	63,9	63,9

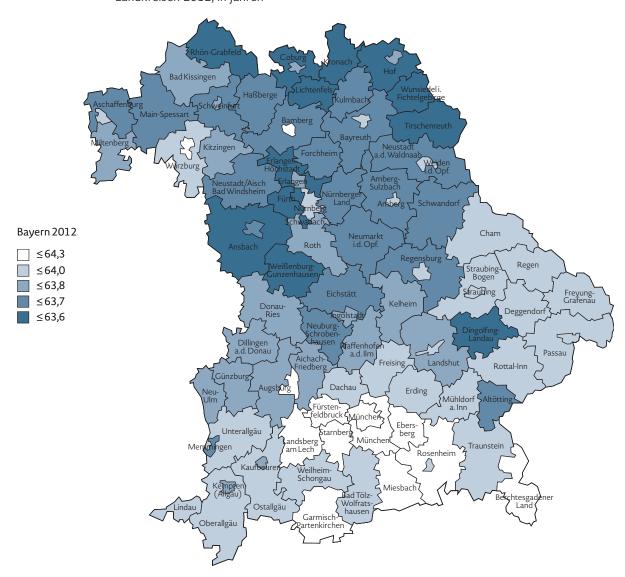
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

²⁰ Bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ist seit 10 Jahren ebenfalls ein, wenn auch schwächerer, Anstieg zu verzeichnen. 2012 lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter in EM-Renten deutschlandweit bei 51,4 Jahren für Männer und 50,1 Jahren für Frauen (Bayern: 51,3 bzw. 50,0 Jahre).

Darstellung 2.57 zeigt, dass bei einem Vergleich auf der Ebene der Stadt-/Landkreise Bayerns die Kreise mit einem eher hohen durchschnittlichen Zugangsalter vor allem im Süden Oberbayerns zu finden sind, während diejenigen mit geringem Zugangsalter sich vor allem in den grenznahen Kreisen in Oberfranken und in Mittelfranken (mit nicht ganz so guter Arbeits-

marktsituation) konzentrieren. Allerdings reicht auch auf Kreisebene die Spanne des durchschnittlichen Zugangsalters in eine Altersrente nur von 63,3 Jahren im Landkreis Kronach bis zu 64,3 Jahren im Landkreis Miesbach und variiert demnach um maximal ein Altersjahr.

Darstellung 2.57: Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Altersrenten in den bayerischen Stadt- und Landkreisen 2012, in Jahren



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter nicht immer mit dem Erwerbsaustrittsalter identisch ist. Einerseits wächst, aus verschiedenen Gründen, der Anteil derjenigen, die auch über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sind – und sei es auch nur in einer geringfügig entlohnten Tätigkeit. Andererseits

entsteht bei vielen Beschäftigten im Altersübergang eine Lücke zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt, u. a. durch Phasen der Arbeitslosigkeit, auch eines vorübergehenden vollständigen Rückzuges vom Arbeitsmarkt, wenn keine Chancen für eine Wiederaufnahme einer Beschäftigung bestehen.

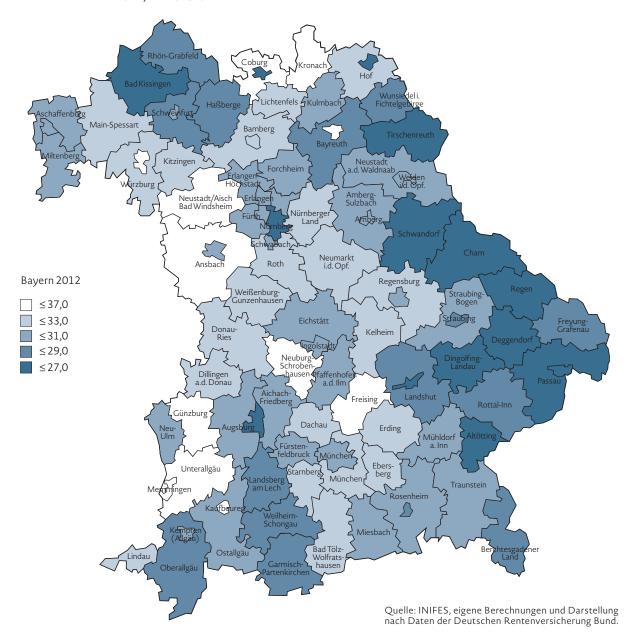
Nach den Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund waren nur 30,0% der Bezieher, die im Jahr 2012 eine neuen Versichertenrente in Bayern bezogen, noch am Jahresende der Vorjahre 2011 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis tätig gewesen (29,4% der Männer und 30,6% der Frauen).

Weitere 13,4% waren z.B. in Altersteilzeit (meist in geblockter Form)²¹, 12% waren Leistungsbezieher

nach dem SGB III oder SGB II, 25,4% latent Versicherte²².

Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Der Anteil der am Ende des Vorjahres vor dem Renteneintritt in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis tätigen Neurentner 2012 schwankt beispielsweise nach Regierungsbezirken zwischen 27,4% und 30,6%.

Darstellung 2.58: Anteil der Neurenten, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis am Jahresende des Vorjahres heraus erfolgten, in den bayerischen Stadt- und Landkreisen 2012, in Prozent



²¹ Dabei streuen die kreisspezifischen Werte z.B. zwischen 7,2% im Landkreis Freyung-Grafenau und 26,2% im Landkreis Schweinfurt.

²² Neben solchen Fällen stehen noch weitere sogenannte latent Versicherte, die vor dem Renteneintritt bereits länger nicht in einem sozialversicherten Beschäftigungsverhältnis standen (z.B. als Selbstständige, Beamte, Hausfrau/-mann), aber Rentenansprüche aus einem früheren Beschäftigungsverhältnis haben.

Bestandsrenten nach Rentenarten: Zahlbeträge 2000 bis 2012 - Bayern im Vergleich

Bestandsrenten sind Renten, die bereits mindestens seit dem Vorjahr bezogen werden. Bis Veränderungen bei den neuen Versichertenrenten sich auf den Rentenbestand auswirken, vergeht eine längere Zeit. Bei den Bestandsrenten ist zwischen den Versichertenrenten

- wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
- wegen Alters und
- wegen Todes (sogenannte abgeleitete oder Hinterbliebenenrenten) zu unterscheiden.

Zusammen ergeben sie die Bestandsrenten insgesamt.

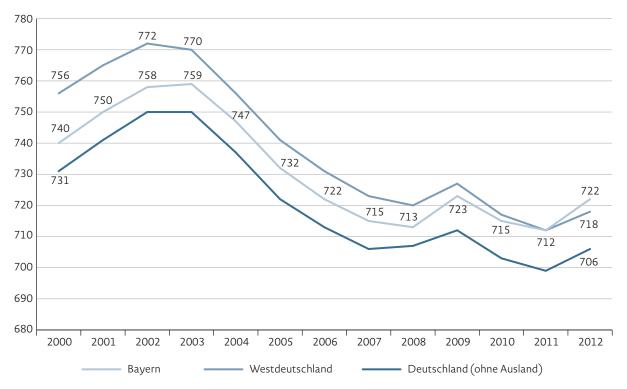
Die nachfolgenden Darstellungen zeigen die nominale (nicht um Inflation bereinigte) und dazu im Vergleich die reale (um die Geldentwertung bereinigte) Entwicklung der Zahlbeträge der Bestandsrenten 2000 bis 2012. Nominal veränderten sich die verschiedenen Bestandsrenten im Zeitraum 2000–2012 um –5% bis +12%. Im gleichen Zeitraum 2000–2012 betrug die Geldentwertung in Deutschland 21% und in Bayern 24% Damit bedeuteten die nominalen Entwicklungen reale Veränderungen von –7% bis –21% bei einem realen Wirtschaftswachstum von 19% je Einwohner. Die Renten (jeweils pro Monat)

- wegen verminderter Erwerbsfähigkeit betrugen nominal im Jahr 2000 in Bayern 740 Euro, im Jahr 2012 722 Euro. Real entsprach dies einem Wert (in Preisen des Jahres 2012) von 888 Euro im Jahr 2000 und 722 Euro im Jahr 2012.
- wegen Alters betrugen nominal im Jahr 2000 in Bayern 667 Euro, im Jahr 2012 749 Euro. Real entsprach dies einem Wert (in Preisen des Jahres 2012) von 888 Euro im Jahr 2000 und 722 Euro im Jahr 2012.
- wegen Todes betrugen nominal im Jahr 2000 in Bayern 471 Euro, im Jahr 2012 512 Euro. Real entsprach dies einem Wert (in Preisen des Jahres 2012) von 566 Euro im Jahr 2000 und 512 Euro im Jahr 2012.

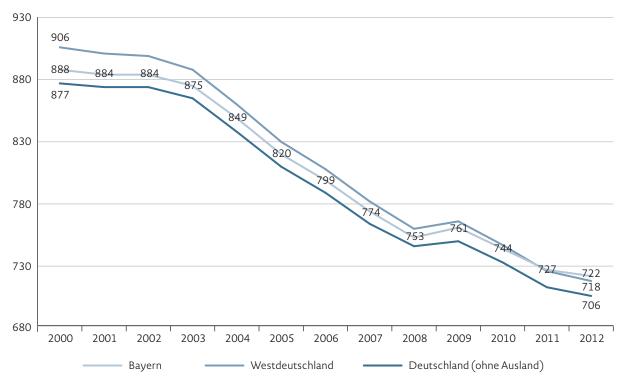
In früheren Jahren hatte Bayern bei allen Rentenarten einen Rückstand gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt. Im Jahr 2012 waren aber erstmals die Rentenzahlbeträge bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Bayern etwas höher als in Westdeutschland.

Darstellung 2.59: Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit im Rentenbestand in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012, in Euro pro Monat





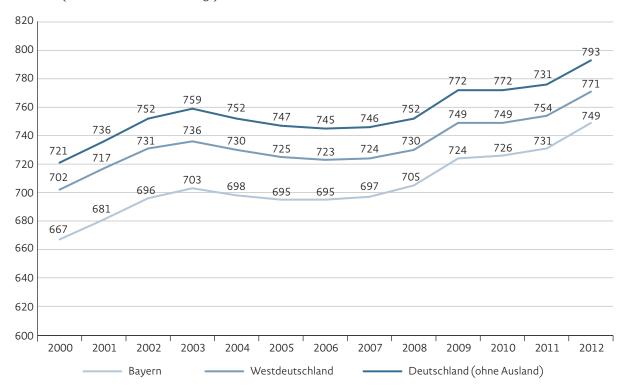
Real (inflationsbereinigte Werte, bezogen auf das Preisniveau im Jahr 2012)



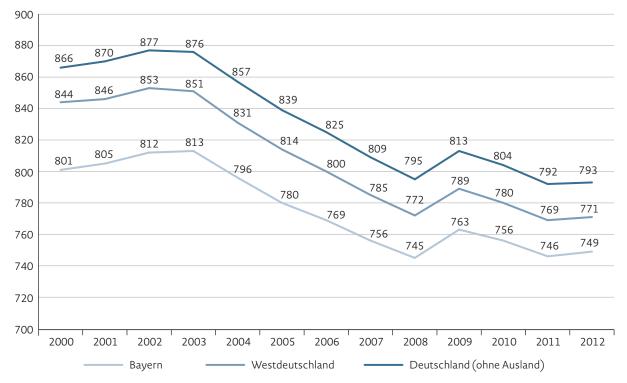
Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach INIFES und Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Darstellung 2.60: Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Alters im Rentenbestand in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012, in Euro pro Monat

Nominal (nicht um Inflation bereinigt)



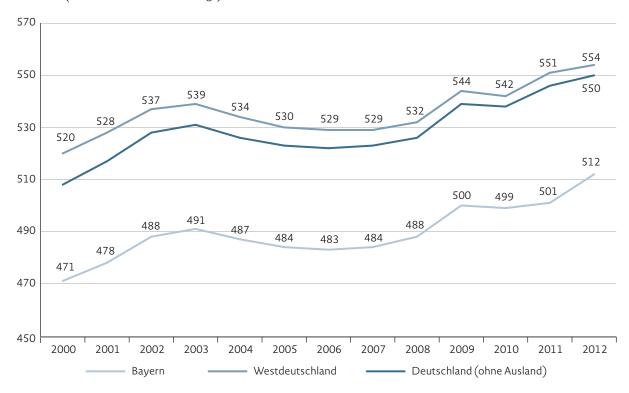
Real (inflationsbereinigte Werte, bezogen auf das Preisniveau im Jahr 2012)



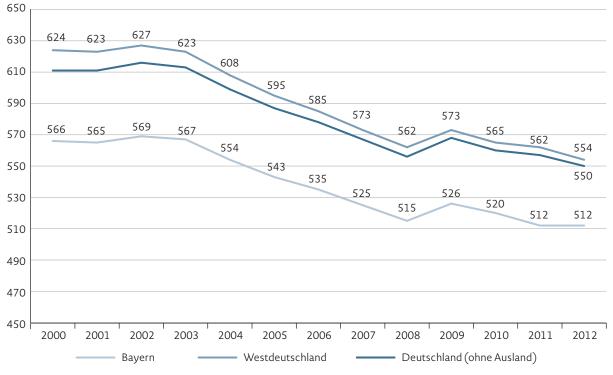
Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach INIFES und Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Darstellung 2.61: Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Todes in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012, in Euro pro Monat

Nominal (nicht um Inflation bereinigt)



Real (inflationsbereinigte Werte, bezogen auf das Preisniveau im Jahr 2012)



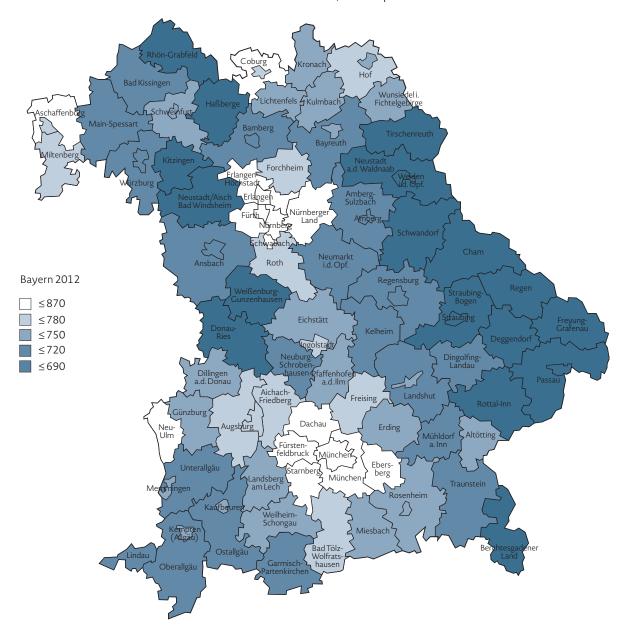
Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach INIFES und Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Bestandsrenten regional differenziert

Wie nachfolgender Darstellung zu entnehmen ist, haben die Großstadtregionen München und Nürnberg/Fürth/Erlangen/Schwabach (jeweils kreisfreie Städte und umliegende Landkreise) sowie die Landkreise Aschaffenburg, Coburg und Neu-Ulm die höchsten

durchschnittlichen Versichertenrenten im Rentenbestand. Die Kreise mit den niedrigsten durchschnittlichen Zahlbeträgen liegen dagegen alle im Osten und Südosten des Freistaates.

Darstellung 2.62: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenbestand in den bayerischen kreisfreien Städten und Landkreisen 2012, in Euro pro Monat



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Schichtung der Rentenzahlbeträge: Die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Renten nimmt zu

Die Schichtung der Rentenzahlbeträge wird nachfolgend in sogenannten Dezilen dargestellt. Dabei wird betrachtet, wie hoch der monatliche Zahlbetrag z.B. der geringsten 10% (bzw. von 10% bis 20%, von 20% bis 30% usw.) der jeweiligen Renten in einer bestimmten Region und Gruppe maximal ausfällt. Es werden also die Dezilobergrenzen betrachtet²³.

Die Darstellungen 2.63 und 2.64 zeigen die Schichtung der Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. der neuen Versichertenrenten wegen Alters im Jahr 2012.

Neue EM-Renten: Die geringsten 10% der EM-Renten an Männer in Bayern haben einen Zahlbetrag von maximal 231 Euro. Bei 50% liegt der Zahlbetrag unterhalb von 663 Euro. Bei den EM-Renten an Frauen lauten die entsprechenden Werte 228 bzw. 600 Euro. Der Geschlechterunterschied nimmt bei den höheren Werten (Dezilen) zu. Durchgängig liegen bei beiden Geschlechtern die Werte in Bayern etwas höher als im westdeutschen Durchschnitt. Das ist auch Ausdruck der überdurchschnittlichen Wirtschaftslage im Freistaat in der jüngeren Vergangenheit.

Darstellung 2.63: Schichtung der Zahlbeträge der neuen Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit* nach Geschlecht in Bayern und Westdeutschland 2012, Dezilobergrenzen, in Euro pro Monat

Dil-	Вау	ern	Westdeutschland			
Dezile	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
9	1.117	938	1.107	930		
8	968	819	956	808		
7	857	733	837	725		
6	752	672	733	654		
5	663	600	649	576		
4	559	515	550	496		
3	468	426	455	411		
2	372	336	352	323		
1	231	228	215	208		

^{*} Renten nach SGB VI und Art. 2 RÜG.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Neue Altersrenten: Bei den neuen Renten wegen Alters liegen die Zahlbeträge bzw. Dezilobergrenzen bei den Männern in Bayern durchgängig niedriger als in Westdeutschland. Bei den Frauen liegen die Dezilobergrenzen in Bayern bis zum 7. Dezil über und ab dem 8. Dezil unter dem Wert für Westdeutschland. Die Zahlbeträge der Männer liegen hingegen durchgängig unter den Werten für Westdeutschland. Dies ist vor allem auf die bis in die 1970er Jahre eher ländlich-agrarisch geprägte Struktur Bayerns zurückzuführen. Auch ein höherer Selbstständigenanteil und ein Lohnrückstand vor allem im unteren Bereich spielen eine Rolle.

Darstellung 2.64: Schichtung der Zahlbeträge der neuen Altersrenten* nach Geschlecht in Bayern und Westdeutschland 2012, Dezilobergrenzen, in Euro pro Monat

Dezile	Вау	ern	Westdeutschland		
Dezile	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
9	1.626	1.035	1.659	1.047	
8	1.408	821	1.453	826	
7	1.254 681		1.302	676	
6	1.133	556	1.178	547	
5	1.003	435	1.043	431	
4	836	330	873	327	
3	613	243	656	242	
2	383	179	421	176	
1	173	119	193	116	

^{*} Renten nach SGB VI und Art. 2 RÜG.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

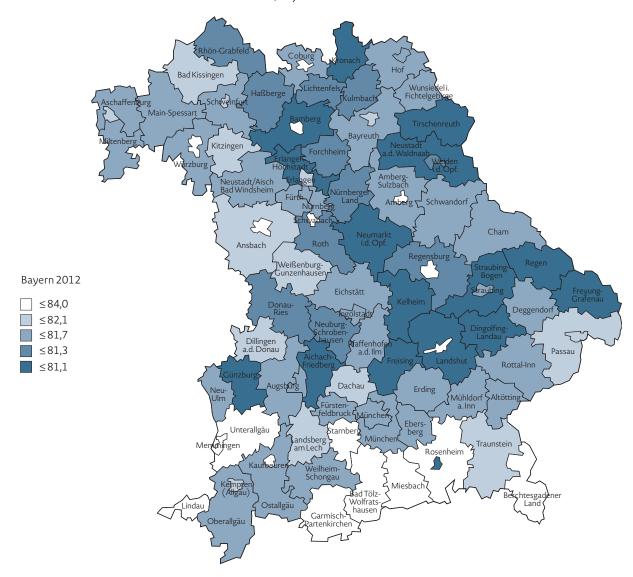
²³ Die Höhe der individuell erworbenen Rentenansprüche hängt (vereinfacht ausgedrückt und von Besonderheiten v.a. Erziehungszeiten, Abschläge etc. abgesehen), vor allem von der Art der Rente (Altersrente oder Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit), der Dauer der Beitragszahlungen und der relativen Höhe der erzielten eigenen Einkommen zu den Durchschnittseinkommen aller Versicherten (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) ab. Im Kern gilt eine Äquivalenz zwischen Beiträgen und Rentenanspruch. Niedrige Renten lassen also nicht nur auf geringe frühere Einkommen schließen. Sie können auch aus relativ kurzen Zeiten der Beitragszahlung aus versicherter Erwerbstätigkeit, z.B. aufgrund eines Wechsels in eine Selbständigkeit oder in den Beamtenstatus, resultieren – mit einer dann anderen Alterssicherung.

Wegfallsalter wegen Todes von Altersrenten und Rentenbezugsdauer – in Bayern etwas höheres Wegfallsalter, aber gleiche Bezugsdauer wie in Deutschland

Durchschnittliches Wegfallsalter wegen Todes von Altersrenten²⁴:

- ▶ Dieses steigt, demografisch bedingt, in Deutschland seit langem an. In Deutschland insgesamt lag das durchschnittliche Rentenwegfallsalter der Rentenberechtigten von Altersrenten bei 81,2 Jahren (Männer: 78,8 Jahre; Frauen: 83,4 Jahre; Alte Bundesländer insgesamt: 81,2 Jahre; Männer: 78,9 Jahre; Frauen: 83,4 Jahre). In Bayern lag das Durchschnittsalter mit 81,6 Jahren rund 0,4 Altersjahre höher (Männer: 79,1 Jahre; Frauen: 83,8 Jahre).
- In der Differenzierung nach Regierungsbezirken und Geschlecht zeigen sich nur relativ geringe Unterschiede beim Rentenwegfallsalter wegen Todes. Bei den Männern verzeichnet Unterfranken mit 79,6 Jahren den höchsten und Niederbayern sowie die Oberpfalz mit je 78,8 Jahren den geringsten Wert. Bei den Frauen lautet der höchste Wert 83,9 Jahre (Oberpfalz), der geringste 83,5 Jahre (Oberfranken). Größere Unterschiede ergeben sich in der kleinräumigen Differenzierung auf der Kreisebene.

Darstellung 2.65: Durchschnittliches Wegfallsalter wegen Todes von Altersrenten in den bayerischen Stadt- und Landkreisen 2012, in Jahren



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

 $^{^{24}}$ Auf das Wegfallsalter von EM-Renten und Hinterbliebenenrenten wird hier nicht eingegangen.

Rentenbezugsdauer:

Insgesamt ist die Rentenbezugsdauer in Bayern bei Männern etwas höher als im Bundesgebiet (18,4 versus 18,1 Jahre); bei den Frauen ist sie geringfügig kürzer.

Die Streuung der durchschnittlichen Bezugsdauer der 2012 beendeten Altersrenten lag maximal knapp

über einem Jahr. Mit 19,0 Jahren war die Rentenbezugsdauer bei den Männern in Unterfranken am längsten und mit 17,9 Jahren in Oberbayern am kürzesten. Dagegen war die Rentenbezugsdauer bei den Frauen in Mittelfranken mit 23,2 Jahren am höchsten und mit 21,7 Jahren in Unterfranken am kürzesten (vgl. Darstellung 2.66).

Darstellung 2.66: Durchschnittliche Rentenbezugsdauer der Rentenwegfälle wegen Todes von Altersrenten in Bayern, Deutschland und den bayerischen Regierungsbezirken 2012, in Jahren und Prozent

	Bezu	ıgsdauer in Ja	hren	Veränderun	g 2000–2012	2 in Prozent
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Bayern	20,5	18,4	22,5	12,2	12,6	11,5
Deutschland	20,5	18,1	22,6	15,9	19,2	13,4
Westdeutschland	20,3	18,4	22,1	16,4	16,9	15,4
Oberbayern	20,3	17,9	22,4	10,9	10,7	10,9
Niederbayern	20,4	18,5	22,0	13,2	13,2	11,5
Oberpfalz	20,7	18,7	22,3	15,1	12,6	15,9
Oberfranken	21,1	18,9	23,1	13,4	16,6	11,1
Mittelfranken	21,0	18,4	23,2	10,5	11,2	10,5
Unterfranken	20,5	19,0	21,7	17,7	16,9	17,0
Schwaben	20,4	18,1	22,4	10,6	11,8	9,5

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Gesamtzahlbeträge nach Rentnerstatus

Im Gegensatz zu den bisherigen Analysen stellt die Betrachtung von Rentenzahlbeträgen nach dem Rentnerstatus, der sogenannte (Post-)Rentenzahlbestand, nicht auf die einzelnen Renten, sondern auf die einzelnen Rentenbezieher ab. Denn neben dem Bezug einer (eigenen) Versicherten- oder Hinterbliebenenrente beziehen rund 29% der Rentenbezieherinnen und -bezieher eine weitere (Hinterbliebenen-) Rente. Dieser mögliche Mehrfachbezug von gesetzlichen Renten wird hier mit berücksichtigt. Im Rentenbestand 2012 waren 541 Tsd. der 2,71 Mio. Rentenbezieherinnen und -bezieher solche mit Mehrfachrentenbezug²⁵. Fast alle davon bezogen Renten in der Kombination (eigene) Versichertenrente plus Witwen-/Witwerrente.²⁶

Darstellung 2.67 zeigt die durchschnittlichen Zahlbeträge beim Einzelrentenbezug ebenso wie beim Bezug einer zusätzlichen Hinterbliebenenrente. Die durchschnittlichen Zahlbeträge liegen in Bayern jeweils unter denen im Bundesdurchschnitt, insgesamt liegt der Gesamtzahlbetrag in Bayern im Schnitt um 53 Euro unter dem Bundeswert. Nur Rheinland-Pfalz verzeichnete 2012 einen noch geringeren Wert (831 Euro) als der Freistaat. Mit 781 Euro liegen in Bayern die Einkommen von Einzelrentenbezieher/-innen um 305 Euro unter dem durchschnittlichen Zahlbetrag von Mehrfachrentenbezieher/-innen.

Darstellung 2.67: Durchschnittliche Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten nach Rentnerstatus und Geschlecht in Bayern und Deutschland 2012, in Euro pro Monat

		Ein	zelrentnerInr	nen		Mehrfachre	ntnerInnen	
	Alle		daru	inter		Darunter Kombi von Versicherten- und Witwer-/Witwenrenten		
	RentnerIn- nen insge-	Insgesamt		Witwen-/	Insgesamt		dav	on/on
	samt		Versicher- tenrente Witwer- renten In		Insgesamt	Versicher- tenrente	Witwen-/ Witwer- rente	
Bayern	842	781	802	479	1.086	1.086	541	546
davon:								
Männer	1.014	1.002	1.011	263	1.223	1.223	984	239
Frauen	719	566	575	499	1.069	1.069	484	585
Bundesgebiet insgesamt	895	824	844	522	1.163	1.164	578	586

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund 2010.

Der Unterschied zwischen den Durchschnittszahlbeträgen bei Einfach- und Mehrfachrentenbezug ist erwartungsgemäß bei Frauen erheblich höher (502 Euro) als bei Männern (221 Euro), was die besondere Bedeutung der Hinterbliebenenrenten für Frauen belegt. Dabei beziehen weibliche Mehrfachrentenbezieherinnen einen um 154 Euro geringeren Gesamtzahlbetrag als männliche Mehrfachrentenbezieher.

Der Darstellung W40 im Materialienband ist zu entnehmen, dass die regionale Spannweite der durchschnittlichen Gesamtzahlbeträge 2012 zwischen 881 Euro in Mittelfranken und 766 Euro in Niederbayern bzw. 778 Euro in der Oberpfalz weit streut – wobei natürlich noch die regionalen Kaufkraftunterschiede zu berücksichtigen sind. Von keinem Regierungsbezirk wird aber der deutsche Durchschnittswert erreicht.

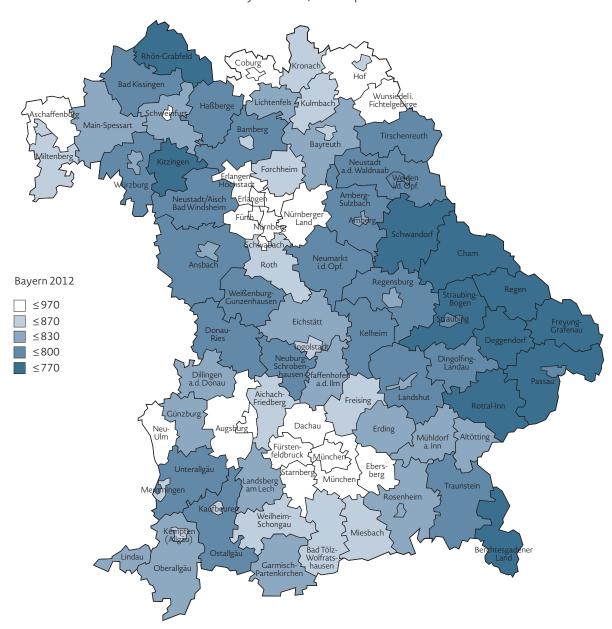
 $^{^{25}\} Ohne\ Knappschaftsausgleichsleistungen, reine\ Kindererziehungsleistungen\ und\ ohne\ Nullrenten.$

²⁶ Bezieher/-innen von zwei Hinterbliebenenrenten (im Fall einer zusätzlichen wiederauflebenden Witwenrente nach dem vorletzten Ehegatten) sind eine seltene Ausnahme.

In allen Regierungsbezirken und für beide Geschlechter sind die nominalen Gesamtzahlbeträge zwischen 2004 und 2012 angestiegen (vgl. Darstellung W41 im Materialienband), durchgängig aber real gesunken, da die Steigerungen schwächer als die Preissteigerungsraten in diesem Zeitraum ausgefallen sind. In einem gewissen Maß haben sich dabei die regionalen und geschlechterbezogenen Disparitäten vermindert. Die Zuwachsraten fielen bei Frauen höher aus als bei Männern (8,1 versus 4,7 %) und in Mittelfranken bzw. Oberbayern geringer als in Niederbayern und auch der Oberpfalz.

Auf der Ebene der Stadt- und Landkreise finden sich die Kreise mit den höchsten Gesamtzahlbeträgen insgesamt vor allem in den Metropolregionen München und Nürnberg. Daneben gibt es aber auch in einigen nordbayerischen Kreisen und im Kreis Neu-Ulm hohe durchschnittliche Gesamtzahlbeträge. Die geringsten Werte erzielen die ostbayerischen Landkreise (vgl. Darstellung 2.68).

Darstellung 2.68: Durchschnittliche Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten nach Rentnerstatus in den Stadt- und Landkreisen Bayerns 2012, in Euro pro Monat



 $\label{eq:Quelle:INIFES} Quelle: INIFES, eigene \ Darstellung \ nach \ Daten \ der \ Deutschen \ Rentenversicherung \ Bund.$

3. Arbeitsmarkt

3.0 ÜBERBLICK

Der Arbeitsmarkt in Bayern - ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Derzeit bester Arbeitsmarkt in Deutschland:

Bayern verzeichnet seit 2009 die geringste Arbeitslosenquote sowie seit 2008 die höchste Erwerbstätigenquote aller Bundesländer und ist damit auch 2012 am Arbeitsmarkt in Deutschland die Nummer 1. Das Ziel der Vollbeschäftigung – nach einer derzeitigen definitorischen Festlegung bei einer Arbeitslosenquote unter 3% – ist in vielen Regionen in Bayern erreicht. Die Bekämpfung struktureller Langzeitarbeitslosigkeit, die Arbeitsmarktchancen gering Qualifizierter und Älterer, die Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnbereich sowie ein in Teilbereichen möglicher Fachkräftemangel sind die größten Herausforderungen.

Bayern konnte dank gutem Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt einen Anstieg des Arbeitsvolumens (Gesamtheit aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) verzeichnen. Dieses stieg von 2000 bis 2012 in Bayern um 3,7 % auf 9,70 Milliarden Arbeitsstunden und damit ein Rekordniveau, in Deutschland um 0,3 %. Bayern verzeichnete damit den größten Zuwachs von allen Flächenländern.

Die Erwerbstätigkeit hat dabei kräftig zugenommen: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Bayern im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 9,3% (Deutschland: 5,7%) auf 6,95 Millionen und erreichte das bislang höchste Niveau. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im gleichen Zeitraum real (inflationsbereinigt) um 22,9% (Deutschland: 14,2%).

Höchste Erwerbstätigenquote: Die Erwerbstätigenquote ist in Bayern mit rund 76,2 % die höchste unter den Bundesländern (Deutschland: 72,6 %, jeweils 2012). Die relativ niedrige bzw. geringste Arbeitslosenquote unter den Bundesländern von 3,7 % in 2012 ist nicht auf eine niedrige Erwerbstätigkeit zurückzuführen: Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich z.B., dass mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 70,8 % Bayern an dritter Stelle im

Ländervergleich steht und deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt (67,8%).

Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Bayern erhöhte sich allein im Zeitraum 2000 bis 2012 von 62,3 % auf 70,8 % um über 8 Prozentpunkte, bei den Männern kam es zu einem Anstieg von 78,5 % im Jahre 2000 auf 81,6 %. Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen ist in Bayern mit 63,4 % höher als im Bundesgebiet (61,2 %) und erheblich höher als die durchschnittliche Quote von 48,9 % in der Europäischen Union (EU-27).

Steigende sozialversicherungspflichtige Beschäfti-

gung: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag zum Stichtag 30.06.2012 bei 4,83 Mio. Personen. Dies stellt einen neuen Höchststand für Bayern seit 1974 dar. Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2012 in Bayern um 10,6% zu. Bayern konnte im Vorjahresvergleich zum Jahresende 2012 ein deutliches Plus von 95.600 Beschäftigten verzeichnen. In allen Regierungsbezirken nahm die Beschäftigung von 2000–2012 zu, wobei sich Unterschiede zeigen. Dabei ist – wie bei der Arbeitslosigkeit – ein Gefälle hin zu den ehemaligen Grenzlandregionen Nordbayerns zu beobachten, nicht aber ein Süd-Nord-Gefälle, wie bisweilen angenommen wird.

Ausreichendes allgemeines Erwerbspersonen-

potential: Aufgrund des Erwerbspersonenpotentials ist in Bayern eine Limitierung des allgemeinen Wirtschaftswachstums pro Kopf bis in die Jahre nach 2020 derzeit nicht zu prognostizieren (in einzelnen Segmenten gab und gibt es im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels immer wieder Arbeitskräftemangel wie auch Überkapazitäten), wenn es gelingt, bis 2030 – ausgehend von 2012 – nach und nach

 die Erwerbstätigenquote nochmals um 4 Prozentpunkte zu steigern,

- die durchschnittliche Teilzeitarbeits-Wochenstundenzahl von derzeit rund 15 auf 19 Stunden anzuheben,
- eine Produktivitätssteigerung je Erwerbstätigenstunde von +1,4% pro Jahr zu realisieren,
- sowie den sogenannten Mismatch am Arbeitsmarkt (fehlende Übereinstimmung zwischen beruflicher Ausbildung und nachgefragter Qualifikation) nicht weiter zunehmen zu lassen.

Atypische Beschäftigung: Zwei Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtige, unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Atypische Beschäftigungsformen (Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leih-/Zeitarbeit) sind in Bayern weniger vorhanden als im Bundesgebiet, stellen aber einen zunehmenden Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten dar. Der Anteil von Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen hat sich zwischen 2001 und 2012 mit zyklischen Schwankungen in Bayern von rund 24 auf 37 % erhöht, in West- wie Gesamtdeutschland von 26 auf 39%. Teilzeitbeschäftigung inklusive geringfügiger Beschäftigung hat einen Anteil von 29% erreicht, rund 7% der Arbeitsverhältnisse waren befristet. Der Anteil der Leih-/Zeitarbeit an allen Beschäftigten betrug im Jahr 2012 bayernweit lediglich rund 1%.

Gründe der steigenden Teilzeiterwerbstätigkeit:

Hauptgrund einer Teilzeiterwerbstätigkeit war (2009) mit 42 % der bayerischen Befragten die Betreuung von Kindern oder anderen Personen. 20 % äußerten den Wunsch, keine Vollzeiterwerbstätigkeit ausüben zu wollen. 8 % der befragten Personen hatten das Gefühl, durch die geleisteten Arbeitsstunden (was auch andere Tätigkeiten als Erwerbsarbeit einschließt) voll ausgelastet zu sein und ein geringer Anteil von 7 % (Westdeutschland: 12 %) nannte als Hauptgrund, keine Vollzeitstelle zu finden.

Befristet Beschäftigte (2010: 6%) waren vor allem im Dienstleistungssektor (10%) und in größeren Betrieben anzutreffen. 59% der befristet Beschäftigten sind Frauen.

Betriebe mit Tarifvertrag: In Bayern ist die Anzahl der Betriebe mit Tarifvertrag in den Jahren 2001 bis 2012 von 50% auf 32% deutlich gesunken. Ebenso ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag zwischen 2001 und 2012 von 70% auf 57% erheblich zurückgegangen.

Die "Kurzarbeiterquote" nach § 170 SGB III (Zahl der kurzarbeitenden Personen bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) ist in Bayern gegenüber ihrem Höchststand im Mai 2009 bis Dezember 2012 um nahezu 96% zurückgegangen. Im Dezember 2012 lag sie in Bayern wie auch bundesweit bei 0,3%.

Offene Stellen im Vergleich zum Personalbestand: Mitte 2012 waren 13 % der für sofort zu besetzenden Stellen (Vakanzen) im Freistaat solche für Hochqualifizierte (2006: 27 %). In den Belegschaften machten die Hochqualifizierten 2012 18 % aus. Die Suche nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten lag bei 19 % (Anteil an Beschäftigten 2012: 24 %).

Bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote: Bayern hatte 2012 mit einer Quote von 3,7 % die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 6,8 %, Westdeutschland: 6,4 %, jeweils berechnet auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen). Auch für 2013 sind die Perspektiven hervorragend. Die Arbeitslosenquote in Bayern liegt seit mehr als 10 Jahren weitgehend stabil um rund 2 Prozentpunkte unter dem westdeutschen und zuletzt rund 3 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Die Arbeitslosenquoten lagen im Jahr 2012 in Bayern und bundesweit deutlich unter jenen z.B. des Jahres 2000 und erheblich unter den Quoten des Jahres 2005. Mit einem Rückgang in Bayern bis 2012 um 4,1 Prozentpunkte seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote mehr als halbiert.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle diese Gruppen einen ähnlichen Verlauf. Von dem Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten ab dem Jahr 2002 kontinuierlich bis zum Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008. Im Krisenjahr 2009 stiegen die Quoten dieser Personengruppen – mit Ausnahme der der Ausländer – vorübergehend an. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung sanken sie wieder und lagen im Jahr 2012 jeweils deutlich unter den Ausgangswerten des Jahres 2000 bzw. insbesondere 2005. Besonders deutlich bzw. erfreulich ist der Rückgang der Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen auf 3,0% in 2011 und 2012 und damit auf beinahe ein Drittel des Wertes von 2005 (8,6%).

Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 3,7 % in 2012 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten zwischen 1,2 % im Landkreis Eichstätt und 7,7 % in Nürnberg. Bayern hat weniger ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, als vielmehr nach wie vor erhöhte – wenngleich im bundesdeutschen Vergleich noch relativ geringe – Arbeitslosenquoten in den ehemaligen Grenzlandregionen Nordostbayerns sowie (sogar noch deutlicher ausgeprägt) in den kreisfreien Städten (Land-Stadt-Gefälle). Dieses Land-Stadt-Gefälle zeigt sich z.B. auch bei der Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen.

Langzeitarbeitslose: Bayern weist 2012 mit einem Anteil von 25,3 % Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Bundesländervergleich den niedrigsten Anteil auf. Bundesweit war mehr als ein Drittel (35,6 %) der Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos.

Schwerbehinderte: Im Zeitraum von 2000 bis 2012 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,8% zunächst bis 2005 vermindert, 2012 lag der Anteil mit 9,0% wieder deutlich höher als im Jahr 2000.

Personen ohne Migrationshintergrund hatten 2011 eine um rund 3 Prozentpunkte niedrigere Erwerbslosenquote (2,8%, berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen mit Migrationshintergrund (5,8%).

Struktur der Erwerbslosenquote: Keinen beruflichen Abschluss zu haben erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,6-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit auf 3 % und lag für Personen mit einem Meister-, Technikerund Fachschulabschluss bei 1,6 %, sowie mit (Fach-) Hochschulabschluss bei 1,8 % (Daten für 2011, Ergebnisse des Mikrozensus).

Dauer der Arbeitslosigkeit (2012): Je älter Arbeitslose sind, umso länger dauert ihre Arbeitslosigkeit. Während unter den bayerischen Arbeitslosen unter 25 Jahren 3,4% im Jahr 2012 (September) über ein Jahr arbeitslos waren (2009: 2,0%), waren es bei den 55- bis 64-Jährigen in 2012 42,1% (2007: 58,4%; 2008: 39,6%).

Es zeigt sich, dass bei Arbeitslosen mit geringerem Berufsabschluss und vor allem bei denjenigen ohne Berufsabschluss ein wesentlich höherer Anteil langzeitarbeitslos ist als unter den Arbeitslosen mit höherem formalem Bildungsstand. Bei Personen mit akademischer Ausbildung (Universitäts- und Fachhochschulabsolventen) war der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen mit 18,5 % erheblich geringer als bei Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (31,5 %).

Ausbildungsstellenmarkt: 2012 hatte Bayern eine hervorragende Ausbildungsstellenbilanz. Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hatte sich 2012 bayernweit deutlich verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen war günstiger als im Vorjahr: In 2012 ergab sich in Bayern nach 2011 erneut rechnerisch eine im landesweiten Durchschnitt positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als gezählten Bewerbern, wobei auch der sehr starke jährliche Rückgang der Zahl der Bewerber mit ursächlich war. Auch bundesweit waren erheblich mehr Bewerber gemeldet (rund 560.000) als Ausbildungsstellen (517.000).

In Bayern war der Anteil der Ende September 2012 unversorgten Bewerber bei Männern (0,8%) wie Frauen (0,9%) in etwa gleich hoch. Bei Ausländern betrug dieser Anteil 1,3%. Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss war der Anteil unversorgter Bewerber ohne Hauptschulabschluss mit 6,8% am höchsten (bei Bewerbern mit Abitur: 1,7%), am niedrigsten hingegen bei Ausbildungsstellensuchenden

mit Realschulabschluss (0,5%) und Fachhochschulreife (0,8%).

Zusammen mit den geförderten Ausbildungen (6,4%) nahmen 7 von 10 Bewerbern eine Berufsausbildung auf. Bei den Männern war der Anteil der in eine Ausbildung einmündenden Bewerber höher als bei den Frauen, bei Deutschen erheblich höher als bei Ausländern (bei Letzteren ist im Vergleich der Anteil der geförderten Berufsausbildungsplätze höher).

Wertet man die 12 Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Auszubildendenanteilen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern zum Stichtag 30.06.2013 aus, entfielen die höchsten Anteile auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (9,5%) und Baugewerbe (8,2%) sowie Handel bzw. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (6,9%), bei einem Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftsbereiche von 5,0% in Bayern.

Gründe für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit: Gemäß den Angaben der Nichterwerbstätigen im Rahmen des Mikrozensus war der Hauptgrund für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit in Bayern im Jahr 2012 bei rund 62% aller Personen ab 15 Jahren der Eintritt in den Ruhestand, gefolgt von der Übernahme persönlicher und familiärer Pflichten. Erwartungsgemäß wechselt der Hauptgrund mit dem Alter bzw. dem Lebensabschnitt der betroffenen Personen.

3.1 DEFINITION, INDIKATOREN

Definitionen und Indikatoren zur Erwerbsarbeit

Dimensionen der Erwerbsarbeit

Arbeit umfasst all jene Tätigkeiten, die nicht unmittelbar auf eine eigene Interessenbefriedigung angelegt sind (wie z.B. ein Hobby, Essen, Trinken usw.), deren Zweck es also ist, Vorleistungen für eine Interessenbefriedigung zu erbringen. Arbeit kann damit sowohl Erwerbsarbeit wie auch z.B. die Familien-, Betreuungs-, Haushalts- und Pflegearbeit und manche ehrenamtliche Tätigkeit sein, da auch diese in ihrer Zweckhaftigkeit nicht unmittelbar und vorrangig immer der eigenen Interessenbefriedigung dienen. Das zusätzliche Kriterium der Entgeltlichkeit ist für den Arbeitsbegriff nicht notwendig, wohl aber für den der Erwerbsarbeit. Und nur um diese geht es nachfolgend.

Erwerbsarbeit hat für die meisten Menschen eine entscheidende Bedeutung für ihre Sinnerfüllung und Lebenszufriedenheit. Die Erwerbsarbeit bestimmt oft auch das Maß und die Qualität der sozialen Kontakte, Anerkennung, Ansehen, Gestaltungs- und Erlebensmöglichkeiten. Die Qualität der Arbeit ist damit auch entscheidend für Gesundheit, Lebensfreude, Lebensqualität und Sinnhaftigkeit. Indikatoren wie z.B. das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität, die Arbeitslosenquote oder die Erwerbsquote können davon nur einen Teil abbilden. Die Qualität der Arbeit ist neben dem Zweck der Einkommenserzielung deshalb zu einer wichtigen Perspektive in der Sozialberichterstattung geworden. Weitgehend übereinstimmend werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur folgende Dimensionen der Qualität einer Arbeit unterschieden:

- ► Einkommen: Höhe und Kontinuität des Verdienstes, z.B. Niedriglohn und Abhängigkeit von staatlicher Grundsicherung trotz z.B. Erwerbs-, Familienoder Pflegetätigkeit, betriebliche Altersvorsorge, bezahlter Urlaub usw.
- Arbeitssicherheit (gesundheitliche, sowohl physische als auch psychische Belastungen) und ethische Aspekte von Erwerbstätigkeit (z.B. gleiche Achtung unterschiedlicher Personengruppen, auch Leistungsschwächerer).
- Arbeitszeit: Umfang und Bestimmbarkeit der Arbeitszeit z. B. im Hinblick auf Familie und Pflege u.a. als Voraussetzung für Gleichstellung, Flexibilität von Arbeitszeit, Schicht-, Nacht-, Wochenend-

- arbeit, gemeinsame Familienzeit, Ausgleich beruflicher und privater Belange.
- Beschäftigungssicherheit und soziale Sicherung als entscheidende Basis für Planbarkeit, Familiengründung, Zukunftsinvestitionen, für Zufriedenheit und weniger psychische Belastungen; verlässliche und hinreichende Einkommen und Versorgung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter, bei Erwerbsminderung und -unfähigkeit, bei Familien insbesondere bei Scheidung oder (Teil-)Ausfall eines Erwerbstätigen.
- Arbeitsbeziehungen: Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das sind nicht nur Tarifverträge und Öffnungsklauseln, sondern z.B. auch reale Mitbestimmung und Zusammenarbeit, Vereinbarungen zu den konkreten Arbeitsbedingungen (z.B. Videoüberwachung), Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf Betriebs- und Branchenebene, Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen sowie Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung.
- Qualifikation und Weiterbildung: Weiterbildungschancen um bessere Arbeit zu finden (mehr Arbeitszufriedenheit) oder einen Arbeitsplatz zu sichern.
- Zusammenarbeit und Motivation: Das Miteinander in der Arbeit als wesentliches Element der Arbeitsqualität, offene Kommunikation, keine Diskriminierung oder Belästigung, selbstbestimmte Tätigkeiten.

Arbeitslose, Arbeitslosenquote (Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

Im Gegensatz zu Erwerbslosen bzw. der Erwerbslosenquote (ermittelt im Mikrozensus, vgl. unten) wird die Zahl der Arbeitslosen bzw. die Arbeitslosenquote aus den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt. Dies bedeutet: Wer bei der BA oder einer Arge/Jobcenter nicht arbeitslos gemeldet ist, gilt auch nicht als arbeitslos.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen.

Atypische Beschäftigung

Im Gegensatz zur Normalarbeit und teils zur prekären Beschäftigung (vgl. unten) liegt eine atypische Beschäftigung dann vor, wenn mindestens ein Kriterium der Normalarbeit nicht erfüllt ist, insbesondere bei

- befristeter Beschäftigung,
- geringfügiger Beschäftigung (Mini- sowie Midi-Jobs, unabhängig von der Stundenzahl),
- ► Teilzeitarbeit (max. 20 Std. pro Woche),
- Leih-/Zeitarbeit, Arbeitnehmerüberlassung¹.

Atypische Beschäftigung - Messprobleme

Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind statistisch nicht immer eindeutig zu erfassen. So gibt es zu fast jeder Form dieser Beschäftigungsverhältnisse unterschiedliche Datenquellen. Soweit es sich dabei um – auch große – Stichprobenerhebungen/Befragungen handelt wie den Mikrozensus oder das Sozioökonomische Panel, können sich kleine Unterschiede aus Stichprobenfehlern ergeben. Das gilt gleichermaßen für Personen- wie Betriebsbefragungen. Aber auch die sog. Prozessdaten der Sozialversicherungsträger sind nicht immer fehlerfrei.

Zu manchen Formen atypischer Beschäftigung (wie etwa zur Zahl der Werkvertragsbeschäftigten) gibt es bisher keine vernünftigen Statistiken. Bei anderen (wie geringfügigen Tätigkeiten in privaten Haushalten) sind die vorliegenden Zahlen unzuverlässig. Die geringfügige Beschäftigung ist ein Beispiel, bei dem bereits die komplizierte rechtliche Definition zu Erfassungsproblemen in Personen- wie Betriebsbefragungen führt. Ein spezielles Problem ist, wenn man den Gesamtumfang atypischer Beschäftigungsverhältnisse messen will: Diese sind nicht überschneidungsfrei – z.B. befristete Teilzeitarbeit. Da es keine Datenquelle gibt, die alle Formen atypischer Beschäftigung auf Mikrodatenebene abbildet, ist man auf die Verwendung verschiedener Datenquellen mit verschiedenen Grundgesamtheiten, Definitionen

und Abgrenzungen sowie plausible Umrechnungen angewiesen.

Erwerbsfähigkeit im Sinne des SGB II

Als erwerbsfähig im Sinne des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) gilt, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann.

Erwerbslose (Mikrozensus)

Während Arbeitslose bzw. die Arbeitslosenquote bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus deren Geschäftsstatistiken ermittelt werden (nur Personen, die bei der BA oder einer Arge/Jobcenter arbeitslos gemeldet sind), werden Erwerbslose im Rahmen des Mikrozensus durch eine 1%-Stichprobe der Bevölkerung ermittelt, unabhängig davon, wie Arbeitslosigkeit in den Statistiken der BA abgegrenzt wird und ob sich Personen bei der BA arbeitslos gemeldet haben. Die Erwerbslosenmessung ist teils in der Lage, auch verdeckte Arbeitslosigkeit zu erfassen, die rund 40% zusätzlich zur registrierten (offenen) Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquoten der BA) ausmacht². Jedoch ist zu beachten, dass Arbeitslose, die eine geringfügige Beschäftigung von nur einer Stunde pro Woche ausüben, nicht mehr als erwerbslos gelten (ILO-Definition, ILO: International Labour Organisation), was die Arbeitslosigkeit insgesamt erheblich untererfasst. Zu den verdeckt Arbeitslosen gehören u.a. Personen in Beschäftigungsmaßnahmen, mit Arbeitsgelegenheiten (§ 16 Abs. 3 SGB II), in Qualifizierungs-, Eignungsund Trainingsmaßnahmen sowie z.B. Bezieher von Altersrente wegen Arbeitslosigkeit. Im Rahmen des Mikrozensus sind auch persönliche Merkmale und solche des Haushalts auswertbar, so dass diese Daten in Teilbereichen aussagefähiger sein können als Arbeitslosendaten der BA. Sie werden deshalb in der Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder sowie auf EU-Ebene ergänzend verwendet.

Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie eine Arbeitnehmer- oder Selbstständigentätigkeit suchen. Der Begriff der Erwerbslosen ist damit umfassender als jener der Arbeitslosen. Als

¹ Neben "Leiharbeit" ist auch der Begriff "Zeitarbeit" verbreitet. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) wird der Begriff "Leiharbeit" verwendet, in aktuellen Tarifverträgen wird davon verbal abweichend auch von "Zeitarbeit" gesprochen, auch wenn es sich um Leiharbeit handelt, nicht jedoch um zeitlich begrenzte Arbeit.

Vgl. für 2010 z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11, S. 347 (http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/).

erwerbslos gelten Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die nicht erwerbstätig sind, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung (Mikrozensus) aktiv nach einer Tätigkeit gesucht haben. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Trotz aller definitorischen Unterschiede zwischen Erwerbslosenund Arbeitslosenquote bestehen aber derzeit zwischen beiden Indikatoren im Ergebnis keine grundlegenden Abweichungen.³

Erwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) entsprechender Altersgruppe.

Erwerbspersonen (Mikrozensus)

Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind, gelten als Nichterwerbspersonen.

Erwerbsquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.

Erwerbstätige (Mikrozensus)

Erwerbstätig ist jede Person im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige), die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie zum Beispiel arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Elternzeit nicht ausüben (Unterbrecher).

Erwerbstätigenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung in der entsprechenden Altersgruppe. Der Begriff der Beschäftigtenquote wird oftmals gleichermaßen verwendet, bisweilen bezieht er sich aber nur auf den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung entsprechenden Alters, nicht auf alle Erwerbstätigen.

Langzeiterwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen, die bereits 12 Monate oder länger erwerbslos sind, an den Erwerbspersonen.

Migrationshintergrund

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder zumindest ein Elternteil hat, der zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung, bei der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland über ihre Lebensumstände befragt wird.

Normalarbeitsverhältnis

Ein Normalarbeitsverhältnis wird definiert als

- a) Vollzeiterwerbstätigkeit auf Basis eines dauerhaften Arbeitsvertrages,
- b) direkt in einem Unternehmen,
- c) mit einer Integration in die sozialen Sicherungssysteme über das Arbeitsverhältnis und
- d) der Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt und den von Angehörigen aus Erwerbstätigkeit zu finanzieren. Dieses Kriterium ist allerdings politisch teils umstritten, weshalb sich – neben atypischer und normaler Beschäftigung – jener der prekären Beschäftigung gebildet hat.

³ Vgl. aktuell z.B. Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleD2.html).

Prekäre Beschäftigung

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert mit prekärer Beschäftigung Arbeitsverhältnisse, bei denen eine geringe Arbeitsplatzsicherheit, wenig Einfluss auf die konkrete Arbeitssituation, kein voller arbeitsrechtlicher Schutz und schlechte Chancen auf eine materielle Existenzsicherung durch die betreffende Arbeit gegeben sind. Nach der ILO gilt dies bei Arbeitsplätzen mit niedrigen Löhnen, die zudem häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, keine volle Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen. Atypische Beschäftigung kann prekär sein, sie muss es aber nicht.

Teilzeitarbeit als Nichtnormalarbeitsverhältnis

Ob Teilzeitarbeit als atypische Beschäftigung bezeichnet werden kann ist umstritten. Dagegen spricht vor allem, dass sie, soweit es sich nicht um Mini-Jobs handelt, sozialversicherungspflichtig ist und dass sie inzwischen so weit verbreitet ist, dass es dem Alltagsverständnis zuwiderläuft, sie als Nichtnormalarbeit zu bezeichnen. Auf der anderen Seite gibt es ausreichende empirische Belege, dass Teilzeitbeschäftigte auch bei einem größeren Stundenumfang – trotz Teilzeitgesetz - bei Aufstiegschancen, Weiterbildungsförderung und Bezahlung oft schlechter gestellt werden als Vollzeitbeschäftigte. Vor allem aber ist die "klassische" (bzw. "substanzielle") Teilzeitarbeit insofern eine atypische oder besondere Beschäftigungsform, als sie selbst bei vielen Versicherungsjahren nur selten für eine eigenständige Alterssicherung ausreicht.

3.2 BESTE ARBEITSMARKTSITUATION IN BAYERN

Konjunktur und Arbeitsmarkt 2000 bis 2012: Bayerns wirtschaftliche Stärke führt zur bundesweit besten Arbeitsmarktsituation 2012

Im langfristigen Zeitraum 2000 bis 2012 stieg das Arbeitsvolumen in Bayern um 3,7 %, in Deutschland hingegen nur um 0,3 %. Gleichzeitig nahm das Bruttoinlandsprodukt real (um die Inflation bereinigt) um 22,9 % zu (Deutschland: +14,2 %). Damit wurde das Wirtschaftswachstum in Bayern langfristig mit 19,2 Prozentpunkten zu rund vier Fünftel durch Produktivitätssteigerungen erwirtschaftet, nicht durch Mehrarbeit (vgl. auch im Materialienband Darstellung A1 und A2a).

Von 2000 bis 2012 nahm in Bayern die Zahl der Erwerbstätigen um rund 9,3 % zu (Deutschland: 5,7 %).

Bei einer Zunahme des Arbeitsvolumens um 3,7 % bedeutet dies, dass rund zwei Drittel der zunehmenden Erwerbstätigkeit durch mehr Teilzeitstellen erfolgte. Die Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer-Arbeitsstunde sanken im gleichen Zeitraum real um 1,1 % (Deutschland –2,7 %). Zugleich ging auch die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) in Bayern im Zeitraum 2000 bis 2012 um 1,8 Prozentpunkte auf 3,7 % zurück (Deutschland 6,8 %). Bayern hatte 2012 die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Die Erwerbstätigenquote ist in Bayern mit 76,2 % (Deutschland: 72,6 %) die höchste aller Bundesländer.

Darstellung 3.1: Kennzahlen zur Konjunktur und zum Arbeitsmarkt in Bayern und Deutschland in Prozent



Darstellung 3.2: Konjunktur und Arbeitsmarkt in Bayern und Deutschland 2000 bis 2012

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2005–2012
	Arbeitsvolumen in Mio. Stunden (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen)													
BY	9.353	9.354	9.241	9.106	9.126	9.107	9.133	9.322	9.458	9.209	9.534	9.616	9.702	103,7
D	57.922	57.376	56.585	55.884	56.062	55.775	55.808	56.679	57.262	55.826	57.111	57.887	58.115	100,3
	Erwerbstätige am Arbeitsort, in Tausend											2005 = 100%		
BY	6.357	6.417	6.394	6.335	6.338	6.360	6.410	6.533	6.625	6.647	6.708	6.835	6.947	109,3
D	39.382	39.485	39.257	38.918	39.043	38.976	39.129	39.857	40.348	40.370	40.603	41.164	41.613	105,7
	Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort, in Tausend											2005 = 100%		
BY	5.563	5.633	5.613	5.554	5.541	5.539	5.589	5.700	5.789	5.811	5.875	5.998	6.113	109,9
D	35.387	35.465	35.203	34.800	34.777	34.559	34.736	35.359	35.868	35.900	36.110	36.625	37.067	104,7
			Aı	beitslos	enquot	en, % (b	ezogen a	auf alle I	Erwerbs	persone	n)			in %-Punkten
BY	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5	3,8	3,7	-1,8
D	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,1	7,7	7,1	6,8	-2,8
		E	rwerbst	ätigenq	uoten, %	(Anteil	der Erw	verbstät	igen an	der Bevö	ilkerung	<u>;</u>)		in %-Punkten
BY	70,5	71,2	70,4	69,8	69,4	70,0	71,6	72,7	74,1	73,7	74,5	75,8	76,2	5,7
D	65,4	65,8	65,4	64,9	64,3	65,4	67,1	68,9	70,0	70,2	71,0	72,4	72,6	7,2
	Bruttoinlandsprodukt - real (preisbereinigt, verkettet)													2005 = 100%
BY	93,1	95,2	96,9	96,9	98,7	100,0	103,9	107,7	108,0	103,8	108,6	113,6	114,4	114,4
D	97,1	98,5	98,6	98,2	99,3	100,0	103,7	107,1	108,3	102,7	107,0	110,2	110,9	110,9

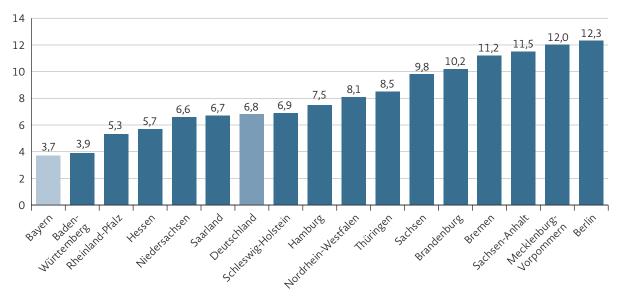
 $Quelle: eigene\ Darstellung,\ VGR\ und\ Erwerbst \"{a}tigenrechnung\ des\ Bundes\ und\ der\ L\"{a}nder$

Bayern hatte 2012 bundesweit die geringste Arbeitslosenquote und die höchste Erwerbstätigenquote aller Bundesländer

Bayern behauptete im Jahr 2012 mit einer weit unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,7 % den Spitzenplatz im Länderranking vor Baden-Württemberg (3,9 %). Eine näherungsweise so gute Arbeitsmarktsituation ist damit nur noch in Baden-

Württemberg gegeben. Auf den Plätzen drei und vier folgen Rheinland-Pfalz (5,3%) und Hessen (5,7%). Die bayerische Arbeitslosenquote liegt um 3,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 6,8%.

Darstellung 3.3: Arbeitslosenquote* im Jahresdurchschnitt 2012 nach Bundesländern, in Prozent

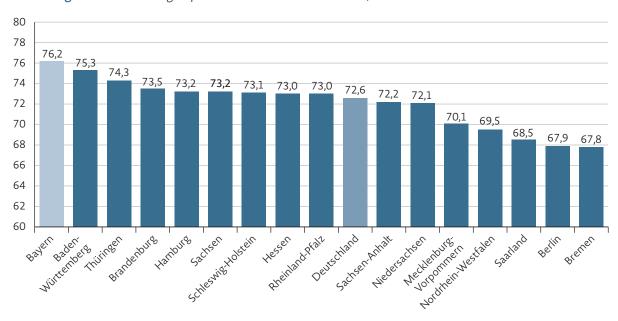


^{*} Jahresdurchschnitt bezogen auf alle Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die geringe Arbeitslosigkeit in Bayern ist keineswegs durch eine geringere Erwerbstätigenquote als in anderen Bundesländern bedingt, im Gegenteil hatte Bayern bundesweit 2011 die höchste Erwerbstätigenquote.

Darstellung 3.4: Erwerbstätigenquote* nach Bundesländern 2012, in Prozent



^{*} Erwerbstätige je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahre

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

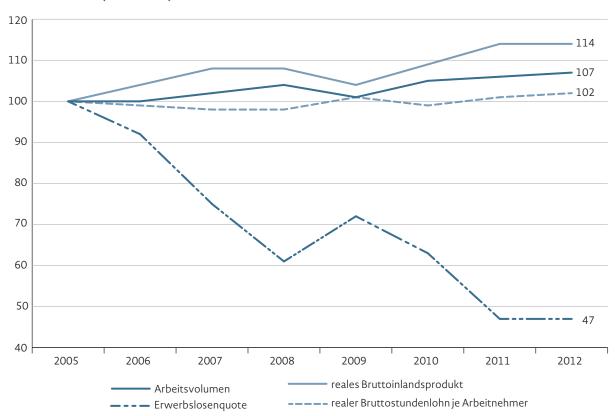
3.3 ARBEITSMARKT UND KONJUNKTUR

Mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung seit 2005: Gute Perspektiven durch 6,5 % mehr Arbeitsvolumen, 9,2 % mehr Erwerbstätige und 1,7 % mehr Stundenlohn

Im gesamten Zeitraum 2005 bis 2012 kam es – bei einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um 14,4% – zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens in Bayern um 3,7% und der Zahl der Erwerbstätigen um 9,2%. Gleichzeitig sank die Erwerbslosenquote um 53,5%, die Bruttostundenlöhne stiegen real um 1,7%.

Wie schon im Zeitraum 2000 bis 2012 setzte sich damit der langfristige Trend weiter fort (siehe oben und im Kapitel 2. Wohlstand), dass von dem Wirtschaftswachstum rund drei Viertel durch Rationalisierung erbracht wurden und die Bruttolöhne nur um rund ein Zehntel des Wirtschaftswachstums zunahmen. Die Halbierung der Erwerbslosenquote hatte keinen Effekt auf die Armutsgefährdungsquote, was u. a. auch mit der Entwicklung des Niedriglohnsektors (vgl. im Kapitel 2. Wohlstand) zusammenhängt.

Darstellung 3.5: Entwicklung von Konjunktur- und Arbeitsmarktindikatoren in Bayern 2005 bis 2012, in Prozent (2005 = 100)



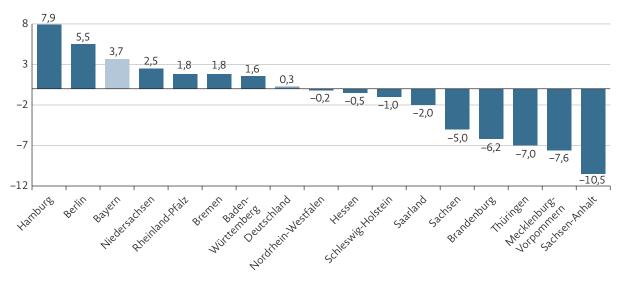
Quelle: eigene Darstellung, VGR und Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Stärkster Anstieg des Arbeitsvolumens unter den Flächenländern

Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen am Arbeitsort) ist im Zeitraum von 2000 bis 2012 in Bayern um 3,7 % gestiegen, während es in Deutschland nur um 0,3 % zunahm. Ge-

genüber dem Vorjahr stieg das Arbeitsvolumen 2012 um 0,9 %. Dies war aktuell der größte Zuwachs von allen Flächenländern.

Darstellung 3.6: Entwicklung des Arbeitsvolumens* nach Bundesländern 2000 bis 2012, in Prozent

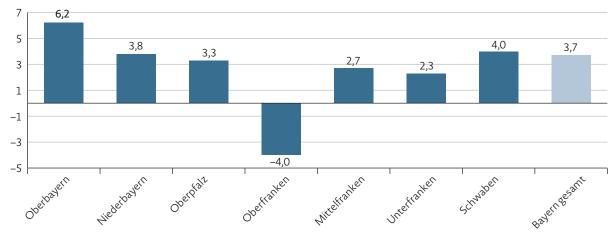


Quelle: Daten der Daten des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Innerhalb von Bayern hat sich das Arbeitsvolumen in den Regierungsbezirken im Zeitraum 2000–2010 (noch keine Daten für 2011 und 2012 verfügbar)

besonders in Oberbayern erhöht und in Oberfranken vermindert, in den anderen Regierungsbezirken lag es bei plus 2 bis 4%.

Darstellung 3.7: Entwicklung des Arbeitsvolumens* nach Regierungsbezirken, Veränderung 2000/2010 in Prozent



^{*} Wegen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 vorläufig geschätzte Näherungswerte. Quelle: Daten des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder nach der Teilrevision

Das Wachstum des Arbeitsvolumens in Bayern um 3,7 % von 2000 bis 2012 wurde vom Dienstleistungsbereich mit +10,6 % getragen, während es im Produzierenden Gewerbe um 4,8 % zurückging. Der größte Rückgang erfolgte in der Land- und Forstwirtschaft

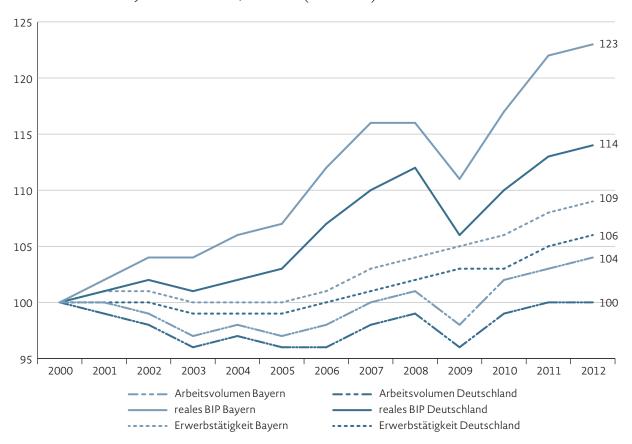
sowie Fischerei mit zusammen –31,6%, dieser Bereich hat mit einem Arbeitsvolumenanteil von 4,6% nur noch nachrangige Bedeutung (vgl. dazu Darstellung A2b im Materialienband).

Positive langfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität, des Arbeitsvolumens, der Erwerbstätigkeit und des realen Bruttoinlandsproduktes in Bayern 2000 bis 2012

In Bayern nahm im Zeitraum 2000 bis 2012 das reale Bruttoinlandsprodukt – also die Summe aller erwirtschafteten Güter – um 23 % zu (pro Jahr um rund 1,7 %). Gleichzeitig stieg das Arbeitsvolumen (Summe aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) um rund 4% (pro Jahr um 0,3 %), die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 9 % zu (pro Jahr um 0,7 %). Das bedeutet, dass

- die Zahl der Erwerbstätigen um 5 Prozentpunkte mehr anstieg als das Arbeitsvolumen (pro Jahr um
- 0,4 Prozentpunkte), was volkswirtschaftlich mit einer Umverteilung von Arbeitsstunden von vorhandenen Arbeitsplätzen auf mehr Arbeitsplätze mit jeweils geringerer durchschnittlicher Stundenzahl einhergeht.
- im Vergleich zu Bayern in Deutschland bei einem Wirtschaftswachstum von 14% das Arbeitsvolumen stagnierte und die Zahl der Erwerbstätigen nur um 6% (Bayern: 9%) zunahm.

Darstellung 3.8: Entwicklung des Arbeitsvolumens, der Erwerbstätigkeit und des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern 2000 bis 2012, in Prozent (2000 = 100)



Darstellung 3.9: Durchschnittliche jährliche Veränderung von Arbeitsmarktkennziffern, in Prozent

	Bayern	Deutschland									
Veränderung pro Jahr in Prozent, von 2000 bis 2012											
Arbeitsvolumen	0,3	0,0									
Erwerbstätige	0,7	0,5									
reales BIP	1,7	1,1									
um soviel Prozent musste das BIP	pro Jahr wachsen damit das nicht schru	impfte (Beschäftigungsschwellen)									
Arbeitsvolumen	1,4	1,1									
Zahl der Erwerbstätigen	1,0	0,6									

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder

Regionale Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 in Bayern: Langfristige Unterschiede

Wirtschaftswachstum und Arbeitsvolumen entwickeln sich unterschiedlich: Bei einem landesweiten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 10,7% im Zeitraum 2000 bis 2010 stieg das Arbeitsvolumen um 2,1%, 8,6% des Wirtschaftswachstums wurden durch Rationalisierungen möglich.

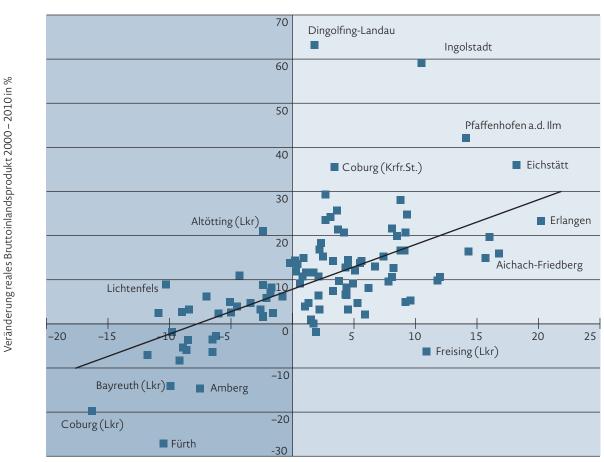
Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes sowie des Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 unterschied sich in den einzelnen bayerischen Städten und Landkreisen erheblich (vgl. Darstellung unten).

In 13 Landkreisen und Städten waren sowohl das Wirtschaftswachstum wie die Entwicklung des Arbeitsvolumens rückläufig (unteres linkes Rechteck).

In 21 Regionen gab es ein (zum Teil sogar stark ausgeprägtes) Wirtschaftswachstum, wobei dennoch das Arbeitsvolumen sank, weil dieses Wirtschaftswachstum ausschließlich aus höheren Produktivitätsfortschritten erwirtschaftet wurde (linkes oberes Viereck).

Informationen zu den Regierungsbezirken enthält Darstellung A3 im Materialienband.

Darstellung 3.10: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes und des Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten, in Prozent



Veränderung Arbeitsvolumen 2000 – 2010 in %

Quelle: Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Entwicklung des Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen) ist ein aussagekräftiger Indikator, wie viel Erwerbsarbeit in einer Region entstanden oder verloren gegangen ist.

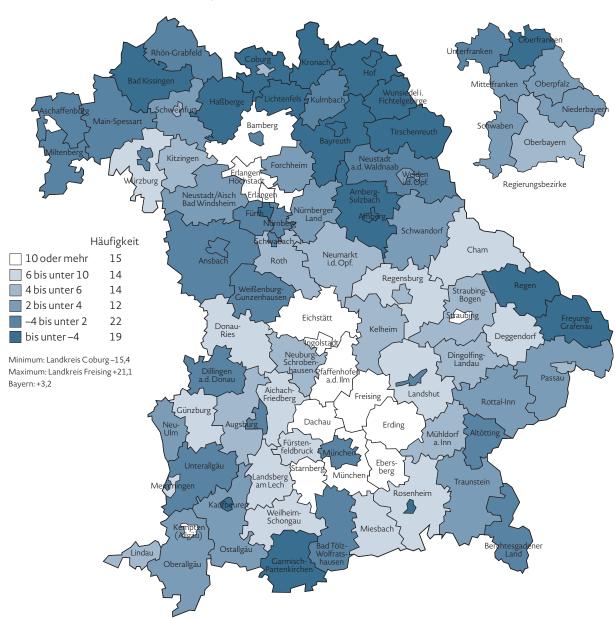
Im Zeitraum von 10 Jahren (2000 bis 2010) ist das Arbeitsvolumen in Bayern um 3,2 % gestiegen.

Regierungsbezirke: Positiver Spitzenreiter war Oberbayern mit einem Wachstum von 5,7 % vor Schwaben

mit 3,5 % und Niederbayern mit 3,3 %. Rückläufig war das Arbeitsvolumen nur in Oberfranken (-4,5 %). Dort waren rund zwei Drittel aller Städte und Landkreise von einem Rückgang des Arbeitsvolumens betroffen.

Städte und Landkreise: Die Spannbreite der Entwicklung reicht beim gesamten Arbeitsvolumen von +21,1 % im Landkreis Freising bis -15,4 % im Landkreis Coburg.

Darstellung 3.11: Entwicklung des Arbeitsvolumens 2000 bis 2010 in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten, in Prozent



Quelle: Daten des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Blick in die Zukunft: Bis 2031 ist mit dem Erwerbspersonenpotential in Bayern im Allgemeinen ein unvermindertes Wirtschaftswachstum möglich – Erwerbsquoten, Produktivitätssteigerung und etwas mehr Stunden bei Teilzeitarbeit sind ein großes zusätzliches Potential

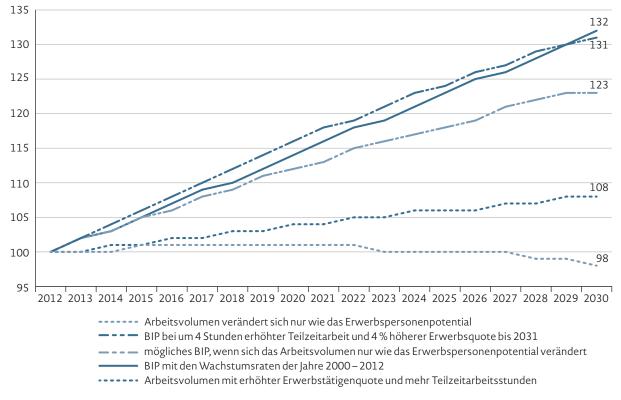
Wenn es gelingt, bis 2030 – ausgehend von 2012 – innerhalb von 18 Jahren nach und nach

- die Erwerbstätigenquote insgesamt um weitere 4 Prozentpunkte zu steigern (zum Vergleich: Allein im Zeitraum 2005 bis 2011 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote in Bayern um 5,4 Prozentpunkte) z. B. durch kürzere Ausbildungszeiten, bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, attraktive Arbeitsbedingungen, weniger Frühverrentung usw.,
- die durchschnittliche Teilzeitarbeits-Wochenstundenzahl von derzeit rund 15⁴ auf 19 Stunden anzuheben,
- eine Produktivität je Erwerbstätigenstunde von +1,4% pro Jahr weiterhin zu realisieren (entsprechend dem Durchschnitt 2000–2012)

sowie den sogenannten Mismatch (die Anforderungen der Arbeitgeber und Arbeitsplätze passen nicht zum Qualifizierungsprofil und den Erwartungen der Arbeitsplatzbewerber) am Arbeitsmarkt nicht weiter zunehmen zu lassen,

so wäre mit dem in Bayern prognostizierten Erwerbspersonenpotential (ohne z.B. erhöhte Zuwanderung, sukzessiver Anstieg des gesetzlichen Verrentungsalters berücksichtigt) bis 2030 im Allgemeinen ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes genau in dem Maße möglich, wie es im Zeitraum 2000–2012 der Fall war (real um jährlich 1,8%). Dass es dabei – wie schon immer in der Vergangenheit – aufgrund von Anpassungsproblemen zu regionalen und branchenspezifischen Problemen kommen könnte – insbesondere im Pflegebereich – ist damit in keiner Weise ausgeschlossen⁵.

Darstellung 3.12: Arbeitsvolumenentwicklung und damit allgemein mögliches Wirtschaftswachstum (BIP) bis 2030



Quelle: eigene Berechnungen

Vgl. zum Arbeitsvolumen von Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit IAB-Kurzbericht 6/2013: "Der Arbeitsmarkt bekommt konjunkturellen Rückenwind", S. 11.

⁵ Vgl. z.B. IAB: "In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potential", IAB-Kurzbericht 18/2012.

Blick in die Zukunft: In 2021 fast unverändertes Erwerbspersonenpotential im Vergleich zu 2011, aber in 2031 auch unter Berücksichtigung des höheren Renteneintrittsalters mehr als 500 Tausend Personen weniger im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 66 Jahren

Bis zum Jahr 2021 wird im Vergleich zu 2011 die bayerische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre, höheres Regelrentenalter nicht eingerechnet) voraussichtlich nur geringfügig um ca. 30 Tausend abnehmen. Innerhalb der Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials ergeben sich aber Verschiebungen: So sind in der Altersgruppe der 20- bis 26-Jährigen (–81 Tausend) und der 39- bis 51-Jährigen (–511 Tausend) deutlich weniger Personen im erwerbsfähigen Alter zu erwarten, wohingegen die Altersgruppen der 27- bis 38-Jährigen (+81 Tausend) und der 52- bis 64-Jährigen (+479 Tausend) stark zunehmen.

Darstellung 3.13: Verschiebung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) von 2011 bis 2021 nach Altersjahren in Bayern, in Tausend

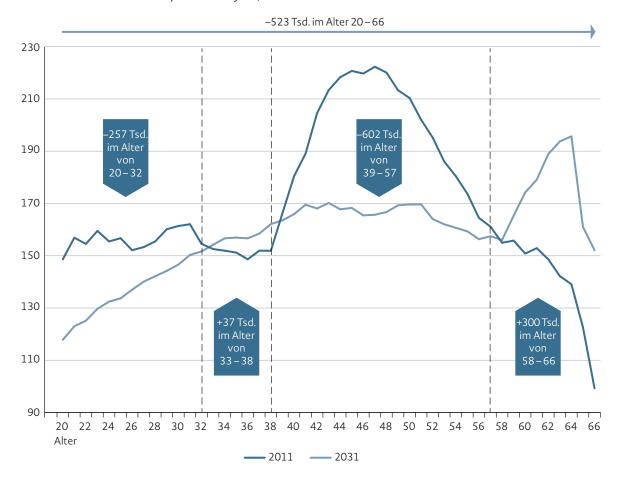


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2031

Bis zum Jahr 2031 wird sich der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 66 Jahren (2031 umgesetztes höheres Regelrentenalter berücksichtigt) nach den Prognosen der Bevölkerungsvorausberechnung deutlich beschleunigen. So werden im Jahr 2031 dem Arbeitsmarkt voraussichtlich 513 Tausend Personen weniger zur Verfügung stehen als im Jahr 2011. Betrachtet man die Entwicklung nach

Altersgruppen, verlieren die 20- bis 32-Jährigen (–257 Tausend) und insbesondere die 39- bis 57-Jährigen (–602 Tausend). Leichte Zunahmen sind in der Altersgruppe von 33 bis 38 Jahre (+37 Tausend) zu verzeichnen. Stärkere Zunahmen sind nur in der Altersgruppe der 58- bis 66-Jährigen (+300 Tausend) zu erwarten.

Darstellung 3.14: Verschiebung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 66 Jahre) von 2021 bis 2031 nach Altersjahren in Bayern, in Tausend



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD); Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2031

3.4 ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT

Bayern verzeichnete den stärksten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen unter den Flächenländern 2000 bis 2012

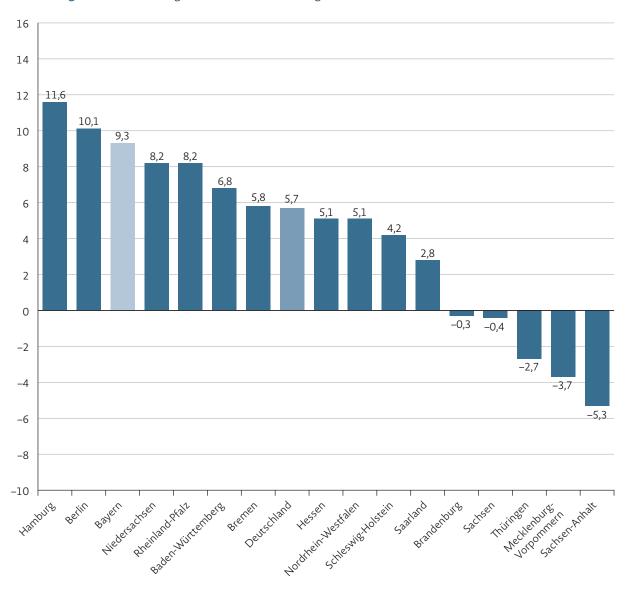
Im Jahr 2012 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern auf 6,946 Millionen (Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder) und erreichte damit ihr bislang höchstes Niveau.

Seit 2000 ist damit die Anzahl der Erwerbstätigen in Bayern deutlich gestiegen. Mit einer Zunahme um 9,3 % lag Bayern um 3,6 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Bayern ist an der Spitze der Flächenländer bzw. damit auf Platz 3 hinter den Stadt-

staaten Hamburg (+11,6 %) und Berlin (+10,1 %). Ein Rückgang der Erwerbstätigkeit war ausschließlich in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.

2012 waren in Bayern – bezogen auf die gesamten Wirtschaftsbereiche – rund 21 % der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe tätig, gut 28 % bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie rund 26 % im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Information und Kommunikation.

Darstellung 3.15: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2000 bis 2012 nach Bundesländern, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

In allen bayerischen Regierungsbezirken stiegen die Erwerbstätigenzahlen 2011 gegenüber dem Vorjahr an

Im Jahr 2011 hat die Zahl der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) in Bayern ggü. dem Vorjahr 2010 um rund 126.400 Personen auf 6,83 Millionen (+1,9%) zugenommen. Landesweit ist dieser Zugewinn jedoch unterschiedlich verteilt.

Die größte Zunahme verzeichnete der Regierungsbezirk Mittelfranken mit einem Plus von über 950.700 Erwerbstätigen bzw. 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. In den übrigen sechs bayerischen Regierungsbezirken nahm die Erwerbstätigenzahl ebenfalls zu. Es folgten

die Oberpfalz (+2,2%), Oberbayern (+2,0%), Schwaben (+1,8%), Oberfranken (+1,7%), Niederbayern (+1,4%) und Unterfranken (+1,1%).

In 94 der insgesamt 96 bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise nahmen die Erwerbstätigenzahlen zu.

Für 2012 ist derzeit für Bayern ein Wachstum der Erwerbstätigkeit von rund 1,3 % zu erwarten, was Mehrbeschäftigung in allen Regierungsbezirken bedeutet.

Darstellung 3.16: Erwerbstätige in den bayerischen Regierungsbezirken in den Jahren 2010 und 2011, in Tausend und Veränderung in Prozent

Regierungsbezirk	Erwerbstätig	Veränderung 2011 ggü. 2010		
Regierungsbezuk	2010	2011	in Prozent	
Mittelfranken	927,2	950,7	2,5	
Oberpfalz	565,7	578,0	2,2	
Oberbayern	2.467,3	2.515,6	2,0	
Schwaben	920,4	936,9	1,8	
Oberfranken	544,0	553,4	1,7	
Niederbayern	604,9	613,4	1,4	
Unterfranken	678,8	686,6	1,1	
Bayern	6.708,2	6.834,6	1,9	

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

In Bayern höchste Erwerbsbeteiligung unter den Bundesländern

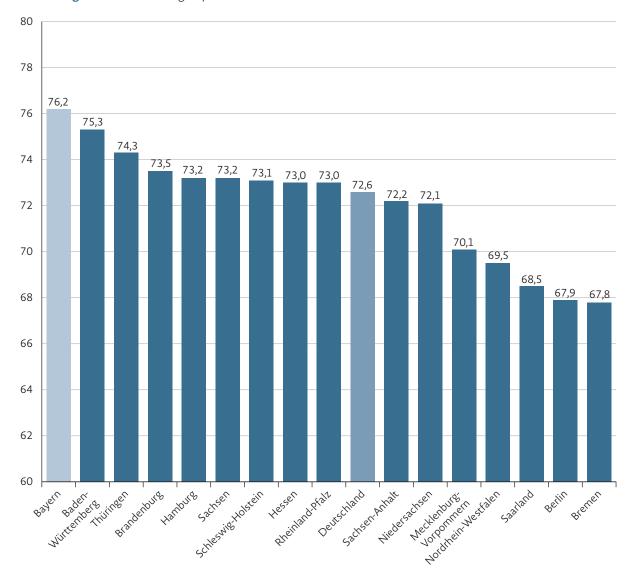
Bezieht man die Anzahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf je 100 Einwohner derselben Altersabgrenzung, dann ergibt sich die Erwerbstätigenquote.

Bayern hatte 2012 mit einer Erwerbstätigenquote von 76,2% bundesweit die höchste Erwerbsbeteiligung aller Bundesländer und zugleich die niedrigste Arbeitslosenquote. In Deutschland liegt die Erwerbstätigenquote bei 72,6%. Die guten Arbeitsmarktchancen in Bayern ergeben sich somit nicht nur aus dem gerings-

ten Risiko, arbeitslos zu sein oder zu werden, sondern auch aus der weit überdurchschnittlichen Möglichkeit, erwerbstätig zu sein oder zu werden.

Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich, dass mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 70,8% Bayern an dritter Stelle im Bundesländervergleich nach Brandenburg (71,5%) und Thüringen (71,1%) und erheblich über dem Bundesdurchschnitt (67,8%) rangiert.

Darstellung 3.17: Erwerbstätigenquote* nach Bundesländern 2012 in Prozent



^{*} Erwerbstätige je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Die Erwerbstätigenquoten von Bayern und Deutschland im Vergleich mit anderen EU-Staaten, differen-

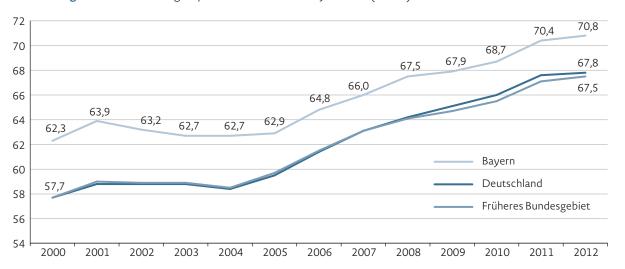
ziert nach dem Alter, geben die Darstellungen A8 bis A10a im Materialienband wieder.

Deutlicher Anstieg der Erwerbstätigenquote seit 2004

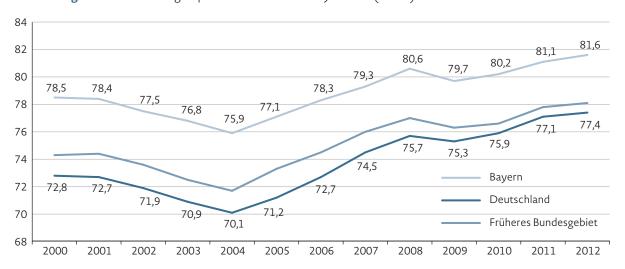
Die Erwerbstätigenquote lag im Zeitraum 2000 bis 2012 in Bayern sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern kontinuierlich über dem Bundesdurchschnitt und westdeutschen Durchschnitt. Von 2004 bis 2008 sind die Quoten der Frauen und Männer in allen drei Gebietsabgrenzungen kontinuierlich angestiegen – bei den Frauen von niedrigerem Niveau aus etwas mehr als bei den Männern. Im Krisenjahr 2009 verringerte sich die Erwerbstätigenquote der Männer von 80,6% im Vorjahr 2008 auf 79,7%, während die der Frauen beinahe unverändert blieb. Im Zuge der sich anschließenden wirtschaftlichen Erholung stieg sie bis 2012 wieder deutlich an, auf 81,6% bei den Männern und 70,8% bei den Frauen.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Bayern erhöhte sich von 62,3 % im Jahre 2000 auf 70,8 % im Jahre 2012 um 8,5 Prozentpunkte. Der Anstieg ereignete sich beinahe ausschließlich ab dem Jahr 2005, während sie im Vorfeld beinahe unverändert blieb. Bei den Männern war zwischen 2000 und 2004 sogar ein Rückgang der Erwerbstätigenquote zu verzeichnen. Durch den anschließenden Anstieg mit dem leichten Knick im Jahr 2009 stieg sie im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 3,1 Prozentpunkte, seit 2004 jedoch sogar um 5,7 Prozentpunkte,

Darstellung 3.18: Erwerbstätigenquote* der Frauen in Bayern und (West-)Deutschland 2000 bis 2012 in Prozent



Darstellung 3.19: Erwerbstätigenquote* der Männer in Bayern und (West-)Deutschland 2000 bis 2012 in Prozent



^{*} Erwerbstätige je 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Abgrenzung des Erwerbsstatus erfolgte nicht anhand der sich im Jahr 2010 veränderten internationalen Vorgaben, da diese Erwerbstätigenquoten nur bis ins 2005 rückwirkend angepasst vorliegen. Dadurch können sich die hier ausgewiesenen Erwerbstätigenquoten jedoch leicht von anderen im Bericht unterscheiden, die auf der an internationale Vorgaben angepassten Abgrenzung des Erwerbsstatus beruhen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

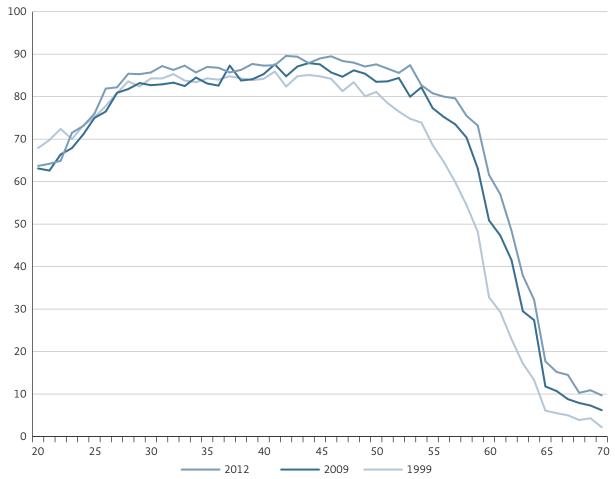
Entwicklung der Erwerbstätigenquoten nach Altersjahren: Anstieg insbesondere bei den Älteren und auch Frauen mittleren Alters

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bzw. kommenden Alterung der Bevölkerung ist es ein wichtiges volkswirtschaftliches Ziel, insbesondere langfristig für die Zeit nach 2020 die Erwerbsbeteiligung der Älteren und der Frauen zu steigern.

Bei den Älteren kam es in den zehn Jahren zwischen 1999 und 2009 bei den über 50-Jährigen zu einer deutlichen Erhöhung der Erwerbstätigenquoten.⁶ Diese stieg z.B. bei den 60-Jährigen in Bayern von rund 33% in 1999 auf rund 50% in 2009 und schließlich rund 62% in 2012 und hat sich damit nahezu verdoppelt. In Deutschland haben Bayern (und Baden-Württemberg) weit überdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten gerade bei den Älteren.

Die Erwerbstätigenquoten der Männer liegen gerade bei den Älteren noch oberhalb jener der Frauen, die Unterschiede gehen jedoch zurück. So waren im Jahr 2012 in Bayern z.B. in der Altersgruppe der 60-Jährigen rund 70% der Männer, aber nur noch rund 54% der Frauen erwerbstätig. Von den 63-jährigen Männern waren dies noch rund 45%, von den Frauen noch rund 32%. Aber auch in den jüngeren und insbesondere mittleren Altersjahren liegen die Erwerbstätigenquoten der Männer über denen der Frauen. In Bayern 2012 betrug die Differenz bei den 29- bis 44-Jährigen durchweg über zehn Prozentpunkte.

Darstellung 3.20: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten nach Altersjahren in Bayern 1999, 2009 und 2012, in Prozent



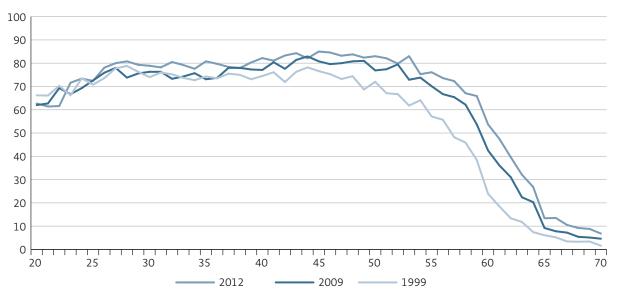
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 1999, 2009 und 2012

⁶ Dabei ist zu berücksichtigen, dass zu den Erwerbstätigen auch (ausschließlich) geringfügig Beschäftigte sowie Personen in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gezählt werden. Personen in Altersteilzeit werden in der Freistellungsphase jedoch nicht bei der Ermittlung der Erwerbstätigenquote berücksichtigt.

Nach leicht verminderten Erwerbsquoten in den jüngsten Altersjahren (u.a. wegen zunehmend längerer Bildungsbeteiligung) lag diese in 2012 ab dem Alter von 25 Jahren in allen Altersjahren über den Vergleichswerten von 1999. Insbesondere bei den Frauen ergaben sich teils deutliche Steigerungen der Erwerbsbeteiligung in den mittleren Altersgruppen (in denen sie diese meist aufgrund familiärer Verpflichtungen unterbrechen). So stieg z.B. die Erwerbstätigenquote der 35-jährigen Frauen von 74,3 % in 1999 auf 80,8 %

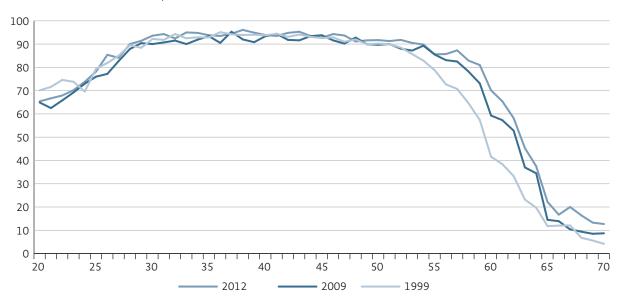
in 2012, die der 40-jährigen von 74,5 % auf 82,2 %. Auch bei den Männern lag die Erwerbsbeteiligung in den mittleren Altersjahren in 2012 meist über den entsprechenden Werten für 1999 bzw. 2009. Bei Erwerbstätigenquoten über 90 % bei Männern mittleren Alters ist das Potential jedoch weitgehend ausgeschöpft (vgl. zu Erwerbstätigenquoten nach Alter, Geschlecht und Familienstand im Materialienband Darstellung A10b bis A10e).

Darstellung 3.21: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der Frauen nach Altersjahren in Bayern 1999, 2009 und 2012, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 1999, 2009 und 2012

Darstellung 3.22: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der Männer nach Altersjahren in Bayern 1999, 2009 und 2012, in Prozent



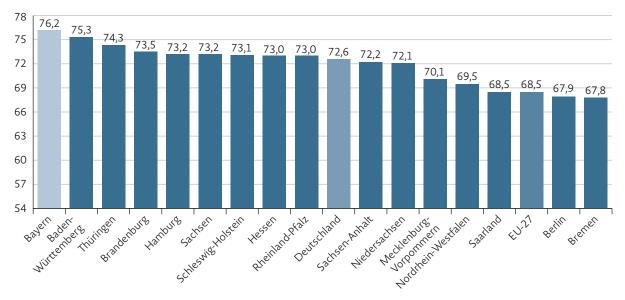
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 1999, 2009 und 2012

Erwerbstätigenquoten in Bayern 2012 auch im EU-Ländervergleich hoch

Bayern nimmt auch im EU-weiten Vergleich eine Spitzenposition ein: Die Erwerbstätigenquote liegt mit 76,2% erheblich über dem Durchschnitt der EU-27 mit 68,5%.

Auch die Erwerbstätigenquote der älteren Erwerbstätigen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren ist in Bayern mit 63,4% höher als die Quote im Bund (61,5%) und erheblich höher als die durchschnittliche EU-27-Quote von 48,9%, d.h. Bayern hat im EU-Vergleich keinen Nachholbedarf.

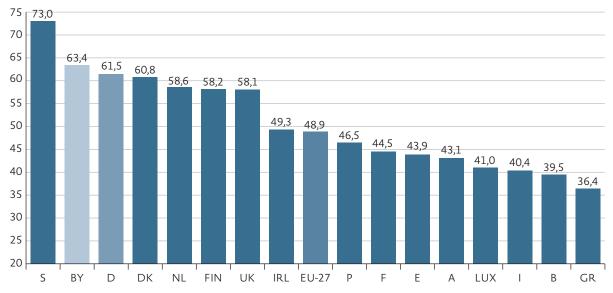
Darstellung 3.23: Erwerbstätigenquote* insgesamt in der EU-27, in Deutschland und den Bundesländern 2012 in Prozent



^{*} Erwerbstätige insgesamt je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Darstellung 3.24: Erwerbstätigenquote der Älteren* in der EU-27, in Deutschland und in Bayern 2012 in Prozent



^{*} Erwerbstätige im Alter von 55 bis unter 65 Jahren je 100 Einwohner im Alter von 55 bis unter 65 Jahren. Die Datenerhebung durch Eurostat erfolgt nach einer vom Bundesamt für Statistik abweichenden Methodik. Die vom Bundesamt für Statistik entsprechend dem Mikrozensus ermittelte Erwerbstätigenquote für Deutschland beläuft sich 2012 auf 61,2%.

Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (für Bayern)

Erwerbstätigkeit von Eltern: Zusätzliche Erwerbsbeteiligung der Mütter wird mit zunehmendem Alter der Kinder wieder aufgenommen (oft in Teilzeit)

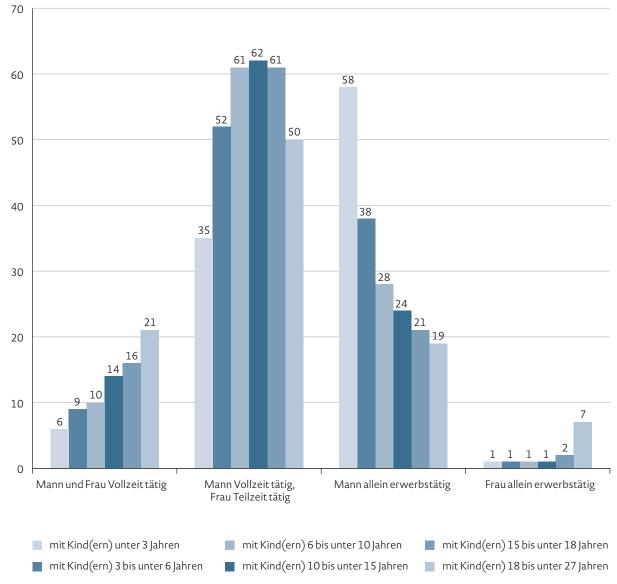
Mit der Familiengründung unterbrechen weiterhin vornehmlich die Frauen ihre aktive Erwerbsbeteiligung. In 58% der Familien mit Kind(ern) unter 3 Jahren ist (entsprechend der "klassischen" Rollenverteilung) allein der Mann (aktiv) erwerbstätig.

In Familien mit Kind(ern) ab 3 Jahren dominiert hingegen die Form der Arbeitsaufteilung, dass der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit einer aktiven Beschäftigung nachgehen. Mit Kind(ern) im Alter von 6 bis unter 19 Jahren wurde diese Art der Arbeitsauf-

teilung im Jahr 2012 in über 60% der bayerischen Familien praktiziert.

Dass Mann und Frau beide in Vollzeit arbeiten, ist weiterhin eine seltenere Form der Arbeitsaufteilung, nimmt aber mit dem Alter des Kindes bzw. der Kinder deutlich zu und tritt in Familien mit bereits erwachsenem Nachwuchs häufiger auf (21%) als eine alleinige Erwerbstätigkeit des Mannes (19%). Die alleinige Erwerbstätigkeit der Frau ist weiterhin sehr selten.

Darstellung 3.25: Beteiligung von Ehepartnern mit Kindern am Erwerbsleben in Bayern 2012, Anteil an allen Ehepaaren mit Kindern im jeweiligen Alter in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD (Haushalte und Familien in Bayern 2012) nach Mikrozensus 2012

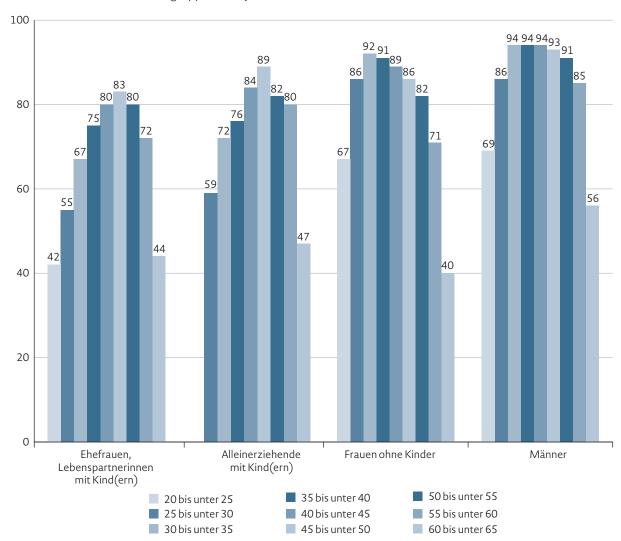
Geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen ist beinahe ausschließlich auf jüngere Frauen mit Kind(ern) sowie insbesondere ältere Frauen zurückzuführen

Im Alter von 20 bis unter 45 Jahren sind Frauen ohne Kinder deutlich häufiger erwerbstätig als Ehefrauen, Lebenspartnerinnen oder Alleinerziehende mit Kind(ern). Frauen in den Altersgruppen 30 bis unter 35 sowie 35 bis unter 40 Jahre sind mit 92 % und 91 % fast so häufig erwerbstätig wie ihre männlichen Altersgenossen (zu jeweils rund 94 %) und deutlich häufiger als Alleinerziehende (mit 72 % und 76 %) und insbesondere Ehefrauen und Lebenspartnerinnen (mit 67 % und 75 %).

In den älteren Altersgruppen gleichen sich die Anteile hingegen an. Unter den 45- bis unter 65-jährigen Frauen sind die Alleinerziehenden sogar am häufigsten erwerbstätig und unter den 55- bis unter 65-jährigen die Ehefrauen und Lebenspartnerinnen mit Kind(ern) sogar etwas häufiger als die Frauen ohne Kind(er).

In den jüngeren Altersgruppen liegen die Erwerbstätigenquoten der Frauen ohne Kind(er) allgemein nur leicht unter denen ihrer männlichen Altersgenossen. Die insgesamt geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen ist demnach beinahe ausschließlich auf jüngere Frauen mit Kind(ern) sowie insbesondere ältere Frauen zurückzuführen.

Darstellung 3.26: Erwerbstätigenquoten von Frauen nach Lebensformen und Altersgruppen sowie von Männern nach Altersgruppen in Bayern 2012, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD (Haushalte und Familien in Bayern 2012) nach Mikrozensus 2012

Rund zwei Drittel der alleinerziehenden Mütter und Väter sind aktiv erwerbstätig

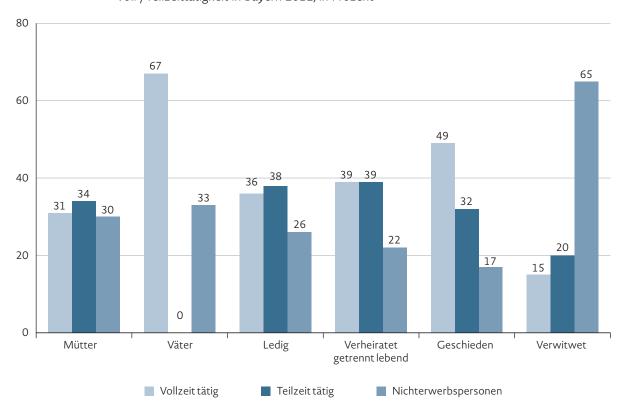
Alleinerziehende Mütter sind zu jeweils rund ein Drittel aktiv in Vollzeit und Teilzeit erwerbstätig sowie nichterwerbstätig. Damit sind alleinerziehende Mütter mit rund 65 % ähnlich häufig erwerbstätig wie alleinerziehende Väter mit 67 %. Allerdings verteilt sich die aktive Erwerbsbeteiligung der alleinerziehenden Mütter zu annähernd gleichen Teilen auf Voll- und Teilzeit, während alleinerziehende Väter ausschließlich in Vollzeit tätig sind.

Da rund 85% der 388 Tausend Alleinerziehenden in Bayern 2012 Mütter (329 Tausend) waren und nur 15% Väter (59 Tausend), gab es in absoluten Zahlen mit 224 Tausend natürlich weit mehr erwerbstätige alleinerziehende Mütter als Väter (42 Tausend). Unter den alleinerziehenden Müttern waren zudem rund 14 Tausend bzw. 5% erwerbslos, weswegen sich die Anteile in Darstellung 3.28 bei den Müttern

nur auf 95 % addieren. Aufgrund zu geringer Fallzahlen ist das Ausmaß der Erwerbslosigkeit für die anderen Kategorien hingegen nicht messbar.

Unterschieden nach Familienständen waren ledige alleinerziehende Mütter und Väter etwas seltener aktiv erwerbstätig als verheiratet getrennt lebende, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass die ledigen durchschnittlich jünger und damit seltener erwerbstätig sind. Geschiedene Alleinerziehende – mit einem Anteil von rund 43 % der häufigste Familienstand unter den Alleinerziehenden – sind deutlich häufiger aktiv vollzeiterwerbstätig, dafür etwas seltener in Teilzeit, was wiederum mit einem durchschnittlich höheren Alter der Betroffenen (und auch der Kinder) einhergehen könnte. Verwitwete Alleinerziehende waren zu 65 % und damit deutlich häufiger nichterwerbstätig.

Darstellung 3.27: Aktiv erwerbstätige Alleinerziehende nach Geschlecht, Familienstand sowie Voll-/Teilzeittätigkeit in Bayern 2012, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD (Haushalte und Familien in Bayern 2012) nach Mikrozensus 2012

Frauen: In Bayern und Westdeutschland ähnliche Beschäftigungsstrukturen

Strukturen: Der Anteil von Frauen an allen Beschäftigten beträgt in Bayern zur Jahresmitte 2012 46% (Westdeutschland 45%). Verwendet man diese Zahl als Referenz, so zeigt sich:

- ► Der Frauenanteil an den Teilzeit- und befristet Beschäftigten ist weit überdurchschnittlich.
- Frauen sind in einfachen Tätigkeiten überrepräsentiert. Ihr Anteil an den Beschäftigten im Bereich hoher Qualifikationen und an den tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern liegt dagegen weit unter ihrem durchschnittlichen Beschäftigtenanteil.

Eine detaillierte Darstellung der Geschlechterunterschiede enthält das Internet-Datenangebot des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.): INIFES, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 – Teil II, Stadtbergen, 2013, S. 64 ff.

Darstellung 3.28: Kennziffern zur Frauenbeschäftigung in Bayern und Westdeutschland 2012 (Angaben in Prozent)

Frauenanteil an	Bayern	Westdeutschland
allen Beschäftigten	46	45
Teilzeitbeschäftigten	81	79
befristet Beschäftigten	57	55
Beschäftigten für einfache Tätigkeiten	57	54
Beschäftigten mit Berufsausbildung	45	46
Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss	40	37
tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern	22	23

Quelle: INIFES, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 - Teil II, S. 65 f.

Entwicklungen: Der Anteil der weiblichen an allen Beschäftigten ist zwischen 2001 (bzw. 2003) und 2012 in Bayern laut IAB-Betriebspanel von 43 auf 46% gestiegen (in Westdeutschland von 43 auf 45%).

Dabei hat der Anteil der Frauen, die einfache Tätigkeiten ausüben, an allen weiblichen Beschäftigten zwischen 2003 und 2012 abgenommen – von 33 auf 30% (in Westdeutschland von 32 auf 27%). Deutlich gestiegen ist der Anteil der Frauen dagegen in hochqualifizierten Tätigkeiten, in Bayern von 5 auf 11% (in Westdeutschland von 6 auf 11%). Unverändert gering ist mit 3% der Anteil der Frauen, die als tätige Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer fungieren (vgl. Darstellung 3.30).

Darstellung 3.29: Verteilung der weiblichen Beschäftigten in Bayern und Westdeutschland (ohne Auszubildende) auf Tätigkeitsgruppen 2003 bis 2012 (Angaben in Prozent)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Zum Ver- gleich 2012 Männer	
Einfache Tätigkeiten	BY	33	34	33	28	30	29	31	29	29	30	20
	WD	32	32	31	28	29	27	28	27	26	27	20
Mit Berufausbildung	BY	58	56	57	60	59	59	58	58	58	56	58
	WD	58	57	58	60	60	60	59	60	60	59	57
Mit (Fach-)Hochschule	BY	5	6	7	9	7	8	9	10	10	11	14
	WD	6	8	8	9	9	9	10	10	10	11	15
Tätige Inhaber/Vorstände/	BY	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	9
Geschäftsführer	WD	3	3	3	3	3	3	3	3	2	3	8

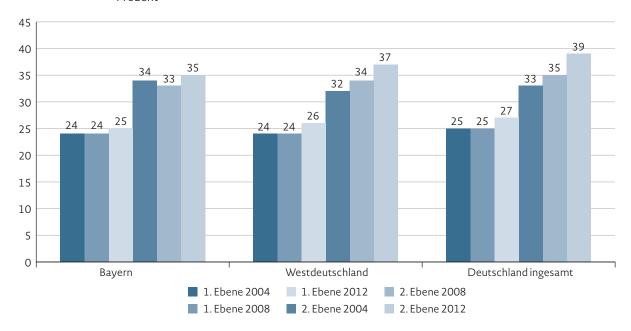
Quelle: INIFES, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 – Teil II, S. 67 f.

Frauen in Führungspositionen nehmen stetig zu

25 % der Führungskräfte auf der ersten und 35 % der Führungskräfte auf der zweiten Ebene sind Frauen. Wie Darstellung 3.31 zeigt, sind die Frauenanteile auf

beiden Ebenen 2012 im Vergleich zu den Jahren 2004 bzw. 2008 leicht gestiegen.

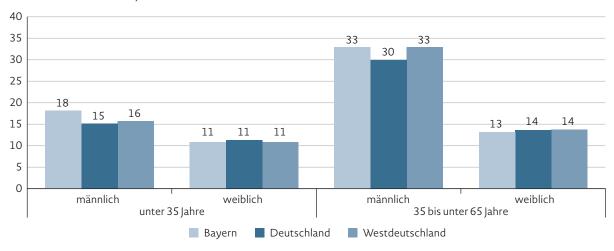
Darstellung 3.30: Frauenanteile auf der ersten und – soweit vorhanden – zweiten Führungsebene, Angaben in Prozent



Bei den Personen unter 35 Jahren in Bayern (wie in (West-)Deutschland) üben Männer mit 18% etwas häufiger eine Führungsposition⁷ aus als Frauen (11%, vgl. Darstellung unten).

In höherem Alter sind größere Unterschiede zu beobachten. Bei den 35- bis unter 65-Jährigen waren 2010 in Bayern 33% (Westdeutschland 33%) der Männer in einer Führungsposition, bei den Frauen in Bayern 13% (Westdeutschland 14%).

Darstellung 3.31: Führungsposition nach Alter und Geschlecht in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2010, in Prozent



^{*} Personen ab 16 Jahren.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2010

Die Fragen lauten im IAB-Panel: "Wie viele Personen haben in dem örtlichen Betrieb/der örtlichen Dienststelle eine Vorgesetztenfunktion auf der obersten Ebene (Geschäftsführer, Eigentümer, Vorstand, Filialleitung, Betriebsleitung)?" "Gibt es in ihrem Betrieb/ihrer Dienststelle unterhalb der obersten Führungsebene noch eine zweite Führungsebene?" "Wie viele Personen haben eine Vorgesetztenfunktion auf dieser zweiten Führungsebene?"

Erwerbsquoten in Bayern deutlich höher als im bundesweiten Durchschnitt

Erwerbsquoten beinhalten – im Gegensatz zu den Erwerbstätigenquoten – auch jene Personen, die Erwerbsarbeit suchen, aber keine finden können. In ihnen kommt – mehr noch als in den Erwerbstätigenquoten – die Erwerbsneigung zum Ausdruck. Die Erwerbsquote der 18- bis unter 65-Jährigen lag 2012 in Bayern mit 79,0% deutlich über derjenigen Westdeutschlands (76,6%) und Gesamtdeutschlands (77,1%).

In Bayern sank die Differenz zwischen männlicher und weiblicher Erwerbsquote von 13,1 Prozentpunkten in 2006 auf 11,0 Prozentpunkte in 2012. In 2012 lag sie in Bayern leicht über der gesamtdeutschen Differenz (10,7 Prozentpunkte), aber unter der westdeutschen (11,7 Prozentpunkte).

Am höchsten war 2012 die Erwerbsquote der 25- bis unter 50-Jährigen mit 89,3 %, während sich bei den 50- bis unter 65-Jährigen (74,9 %) bereits das nahende Regelrentenalter und bei den 18- bis unter 25-Jährigen noch die schulische bzw. berufliche Ausbildung bemerkbar machen.

Personen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss sowie Meister, Techniker und Personen mit Fachschulabschluss wiesen 2012 in Bayern eine Erwerbsquote von über 90% auf, während sie bei Personen ohne beruflichen Abschluss 70,8% betrug. Die Erwerbsquote von Personen mit Migrationshintergrund lag 2012 in Bayern mit 75,4% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 70,4%.

Darstellung 3.32: Erwerbsquoten nach sozioökonomischen Merkmalen in Bayern von 2006 bis 2012 und im (früheren) Bundesgebiet 2012, in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2	012
				Bayern				Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundesrepublik Deutschland
Insgesamt	77,2	77,5	78,4	78,6	78,1	78,7	79,0	76,6	77,1
Geschlecht									
männlich	83,7	83,6	84,2	84,4	84,2	84,2	84,5	82,4	82,4
weiblich	70,6	71,3	72,5	72,9	72,0	73,1	73,5	70,7	71,7
Alter									
unter 18				26,7	23,9	24,5	23,4	15,5	14,9
18 bis unter 25	69,1	69,1	70,8	68,9	67,8	68,1	68,0	64,1	64,2
25 bis unter 50	88,8	89,0	89,4	89,7	88,6	88,9	89,3	87,5	87,9
50 bis unter 65	67,3	68,5	69,5	70,9	72,0	73,7	74,9	73,1	73,4
Ausbildung									
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	39,5	40,6	43,7	43,2	41,7	42,8	42,0	40,9	40,6
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	70,6	69,1	68,9	69,1	68,9	69,6	70,8	66,8	66,9
Anlernberuf, Praktikum	78,2	76,2	71,5	71,1	74,8	75,1	73,7	74,7	73,7
Lehrausbildung, Berufsfachschul- abschluss	84,0	84,6	85,0	85,4	84,9	85,1	85,6	84,3	84,5
Meister, Techniker, Fachschule	89,6	89,7	90,6	90,9	90,4	90,7	90,3	90,4	90,0
(Fach-)Hochschule	90,9	90,8	91,4	91,6	90,3	91,0	91,3	91,2	91,1
Migrationshintergrund und Staatsa	ngehöri	gkeit							
mit Migrationshintergrund	73,6	73,4	73,8	74,9	73,5	74,2	75,4	70,7	70,4
ohne Migrationshintergrund	78,0	78,5	79,6	79,6	79,2	79,8	80,0	78,4	78,9
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	72,7	71,9	72,5	73,4	72,3	73,0	74,9	69,1	69,0
mit deutscher Staatsangehörigkeit	77,7	78,2	79,2	79,3	78,8	79,4	79,6	77,6	78,1

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende.

Jeweils rund ein Viertel der bayerischen Erwerbstätigen arbeitete 2012 abends oder samstags

Rund 3,97 Mio. bzw. rund 60% der 6,61 Mio. bayerischen Erwerbstätigen leisteten im Jahr 2012 ständig, regelmäßig oder auch nur gelegentlich Samstags-, Sonn- und/oder Feiertags-, Abend-, Nacht- oder Schichtarbeit. Ständig und regelmäßig taten sie dies am häufigsten abends (27%) und samstags (25%), am seltensten nachts (9%).

Die abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) arbeiten etwas seltener (zu 58%) ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende oder an Feiertagen sowie abends, nachts oder in Wechselschichten als die Erwerbstätigen insgesamt (60%), erneut die Frauen 11 Prozentpunkte seltener als die Männer.

Unter den abhängigen Erwerbstätigen tun dies die jüngeren häufiger (am häufigsten die 25- bis unter 35-Jährigen mit 62%) als ihre älteren Kolleginnen und Kollegen (60- bis unter 65-Jährige nur mehr zu rund 43%). Auch verheiratete abhängige Erwerbstätige sind insbesondere abends sowie sams-, sonn- und feiertags etwas seltener beschäftigt als ihre ledigen, geschiedenen und verwitweten Kolleginnen und Kollegen. Ebenfalls seltener außerhalb der üblichen Wochenarbeitszeit arbeiteten Teilzeit- (49%) als Vollzeittätige (61%) sowie abhängige Erwerbstätige mit unbefristetem (57%) eher als mit befristetem Vertrag (63%).

Darstellung 3.33: Erwerbstätige mit ständiger, regelmäßiger oder gelegentlicher Samstags-, Sonn- und/oder Feiertags-, Abend-, Nacht- und Schichtarbeit sowie deren Anteile an allen Erwerbstätigen in Bayern 2012, in Tausend und Prozent

		Anteile a	ın allen Erwer	bstätigen (de	r entsprec	henden Gr	uppe)			
	ständig, regelmäßig	ständig,	davon	ständig, regel	indig, regelmäßig (ohne: gelegentlich)					
	oder gelegentlich	regelmäßig oder gelegentlich	Samstags- arbeit	Sonn- und/ oder Feier- tagsarbeit	Abend- arbeit	Nacht- arbeit	Wechsel- schicht			
	Tausend			Prozent						
Alle Erwerbstätigen	3.972	60	25	14	27	9	13			
Frauen	1.644	54	27	15	24	6	12			
Männer	2.328	65	24	14	29	11	14			
Ausländer	464	65	30	18	32	11	18			
Ausländische Frauen	180	59	33	18	28	5	15			
Ausländische Männer	284	69	29	18	34	14	21			
Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende	3.175	58	22	13	26	9	15			
Frauen	1.367	52	25	14	23	6	13			
Männer	1.808	63	20	12	28	12	17			
Alter von bis unter Jahren										
15–35	1.067	61	25	13	28	9	16			
35-55	1.645	58	22	13	25	10	15			
55-65	424	50	19	11	20	6	11			
Familienstand										
Ledig	1.170	61	23	14	28	10	16			
Verheiratet	1.701	56	21	12	24	9	14			
Geschieden/Verwitwet	305	58	24	15	25	5	16			

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 2012

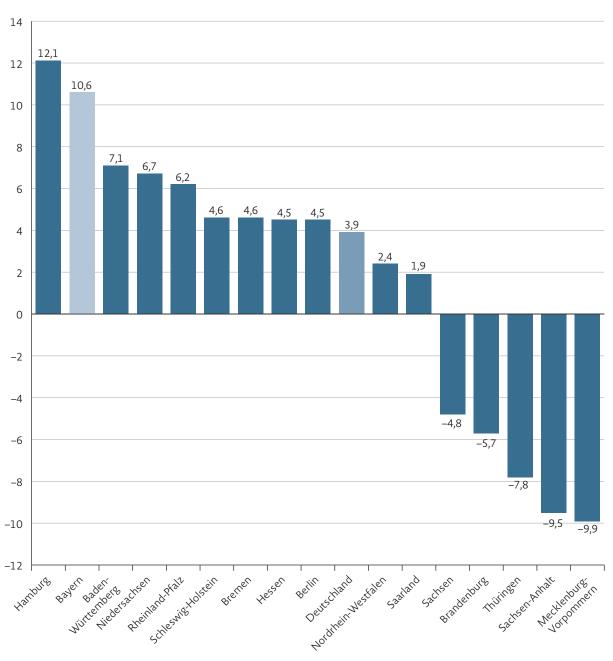
3.5 ENTWICKLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN BESCHÄFTIGUNG

Bayern verzeichnete die höchste Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 2000 bis 2012 unter den Flächenländern

Bayern konnte im Zeitraum von 2000 bis 2012 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 10,6% und damit die größte Zunahme unter den deutschen Flächenländern verzeichnen.

Bundesweit lag die Zunahme der Beschäftigung bei 3,9%. Einen relativ starken Rückgang verzeichnen die neuen Bundesländer, in denen zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 9,9% zurück.

Darstellung 3.34: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* 2000 bis 2012 nach Bundesländern in Prozent



^{*} Jeweils Juni.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern im Jahr 2012 deutlich angestiegen

Nach aktuellen Berechnungen gab es im Dezember 2012 im Freistaat 4,859 Mio. sozialversicherungsplichtig Beschäftigte. Das war ein historischer Höchststand.

Im Vorjahresvergleich verzeichnete Bayern damit ein Plus von rund 95.600 Beschäftigten bzw. 2,0%. Allgemein lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in allen Monaten des Jahres 2012 über denen des Vorjahres 2011 und noch deutlicher über denen im Jahr 2005.

Im Jahresverlauf steigt dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung jeweils saisonbedingt an, nachdem sie im Januar zunächst saisonbedingt gegenüber dem Dezember des Vorjahres zurückgeht. Während der Anstieg im Februar noch verhalten ausfällt (und 2005 sogar noch ein leichter Rückgang zu verzeichnen war), nimmt dieser im Frühjahr Fahrt auf und kommt im Sommer wieder zum Erliegen. Der stärkste Anstieg des Jahres erfolgt schließlich im September (2012: +1,6 % ggü. August) und ihren Höhepunkt erreicht

die Beschäftigung im Oktober (2012: 4,924 Mio.). In Richtung Winter erfolgen schließlich die saisonbedingten Rückgänge.

Die Betrachtung nach Branchen zeigt im Vorjahresvergleich fast ausschließlich Zuwächse. Dabei gab es die deutlichsten Anstiege im Bereich Wirtschaftliche Dienstleistungen (+26.100 bzw. 4,5 %), im Bereich Verarbeitendes Gewerbe (+18.200 bzw. +1,4 %) und im Gesundheits- und Sozialwesen (+12.900 bzw. +2,3 %).

Für den Bereich der Arbeitnehmerüberlassung – als Teilgröße der Wirtschaftlichen Dienstleistungen – ist jedoch ein Rückgang von 9.300 bzw. 7,8 % zu verzeichnen.

Darstellung 3.35: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern im Jahresverlauf 2012, 2011 und 2005, in Millionen



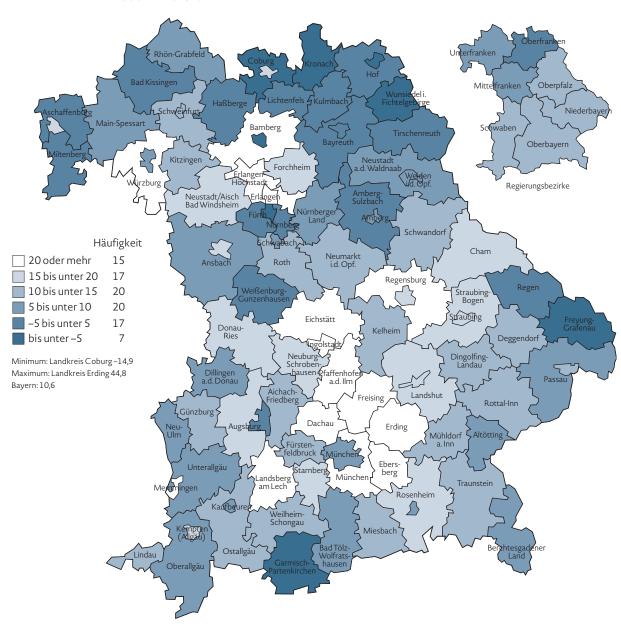
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Stärkste Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000-2012 in den Landkreisen östlich und nördlich von München, der Region Ingolstadt sowie nördlich von Nürnberg

Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2012 (jeweils zum 30.06.) in Bayern um 10,6 % zu. Dabei gab es regional doch deutliche Unterschiede.

So verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (+13,8%) und Oberpfalz (+12,7%) die größten Beschäftigungsgewinne, während in Oberfranken die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum nur um 1,0% zunahm. In der Mitte rangieren Schwaben und Niederbayern mit einem Zuwachs von jeweils 11,1% sowie Mittel- (+8,6%) und Unterfranken (+7,7%).

Darstellung 3.36: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, Veränderung 2012 gegenüber 2000 in Prozent



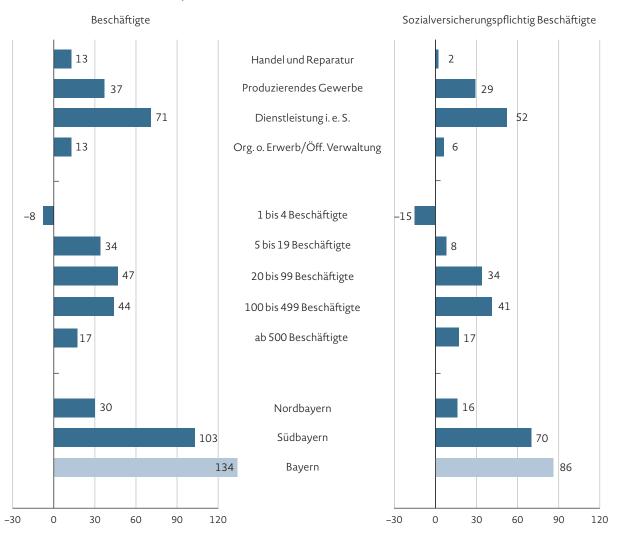
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Aufschwung 2011 bis 2012: Beschäftigungszuwachs bei fast allen bayerischen Betriebsformen

Darstellung 3.39 zeigt die kurzfristige Entwicklung 2011/2012 nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen, sowohl für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch für die Beschäftigten insgesamt. Wie schon in der Vorperiode verzeichnen alle ausgewiesenen Wirtschaftszweige nach der Wirtschaftskrise 2009 einen Anstieg, der im

Dienstleistungsbereich am stärksten ausfiel. Dabei ist – wie im Vorjahr – die Zahl der Beschäftigten nur in den Kleinstbetrieben gesunken: Mit –15 Tsd. fiel der Rückgang 2011/2012 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei diesen Betrieben mit bis zu vier Beschäftigten – im Gegensatz zum Vorjahr – stärker aus als bei den Beschäftigten insgesamt.

Darstellung 3.37: Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Juni 2011 bis Juni 2012 in den bayerischen Betrieben und Dienststellen (Angaben in Tsd. Personen)



Quelle: Hochrechnung IAB-Betriebspanel

Entsprechend des hochgerechneten IAB-Betriebspanel waren 86 Tsd. bzw. rund zwei Drittel der von Juni 2011 bis Juni 2012 in Bayern entstandenen 134 Tsd. Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig. Das bedeutet jedoch im Vergleich zu

den Zahlen 2010/2011 (+91 Tsd. bzw. rund 88% von +104 Tsd.), dass sich die Beschäftigungsausweitung wieder etwas weiter in Richtung der nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen verschoben hat.

3.6 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN

Atypische Beschäftigungsformen: In Bayern geringere Verbreitung als in (West-) Deutschland

In der ökonomischen wie in der soziologischen Literatur zum Arbeitsmarkt werden seit Jahren wenige Themen so intensiv anhaltend diskutiert wie die Zunahme atypischer bzw. besonderer Beschäftigungsverhältnisse und vice versa die Abnahme der Bedeutung des Norm(al)arbeitsverhältnisses. Sogar von einem "Ende der Erwerbsarbeit" war in diesem Kontext schon die Rede – eine sicher übertriebene Vision. Auch wird in der Debatte allzu gerne übersehen, dass die Mehrheit der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen tätig ist.

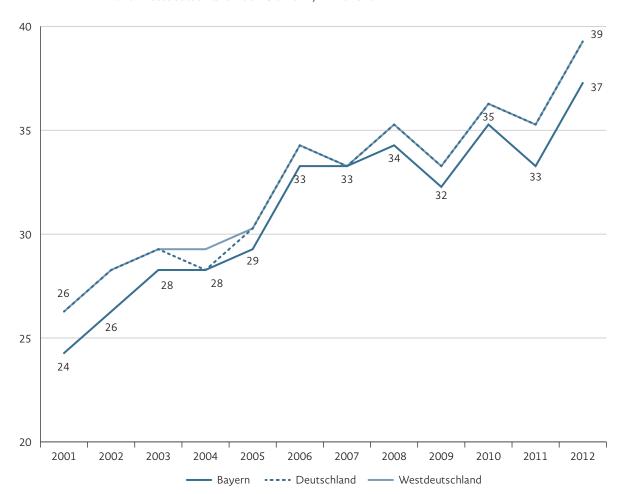
Hinzu kommt in dieser Diskussion eine Verwirrung, die dadurch entsteht, dass unterschiedliche Definitionen und Abgrenzungen von besonderen Beschäftigungsverhältnissen – noch dazu bei Verwendung verschiedener Datenquellen – naturgemäß zu unterschiedlichen quantitativen Angaben über Verbreitung und Entwicklung atypischer Beschäftigung im Detail führen. Wichtig ist es daher, zur Abschätzung gerade der Entwicklung eine über die Zeit einheitliche bzw.

kompatible Definition und Erfassung zu beachten. Eine der Datenquellen, die für die letzten zehn Jahre einen solchen konsistenten Erfassungsrahmen liefert, ist das IAB-Betriebspanel.⁸

Der Anteil der besonderen Beschäftigungsformen Teilzeit (inklusive Mini-Jobs) plus Vollzeit-Midi-Jobs plus befristet Beschäftigte plus Leiharbeitskräfte ist laut IAB-Betriebspanel zwischen 2001 und 2012 stark, aber mit zyklischen Schwankungen angestiegen (in Bayern von 24 auf 37 % und in West- wie Gesamtdeutschland von 26 auf 39 %). Atypische Beschäftigungsformen (darunter insbesondere Teilzeit) sind damit in Bayern weiterhin weniger verbreitet als in (West-)Deutschland.

Hierfür ist insbesondere die erhebliche Ausweitung der Teilzeitarbeit (inklusive Mini-Jobs) verantwortlich, die im Freistaat 2001 20% und in 2012 29% aller Beschäftigungsverhältnisse ausmachte.

⁸ Allerdings ist dabei zu beachten, dass das Panel bestimmte Betriebe und Dienststellen ex definitione nicht umfasst, nämlich Betriebe ohne mindestens ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.



Darstellung 3.38: Anteil von besonderen Beschäftigungsformen* an allen Beschäftigten in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2001 bis 2012, in Prozent

Darstellung 3.39: Anteile von Beschäftigten in besonderen Beschäftigungsformen an allen Beschäftigten in Bayern 2001 bis 2012, in Prozent

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Teilzeitbeschäftigte	20	22	22	21	22	26	24	25	24	27	25	29
darunter: Geringfügige/ "sonstige" Beschäftigte*	10	10	10	11	11	11	13	12	11	12	12	12
Midi-Jobs	_	-	-	3	3	3	4	3	3	3	2	3
Befristet Beschäftigte	4	4	4	5	6	6	7	6	6	6	6	7
Aushilfen/Praktikanten	-	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Freie Mitarbeiter	_	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1
Leiharbeitskräfte	-	1	1	1	1	1	2	2	1	2	1	1

^{*} Seit 2005 Trennung der zuvor vermischten Kategorien möglich, aber nur begrenzt relevant, da Restkategorie kaum besetzt. Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

^{*} Besondere Beschäftigungsformen: Teilzeitbeschäftigte, Vollzeit-Midi-Jobs (ab 2003), befristete Beschäftigte, Leiharbeiter (ab 2002). Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

3.6.1 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN - TEILZEIT

Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt kontinuierlich und erweist sich regional unterschiedlich

Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Freistaat 2011⁹ mit 3,770 Mio. Personen den bisherigen Spitzenwert von 2001 (3,777 Mio.) beinahe wieder erreicht hat¹⁰, ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten seit dem Jahr 2000 Jahr für Jahr angestiegen. 2011 gab es in Bayern 929 Tsd. sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte (2000: 620 Tsd., was einem Zuwachs um 50% entspricht). 779 Tsd. bzw. 83,9% davon waren Frauen. Der Männeranteil an der Gesamtzahl ist seit 2000 nur marginal angewachsen (vgl. Darstellung A19 im Materialienband).

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sv-Beschäftigten hat in Bayern etwas stärker als in Westdeutschland zugenommen, liegt aber 2011 mit 19,8% fast gleichauf mit dem westdeutschen Durchschnittswert (19,9%). Mit 18,4% ist der Teilzeitanteil in Oberbayern deutlich unterdurchschnittlich. Ansonsten liegt er nur noch in Niederbayern (19,5%) unter dem bayerischen Durchschnitt. Den höchsten Anteil verzeichnet Oberfranken mit 21,9%.

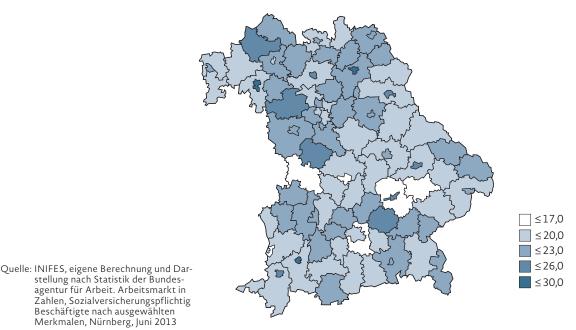
Darstellung 3.40: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern, Westdeutschland und den bayerischen Regierungsbezirken 2008 bis 2011, in Prozent

	2008	2009	2010	2011
Bayern	18,0	18,7	19,2	19,8
Westdeutschland	18,2	18,9	19,4	19,9
Oberbayern	16,8	17,4	17,9	18,4
Niederbayern	17,7	18,5	18,9	19,5
Oberpfalz	18,2	19,3	19,6	20,2
Oberfranken	19,9	20,9	21,3	21,9
Mittelfranken	19,0	19,7	20,1	20,5
Unterfranken	18,9	20,0	20,7	21,4
Schwaben	18,2	19,0	19,4	19,9

Quelle: INIFES, eigene Berechnung und Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Differenziert nach Kreisen zeigt nachfolgende Darstellung eine breite Streuung der Teilzeitanteile.

Darstellung 3.41: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den bayerischen Stadt- und Landkreisen 2011, in Prozent



⁹ Werte für 2012 werden von der Bundesagentur für Arbeit wegen Schwierigkeiten bei einer Statistikumstellung nicht zur Verfügung gestellt.

 $^{^{10}\,}$ Zwischenzeitlich war die Zahl auf 3,557 Mio. im Jahr 2005 zurückgegangen.

Wöchentliche Arbeitsstunden: Rund 8% der abhängig Beschäftigten möchten ihre wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit ausdehnen

Rund 8% der abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) nannten 2012 den Wunsch, ihre wöchentliche Erwerbsarbeitsstundenzahl aufzustocken, davon nannten 7% eine konkrete Stundenzahl. Im Durchschnitt ergab sich je Beschäftigter eine zusätzliche Wochenstundenzahl von 8 bis 8,5 Stunden. Wenn 8% der Beschäftigten durchschnittlich 8 bis 8,5 Stunden wunschgemäß mehr Erwerbsarbeit leisten würden, so würde dies ein zusätzliches volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen von ca. 2% bei den derzeitigen Arbeits- und Rahmenbedingungen bedeuten.

Gemessen an den zusätzlichen Arbeitswünschen könnten veränderte Arbeits- und Rahmenbedingen insbesondere Frauen zu einer Aufstockung ihrer Wochenarbeitszeiten bewegen: 9,6% der Frauen nannten den Wusch nach Mehrarbeit, bei den – weit überwiegend schon vollzeittätigen – Männern waren es 7,5%. Bei den Frauen handelt es sich fast hälftig um Wochenarbeitsstunden bis max. 31 Stunden. Bei Älteren (ab 55 Jahre) konzentrierte sich der Wunsch max. zusätzliche Wochenarbeitszeiten auf eine Zeitspanne von 36 bis 40 Stunden.

Repräsentative Daten, wie viele Beschäftigte ihre Wochenarbeitsstundenzahl gerne reduzieren würden, sind dem Mikrozensus nicht hinreichend zu entnehmen, da diese Frage freiwillig gestellt wurde und damit die Antworten weniger repräsentativ waren.

Darstellung 3.42: Abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) 2012 nach normalerweise geleisteten Erwerbsarbeitsstunden und ihrem Wunsch nach einer Aufstockung der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl

normalerweise geleistete	insgesamt abhängig Erwerbs-	darunter mit Wunsch, normalerweise mehr als gegenwärtig zu arbeiten und zugleich mit einer konkreten Angabe zur angestrebten Gesamtzahl der Arbeitsstunden, in % von insgesamt										
Arbeitsstunden	tätige	zusam- men	bis 14	15-20	21-31	32–35	36-40	41-44	45-49	50 und mehr		
unter 15 Stunden	3,9	0,6	/	/	/	/	0,3	-	/	/		
15-20 Stunden	2,1	0,4	-	/	/	/	0,3	-	/	/		
21–31 Stunden	2,3	0,5	-	-	/	/	0,4	/	/	/		
32-35 Stunden	7,4	0,8	-	_	-	_	0,6	/	/	/		
36-39 Stunden	19,8	1,3	-	_	-	-	0,4	0,2	0,5	0,2		
40 Stunden	40,3	2,4	-	_	-	-	_	0,2	1,1	1,0		
41 Stunden u. mehr	24,3	1,1	-	-	-	-	-	/	0,3	0,8		
Summe	100,0	7,0	/	/	/	/	/	/	/	/		

im Alter von	insgesamt,		mit Wunsch, normalerweise mehr als gegenwärtig zu arbeiten, in % von insgesamt je Altersgruppe; darunter angestrebte Gesamtzahl der Arbeitsstunden										
bis unter Jahre	in 1.000	zusammen	15-20	21-31	32–35	36-40	41-44	45-49	50 und mehr				
männlich													
Zusammen	2.885	7,5	/	/	/	1,9	0,6	1,9	2,2				
15-35	917	9,9	/	/	/	1,7	/	2,1	2,7				
35-55	1.488	7,3	/	/	/	1,9	0,3	1,9	2,0				
55-65	438	3,9	/	/	/	1,4	/	/	/				
			w	eiblich									
Zusammen	2.624	9,6	1,5	1,9	0,5	3,3	-0,3	0,7	0,7				
15-35	822	10,5	1,0	1,0	/	3,5	/	1,0	1,0				
35-55	1.363	10,3	1,8	2,5	/	3,7	/	/	/				
55-65	404	6,2	1,2	1,2	/	2,2	/	/	/				

 $Quelle: Mikrozensus\ 2012,\ Bayerisches\ Landesamt\ f\"{u}r\ Statistik\ und\ Datenverarbeitung$

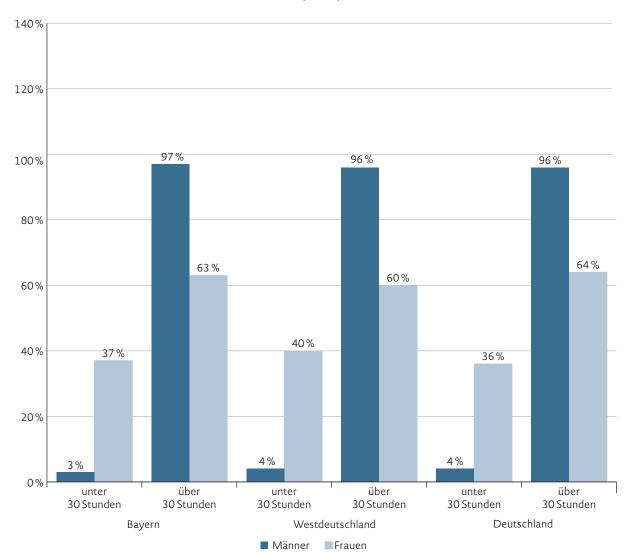
Arbeitszeiten pro Woche nach dem Geschlecht: Geringe Unterschiede zwischen Bayern und Westdeutschland

Hinsichtlich der prozentualen Verteilung von Teilzeiterwerbstätigkeit (hier: unter 30 Stunden pro Woche) und Vollzeittätigkeiten (hier: über 30 Stunden pro Woche) unterscheiden sich Männer und Frauen in Bayern und Westdeutschland kaum:

- Sowohl in Bayern wie Westdeutschland waren Männer nur zu einem verschwindend geringen Anteil (3 bis 4%) weniger als 30 Stunden erwerbstätig bzw. zu mehr als 96 bis 97% 30 Stunden und mehr erwerbstätig,
- während bei den Frauen der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen bei 37% in Bayern bzw. 40% in Westdeutschland lag, was umgekehrt bedeutet, dass in Bayern der Anteil Vollzeit erwerbstätiger Frauen etwas höher war als in Westdeutschland.

Zur Unterscheidung des Erwerbsumfangs nach dem Haushaltstyp siehe im Materialienband die Darstellungen A 5 und A6.

Darstellung 3.43: Erwerbsarbeitszeiten unter und ab 30 Stunden von Frauen und Männern in Bayern, Deutschland und Westdeutschland, 2009, Anteile in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2009

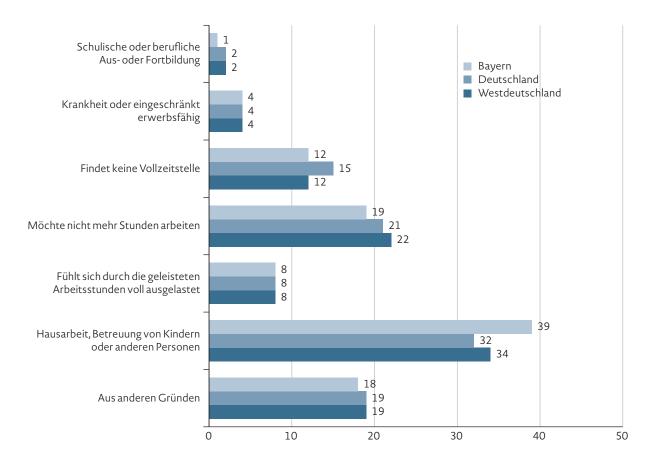
Betreuung von Kindern oder anderen Personen ist der Hauptgrund für eine Teilzeittätigkeit

Eine Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden pro Woche üben vor allem Frauen aus (89%). Die Hauptgründe, warum eine Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden pro Woche ausgeübt wurde, waren 2009 und 2010 zusammengefasst¹¹ – abgesehen von "anderen Gründen"

- vorrangig Hausarbeit bzw. die Betreuung von Kindern oder anderen Personen (Bayern: 39%, Westdeutschland: 34%),
- der Wunsch, keine Vollzeiterwerbstätigkeit auszuüben (19% in Bayern, 22% in Westdeutschland; fast ausschließlich Frauen (zu 95%)),
- die Aussage, das man keine Vollzeitstelle finde (Bayern und Westdeutschland: jeweils 12%, Deutschland: 15%),
- sowie bei 8% der Befragten das Gefühl, durch die geleisteten Arbeitsstunden (was auch andere Tätigkeiten als Erwerbsarbeit einschließt) voll ausgelastet zu sein.

Hauptgrund für eine Teilzeittätigkeit war damit neben der Hausarbeit bzw. Betreuung von Kindern oder anderen Personen der Wunsch, die Erwerbsarbeit nicht zu einer Vollzeittätigkeit auszudehnen, wobei die Begründung, man fühle sich bereits jetzt voll ausgelastet, nachrangig war.

Darstellung 3.44: Hauptgrund für eine Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden pro Woche in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2009/2010, in Prozent*



^{*} Personen ab 16 Jahren.

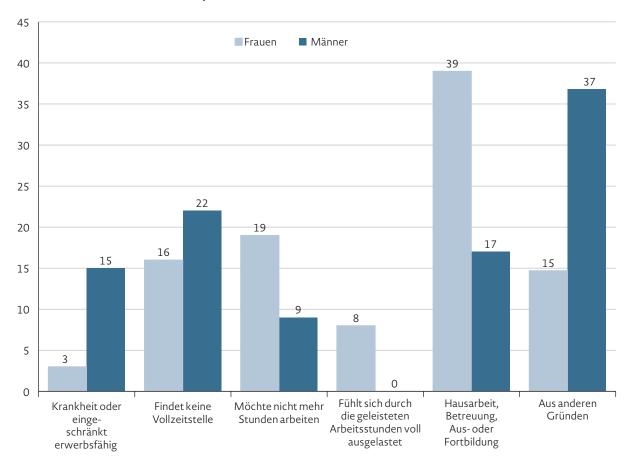
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2009 und 2010

¹¹ Nachdem sich die Ergebnisse für Bayern in den Jahren 2009 und 2010 deutlich voneinander unterschieden und die Unterschiede auch auf Zufallsschwankungen und die Gewichtung/Hochrechnung der Mikrodaten zurückzuführen sein könnte, wurden die Ergebnisse von 2009 und 2010 zusammengefasst, um diese Unsicherheiten zu reduzieren.

Die Hauptgründe für eine Teilzeittätigkeit waren erwartungsgemäß bei Frauen und Männern sehr unterschiedlich (vgl. Darstellung 3.45): Teilzeittätigkeit wurde hauptsächlich dann

- von Männern ausgeübt, wenn sie keine Vollzeitstelle fanden (22%), aufgrund von Hausarbeit, Betreuung oder Aus- und Fortbildung (17%), wegen Krankheit oder eingeschränkter Erwerbsfähigkeit (15%) oder aus unbestimmten anderen Gründen. Gründe wie "ich möchte nicht mehr Stunden arbeiten" oder man sei durch die geleistete Arbeitsstundenzahl voll ausgelastet, spielen für Männer eine wesentliche geringere bzw. keine Rolle, während sie für Frauen eine relevante Bedeutung hatten. 12
- Trotz der relativ hohen Bedeutung sind die beiden aufgrund geringer Fallzahlen zusammengefassten Gründe "Hausarbeit oder Betreuung" sowie "Ausoder Fortbildung" weitaus seltener als bei Frauen.
- von Frauen ausgeübt, weil sie andere Verpflichtungen wie Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen oder einer Aus- und Fortbildung (zusammen 39%) nachkommen mussten, nicht mehr Stunden arbeiten wollten (19%) oder keine Vollzeitstelle fanden (16%). 8% sind nicht Vollzeit erwerbstätig, weil sie sich durch die Tätigkeit bereits voll ausgelastet fühlten. Zu 15% werden von Frauen sogenannte "andere Gründe" für ihre Teilzeiterwerbstätigkeit angegeben.

Darstellung 3.45: Hauptgrund für eine Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden pro Woche bei Männern und Frauen in Bayern 2010, in Prozent*



^{*} Personen ab 16 Jahren.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2010

Die durchschnittlich normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden im Hauptberuf in Bayern,

Deutschland und der EU gibt Darstellung A15 im Materialienband wieder.

¹² Zu beachten ist, dass die Fallzahl der in Teilzeit erwerbstätigen Männer in Bayern aufgrund der seltenen Teilzeiterwerbstätigkeit unter Männern sehr gering ist (n = 35).

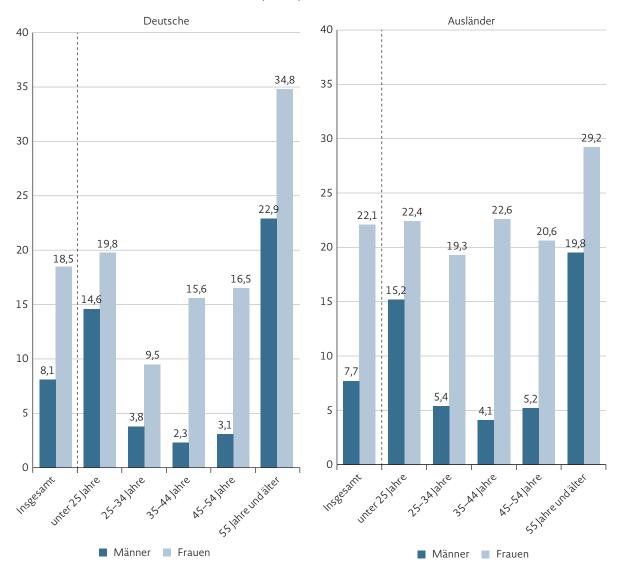
3.6.2 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN - MINI- UND MIDI-JOBS

Mini-Jobs: Vor allem bei Älteren beliebt

Geringfügig entlohnte Tätigkeit betrifft sowohl bei Deutschen wie Ausländern vorrangig Frauen. Bei Ausländern ist diese Geschlechterdifferenz noch etwas ausgeprägter als bei deutschen Bürgern.

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich sowohl bei deutschen wie ausländischen Frauen und Männern ein u-förmiger Verlauf. Es ist festzustellen, dass in den Altersgruppen unter 25 Jahren wie über 55 Jahren besonders häufig Mini-Jobs ausgeübt werden. In der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren sind es besonders Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Bei den ausländischen Männern ist die Mini-Jobtätigkeit ähnlich stark altersabhängig wie bei deutschen Männern, bei den ausländischen Frauen ist die Altersabhängigkeit unter 55 Jahren hingegen wenig ausgeprägt.

Darstellung 3.46: Anteile der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten nach Alter, Geschlecht und Nationalität in Bayern 2012 (30.06.), in Prozent



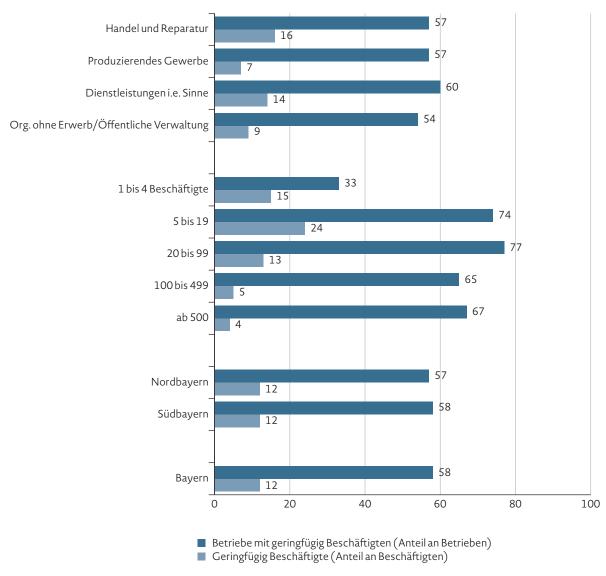
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Mini-Jobs: Bei allen Betriebsgrößen wachsend

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist in Bayern laut IAB-Betriebspanel zwischen Mitte 2011 und Mitte 2012 um hochgerechnet 47 Tsd. gestiegen, in Westdeutschland um 293 Tsd. Dies bedeutet einen Anstieg des Anteils der Mini-Jobs an allen Beschäftigten um einen halben Prozentpunkt. Gerundet liegt der Wert für Bayern bei 12%. In Westdeutschland ist dieser Anteil um einen Prozentpunkt höher. Gestiegen ist der Anteil der Minijobber v. a. in Kleinst- und Kleinbetrieben (vgl. Darstellung unten).

In 58% aller Betriebe im Freistaat gab es 2012 Mini-Jobber, vor allem im Bereich Dienstleistungen (60%). Unter den Kleinstbetrieben ist der Anteil mit nur einem Drittel am geringsten. In allen Betriebsgrößenklassen ab 5 Beschäftigten haben zwei Drittel und mehr der Betriebe und Dienststellen zumindest ein solches Beschäftigungsverhältnis.

Darstellung 3.47: Anteil der Betriebe mit geringfügig Beschäftigten und deren Beschäftigtenanteile 2012 (Angaben in Prozent)



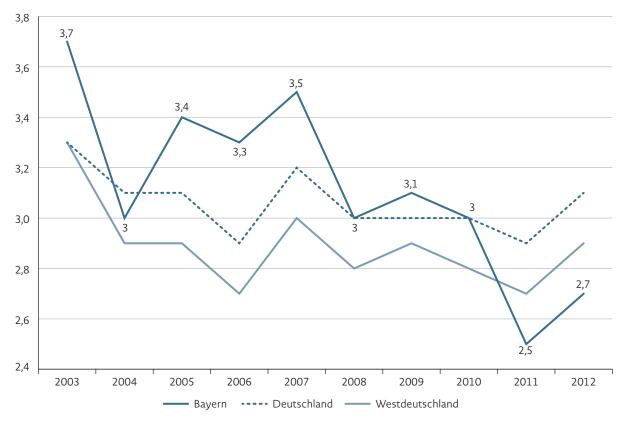
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

Midi-Jobs: Langsam abnehmende Bedeutung

Beschäftigte mit Midi-Jobs hatten bis zur Reform am 01.01.2013 ein Monatseinkommen zwischen 400 und 800 Euro (ab 01.01.2013: zwischen 450 und 850 Euro). In dieser "Gleitzone" steigen die Sozialversicherungsbeitragssätze langsam auf volle Beitragssätze an.

Im längerfristigen Trend hat der Anteil der Midi-Jobber an allen Beschäftigten – bei leichten Schwankungen – von 3,7 % seit der Einführung 2003 auf 2,7 % bis 2012 im Freistaat abgenommen (in Westdeutschland von 3,3 auf 2,9 %).

Darstellung 3.48: Anteil von Midi-Jobs an allen Beschäftigten* in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2003 bis 2012, in Prozent



^{*} Inklusive Auszubildende.

 $\label{eq:Quelle:INIFES} Quelle: INIFES, eigene \ Berechnungen \ nach \ IAB-Betriebspanel$

Unter den Midi-Jobbern befanden sich Mitte 2012 in Bayern 11 % Vollzeitbeschäftigte (Westdeutschland: 10%). Längerfristig gesehen ist dieser Anteil leicht zurückgegangen.

Midi-Jobber finden sich überdurchschnittlich häufig in der Oberpfalz und Niederbayern sowie in schwachstrukturierten Räumen.

Darstellung 3.49: Anteile der Beschäftigten mit Midi-Jobs an allen Beschäftigten sowie der Vollzeitbeschäftigten an allen Midi-Jobbern in Bayern, Deutschland und Westdeutschland, den Regierungsbezirken und Gebietskategorien 2012, in Prozent

	Anteil Beschäftigte mit Midi-Jobs an allen Beschäftigten	Anteil vz-besch. Midi-Jobber an allen Midi-Jobbern
Deutschland	3	11
Westdeutschland	3	10
Bayern	3	11
Oberbayern	2	7
Niederbayern	4	7
Oberpfalz	5	22
Oberfranken	3	5
Mittelfranken	2	16
Unterfranken	3	11
Schwaben	3	15
Verdichtungsraum	2	11
Ländlicher Raum	3	9
Schwachstruktu- rierter Raum	4	13

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

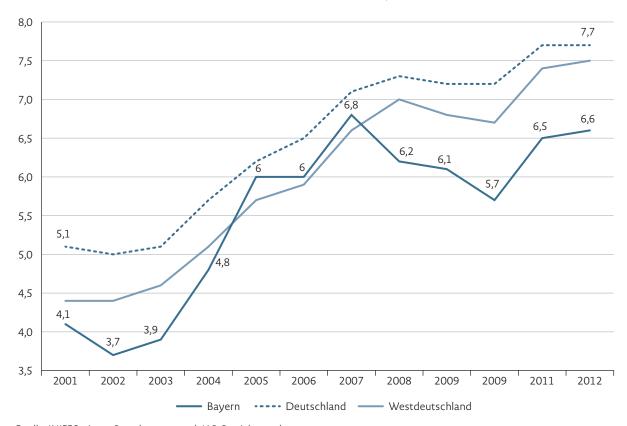
3.6.3 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN – BEFRISTETE BESCHÄFTIGUNG

Befristete Beschäftigung und befristete Neueinstellungen: In Bayern seltener als in Westdeutschland

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen Beschäftigten lag in Bayern im Jahr 2012 mit 6,6% über dem Wert des Jahres 2001 von 4,1%. Damit liegt der Anteil in Bayern deutlich unter der Zunahme in Westdeutschland mit Werten von 4,4% im Jahr 2001 und 7,5% im Jahr 2012. Noch höher liegen die Werte in Ostdeutschland, bei allerdings etwas

schwächerem Zuwachs (2001: 8,0%; 2012: 8,9%). Im Durchschnitt für ganz Deutschland ist ein Anstieg von 5,1 auf 7,7% festzustellen (vgl. Darstellung 3.50). Wie die Zeitreihe zeigt, folgt der Anteil keinem eindeutigen und einheitlichen konjunkturellen Muster (vor allem beim Vergleich der Krisenjahre 2003 bis 2005 mit dem Jahr 2009).

Darstellung 3.50: Anteil der befristet Beschäftigten an allen Beschäftigten (inklusive Auszubildende) in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2001 bis 2012, in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

Der Anteil befristeter an allen Beschäftigten war zum 30.06.2012 in Oberbayern und Mittelfranken mit 8% überproportional hoch. Gleiches gilt in der Differenzierung nach Gebietskategorien für die Verdichtungsräume. Im Regierungsbezirk Schwaben lag der Wert halb so hoch (vgl. Darstellung A22 im Materialienband).

57% aller befristet Beschäftigten waren in Bayern zum Stichtag 30.06.2012 Frauen, in West- und Gesamtdeutschland liegt der entsprechende Wert bei je 55%.

41% aller Neueinstellungen im 1. Halbjahr 2012 in Bayern erfolgten befristet. Dabei lag der bayerische Anteil unter denen in West- und Ostdeutschland mit je 45%. Gegenüber 2005 kam es zu einem Rückgang von 8 Prozentpunkten in Bayern; auch Deutschland verzeichnete einen Rückgang von 2 Prozentpunkten. In Westdeutschland lagen die Werte 2012 wie 2005 bei 45%.

· - - Deutschland Westdeutschland Bayern

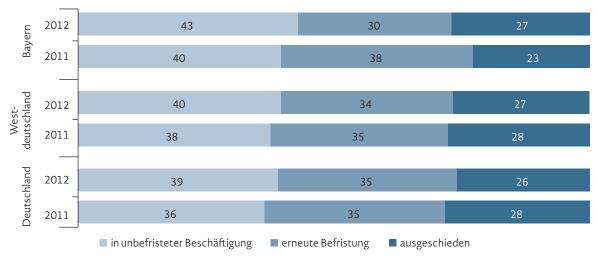
Darstellung 3.51: Anteil der befristeten an allen Neueinstellungen in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2001 bis 2012, in Prozent

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

In Bayern wurden im 1. Halbjahr 2012 mit 43 % mehr befristet Beschäftigte beim Auslaufen ihres Vertrages in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen als im westdeutschen bzw. gesamtdeutschen Durchschnitt (40 bzw. 39 %). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies jeweils einen leichten Zuwachs. Abgenommen hat dagegen, besonders in Bay-

ern, der Anteil der befristet Beschäftigten, die erneut einen befristeten Arbeitsvertrag erhielten. Dadurch lag dieser Anteil im Freistaat deutlich unter dem (west-)deutschen Durchschnitt. Rund ein Viertel schied mit Auslaufen des Vertrages aus (vgl. Darstellung 3.52).

Darstellung 3.52: Verbleib befristet Beschäftigter nach Vertragsende in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2011 und 2012 (jeweils erstes Halbjahr), in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

Befristung von Arbeitsverträgen: bei Jüngeren häufiger, mit zunehmendem Alter sinkend

Betrachtet man die im Jahr 2011 in Bayern vorliegenden Arbeitsverträge von abhängig Erwerbstätigen, ist festzustellen, dass es über 90% unbefristete Arbeitsverträge waren.

Differenziert nach Altersgruppen ergibt sich folgendes Bild: Die Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren verzeichnet mit 36% den höchsten Anteil aller befristeter Arbeitsverträge (unter 1 bis 36 Monate), gefolgt von der Altersgruppe von 20 bis 24 Jahren mit 22%. In

der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen sind noch 15% befristet, danach geht die Befristung der Arbeitsverträge kontinuierlich zurück und beträgt bei den 60- bis 64-Jährigen lediglich nur mehr 2%.

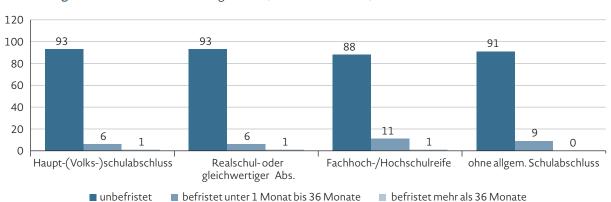
Aufgrund des hohen Anteils an Auszubildenden an den abhängig Erwerbstätigen mit befristetem Arbeitsvertrag (in Bayern 2012: rund 37,4%) sind die jüngeren Altersgruppen bzw. Berufseinsteiger deutlich häufiger befristet beschäftigt als die älteren.

120 befristet unter 1 Monat bis 36 Monate befristet mehr als 36 Monate 98 100 96 96 96 94 90 83 80 64 60 40 36 22 20 15 9 6 4 0 0 0 35-39 15 - 1920-24 25 - 2930 - 3440-44 45-49 50-54 55-59 60-64 Lebensalter in Jahren

Darstellung 3.53: Art des Arbeitsvertrages 2011, Anteile in Prozent, ohne Auszubildende

Nach der Qualifikation der Erwerbstätigen, die in einem befristeten Arbeitsvertrag (unter 1 bis 36 Monate) tätig sind, liegt der höchste Anteil mit 11 % bei Personen, die über Fachhoch-/Hochschulreife verfügen, betrifft also besonders Qualifizierte. Mit einem

Anteil von 9% folgen die Erwerbstätigen ohne allgemeinen Schulabschluss. Bei Erwerbstätigen mit Haupt-(Volks-)schulabschluss bzw. Realschul- oder gleichwertiger Bildung beträgt der Anteil der bis zu 36 Monaten befristeten Arbeitsverträge noch 6%.



Darstellung 3.54: Art des Arbeitsvertrages 2011, Anteile in Prozent, ohne Auszubildende

Quelle: Mikrozensus 2011 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

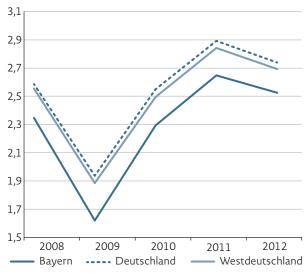
3.6.4 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN - ZEIT-/LEIHARBEIT

Zeitarbeit: Seit 2011 rückläufig

Die Zeitarbeit – oder Leiharbeit, wie sie im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz genannt wird – hatte in der Vergangenheit besonders starke Zuwächse erlebt, allerdings von relativ geringem Niveau ausgehend.¹³ Seit 2011 geht sie zurück.

In Bayern waren im Bereich Überlassung von Arbeitnehmern Mitte 2012 knapp 122 Tsd. Arbeitskräfte beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von 2,5 % an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der weiterhin geringer ausfällt als in West-bzw. Gesamtdeutschland. Nach den langfristig starken Zuwachsraten war die absolute Zahl in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 deutlich eingebrochen, ist dann bis 2011 erneut stark angestiegen und 2012 wieder leicht zurückgegangen. Ob dies einen Stopp des langfristigen Trends (evtl. im Kontext eines Ausweichens auf andere Beschäftigungsformen wie Werkverträge) bedeutet, kann noch nicht entschieden werden.

Darstellung 3.55: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2008 bis 2012, in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) insgesamt und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Nachfolgende Darstellung zeigt, dass Zeitarbeitskräfte weit überdurchschnittlich häufig Männer bzw. Jüngere sind.

Darstellung 3.56: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Alter und Geschlecht in Bayern und Westdeutschland 2012, in Prozent

	Bayern	Westdeutschland
Insgesamt	2,5	2,7
Männer	3,2	3,5
Frauen	1,8	1,7
unter 25 Jahre	3,9	4,2
25-34 Jahre	3,6	4,0
35-44 Jahre	2,2	2,4
45-54 Jahre	1,8	1,9
55 Jahre und älter	1,4	1,5

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) insgesamt und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Besonders ausgeprägt ist der überproportionale Anteil der Zeitarbeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit geringerer Qualifikation. Bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsausbildung ist der Anteil der Leiharbeitskräfte fast achtmal so hoch wie bei solchen mit Hochschulabschluss (vgl. Darstellung A17 im Materialienband sowie zu Praktikanten und freien Mitarbeitern Darstellung A18).

¹³ Die Zahl der Leiharbeitskräfte kann aus verschiedenen Quellen dargestellt werden (Erwerbstätigen- oder Betriebsbefragungen, Statistik der BA). Alle Quellen weisen bei leicht unterschiedlichen Absolutzahlen gleiche Trends und Strukturanteile nach. An dieser Stelle werden Daten aus der Statistik der BA verwendet. Diese umfassen neben den eigentlichen Leiharbeitskräften auch die bei den Zeitarbeitsfirmen beschäftigten eigenen Arbeitskräfte.

3.6.5 BESCHÄFTIGUNGSFORMEN – SONSTIGES

Anwendung von Tarifverträgen 2001 bis 2012: Tendenz rückläufig

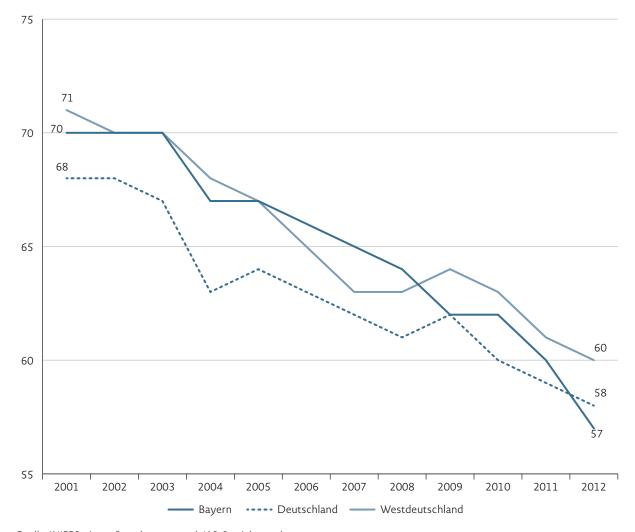
Seit 2001 ist in Bayern der Anteil der Betriebe und Dienststellen, in denen ein Branchen- oder Haus-/ Firmentarifvertrag gilt, an allen Betrieben von 50% in 2001 auf 32% in 2012 gesunken (Daten des IAB-Betriebspanel).

Da Tarifverträge eher in mittleren und größeren Betrieben gelten, fällt der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag an allen Beschäftigten höher aus. Dennoch nehmen auch diese Anteilswerte im Betrachtungszeitraum deutlich ab – wiederum im Freistaat Bayern (von 70 auf 57%) etwas stärker als

im westdeutschen Durchschnitt (von 71 auf 60%) bzw. in Deutschland insgesamt (von 68 auf 58%).

Über die direkte Tarifgeltung hinaus gibt es auch noch die Möglichkeit, dass sich Betriebe ohne gültigen Tarifvertrag an einem solchen orientieren. Der Anteil solcher Betriebe und auch der Anteil der Beschäftigten in solchen Betrieben an allen Beschäftigten steigen im Freistaat seit 2002 deutlich – ebenso aber auch derjenige der Betriebe bzw. Beschäftigten in solchen Betrieben, in denen Tarifverträge weder eine direkte noch eine indirekte Anwendung finden.

Darstellung 3.57: Anteile der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2001 bis 2012, in Prozent



 $\label{eq:Quelle:INIFES} Quelle: INIFES, eigene \ Berechnungen \ nach \ IAB-Betriebspanel$

Berufliche Weiterbildung in den Betrieben¹⁴ 2001 bis 2012

Wie die nachfolgende Darstellung zeigt, ist der Anteil von in die Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr gesunken und danach auf 30% angestiegen. Mit 32% ist die Weiterbildungsquote in Südbayern inzwischen höher als in Nordbayern (28%).

Mit einer Weiterbildungsquote von 33 % liegt der Anteil von Frauen mit geförderter Weiterbildung im 1. Halbjahr 2012 im Freistaat über der Quote bei den Männern Der Anteil von Beschäftigten mit Weiterbildungsförderung war in den letzten Jahren bei den Frauen immer tendenziell leicht höher als bei Männern.

In Kleinstbetrieben ist die Quote der in betriebliche Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten geringer als in den anderen Betriebsgrößenklassen.

Ostdeutsche Betriebe fördern – wie schon in früheren Jahren – die Weiterbildung eines etwas größeren Anteils ihrer Beschäftigten als westdeutsche bzw. auch bayerische Betriebe.

Darstellung 3.58: Weiterbildungsquoten nach Geschlecht, Betriebsgrößenklasse und regionaler Abgrenzung 2001 bis 2012, Angaben bezogen auf alle Betriebe in Prozent

	2002	2005	2007	2000	2000	2010	20	10
	2003	2005	2007	2008	2009	2010	Männer	Frauen
1 bis 4 Beschäftigte	13	18	23	24	18	18	18	18
5 bis 19	19	21	24	30	24	26	23	29
20 bis 99	24	22	22	25	23	24	24	24
100 bis 499	24	21	23	25	25	24	23	25
ab 500	29	24	20	30	25	27	26	28
Nordbayern	22	21	25	29	24	25	24	25
Südbayern	24	22	20	26	23	25	23	27
Bayern	23	22	20	27	24	25	24	26
Westdeutschland	23	22	22	27	25	25	24	27
Ostdeutschland	27	26	27	31	29	30	26	34
Deutschland insgesamt	24	22	22	27	26	26	24	28

Umrechnung der Teilnahmefälle in Personen.

Quelle: INIFES 2013 (Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012)

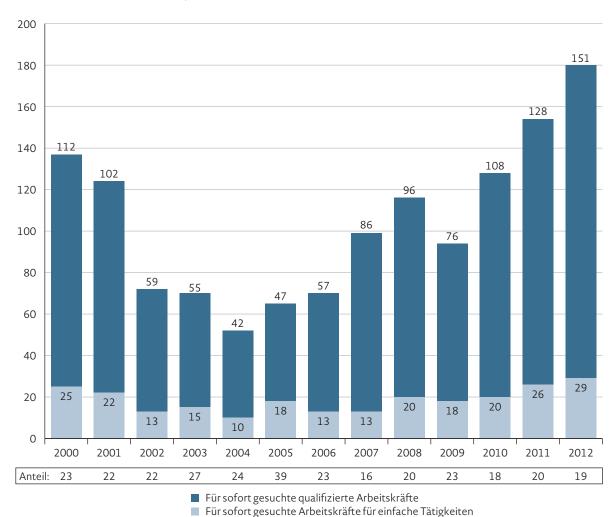
¹⁴ Differenzierte Aussagen enthält für Bayern insbesondere der INIFES-Bericht "Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2011" (http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm)

Struktur der offenen Stellen im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes: Zunehmend mehr Vakanzen insbesondere für mittlere Qualifikationen

Am Arbeitsmarkt treffen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zusammen, die beide einem langfristigen Trend zu höheren Qualifikationen unterliegen. Technikentwicklung und Globalisierung führen einerseits dazu, dass hierzulande höhere Qualifikationen stärker nachgefragt werden und der Anteil der Nachfrage nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten tendenziell sinkt. Andererseits hat die Bildungsexpansion dazu geführt, dass das durchschnittliche Qualifikationsniveau langfristig steigt.

Für die Jahresmitte 2012 weist das IAB-Betriebspanel in Bayern mit hochgerechnet 151 Tsd. Vakanzen einen Spitzenwert für sofort gesuchte Arbeitskräfte auf. 29 Tsd. davon bezogen sich auf Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten. Der Anteil dieser an allen Vakanzen (2012: 19%) lag 2011/12 etwas niedriger als in den Boom-Jahren 2000/01, was auf einen langsamen Rückgang der Nachfrage nach geringer qualifizierten Arbeitskräften hindeutet. Die Zahl vakanter Stellen für qualifizierte Arbeitskräfte schwankt dabei konjunkturell stärker als diejenige für einfache Tätigkeiten. 15

Darstellung 3.59: Anzahl der für sofort gesuchten Arbeitskräfte (Vakanzen), darunter derjenigen für einfache Tätigkeiten und Anteil der Vakanzen für einfache Tätigkeiten an allen Vakanzen in Bayern 2000 bis 2012, in Tausend und Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

¹⁵ Andererseits steigt die Nachfrage nach qualifizierten Bewerbern in Jahren guter Konjunktur deutlich an. Darstellung A17 im Materialienband zeigt dies anhand des Anteiles der nicht besetzten Stellen für qualifizierte Tätigkeiten an allen angebotenen Fachkräftestellen während eines bestimmten Zeitraums.

Bei einem Vergleich der Qualifikationsstruktur der Vakanzen mit der des Personalbestandes in den Betrieben und Dienststellen in Bayern wird sichtbar, dass in Bayern wie in Westdeutschland die Anteile der für sofort gesuchten Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten geringer ausfallen (knapp ein Fünftel) als der Bestandsanteil von Beschäftigten für einfache Tätigkeiten (knapp ein Viertel).

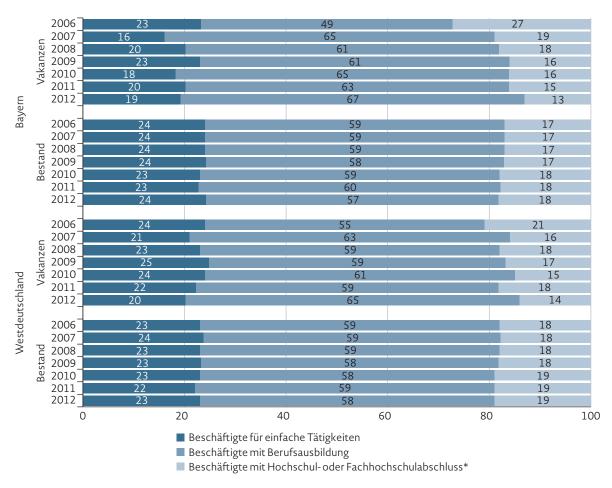
Der Anteil der Vakanzen für einfache Tätigkeiten ist in Bayern etwas geringer, der Anteil der Beschäftigten an einfachen Tätigkeiten dagegen etwas höher als im westdeutschen Durchschnitt.

Aber auch der Anteil der vakanten Stellen für Hochqualifizierte – mit (Fach-)Hochschulabschluss plus tätige Inhaber/Geschäftsführer/Vorstände – fällt in

Bayern wie Westdeutschland niedriger aus als es ihrem Anteil an den Beschäftigten im Bestand entspricht (besonders zur Jahresmitte 2012 mit 13 versus 18% in Bayern).

Größer als der Beschäftigtenanteil im Bestand ist dagegen der Anteil an den Vakanzen bei den mittleren Qualifikationen (Beschäftigte mit Berufsabschluss). Dies ist in Bayern tendenziell noch ausgeprägter der Fall als im westdeutschen Durchschnitt und unterstreicht die Bedeutung allseitiger Bildungsanstrengungen und speziell von Bemühungen um Ausbildung (Übernahmen an der ersten und zweiten Schwelle)¹⁶. Soweit es zu Engpässen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften kommt, ist dies am ehesten auf der mittleren Qualifikationsebene der Fall.

Darstellung 3.60: Struktur der für sofort gesuchten Arbeitskräfte im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes in Bayern und Westdeutschland 2006 bis 2012 (jeweils 30.06.), in Prozent



^{*} Inkl. Tätige Inhaber, Geschäftsführer, Vorstände

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel.

Ygl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2011): Soziale Lage in Bayern 2011, München, S. 141.

In der Gegenüberstellung der Anteile von einfachen Tätigkeiten am Beschäftigtenbestand und an den vakanten Stellen nach Regierungsbezirken und Gebietskategorien für 2012 wird der hohe Anteil von Geringqualifizierten in Niederbayern (beim Bestand und bei den für sofort gesuchten Arbeitskräften) sichtbar, gefolgt von Schwaben (beim Bestand).

Den niedrigsten Anteil der Vakanzen für einfache Tätigkeiten verzeichnet Mittelfranken, den geringsten Anteil an Beschäftigten für einfache Tätigkeiten im Bestand Oberbayern. Auffällig hoch ist der Anteil von für sofort gesuchten Beschäftigten für einfache Tätigkeiten im ländlichen Raum.

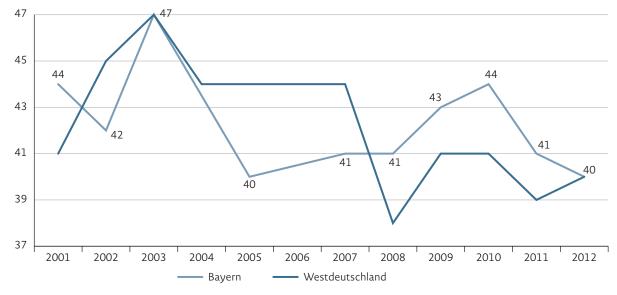
Darstellung 3.61: Anteile Beschäftigter für einfache Tätigkeiten an allen Beschäftigten und der für sofort zu besetzenden Stellen für einfache Tätigkeiten an allen Vakanzen in Bayern, Deutschland und Westdeutschland sowie den Regierungsbezirken und Gebietskategorien 2012 (30.06.), in Prozent

	Anteil Beschäftigte für einfache Tätigkeiten an allen Beschäftigten	Anteil Vakanzen für einfache Tätigkeiten an allen Vakanzen
Deutschland	22	20
Westdeutschland	23	20
Bayern	24	19
Oberbayern	20	18
Niederbayern	32	38
Oberpfalz	26	19
Oberfranken	26	21
Mittelfranken	25	12
Unterfranken	24	20
Schwaben	29	20
Verdichtungsraum	23	14
Ländlicher Raum	24	28
Schwachstrukturierter Raum	26	15

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

Zu beachten ist, dass der Anteil der Einstellungen von Beschäftigten für einfache Tätigkeiten an allen Personaleinstellungen mit 40 und mehr Prozent (vgl. Darstellung 3.62) im letzten Jahrzehnt weit über deren Anteil an den Beschäftigten liegt (in Bayern wie in Westdeutschland). Der Grund: Die Beschäftigungsstabilität ist bei Geringqualifizierten erheblich geringer als bei qualifizierten Beschäftigten.

Darstellung 3.62: Anteil der Personaleinstellungen für einfache Tätigkeiten an allen Personaleinstellungen in Bayern und Westdeutschland 2001 bis 2012 (jeweils 1. Halbjahr), in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel

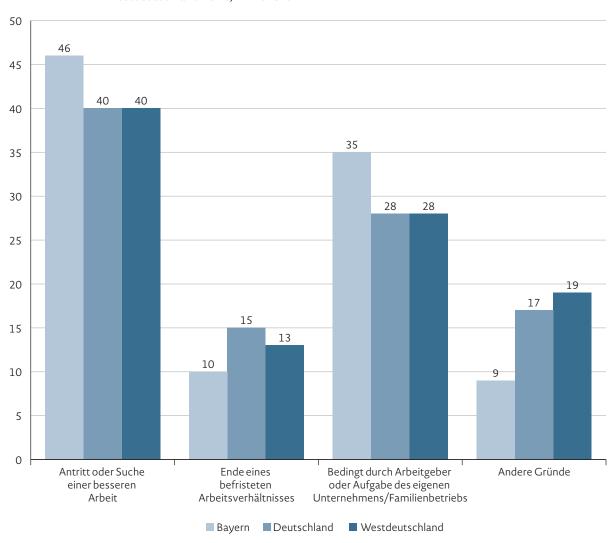
Antritt oder Suche einer besseren Arbeit ist der Hauptgrund für einen Arbeitsplatzwechsel

Zwischen 2009 und 2010 wechselten 6% der Erwerbstätigen in Bayern ihren Arbeitsplatz, wobei kein statistisch belastbarer Unterschied zu Deutschland und Westdeutschland festzustellen ist (je 7%).

Als häufigster Grund für einen Arbeitsplatzwechsel im letzten Jahr wurde, in Bayern mit 46 % etwas häufiger als in Westdeutschland mit 40 %, der Antritt bzw. die Suche einer besseren Arbeit genannt – vor einer Entlassung/Betriebsauflösung oder anderen

arbeitgeberbedingten Gründen, was in Bayern mit 35% ebenfalls etwas häufiger genannt wurde als in Westdeutschland mit 28%. Das Ende eines befristeten Arbeitsverhältnisses war in Bayern mit 10% ein seltenerer Grund als in Westdeutschland mit 13%, ebenso wie die nicht näher spezifizierten Gründe, die in Bayern 2010 mit 9% deutlich seltener geäußert wurden als in Westdeutschland mit 19%, wohingegen der Unterschied im Jahr 2009 relativ gering ausfiel.

Darstellung 3.63: Hauptgrund für den Arbeitsplatzwechsel im Vorjahr in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2010, in Prozent



^{*} Personen ab 16 Jahren.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen aus EU-SILC 2010

Weitere Daten hinsichtlich Alter und Geschlecht können für das Jahr 2009 dem Materialienband entnommen werden (Darstellung A 7a).

Hauptgrund für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit ist der Ruhestand

Der Hauptgrund für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit in Bayern ist im Jahr 2012 bei rund 62% aller Personen ab 15 Jahren der Eintritt in den Ruhestand, gefolgt von der Übernahme persönlicher und familiärer Verpflichtungen (28%). Selbst ohne die zahlenmäßig starke Gruppe der älteren Nichterwerbstätigen gaben mit 32% immer noch mehr der 15- bis unter 65-Jährigen den Ruhestand (hauptsächlich aus gesundheitlichen Gründen) als Hauptgrund für den Erwerbsaustritt an als persönliche und familiäre Verpflichtungen (28%).

Erwartungsgemäß wechselt der Hauptgrund für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit mit dem Alter bzw. Lebensabschnitt. Während rund 30% der Nichterwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 35 Jahren im Jahr 2012 in Bayern angaben, ihre letzte Erwerbstätigkeit aufgrund der Aufnahme einer Ausbildung (auch Studium) beendet zu haben (insbesondere bis zum Alter von 24 Jahren), spielt dieser Grund für die älteren Altersgruppen naturgemäß keine Rolle mehr. Ab dem Alter von 25 Jahren werden dann persönliche und familiäre Verpflichtungen der Hauptgrund für

fast ausschließlich Frauen, ihre Erwerbstätigkeit zu beenden bzw. zu unterbrechen. Während dieser Grund für Frauen ab dem Alter von 55 Jahren deutlich an Bedeutung verliert, wird ab diesem Lebensalter der Ruhestand zum dominierenden Grund, aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden. Zunächst geschieht dies vornehmlich aus gesundheitlichen Gründen, wobei im Alter von unter 60 Jahren etwas mehr Frauen (rd. 56 Tsd.) als Männer (rd. 53 Tsd.) deswegen in den Ruhestand gegangen sind. Die 60- bis unter 65-Jährigen sowie die ab 65-Jährigen wurden schließlich zu 65% bzw. 76% aufgrund des Eintritts in den Ruhestand zu Nichterwerbstätigen, dann auch durch Arbeitslosigkeit und vornehmlich aus Altersgründen. Die Ergebnisse einer Sonderauswertung zum Ruhestandseintrittsalter nach ausgeübtem Beruf für 2009 gibt Darstellung A 7b im Materialienband wieder.

Entlassungen, befristete Arbeitsverträge und eigene Kündigungen sind deutlich seltener Gründe der Nichterwerbstätigkeit und haben anteilsmäßig nur für die jüngeren und mittleren Altersgruppen eine gewisse Bedeutung.

Darstellung 3.64: Hauptgründe für die Beendigung der letzten Tätigkeit von ehemals abhängig beschäftigten Nichterwerbstätigen in Bayern 2012, in Tausend und Prozent

				davon im	Alter von .	bis unte	r Jahren	
	Insge	esamt	15-35	35-55	55-60	60-65	15-65	65 oder älter
	Tausend				Prozent			
Entlassung	170	5	4	14	12	8	10	3
Befristeter Arbeitsvertrag	38	1	7	1	/	/	2	/
Eigene Kündigung	138	4	8	9	5	4	7	3
Ruhestand	2.029	62	-	17	33	65	32	76
 vorzeitig nach Vorruhestands- regelung oder Arbeitslosigkeit 	320	10	-	-	/	17	6	12
► aus gesundheitlichen Gründen	565	17	-	17	33	27	19	16
aus Altersgründen und sonstigen Gründen	1.144	35	-	/	/	22	7	49
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	587	18	34	42	25	14	28	13
Ausbildung (auch Studium)	74	2	30	/	/	/	6	/
Sonstige Gründe	192	6	5	12	14	8	9	4
Ohne Angabe	37	1	/	/	/	/	/	1
Insgesamt (in Tausend)	3.267	-	233	336	153	367	1.089	2.178

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 2012

(Aus-)Bildung, Ruhestand sowie persönliche und familiäre Verpflichtungen sind Hauptgründe, warum Nichterwerbstätige (gegenwärtig) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren keine Arbeit suchen

Unter den rund 1,75 Mio. nichterwerbstätigen 15bis unter 65-Jährigen, die im Jahr 2012 in Bayern keine Arbeit suchten, ist die schulische oder berufliche Ausbildung von rund 656 Tsd. und damit rund 38% der am häufigsten genannte Grund, gefolgt vom Ruhestand (348 Tsd. bzw. 20%) sowie persönlichen oder familiären Verpflichtungen (328 Tsd. bzw. 19%). Die Reihenfolge der Gründe ergibt sich auch daraus, dass beinahe die Hälfte der Nichterwerbstätigen der jüngsten Altersgruppe der 15- bis unter 35-Jährigen (838 Tsd. bzw. 48%) angehörte (darunter alleine 638 Tsd. 15- bis unter 25-Jährige), von denen 77% (und sogar 92% der 15- bis unter 25-Jährigen) diesen Grund angaben. Im Gegensatz zu den Gründen für die Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit (siehe Darstellung 3.64) fällt hier die jüngste Altersgruppe stärker ins Gewicht, da viele von ihnen noch keine Erwerbstätigkeit aufgenommen hatten.

Während beim Hauptgrund der (Aus-)Bildung das Geschlechterverhältnis ausgeglichen ist (329 Tsd. jüngere Frauen zu 327 Tsd. jüngere Männer), gibt es insgesamt weit weniger 15- bis unter 65-jährige nichterwerbstätige Männer (653 Tsd.) als gleichaltrige Frauen (1,09 Mio.), die keine Arbeit suchen. Insbesondere aufgrund persönlicher oder familiärer Verpflichtungen haben 316 Tsd. Frauen aber nur 14 Tsd. Männer der überwiegend mittleren Altersgruppen (186 Tsd. bzw. rund 59% der Frauen sind im Alter von 25 bis unter 45 Jahren) die Arbeitssuche (vorübergehend) eingestellt. Aber auch aufgrund des Ruhestandes sind mehr 15- bis unter 65-jährige Frauen (190 Tsd., darunter 148 Tsd. zwischen 60 und 64) nichterwerbstätig als Männer (157 Tsd., darunter 122 Tsd. zwischen 60 und 64), was überwiegend auf eine Diskrepanz bei den 60- bis unter 63-Jährigen zurückgeführt werden kann.

Unter den 2,34 Mio. 65-jährigen oder älteren Nichterwerbstätigen, die in der Tabelle nicht berücksichtigt wurden, dominiert naturgemäß der Ruhestand (92%) als Grund, weswegen diese keine Arbeit mehr suchten.

Darstellung 3.65: Gründe, warum 15- bis unter 65-jährige Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen, in Bayern 2012 nach Geschlecht und Alter, in Tausend und Prozent

	Insge-	Frauen	Männer			rauen und Männer) 1 bis unter Jahren				
	samt (15-65)	(15-65)	(15-65)	Insge- samt (15-65)	15-35	35–55	55-60	60-65		
		Tausend				Prozent				
Krankheit oder (vorübergehende) Arbeitsunfähigkeit	69	39	31	4	/	10	10	2		
Frühinvalidität oder sonstige Behinderung	114	56	59	7	1	14	16	6		
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	328	316	14	19	13	43	22	7		
Schulische oder berufliche Ausbildung	656	329	327	38	77	/	-	_		
Ruhestand	348	190	157	20	-	8	28	72		
Sonstige Gründe	229	167	64	64 13 6 20 21 2						
Insgesamt (in Tausend)	1.745	1.094	653	1.745	838	369	162	377		

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des LfStaD nach Mikrozensus 2012

3.7 ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeitslosenquote in Bayern seit 2005 halbiert. Bayern stabil 3 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt

Die Arbeitslosenquote liegt in Bayern stabil seit mehr als 10 Jahren um rund 2 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Der Abstand zum bundesdeutschen Durchschnitt erweist sich sogar noch größer. 2012 erzielte Bayern mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 % erneut die geringste unter den deutschen Bundesländern. Diese lag weit bzw. rund 3,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 6,8 % und rund 2,2 Prozentpunkte unter jener von Westdeutschland mit 5,9 %.

Nach dem Anstieg der Arbeitslosenquoten von 2001 bis 2005 kam es im Anschluss bedingt durch die Arbeitsmarktreformen (insbesondere der Grundsicherung für Arbeitssuchende) und im Zuge eines relativ starken Wirtschaftswachstums zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dieser wurde durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr

2009 vorübergehend unterbrochen, setzte sich im Rahmen der sich anschließenden wirtschaftlichen Erholung jedoch wieder fort. Von 2009 bis 2012 ging die Arbeitslosigkeit in Bayern erneut um rund 70.300 Personen bzw. –22,0% zurück (bundesweit um rund 517.500 bzw. –15%).

Insgesamt erweist sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Bayern wie Deutschland seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 bemerkenswert. In Bayern (und bundesweit) sank die Arbeitslosenquote bis 2012 um über 4,0 Prozentpunkte und hat sich damit mehr als halbiert (2005: 7,8%; 2012: 3,7%).

Einen EU-weiten Vergleich der Erwerbslosenquoten geben im Materialienband die Darstellungen A11 bis A14 wieder.

Darstellung 3.66: Arbeitslosenquoten* in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012, in Prozent



^{*} Jahresdurchschnitt bezogen auf alle Erwerbspersonen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen: Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II lag 2012 in Bayern deutlich niedriger als bundesweit

Seit Beginn des Jahres 2005 wurde mit der sozialen Sicherung Arbeitsloser nach dem SGB III (Stichworte: Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosigkeit in der Regel nicht über einem Jahr) und SGB II (Stichworte: steuerfinanzierte Grundsicherung, Arbeitslosigkeit oftmals auch länger als 1 Jahr, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) das vormalige System aus Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe verändert. Damit ergeben sich auch mit den zwei Rechtskreisen sozialrechtlich unterschiedliche Kategorien von Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten, die in den meisten Veröffentlichungen zu einer Gesamtzahl Arbeitsloser und einer Arbeitslosenquote zusammengefasst werden.

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen zeigt sich, dass seit 2005 der Anteil der Arbeitslosen, die dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen sind, sowohl in Bayern als auch bundesweit im Jahr 2008 einen Höchststand erreichte, sich im Jahr 2009 anteilig deutlich verringerte, bis 2011 wieder anstieg und zuletzt im Jahr 2012 leicht zurückging. 2012 waren letztendlich etwas mehr als die Hälfte (51%) der Arbeitslosen in Bayern dem Rechtskreis SGB II zugeordnet.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II an allen Arbeitslosen (SGB II und III) war 2012 in Bayern rund 16 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland und gut 17 Prozentpunkte niedriger als in Deutschland. Dies zeigt, dass die Problematik der SGB II Arbeitslosigkeit in Bayern wesentlich weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland insgesamt und noch weniger als in Ostdeutschland.

Darstellung 3.67: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000–2012, in Tausend und Prozent

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bayern													
Arbeitslose absolut	340	333	387	447	450	505	446	350	277	319	300	254	249
Anteil SGB II	-	_	-	-	-	43,5	47,7	50,8	53,9	47,4	49,7	53,0	51,1
Arbeitslosenquote	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5	3,8	3,7
Deutschland													
Arbeitslose absolut	3.890	3 853	4.061	4.377	4.381	4.861	4.487	3.776	3.258	3.414	3.238	2.976	2.897
Anteil SGB II	-	_	_	-	-	57,0	62,9	66,8	69,1	65,1	66,8	70,0	68,9
Arbeitslosenquote	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,1	7,7	7,1	6,8
Westdeutschland													
Arbeitslose absolut	2.381	2.321	2.498	2.753	2.783	3.247	3.007	2.486	2.139	2.314	2.227	2.026	2.000
Anteil SGB II	-	-	-	-	-	55,6	61,5	65,4	68,1	62,5	64,6	68,1	67,0
Arbeitslosenquote	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,5	6,4	6,9	6,6	6,0	5,9

Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

Deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquoten in Bayern und Deutschland für alle Personengruppen von 2000 und insbesondere 2005 bis 2012

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle Gruppen eine ähnliche Entwicklung: Vom Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten (berechnet auf Basis aller abhängigen Erwerbspersonen) ab dem Jahr 2002 kontinuierlich bis zum Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008. Die konjunkturelle Entwicklung wie die Reformen der sozialen Sicherung Arbeitsloser (Einführung von Arbeitslosengeld II Anfang 2005) spiegeln sich in diesen Zahlen wider.

Im Jahr 2009 kam es in Bayern durch die Finanzkrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,6 Prozentpunkte, wobei dieser Anstieg aber wegen des umfangreichen Einsatzes des Kurzarbeitergeldes und von Arbeitszeitflexibilisierungen moderater ausfiel als vielfach befürchtet (bei einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 4,7%).

Im Zuge der sich anschließenden wirtschaftlichen Erholung setzte sich die positive Entwicklung am bayerischen wie deutschen Arbeitsmarkt fort, die durch die Finanzkrise nur vorübergehend unterbrochen wurde. Die Arbeitslosenquote sank in Bayern im Jahresdurchschnitt 2011 auf 3,8% und 2012 auf 3,7% und damit nochmals deutlich unter das Niveau von 2008 (4,2%). Das Ziel der Vollbeschäftigung rückt damit in Bayern in greifbare Nähe.

In den Jahren 2002 bis 2004 sowie 2009 und 2010 lagen die Arbeitslosenquoten der Männer über denen der Frauen. In den übrigen Jahren des Betrachtungszeitraums erwies sich die Situation umgekehrt. Die Arbeitslosigkeit der Männer reagierte bzw. schwankte stärker im Konjunkturverlauf als die der Frauen.

Für alle Personengruppen liegen die Arbeitslosenquoten sowohl in Bayern wie (West-)Deutschland im Jahr 2012 deutlich unter den Ausgangswerten in 2000 bzw. insbesondere 2005. Besonders deutlich und erfreulich erweist sich dabei der Rückgang der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen. Während deren Arbeitslosenquote insbesondere in den südeuropäischen Krisenländern deutlich anstieg, sank sie in Bayern auf 3,0% in 2011 und 2012 und damit auf beinahe nur mehr ein Drittel des Wertes von 2005 (8,7%).

Die Arbeitslosenquote der Ausländer lag in Bayern wie (West-)Deutschland kontinuierlich mehr als doppelt so hoch wie bei deutschen Personen.

Darstellung 3.68: Arbeitslosenquoten* in Bayern und Deutschland 2000 bis 2012, in Prozent

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bayern													
insgesamt (alle EP)	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5	3,8	3,7
insgesamt (abh.EP)	6,3	6,0	6,9	7,9	7,9	8,9	7,8	6,1	4,8	5,5	5,1	4,3	4,2
dar.: Männer	6,2	6,0	7,2	8,3	8,3	8,9	7,6	5,6	4,6	4,9	4,5	3,7	3,6
Frauen	6,4	6,0	6,5	7,4	7,5	8,9	8,1	6,6	5,0	4,7	4,4	3,9	3,7
unter 25 Jahren	4,8	5,1	6,2	7,3	7,3	8,7	7,1	5,2	3,6	4,6	3,7	3,0	3,0
Ausländer	11,3	11,7	14,2	16,0	16,0	19,6	17,3	13,9	11,5	10,9	10,0	8,7	8,5
Deutschland													
insgesamt (alle EP)	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	7,1	6,8
insgesamt (abh.EP)	10,7	10,3	10,8	11,6	11,7	13,0	12,0	10,1	8,7	9,1	8,6	7,9	7,6
dar.: Männer	10,5	10,4	11,3	12,4	12,5	13,4	12,0	9,8	8,6	8,4	7,9	7,1	6,9
Frauen	10,9	10,2	10,3	10,8	10,8	12,7	12,0	10,4	8,9	7,9	7,5	7,0	6,8
unter 25 Jahren	9,5	9,1	9,7	9,9	9,9	12,5	10,8	8,5	7,1	7,8	6,8	5,9	5,9
Ausländer	17,3	17,4	18,8	20,2	20,3	25,2	23,6	20,3	18,1	16,6	15,8	14,6	14,3
Westdeutschland													
insgesamt (alle EP)	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,8	6,4	6,9	6,6	6,0	5,9
insgesamt (abh.EP)	8,4	8,0	8,5	9,3	9,4	11,0	10,2	8,4	7,2	7,8	7,4	6,7	6,6
dar.: Männer	8,5	8,3	9,1	10,2	10,3	11,3	10,1	8,1	7,0	7,1	6,7	6,0	5,9
Frauen	8,3	7,7	7,8	8,3	8,4	10,7	10,2	8,7	7,4	6,8	6,5	6,0	5,9
unter 25 Jahren	7,4	7,1	7,8	8,1	8,1	10,6	9,1	6,9	5,7	6,6	5,8	5,0	5,0
Ausländer	16,4	16,5	17,4	18,8	18,8	23,5	22,1	18,8	16,8	15,7	14,9	13,7	13,5

^{*} Arbeitslosenquoten für ausgewählte Personengruppen (Männer, Frauen, unter 25 Jahren, Ausländer) werden ab 2009 nur noch auf Basis aller zivilen EP veröffentlicht.

Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

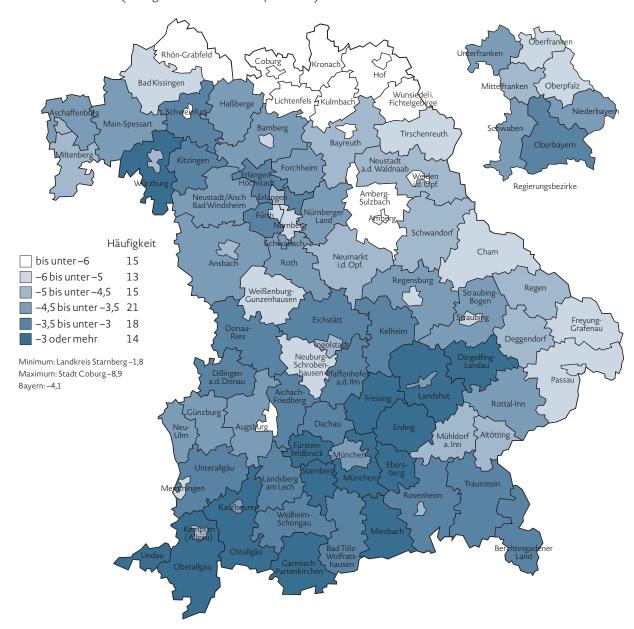
Regionale Veränderung der Arbeitslosenquoten 2012 gegenüber 2005: Stark abnehmende Unterschiede

Betrachtet man – ausgehend vom Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 – die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote in Bayern, ist bayernweit ein bemerkenswerter Rückgang um rund 4,1 Prozentpunkte zu verzeichnen, was zu einer mehr als halbierten Arbeitslosenquote führte (2005: 7,8%; 2012: 3,7%).

Unter den Regierungsbezirken fiel der Rückgang der Arbeitslosenquote in Oberfranken in diesem Zeitraum mit -5,9 Prozentpunkten am stärksten aus. Mit

einem Rückgang von –8,9 Prozentpunkten auf 5,7% im Jahr 2012 konnte die kreisfreie Stadt Coburg ihre Arbeitslosenquote auf rund 40% des Ausgangswertes im Jahr 2005 (14,6%) reduzieren bzw. weit mehr als halbieren. Weniger stark ausgeprägt war der Rückgang der Arbeitslosenquoten in West- und Südbayern, wobei in diesen Regionen aber insgesamt oft eine niedrigere Arbeitslosenquote bestand bzw. besteht.

Darstellung 3.69: Veränderung der Arbeitslosenquote 2012 gegenüber 2005 in Prozentpunkten (bezogen auf alle Erwerbspersonen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Regionale Unterschiede bei der Arbeitslosenquote auf Stadt- und Landkreisebene: Erhöhte Arbeitslosigkeit vor allem in den Städten und östlichen Regionen

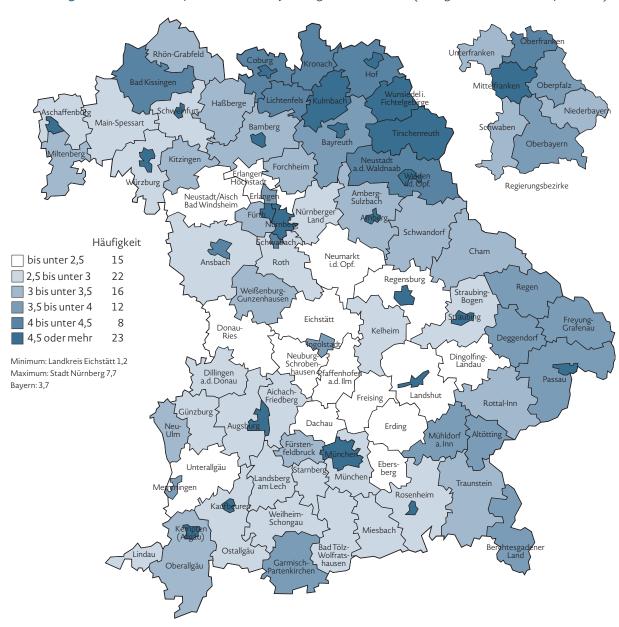
Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 3,7 % in 2012 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten zum Teil erheblich zwischen 1,2 % im Landkreis Eichstätt und 7,7 % in der kreisfreien Stadt Nürnberg.

Bayern hat weniger ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, als vielmehr erhöhte Arbeitslosenquoten (im bayerischen Vergleich, die im bundesweiten Vergleich noch recht günstig ausfallen)

- nach wie vor in den Grenzlandgebieten Nordostbayerns
- sowie deutlich ausgeprägt in den größeren Städten (Land-Stadt-Gefälle)

Dieses Land-Stadt-Gefälle zeigt sich auch z.B. bei der Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen.

Darstellung 3.70: Arbeitslosenquoten 2012 in Bayern regional, in Prozent (bezogen auf alle Erwerbspersonen)



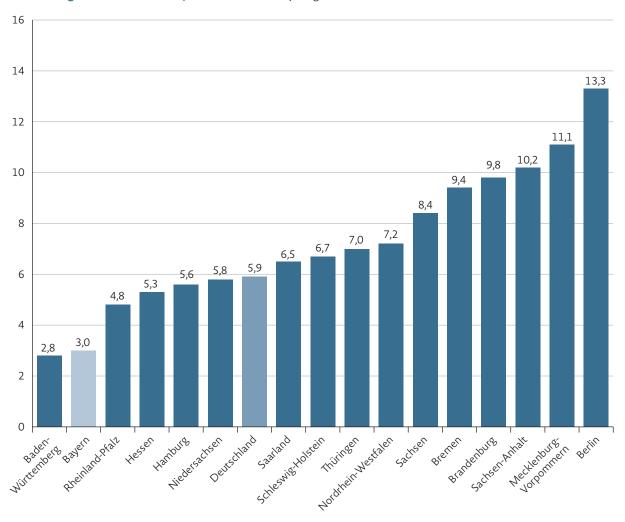
Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Zweitniedrigste Arbeitslosenquote der Jüngeren unter 25 Jahren in Bayern im Bundesländervergleich

Bayern wies im Jahresdurchschnitt 2012 mit einer Arbeitslosenquote von 3,0% nach Baden-Württemberg mit 2,8% bei den Jüngeren unter 25 Jahren die zweitniedrigste Arbeitslosenquote auf. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Arbeitslosenquote der Jüngeren in Bayern unverändert bei 3,0%, während sie in Baden-Württemberg um 0,1 Prozentpunkte anstieg. Der Abstand zum Drittplatzierten, Rheinland-Pfalz, fiel in 2011 wie 2012 mit jeweils 1,8 Prozentpunkten deutlich aus.

Bundesweit war im Jahresdurchschnitt 2012 etwa jeder 17. Jüngere oder rund 5,9% der unter 25-Jährigen arbeitslos gemeldet, in Bayern nur jeder 33. (insgesamt 23.770 15- bis unter 25-Jährige).

Die Arbeitslosenquote der Jüngeren (unter 25 Jahre) lag in Bayern im Jahresdurchschnitt 2012 mit 3,0% bei nur rund der Hälfte des Bundesdurchschnitts (5,9%). In Nordrhein-Westfalen fiel sie beinahe zweieinhalb Mal so hoch aus wie in Bayern, in den neuen Bundesländern und Bremen zum Teil mehr als dreimal so hoch. Aufgrund der hervorragenden Arbeitsmarktsituation gerade für jüngere Berufseinsteiger kann auch künftig von einer Arbeitskräftezuwanderung gerade Jüngerer nach Bayern ausgegangen werden.

Darstellung 3.71: Arbeitslosenquote* der unter 25-Jährigen nach Bundesländern 2012, in Prozent



^{*} Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - Jahresdurchschnitt.

Arbeitslosigkeit bei Jüngeren auf Stadt- und Landkreisebene 2012

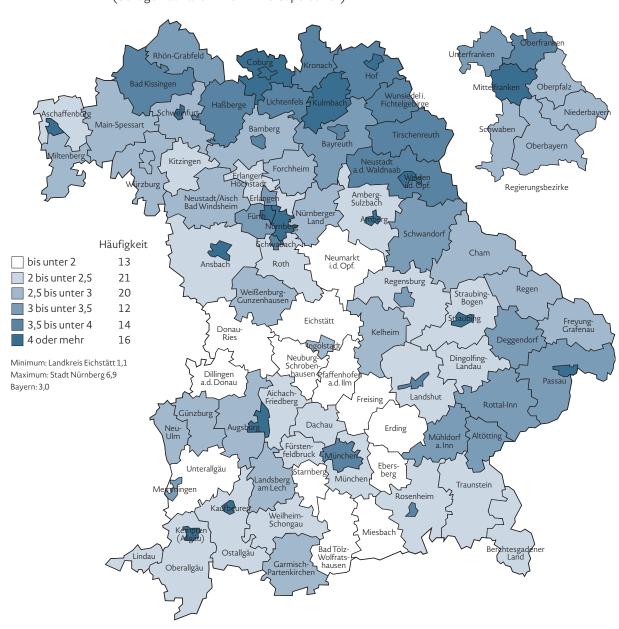
Die Arbeitslosenquote (ALQ) der unter 25-Jährigen betrug im Jahresdurchschnitt 2012 in Bayern 3,0% (ALQ insgesamt: 3,7%). Sie lag damit um 2,9 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt bei den Jüngeren (5,9%).

Unter den Regierungsbezirken verzeichnete Oberbayern mit 2,5 % die geringste und Mittelfranken

mit 4,1% die höchste Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe.

Oftmals ist auch bei jungen Erwerbssuchenden die Arbeitslosigkeit in den Städten deutlich höher als in den eher ländlich geprägten Gebieten.

Darstellung 3.72: Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in Bayern regional 2012, in Prozent (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)



Arbeitslosigkeit 2012 bei den 55- bis unter 65-Jährigen auf Stadt- und Landkreisebene

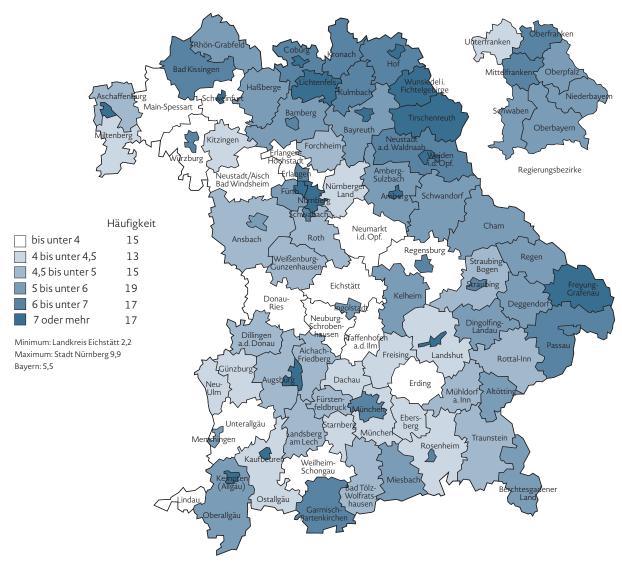
Zu berücksichtigen ist bei den Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen, dass ein hoher Anteil dieser Personen sich in Phasen der Verrentung befindet bzw. sich bis zum Eintritt in die Regelaltersrente vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hat (u.a. Altersrente wegen Arbeitslosigkeit).

Die Arbeitslosenquote (ALQ) der Älteren lag 2012 bayernweit bei 5,5 % und damit 1,8 Prozentpunkte über der ALQ aller Altersgruppen (3,7 %). Im Bundesländervergleich rangierte Bayern damit wie bei den Jüngeren knapp bzw. 0,1 Prozentpunkte hinter Baden-Württemberg (5,4 %) auf Platz 2, mit einigem Abstand zu Rheinland-Pfalz (6,2 %) auf Platz 3 und deutlichem Abstand zum Bundesdurchschnitt mit 8,2 %.

Am höchsten war die Arbeitslosenquote der Älteren 2012 in Oberfranken (6,4%), gefolgt von Mittelfranken (6,3%), Niederbayern (5,6%), Schwaben und der Oberpfalz (jeweils 5,3%) sowie Oberbayern (5,2%). Die geringste ALQ der Älteren erzielte Unterfranken mit 4,9% mit dem gleichzeitig geringsten Abstand der ALQ der Älteren zur ALQ der Gesamtbevölkerung von 1,5 Prozentpunkten, der in Oberfranken mit 2,2 Prozentpunkten am größten ausfiel.

Im Zeitraum 2000 bis 2012 ging die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen in Bayern um rund 42% zurück, während die Zahl aller Arbeitslosen um 26,7% sank.

Darstellung 3.73: Arbeitslosenquote der 55- bis unter 65-Jährigen in Bayern regional im Jahresdurchschnitt 2012, in Prozent (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)



Geringste Langzeiterwerbslosenquote in Bayern seit 2006

Die Langzeiterwerbslosenquote (länger als 1 Jahr arbeitslos, Quoten berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) lag in Bayern im Jahr 2006 bei 3,1 % und hat sich bis zum Jahr 2012 auf insgesamt 1,1 % verringert. Die Langzeiterwerbslosenquoten von Frauen und Männern weisen prozentual gesehen relativ geringe, in 2012 keine Unterschiede auf.

Differenziert nach Altersgruppen verzeichneten 2012 die 50- bis unter 65-Jährigen mit 1,7 % die höchste und die 25- bis unter 50-Jährigen mit 0,8 % die niedrigste Langzeiterwerbslosenquote.

Bei Personen mit Migrationshintergrund lag die Langzeiterwerbslosenquote 2012 in Bayern bei 2,2 % und damit 1,4 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Darstellung 3.74: Langzeiterwerbslosenquote* nach sozioökonomischen Merkmalen in Bayern 2006 bis 2012 sowie in Westdeutschland und Deutschland 2012, in Prozent

							20	12	
							Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundes- republik Deutschland	
Insgesamt	3,1	2,5	1,8	1,7	1,7	1,3	1,1	1,9	2,5
Geschlecht									
männlich	3,0	2,4	1,6	1,6	1,7	1,3	1,1	2,1	2,7
weiblich	3,3	2,7	1,9	1,8	1,6	1,2	1,1	1,7	2,3
Alter									
unter 18				/	/	/	/	/	/
18 bis unter 25	2,5	2,2	(1,1)	1,6	1,7	(1,1)	(0,9)	1,6	2,0
25 bis unter 50	2,6	2,0	1,5	1,4	1,3	1,0	(0,8)	1,7	2,2
50 bis unter 65	4,9	4,0	2,9	2,5	2,5	2,0	1,7	2,5	3,3
Ausbildung/Qualifikation									
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	(1,5)	1,0	0,7	/	/	/	0,3	0,4	0,5
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	7,4	6,9	5,8	5,3	4,9	4,0	/	6,2	7,4
Anlernberuf, Praktikum	4,4	4,0	3,3	/	/	/	3,2	3,6	4,7
Lehrausbildung, Berufsfachschul- abschluss	2,9	2,3	1,5	1,5	1,6	1,1	/	(1,7)	2,5
Meister, Techniker, Fachschule	(1,1)	(1,3)	0,8	/		/	0,5	0,6	0,8
(Fach-)Hochschule	1,7	1,2	(0,9)	(0,8)	(0,8)	(0,7)	/	0,7	1,0
Migrationshintergrund									
mit Migrationshintergrund	6,2	5,2	3,6	3,2	3,4	2,3	2,2	3,4	4,0
ohne Migrationshintergrund	2,4	1,9	1,4	1,3	1,3	1,0	0,8	1,5	2,2
Staatsangehörigkeit									
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	6,8	5,6	4,2	3,7	3,8	2,7	2,4	4,0	4,8
mit deutscher Staatsangehörigkeit	2,7	2,2	1,5	1,4	1,4	1,1	0,9	1,6	2,3

^{*} Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende; Daten in (): Nachweis unter Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann.

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

Starker Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in allen Regierungsbezirken

Regional gesehen wies der Regierungsbezirk Oberbayern mit einer Quote von 2,3% in 2006 die geringste Langzeiterwerbslosenquote (Bayern 3,1%) auf und konnte diese bis 2012 um 1,4 Prozentpunkte auf 0,9% reduzieren.

Oberfranken verzeichnete mit einer Quote von 5,1% im Jahr 2006 die höchste Langzeiterwerbslosenquote unter den bayerischen Regierungsbezirken, konnte diese aber bis 2012 auf 1,1% bzw. auf nur mehr ein Viertel des Ausgangswertes in 2006 reduzieren.

Dadurch ergab sich eine deutliche Konvergenz der Langzeiterwerbslosenquote auf Regierungsbezirksebene. Während sich die Spanne der Quoten zwischen dem Regierungsbezirk mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Langzeiterwerbslosenquote in 2006

noch auf 2,8 Prozentpunkte belief (höchste Quote in Oberfranken mit 5,1%, niedrigste in Oberbayern mit 2,3%), sank sie bis 2012 auf nur mehr 0,5 Prozentpunkte (höchste Quote in Mittelfranken mit 1,4%, niedrigste in Oberbayern mit 0,9%).

Insgesamt lag die Langzeiterwerbslosenquote in Bayern in den Jahren 2006 bis 2012 jeweils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, zuletzt im Jahr 2012 um 1,4 Prozentpunkte (Bayern: 1,1%; Deutschland: 2,5%). Seit 2008 weist Bayern die geringste Langzeiterwerbslosenquote aller Bundesländer auf. Im Jahr 2012 lag sie mit 0,9% um 0,3 Prozentpunkte unter der Baden-Württembergs (1,2%,), 1,0 Prozentpunkt unter der von Hessen und 0,8 Prozentpunkte unter der von Rheinland-Pfalz mit jeweils 1,9%.

Darstellung 3.75: Langzeiterwerbslosenquote* nach Geschlecht in Bayern und seinen Regierungsbezirken sowie in Westdeutschland und Deutschland 2006 bis 2012, in Prozent

	2006				2008		2010			2012			
					Lang								
	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg. Männer Frauen			
		Prozent			Prozent Proze						Prozent		
Bayern	3,1	3,0	3,3	1,8	1,6	1,9	1,7	1,7	1,6	1,1	1,1	1,1	
Oberbayern	2,3	2,3	2,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,1	0,9	0,9	(0,9)	
Niederbayern	3,0	(2,7)	(3,3)	1,6	1,1	(2,3)	(1,4)	(1,5)	/	(1,2)	/	/	
Oberpfalz	3,6	3,5	(3,6)	2,1	(2,1)	(2,0)	1,9	(1,7)	(2,2)	(1,2)	/	/	
Oberfranken	5,1	4,9	5,4	3,1	(2,9)	(3,3)	2,6	(2,6)	(2,7)	(1,1)	/	/	
Mittelfranken	3,9	3,7	4,1	2,4	2,4	2,5	2,1	2,3	(2,0)	1,4	(1,5)	(1,4)	
Unterfranken	3,1	3,0	(3,3)	1,7	(1,4)	(1,9)	1,9	(2,1)	/	(1,2)	(1,3)	/	
Schwaben	3,0	2,4	3,6	1,6	(1,2)	(2,1)	1,5	(1,4)	(1,7)	(1,0)	/	/	
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	4,4	4,6	4,1	2,9	3,0	2,7	2,7	3,0	2,3	1,9	2,0	1,7	
Bundesrepublik Deutschland	5,8	5,8	5,7	3,9	4,0	3,9	3,4	3,6	3,0	2,5	2,7	2,3	

^{*} Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende; Daten in (): Nachweis unter Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann.

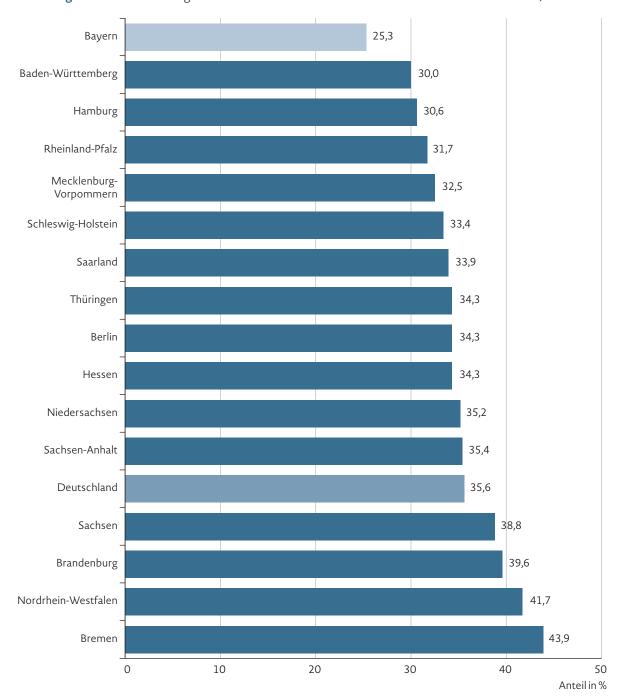
Ouelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

Geringster Anteil Langzeitarbeitsloser in Bayern

Bayern weist mit 25,3% den geringsten Anteil von Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen unter den Bundesländern auf, gefolgt von Baden-Württemberg mit 30,0% und Hamburg mit 30,6%.

Bundesweit war etwas mehr als jeder Dritte aller Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos, in Bayern hingegen nur rund jeder Vierte. Nordrhein-Westfalen und Bremen nehmen im Ländervergleich mit Anteilen von 41,7 % bzw. 43,9 % die hinteren Plätze ein.

Darstellung 3.76: Anteil der Langzeitarbeitslosen* an allen Arbeitslosen nach Bundesländern 2012, in Prozent



^{* 1} Jahr und länger arbeitslos, Jahresdurchschnitt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Weniger schwerbehinderte Arbeitslose in 2012 als 2005

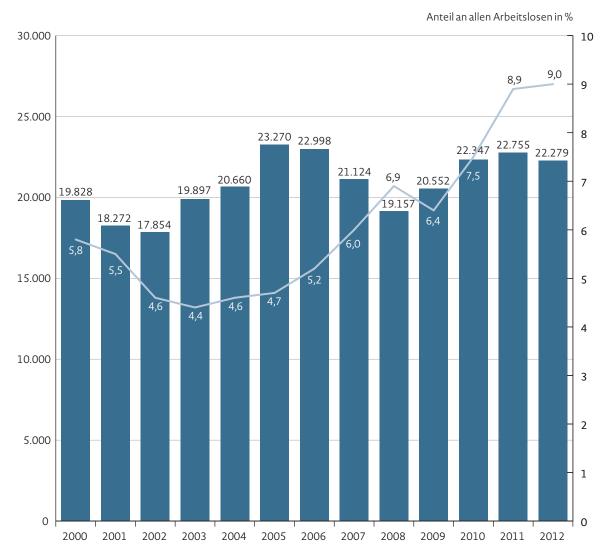
Im Zeitraum von 2000 bis 2012 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,8% zunächst bis 2003 auf 4,4% vermindert, weil die Arbeitslosigkeit von Menschen ohne Behinderung anstieg. 2012 lag der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen mit 9,0% wieder deutlich über dem Anteil von 5,8% in 2000.

Allerdings waren 2012 weniger Schwerbehinderte arbeitslos als 2005 und zugleich mehr Schwerbehinderte erwerbstätig. Ein Grund für die schwankenden Anteilswerte ist, dass die Integration der Schwerbe-

hinderten in den Arbeitsmarkt nicht so stark den Konjunkturentwicklungen am Arbeitsmarkt folgt wie bei anderen Bevölkerungsgruppen, so dass sich der Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen bei insgesamt geringerer Arbeitslosigkeit tendenziell erhöht und bei steigender Arbeitslosigkeit verringert hat.

In den Bundesländern mit einer insgesamt niedrigeren Arbeitslosigkeit ist der Anteil Schwerbehinderter an den Arbeitslosen eher erhöht, weil die Basis – die Summe aller Arbeitslosen – geringer ausfällt als in anderen Bundesländern.

Darstellung 3.77: Arbeitslose Schwerbehinderte und deren Anteil an allen Arbeitslosen in Bayern im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012, in Absolutwerten und Prozent*



^{*} Jahresdurchschnittswerte.

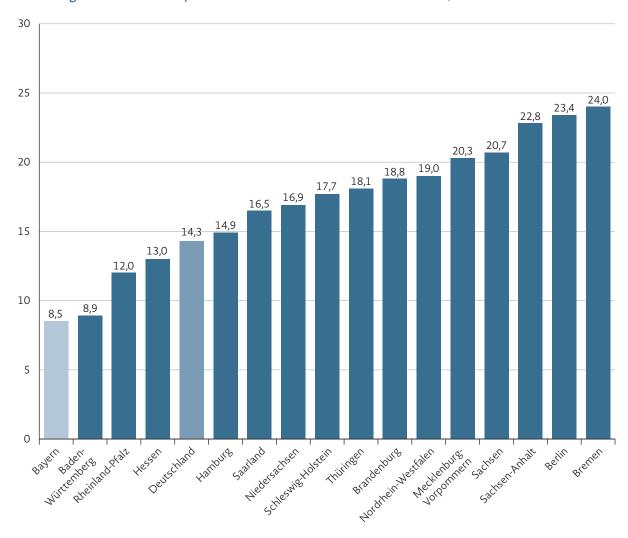
Geringste Arbeitslosenquote von Ausländern in Bayern im Bundesländervergleich

In Bayern lag die Quote von arbeitslosen Ausländern mit 8,5 % nur bei etwas mehr als der Hälfte des Bundesdurchschnitts, wodurch nur rund jede zwölfte ausländische Erwerbsperson in Bayern arbeitslos gemeldet war. Bayern erzielte damit die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern unter allen Bundesländern. Diese lag 0,4 Prozentpunkte unter der Baden-Württembergs (8,9%).

Hohe Quoten (von 18,1% bis 22,8%) verzeichneten insbesondere die neuen Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen lag der Anteil mit 19,0% unter den westlichen Flächenländern am höchsten.

Dennoch lag auch in Bayern die Arbeitslosenquote der Ausländer 2012 mit 8,5 % höher als die der Deutschen mit 3,2 %. Bundesweit waren im Jahresdurchschnitt 2012 16,4 % oder jeder Sechste der ausländischen Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Darstellung 3.78: Arbeitslosenquote* von Ausländern nach Bundesländern 2012, in Prozent



^{*} Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, Jahresdurchschnitt

Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern wesentlich seltener erwerbslos als in Deutschland

Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern waren mit 6,0% seltener erwerbslos als die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (9,0%) und in Westdeutschland (8,2%). Menschen mit Migrationshintergrund hatten 2012 in Bayern eine 3,5 Prozentpunkte höhere Erwerbslosenquote (berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen ohne Migrationshintergrund. So lag die Erwerbslosenquote der Menschen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2012 in Bayern bei 2,5%, für Menschen mit Migrationshintergrund dagegen bei 6,0%.

Die Erwerbslosenquote der Männer lag 2012 in Bayern knapp unter jener der Frauen (ebenso wie die Arbeitslosenquote). Differenziert nach dem Alter wiesen die unter 25-Jährigen (5,2%) eine deutlich und die 50- bis unter 65-Jährigen (3,3%) eine etwas überdurchschnittliche Erwerbslosenquote auf. Unterdurchschnittlich fiel sie bei den 25- bis unter 50-Jährigen (2,7%) aus.

Keinen beruflichen Abschluss zu haben, erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,6-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit und lag für Personen mit einem Meister-, Techniker- und Fachschulabschluss sowie (Fach-)Hochschulabschluss bei 1,6%.

Darstellung 3.79: Erwerbslosenquoten nach sozioökonomischen Merkmalen in Bayern 2006 bis 2012 sowie in Westdeutschland und Deutschland 2012, in Prozent *

	2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012						20	12	
	Bayern							Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundes- republik Deutschland
Insgesamt	6,6	5,4	4,3	5,1	4,5	3,4	3,2	4,6	5,6
Geschlecht									
männlich	6,3	5,0	4,0	5,2	4,0	3,2	3,1	4,9	5,8
weiblich	6,9	5,9	4,7	5,1	4,5	3,5	3,4	4,4	5,3
Alter									
unter 18				(9,0)	(8,3)	(6,7)	(6,3)	7,9	8,3
18 bis unter 25	8,5	7,8	5,6	7,8	6,3	5,2	5,2	7,3	8,1
25 bis unter 50	5,8	4,7	3,7	4,5	3,9	2,8	2,7	4,3	5,1
50 bis unter 65	7,7	5,9	4,9	5,2	4,9	3,6	3,3	4,2	5,5
Ausbildung									
noch in beruflicher Ausbildung, Studierende	5,7	4,8	4,3	5,2	4,5	4,1	3,8	4,4	4,5
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	13,9	13,4	11,9	13,1	10,8	8,7	8,4	12,9	14,7
Anlernberuf, Praktikum	(8,6)	(9,9)	7,4	/	/	/	6,6	8,4	10,4
Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss	6,0	4,8	3,7	4,7	4,3	3,0	/	4,0	5,3
Meister, Techniker, Fachschule	2,9	2,4	2,1	1,9	2,1	1,6	1,6	1,7	2,0
(Fach-)Hochschule	3,6	2,7	2,1	2,5	2,3	1,8	1,6	2,0	2,4
Migrationshintergrund und Staatsan	gehörigk	eit							
mit Migrationshintergrund	12,4	10,7	8,5	9,6	8,1	5,8	6,0	8,2	9,0
ohne Migrationshintergrund	5,2	4,2	3,3	4,0	3,6	2,8	2,5	3,7	4,8
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	13,2	11,7	9,8	10,5	8,6	6,5	6,5	9,6	10,5
mit deutscher Staatsangehörigkeit	5,8	4,6	3,7	4,5	4,0	3,0	2,8	4,0	5,0

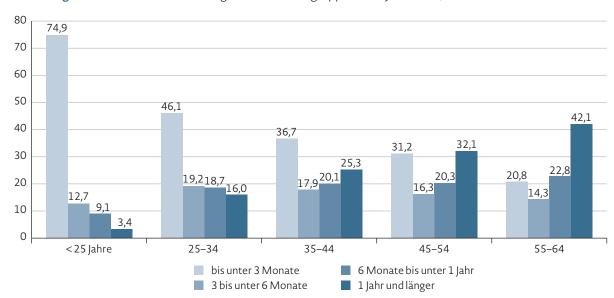
^{*} Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende. Quelle: IT.NRW, Ergebnisse der Mikrozensus

Bestand an Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit und nach Qualifikationen: Mit zunehmendem Alter längere Arbeitslosigkeit

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Freistaat nach der Krise 2009 deutlich gesunken (von 321.196 in 2009 auf 237.539 im Jahr 2012). Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ging zurück (von 71.447 auf 62.718). Die Arbeitslosenquote ist von 4,8% auf 3,7% gesunken und 2012 mit vergleichbarem Abstand wie im Jahr 2009 geringer als im west- bzw. gesamtdeutschen Durchschnitt (5,9 bzw. 6,8%). Noch deutlicher wird die bessere Arbeitsmarktlage in Bayern beim Vergleich des Anteils Langzeitarbeitsloser (länger als

12 Monate arbeitslos) an allen Arbeitslosen, der in Bayern 2012 mit 26,4% wesentlich niedriger liegt als im westdeutschen Durchschnitt (35,9%).

Langzeitarbeitslosigkeit ist dabei bei den Jüngeren deutlich weniger verbreitet als bei den mittleren und höheren Altersgruppen (vgl. Darstellung unten). Kurze Arbeitslosigkeitsdauern nehmen mit zunehmendem Alter ab und die Anteile von langer bzw. Dauerarbeitslosigkeit nehmen mit zunehmendem Alter zu.



Darstellung 3.80: Dauer der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen in Bayern 2012, in Prozent

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit und ausgewählten Altersgruppen, Berichtszeitraum September 2012, Nürnberg, Juni 2013

So macht der Anteil der Arbeitslosen mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit unter 3 Monaten in der jüngsten Altersgruppe fast Dreiviertel aus, bei den ab 55-Jährigen aber nur gut ein Fünftel. Dagegen beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosen (ab einem Jahr) in der Gruppe der unter 25-Jährigen aus Arbeitsmarktgründen, aber auch wegen arbeitsmarktpolitischer Regelungen, nur 3,4%. Bei den 55 bis 64-Jährigen liegt der Anteil von Langzeitarbeitslosen in Bayern aber bei 42,1%.

Verglichen mit den Ergebnissen vom September 2008 hat im Freistaat der Anteil der registrierten Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen in allen Altersgruppen abgenommen, außer bei den ab 55-Jährigen, wo er mit 42,0 bzw. 42,1 % praktisch konstant blieb (bei einer allerdings deutlich von 16.626 auf 22.323 gestiegenen Absolutzahl). In absoluten

Werten ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen insgesamt in Bayern wie Westdeutschland zwischen 2008 und 2012 gesunken. Das gilt für alle Altersgruppen außer die ab 55-Jährigen.

In allen Altersgruppen fallen die bayerischen Anteilswerte bei der Arbeitslosigkeit kurzer Dauer höher aus als in Westdeutschland. Im Umkehrschluss schneidet Bayern bei den Langzeitarbeitslosenanteilen in allen Altersgruppen mit im Vergleich niedrigeren Werten als in Westdeutschland besser ab.

In der Unterscheidung nach Regierungsbezirken weist Mittelfranken mit 31,7 % in 2008 und 30,8 % in 2012 die höchsten Anteile Langzeitarbeitsloser an allen registrierten Arbeitslosen auf. Bezogen nur auf die ab 55-Jährigen war der Anteil 2008 in Oberbayern mit 44,3 % am höchsten. 2012 ist Mittelfranken mit

174

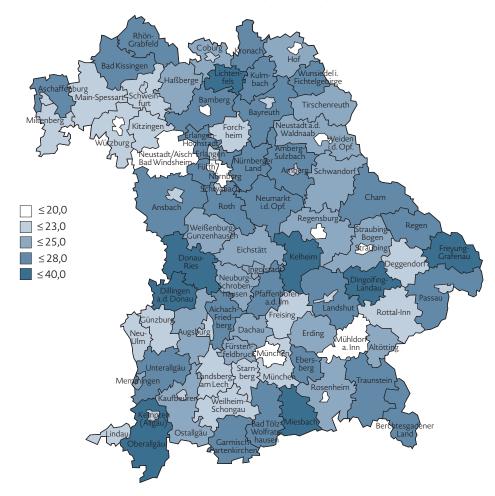
46,2 % und dem stärksten Anstieg des Anteils der Regierungsbezirk mit dem höchsten Wert. Dabei war Mittelfranken 2012 der Regierungsbezirk mit der jahresdurchschnittlich in Bayern höchsten Arbeitslosenquote insgesamt. Tendenziell ist die Langzeitarbeitslosigkeit bei Älteren in denjenigen Regierungsbezirken hoch, die auch eine höhere Arbeitslosenquote insgesamt aufweisen.

Darstellung 3.81: Anteile Langzeitarbeitsloser insgesamt und älterer Langzeitarbeitsloser in den bayerischen Regierungsbezirken 2008 und 2012 (September), in Prozent

		Langzeita	rbeitslose	
	insge	esamt	ab 55	Jahre
	2008	2012	2008	2012
Bayern	29,4	26,4	42,0	42,1
Oberbayern	31,3	26,4	44,3	41,8
Niederbayern	25,4	24,7	36,7	39,0
Oberpfalz	28,1	24,0	43,4	39,2
Oberfranken	30,0	26,1	41,9	43,4
Mittelfranken	31,7	30,8	40,9	46,2
Unterfranken	27,0	24,7	39,8	41,2
Schwaben	26,5	24,7	41,5	41,6

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Darstellung 3.82: Anteile Langzeitarbeitsloser Älterer an allen registrierten Arbeitslosen ab 55 Jahre in den bayerischen Stadt- und Landkreisen 2012 (September), in Prozent



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Das Risiko einer länger dauernden Arbeitslosigkeit hängt deutlich von der Qualifikation ab. Wie Darstellung 3.83 zu entnehmen ist, ist der Anteil von länger (6 bis 12 Monate) bzw. Langzeitarbeitslosen bei Personen mit akademischer Ausbildung und auch bei solchen mit abgeschlossener betrieblicher bzw. schulischer Ausbildung deutlich geringer als bei jenen

Arbeitslosen im Bestand, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Das gilt in Bayern genauso wie im westdeutschen Durchschnitt.

Dabei sind jedoch die Anteile der Langzeitarbeitslosen im Freistaat deutlich geringer als in Westdeutschland.

Darstellung 3.83: Bestand an Arbeitslosen nach letzter abgeschlossener Berufsausbildung und Dauer der Arbeitslosigkeit in Bayern und Westdeutschland 2012 (September), in Prozent*

	Bayern				Westdeutschland			
	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12 +	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12 +
Insgesamt	37,9	16,4	19,3	26,4	29,1	14,7	20,0	35,9
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	32,5	16,1	20,0	31,5	24,7	14,0	20,3	41,1
betriebliche/ schulische Ausbildung	43,6	16,3	18,3	22,8	34,6	15,6	19,6	30,2
akademische Ausbildung	43,1	20,0	18,4	18,5	38,2	18,9	19,9	23,1
keine Angabe	25,7	13,5	26,1	34,7	20,7	11,3	20,3	43,1

^{*} Abweichungen von 100 rundungsbedingt und wegen fehlender Angaben zur Arbeitslosigkeitsdauer. Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit verbesserter Wirtschaftskonjunktur deutlich gesunken

In Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zwischen 2008 und 2009 in Bayern wie in Westdeutschland leicht angestiegen. Seit 2009 gehen die Teilnehmerzahlen aber wieder sehr stark zurück. Verglichen mit 2008 ist die Teilnehmerzahl in Bayern bis 2012 um 39% und in Westdeutschland um 36% gesunken (vgl. Darstellung unten). Von den in der Darstellung erfassten ausgewählten Maßnahmen gewinnen solche zur Hilfe bei der Berufswahl und Berufsausbildung – relativ gesehen – an Bedeutung, ebenso besondere Maßnahmen zur Teilhabe behin-

derter Menschen am Arbeitsmarkt. In beiden Fällen liegen die Anteile in Bayern etwas über dem westdeutschen Durchschnitt. Im Freistaat und auch im westdeutschen Durchschnitt verlieren Maßnahmen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit dagegen ebenso an Bedeutung wie Beschäftigung schaffende und die sonstigen Maßnahmen. Rückläufig ist, auf niedrigem Niveau, gerade in Bayern auch der Anteil der freien Förderung. Der Anteil der Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung blieb in diesen Jahren, außer 2009, relativ konstant.

Darstellung 3.84: Teilnahme an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Bayern und Westdeutschland 2008 bis 2012 (Jahresdurchschnitte), in Prozent

	Insgesamt	Aktivie- rung und berufliche Eingliede- rung	Berufs- wahl und Berufs- ausbildung	Berufliche Weiter- bildung	Aufnahme einer Erwerbs- tätigkeit	besondere Maßn. zur Teilhabe beh. Menschen	Beschäfti- gung schaffende Maß- nahmen	Freie Förderung	Sonstige Förderung
Bayern									
2012	99.616	13,0	28,6	16,4	23,3	10,5	7,5	0,7	0,2
2011	131.393	10,6	25,5	17,0	29,9	8,3	8,1	0,7	0,0
2010	159.441	13,7	22,4	16,8	28,3	7,2	10,1	1,1	0,4
2009	171.472	14,8	20,0	19,0	25,3	6,8	10,5	1,1	2,6
2008	163.293	10,7	18,2	16,9	27,2	7,5	11,3	1,6	6,6
Westdeutschland									
2012	660.910	16,8	26,3	15,3	19,0	8,7	12,5	1,4	0,1
2011	826.050	14,8	24,5	15,0	24,2	7,2	12,8	1,3	0,2
2010	1.014.349	17,3	20,6	14,6	23,5	6,0	15,5	1,5	0,8
2009	1.098.268	17,4	17,6	17,1	21,3	5,7	15,8	1,2	3,9
2008	1.022.919	10,0	15,8	16,6	22,8	6,4	17,1	1,6	9,8

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnittlicher Bestand an Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach ausgewählten Merkmalen, Berichtszeiträume 2008 bis 2012, Nürnberg, Juni 2013

Männer kommen in Bayern ebenso wie im westdeutschen Durchschnitt auf einen (gemessen an den
Beschäftigtenanteilen) leicht überproportionalen
Anteil an den dargestellten arbeitsmarktpolitischen
Maßnahmen. Im Vergleich zu Westdeutschland ist in
Bayern der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit marginal
höher und der der Jungen (unter 25 Jahre) merklich
höher. Im Freistaat spielen bei Männern neben den
Maßnahmen zur Berufswahl und Berufsvorbereitung

Maßnahmen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit die größte Rolle. Bei den Frauen gilt das auch für Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung. Bei Personen mit anderer Staatsangehörigkeit sind in Bayern und ebenso in Westdeutschland Maßnahmen zur Berufswahl und zur Berufsausbildung am bedeutendsten, während bei diesem Personenkreis Maßnahmen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nur – gemessen an deutschen Staatsangehörigen – von geringerer Bedeutung sind.

Darstellung 3.85: Teilnehmeranteile an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Geschlecht, Nationalität und Alter bei Maßnahmeneintritt in Bayern und Westdeutschland 2012, in Prozent*

	Ins- gesamt	A Aktivie- rung und beruf- liche Ein- gliede- rung	B Berufs- wahl und Berufs- ausbil- dung	C Beruf- liche Weiter- bildung	D Auf- nahme einer Erwerbs- tätigkeit	E besonde- re Maßn. zur Teil- habe beh. Men- schen	F Beschäf- tigung schaffen- de Maß- nahmen	G Freie Förde- rung	H Sonstige Förde- rung
Bayern	100,0	13,0	28,6	16,4	23,3	10,5	7,5	0,7	0,2
Geschlecht									
Männlich	57,2	11,6	31,5	12,8	24,5	11,1	7,7	0,6	0,2
Weiblich	42,8	14,8	24,6	21,1	21,6	9,7	7,3	0,8	0,1
Staatsangehörigkeit									
Deutsch	84,7	12,0	27,9	15,7	24,9	11,1	7,5	0,7	0,2
Ausländisch	15,2	18,6	32,3	20,0	14,0	6,7	7,7	0,7	0,1
Alter bei Eintritt									
unter 25 Jahre	43,9	5,7	64,0	4,2	3,7	19,7	2,2	0,5	0,0
25 bis unter 50 Jahre	39,6	18,1	1,2	32,0	31,9	4,5	11,3	1,0	0,1
50 Jahre und älter	16,5	20,1	0,0	11,4	54,4	0,4	12,7	0,4	0,6
Qualifikation									
Geringqualifiziert	58,5	10,6	47,1	11,8	7,5	14,7	7,7	0,7	0,0
nicht geringqualifiziert	39,0	16,1	1,2	23,4	47,0	4,5	6,8	0,6	0,3
keine Angabe	2,5	20,1	24,2	12,2	21,9	4,9	15,6	1,0	0,1
Westdeutschland	100,0	16,8	26,3	15,3	19,0	8,7	12,5	1,4	0,1
Geschlecht									
Männlich	58,7	15,6	27,5	12,9	20,5	8,9	13,2	1,3	0,1
Weiblich	41,3	18,4	24,6	18,6	16,9	8,3	11,6	1,6	0,0
Staatsangehörigkeit			·				·		·
Deutsch	85,1	15,6	25,9	15,1	20,2	9,1	12,8	1,3	0,1
Ausländisch	14,8	23,5	28,7	16,5	12,1	6,3	10,8	2,1	0,1
Alter bei Eintritt									
unter 25 Jahre	40,9	9,8	62,7	3,2	2,9	16,9	3,6	0,9	0,0
25 bis unter 50 Jahre	42,8	22,1	1,6	29,1	23,9	4,0	17,3	1,9	0,1
50 Jahre und älter	16,4	20,1	0,0	9,2	46,4	0,4	22,2	1,4	0,3
Qualifikation									
Geringqualifiziert	61,7	14,8	40,4	11,8	6,9	12,1	12,4	1,5	0,0
nicht geringqualifiziert	32,3	18,7	1,0	22,6	41,7	3,4	11,2	1,1	0,2
keine Angabe	6,0	25,7	17,1	11,4	20,7	1,3	21,4	2,2	0,1

^{*} Prozentuierung erste Spalte senkrecht: Gruppenanteile an Maßnahmenteilnehmern; Prozentuierung Spalten A-F waagerecht: Anteile Teilnehmer an einzelnen Maßnahmenkategorien.

In der Differenzierung nach dem Alter fällt für die ab 50-Jährigen die zurückgehende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung auf. Diese Älteren konzentrieren sich vor allem (in Bayern überproportional mit 54,4%) in Maßnahmen zur Aufnahme einer Erwerbs-

tätigkeit. Bei Geringqualifizierten ist der Teilnehmeranteil in Maßnahmen zur Berufswahl und Berufsausbildung am höchsten, bei Qualifizierten dagegen in Maßnahmen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnittlicher Bestand an Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach ausgewählten Merkmalen, Berichtszeitraum 2012, Nürnberg, Juni 2013.

3.8 AUSBILDUNGSSTELLENMARKT

Hervorragende Bilanz für den bayerischen Ausbildungsstellenmarkt: Im Landesdurchschnitt mehr gemeldete Stellen als gemeldete Bewerber

Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hat sich 2012 bayern- und bundesweit verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen ist günstiger als im Vorjahr¹⁷.

Im Ländervergleich des Verhältnisses der unvermittelten Bewerber zu den unbesetzten Stellen liegt Bayern an der Spitze, gefolgt von Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 213 offenen Stellen je 100 unversorgte Bewerber, in Bayern bei 1.338 (Ende September 2012).

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt war damit in 2012 in Bayern ausgesprochen günstig: Landesweit waren mehr freie Ausbildungsplätze als unvermittelte Bewerber bei den Arbeitsagenturen registriert. Je 100 unvermittelten Bewerbern standen in Bayern zum Ende des Berufsberatungsjahres rechnerisch 1.338 freie Ausbildungsplätze gegenüber.

Auch in allen bayerischen Regierungsbezirken gab es mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. Spitzenreiter war hier die Oberpfalz mit 49 freien Ausbildungsplätzen pro unversorgtem Bewerber, gefolgt von Niederbayern mit 45 freien Ausbildungsplätzen pro unversorgtem Bewerber.

Darstellung 3.86: Eckdaten zum bayerischen Ausbildungsstellenmarkt Ende September 2012 im Vergleich zu September 2011, in Absolutwerten und Prozent

	Ende September	Ende September	Veränderungen im Vergleich zu 2011		
	2011	2012	absolut	prozentual	
Gemeldete Stellen	89.684	94.433	4.749	5,3	
Gemeldete Bewerber	83.757	81.998	-1.759	-2,1	
Gemeldete Stellen je 100 gemeldete Bewerber	107	115			
Defizit/Überhang an gemeldeten Stellen	Überhang 5.927	Überhang 12.435			
noch unbesetzte Stellen	7.726	9.472	1.746	22,6	
unvermittelte Bewerber	564	708	144	25,5	
noch unbesetzte Stellen je 100 unvermittelte Bewerber	1.370	1.338			
Defizit/Überhang noch unbesetzte Ausbildungsstellen	Überhang 7.162	Überhang 8.764	1.602	22,4	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

¹⁷ Die Berufsberatungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist abhängig vom sogenannten Einschaltungsgrad der Agenturen für Arbeit, da weder für die Jugendlichen noch für die Betriebe ein Meldezwang besteht; sie bildet daher den Ausbildungsmarkt nicht vollständig ab, ermöglicht aber dennoch eine derzeit bestmögliche zeitnahe Beurteilung der Lage.

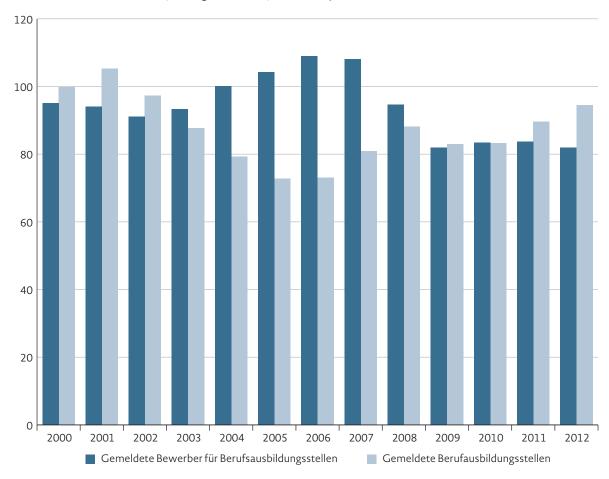
Ausbildungsstellenmarkt 2000 bis 2012: 2011 und 2012 mehr gemeldete Stellen als Bewerber

Während es in den Jahren 2000 bis 2002 mehr gemeldete Berufsausbildungsstellen als gemeldete Bewerber gab, entwickelte sich diese Relation ab 2003 bis einschließlich 2008 negativ (aus der Sicht der Ausbildungsstellen-Suchenden) mit deutlich mehr Bewerbern als rechnerisch bayernweit verfügbaren Berufsausbildungsstellen.¹⁸

In 2012 ergab sich – wie bereits im Berichtsjahr 2010/2011 – erneut rechnerisch und bayernweit eine positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als Bewerbern auch aufgrund eines seit 2007 sehr starken jährlichen Rückganges der Zahl der Bewerber. Bereits 2010 war die Ausbildungsstellenbilanz wieder ausgeglichen.

- ► Im Zeitraum vom 01.10.2011 bis 30.09.2012 hatten sich 81.998 Bewerber bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle bei den Agenturen für Arbeit gemeldet, 1.759 oder −2,1 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit nahm die Bewerberzahl erstmals seit 2009 wieder leicht ab.
- Von Oktober 2011 bis September 2012 wurden den Agenturen für Arbeit in Bayern insgesamt 94.433 Ausbildungsstellen gemeldet, rund 4.700 oder 5,3% mehr als noch im Vorjahreszeitraum.
- Bis Ende September 2012 wurden nach der Erhebung des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) – in Bayern 95.232 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 2.514 bzw. –2,6 % weniger als im Vorjahr.

Darstellung 3.87: Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen jeweils am Ende des jeweiligen Berichtsjahres in Bayern 2000–2012, in Tausend



¹⁸ Die Statistik nennt nur die seitens der Ausbildungsstellensuchenden und der Ausbildungsbetriebe bei der BA gemeldeten Zahlen (wichtig: keine Meldepflicht bei der Bundesagentur für Arbeit).

Kaum unversorgte Bewerberinnen und Bewerber im Berufsausbildungsjahr 2011/2012

In Bayern ist die Anzahl der der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsjahr 2011/12 gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich zu 2010/11 um 2,1% auf rund 82 Tsd. zurückgegangen, die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen ist hingegen um 4.700 Stellen oder 5,3% angestiegen. Im Vergleich zum Berichtsjahr 2008/09 bewarben sich 2011/12 insbesondere weniger Frauen, Deutsche sowie Personen ohne Hauptschulabschluss, während mehr Bewerber/-innen mit Realschul- oder höherem Abschluss zu verzeichnen waren.

Der Anteil der zum Ende September 2012 noch unversorgten Bewerber nahm in Bayern gegenüber dem Vorjahr leicht zu (von 0,7 % auf 0,9 %, in Deutschland von 2,1 % auf 2,8 %), liegt aber mit 0,9 % immer noch deutlich unter dem Vergleichswert für Westdeutschland (2,3 %) bzw. Deutschland (2,8 %).

Die Quote der unversorgten Bewerber war für beide Geschlechter in etwa gleich hoch. Sie betrug bei den Männern 0,8%, bei den Frauen 0,9% (WD: jeweils 2,3%; D: 2,0% bzw. 2,1%). Bei Ausländern lag sie bei 1,3% (WD: 2,4%; D: 3,0%).

Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss der Bewerber/-innen war der Anteil der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber ohne Hauptschulabschluss in Bayern mit 6,8 % am höchsten (Westdeutschland: 6,7 %). Am niedrigsten fielen die Anteile bei Ausbildungsstellen-Suchenden mit Realschulabschluss (0,5 %) und Fachhochschulreife (0,7 %) aus. Bei Bewerberinnen und Bewerbern mit Abitur stieg der Anteil wieder auf 1,7 % an (Westdeutschland: 2,2 %).

Darstellung 3.88: Im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in Bayern und Westdeutschland

Regionen	Merkmale	Insgesamt	darunter unversorgte Bewerber zum 30.09.	Anteil noch unversorgte Bewerber zum 30.09.	
	Insgesamt	81.998	708	0,9	
	Männer	44.166	375	0,8	
	Frauen	37.832	333	0,9	
	Deutsche	72.285	582	0,8	
	Ausländer	9.531	122	1,3	
Bayern	Ohne Hauptschulabschluss	732	50	6,8	
	Hauptschulabschluss	33.307	299	0,9	
	Realschulabschluss	33.937	183	0,5	
	Fachhochschulreife	7.211	60	0,8	
	Allgemeine Hochschulreife	4.684	78	1,7	
	Keine Angabe	2.127	38	1,8	
	Insgesamt	468.661	10.584	2,3	
	Männer	257.893	5.803	2,3	
	Frauen	210.768	4.781	2,3	
	Deutsche	407.505	9.124	2,2	
	Ausländer	60.311	1.426	2,4	
Westdeutschland	Ohne Hauptschulabschluss	6.481	432	6,7	
	Hauptschulabschluss	138.774	3.278	2,4	
	Realschulabschluss	197.986	3.689	1,9	
	Fachhochschulreife	64.134	1.818	2,8	
	Allgemeine Hochschulreife	46.147	1.025	2,2	
	Keine Angabe	15.139	342	2,3	

Quelle: Darstellung, eigene Berechnung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2012, Berichtsjahr 2011/2012

In der Differenzierung nach Regierungsbezirken weisen Oberbayern und Mittelfranken mit den beiden Großstädten München und Nürnberg überdurchschnittliche Anteile unversorgter Bewerber auf (1,3 % und 1,5 %, vgl. Darstellung 3.89). In Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken liegt der Anteil der unversorgten Bewerber mit je 0,3 % dagegen am niedrigsten.¹⁹

Darstellung 3.89: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Anteil unversorgter Bewerberinnen und Bewerber in Bayern und seinen Regierungsbezirken 2011/2012, Anzahl und Prozent

	Gemeldete Bewerber	Darunter unversorgte Bewerber zum 30.09.	Anteil der Unversorgten Bewerber in %
Bayern	82.257	708	0,9
Oberbayern	22.949	298	1,3
Niederbayern	7.986	23	0,3
Oberpfalz	8.174	21	0,3
Oberfranken	8.045	28	0,3
Mittelfranken	11.967	177	1,5
Unterfranken	10.624	62	0,6
Schwaben	12.512	99	0,8

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Berichtszeitraum September 2012, Berichtsjahr 2011/2012

¹⁹ Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass die von der Bundesagentur für Arbeit vorgelegten Statistiken den Ausbildungsstellenmarkt nur unvollständig erfassen. Das bezieht sich zum einen auf ganze Bereiche des Ausbildungsgeschehens wie Beamtenanwärter, zum anderen natürlich auf die den Agenturen und Jobcentern etc. nicht gemeldeten Stellen bzw. Bewerber. Die zum Ende des Berichtsjahres (September) als unversorgt registrierten Bewerber werden zumindest z. T. auch noch durch Nachvermittlungsaktionen ab Oktober versorgt. Verwendet man die "er weiterte Angebots-Nachfrage-Relation" des Bundesinstituts für Berufsausbildung, um das letztgenannte Problem annähernd zu vermeiden, so ergeben sich – insbesondere in den nördlichen Regierungsbezirken Bayerns – schlechtere Werte (vgl. Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München: Bildungsbericht Bayern 2012, München, S. 122. Zur Methodik und weitergehenden Ergebnissen vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Vorversion vom 13.05.2013 Berlin 2013, S. 11 ff.). Jedoch weist Bayern nach Mecklenburg-Vorpommern auch mit einer erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation von 102,3 zum 30. September 2012 (2011: 100,0) den zweitbesten Wert aller Bundesländer auf (Deutschland 2012: 93,2; Westdeutschland: 92,8).

Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen schaffen es zunehmend häufiger und in Bayern häufiger als in Westdeutschland, eine ungeförderte Berufsausbildung aufzunehmen

Eine Analyse des Verbleibs der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen für die Berichtsjahre 2008/2009 bis 2011/2012 in Bayern zeigt, dass der Anteil derjenigen angestiegen ist, die in eine ungeförderte Berufsausbildung eingemündet sind. Abgenommen hat dagegen der Anteil derjenigen, die in einer geförderten Berufsausbildung oder einer Fördermaßnahme verblieben (siehe nachfolgende Darstellung).

Darstellung 3.90: Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen im Berufsausbildungsjahr (2008/2009 bis 2011/2012) zum 30.09. in Bayern, in Prozent

	2008/2009	2009/2010	2010/2011	2011/2012
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Schule/Studium/Praktikum	15,1	15,1	15,0	15,5
Berufsausbildung/Erwerbstätigkeit	63,4	66,6	69,5	69,2
Berufsausbildung ungefördert	52,2	56,1	60,7	61,3
Berufsausbildung gefördert	7,7	6,7	4,8	4,4
Erwerbstätigkeit	3,5	3,8	4,1	3,5
Gemeinnützige/soziale Dienste	1,1	1,1	1,1	1,0
Fördermaßnahmen	7,1	5,5	3,8	3,2
ohne Angabe eines Verbleibs	13,4	11,8	10,5	11,1

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, bei Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art des Verbleibs zum 30.09., Nürnberg, Berichtszeitraum September 2012, Berichtsjahre 2009/2010 bis 2011/2012

Differenziert nach Regierungsbezirken zeigt sich, dass 2011/12 der Anteil der Bewerberinnen und Bewerber, die in einer ungeförderten Berufsausbildung verbleiben, in Mittelfranken (55,8%) und Schwaben (58,2%) am geringsten und in der Oberpfalz mit 70,2% am höchsten ist. Am häufigsten in geförderter

Berufsausbildung verbleiben Bewerberinnen und Bewerber mit je 5,2% in Mittelfranken und Schwaben, am häufigsten in Fördermaßnahmen in Oberfranken (4,5%). Bei beiden letztgenannten Verbleibsalternativen hat der Anteil in allen Regierungsbezirken zwischen 2008 und 2012 abgenommen.

Für das Berichtsjahr 2012/2013 ergeben sich aus Darstellung 3.91 relativ geringe Geschlechterunterschiede beim Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen. Das gilt für Bayern genauso wie für Westdeutschland und für Männer und Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft ebenso wie für Ausländer. Bei Ausländerinnen und Ausländern ist der Anteil derjenigen, die in Schule, Studium oder Praktika einmünden, höher als bei Deutschen. Leicht höher ist auch der Anteil bei Ausländern, die in eine geförderte Berufsausbildung einmünden bzw. in sonstige Fördermaßnahmen.

Deutlich geringer ist bei Ausländerinnen und Ausländern aber der Anteil derer, die in ungeförderter Berufsausbildung verbleiben. Auch das gilt in Bayern und in Westdeutschland. Dabei ist aber das Niveau unterschiedlich. Im Freistaat münden im Berufsausbildungsjahr 2011/2012 mit 61,3 % weit häufiger Bewerberinnen und Bewerber in eine ungeförderte Berufsausbildung ein als mit 46,5 % in Westdeutschland. Umgekehrt ist in Bayern der Anteil derjenigen mit unbekanntem Verbleib deutlich geringer (11,1 % versus 18,0 %).

Darstellung 3.91: Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in Bayern und Westdeutschland im Berufsausbildungsjahr 2011/2012 (zum 30.09.2012), in Prozent

			Insgesamt	:		Deutsche			Ausländei	r
Regionen	Verbleibsart zum 30.09.	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt	Männer	Frauen
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/Studium/ Praktikum	15,5	14,9	16,2	14,8	14,0	15,6	21,0	21,6	20,3
	Berufsausbildung/ Erwerbstätigkeit	69,2	69,8	68,5	71,0	71,9	70,0	55,4	54,2	56,9
D	Berufsausbildung ungefördert	61,3	61,1	61,5	63,4	63,5	63,2	45,3	43,2	47,7
Bayern	Berufsausbildung gefördert	4,4	5,1	3,7	4,2	4,9	3,5	5,9	6,4	5,2
	► Erwerbstätigkeit	3,5	3,6	3,4	3,4	3,5	3,3	4,3	4,6	4,0
	soziale Dienste	1,0	0,8	1,2	1,1	0,9	1,3	0,5	0,3	0,6
	Fördermaßnahmen	3,2	3,3	3,1	3,0	3,0	3,0	5,1	5,5	4,6
	ohne Angabe eines Verbleibs	11,1	11,2	11,0	10,2	10,3	10,1	18,1	18,4	17,6
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/Studium/ Praktikum	17,8	17,2	18,5	17,0	16,3	17,8	22,9	23,0	22,8
	Berufsausbildung/ Erwerbstätigkeit	58,2	59,2	57,1	59,7	60,8	58,3	48,5	47,9	49,2
West- deutsch-	Berufsausbildung ungefördert	46,5	46,5	46,4	48,2	48,5	47,8	34,8	33,0	37,0
land	Berufsausbildung gefördert	6,6	7,4	5,7	6,5	7,2	5,6	7,4	8,3	6,4
	► Erwerbstätigkeit	5,1	5,3	5,0	5,0	5,1	4,8	6,3	6,7	5,8
	soziale Dienste	1,6	1,4	1,9	1,8	1,6	2,0	0,7	0,4	1,1
	Fördermaßnahmen	4,3	4,5	4,1	4,2	4,3	4,1	4,9	5,3	4,4
	ohne Angabe eines Verbleibs	18,0	17,7	18,4	17,3	16,9	17,8	23,0	23,4	22,5

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, bei Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art des Verbleibs zum 30.09., Nürnberg, Berichtszeitraum September 2012, Berichtsjahr 2011/2012

In Bayern besonders geringer Anteil früher Schulabgänger und Schulabgängerinnen

In Bayern ist der Anteil früher Schulabgänger und Schulabgängerinnen (Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt) seit 2005 von 11,2% auf 9,1% in 2011 gesunken und bewegt sich deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (2005: 13,8%; 2011: 11,6%). Bayern verzeichnete damit 2011 unter allen

Bundesländern den niedrigsten prozentualen Anteil von frühen Schulabgängern.

Bayern erfüllte bereits im Jahr 2008 das im Aktionsplan der EU-Kommission vom Januar 2011 festgelegte Kernziel der Strategie Europa 2020, die Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10% zu senken.

Darstellung 3.92: Frühe Schulabgänger* nach Geschlecht und Bundesländern, in Prozent

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Insgesamt			
Baden-Württemberg	12,5	12,4	12,1	10,1	9,5	9,8	9,9
Bayern	11,2	12,6	11,2	9,6	8,8	9,4	9,1
Hessen	13,3	14,7	12,1	12,4	11,4	11,8	10,6
Niedersachsen	16,0	14,6	14,0	13,0	12,6	13,9	14,1
Nordrhein-Westfalen	15,8	16,7	15,0	14,5	13,7	14,6	13,6
Rheinland-Pfalz	16,4	15,3	15,5	12,4	13,7	15,5	13,5
Deutschland	13,8	14,1	12,7	11,8	11,1	11,9	11,6
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,4	14,7	13,3	12,3	11,6	12,3	11,9
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	12,0	11,9	10,6	10,2	9,3	10,0	10,2
				Männer			
Bayern	10,8	12,6	12,6	10,1	9,5	9,7	10,2
Deutschland	13,5	14,4	13,5	12,4	11,5	12,7	12,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,8	14,9	14,1	12,7	12,0	13,1	12,8
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	12,4	12,8	11,4	11,4	9,8	11,3	11,2
				Frauen			
Bayern	11,5	12,5	9,9	9,0	8,2	9,1	8,0
Deutschland	14,2	13,8	12,0	11,2	10,8	10,8	11,0
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,9	14,6	12,6	11,9	11,3	11,6	11,0
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	11,5	11,0	9,8	8,9	8,8	8,6	9,1

^{*} Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Sozialberichterstattung, Eurostat

TOP TEN der Ausbildungsberufe 2012: Übernachfrage junger Menschen bei attraktiven Berufen, Besetzungsprobleme bei unattraktiven Berufen

Beim Angebot und der Nachfrage nach Berufsausbildungsstellen gibt es neben der Frage, wie ausgeglichen die Ausbildungsstellenbilanz in quantitativer und regionaler Hinsicht ist, strukturelle Unterschiede. Diese betreffen die Attraktivität bzw. Präferenzen von Bewerberinnen und Bewerbern für bestimmte Berufe/Berufsgruppen und geschlechtsspezifische Unterschiede.

Dies kommt z.B. für das Berichtsjahr 2011/2012 darin zum Ausdruck, dass von allen gemeldeten Berufsausbildungsstellen in diesem Berichtsjahr rund 33 % auf zehn Berufe entfielen, während die zehn häufigsten Berufe bei der Nachfrage der registrierten Bewerber rund 42% aller angestrebten Ausbildungen ausmachten – und diese jeweils zehn Berufe sind auf beiden Seiten nur zum Teil identisch. Im Ergebnis zeigt sich bei diesen angebotsseitig häufigen Berufen, dass es im Berichtszeitraum in Bayern z.B. 2.975 Ausbildungsstellen für Köche/Köchinnen gab, was mit 3,2% der vierthäufigste Beruf war, für den Ausbildungsstellen angeboten wurden. Dieser Ausbildungsberuf rangierte in der Nachfrage der Bewerberinnen und Bewerber jedoch gar nicht unter den Top Ten. Gleichwohl kommt die bessere Situation des bayerischen Ausbildungsstellenmarktes im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt darin zum Ausdruck, dass die Bewerberüberhänge (das Verhältnis Bewerberzahl zu Stellen) bei den Top-Ten-Berufen in Bayern fast durchgängig geringer sind als in Westdeutschland.

Zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den angestrebten Berufen: Geht man wie in Darstellung 3.93 von der Nachfrageseite aus, so zeigen sich zunächst bei den zehn am häufigsten gewünschten Berufen teils deutliche Bewerberüberhänge, bis hin zum 1,7-fachen bei "Bürokaufmann/-frau".

Frauen streben aber zum Teil andere Ausbildungsberufe an als Männer. So rangierte z.B. bei Männern der Kfz-Mechatroniker PKW-Technik ganz oben auf der Hitliste, mit alleine 3.339 männlichen Ausbildungsplatzbewerbern – aber insgesamt nur 2.514 entsprechenden Ausbildungsstellen. Auf der anderen Seite konkurrierten um die 3.064 insgesamt angebotenen Ausbildungsstellen für ihren Wunschberuf Bürokauffrau 3.796 Frauen, von weiteren 1.544 männlichen Ausbildungsplatzbewerbern ganz abgesehen.

Frauen neigen, wie die Tabelle zeigt, immer noch weniger zu den klassischen technischen ("Männer-") Berufen. Hinzu kommt, dass das Spektrum der Wunschberufe bei Frauen enger ist als bei Männern. So konzentrierten sich im Berichtszeitraum 2011/12 bei den Männern knapp 40% der Berufswünsche auf die Top Ten der Männer. Bei den Frauen waren es dagegen 57,2%.

Darstellung 3.93: Seit Beginn des Berichtsjahres gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Geschlecht und gemeldete Berufsausbildungsstellen. Top Ten der Ausbildungsberufe in Bayern 2012 (September), Anzahl und Prozent

Geschlecht	Berufe	Gemeldete Bewerber	Gemeldete Berufs- ausbildungs- stellen*	Verhältnis Bewerber/ Stellen Bayern	Verhältnis Bewerber/ Stellen West- deutschland
	Bürokaufmann/Bürokauffrau	5.340	3.064	1,7	2,2
	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	5.299	5.483	1,0	1,4
	Verkäufer/Verkäuferin	4.465	3.714	1,2	1,5
	Industriekaufmann/Industriekauffrau	4.210	2.968	1,4	1,4
	Medizinischer Fachangestellter/ Medizinische Fachangestellte	3.536	2.299	1,5	2,2
Insgesamt	Kraftfahrzeugmechatroniker/ Kraftfahrzeugmechatronikerin Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.523	2.514	1,4	2,0
	Industriemechaniker/Industriemechanikerin	3.068	2.720	1,1	1,3
	Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	1.867	2.040	0,9	_**
	Friseur/Friseurin	1.825	1.842	1,0	1,2
	Bankkauffmann/Bankkauffrau	1.537	1.968	0,8	0,8
	Kraftfahrzeugmechatroniker Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.339	2.514		
	Industriemechaniker	2.840	2.720		
	Kaufmann im Einzelhandel	2.422	5.483		
	Verkäufer	1.671	3.714		
Männer	Industriekaufmann	1.602	2.968		
Wallici	Bürokaufmann	1.544	3.064		
	Mechatroniker	1.140	1.346		
	Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	1.108	1.752		
	Tischler	1.081	722		
	Fachkraft für Lagerlogistik	1.000	866		
	Bürokauffrau	3.796	3.064		
	Medizinische Fachangestellte	3.466	2.299		
	Kauffrau im Einzelhandel	2.877	5.483		
	Verkäuferin	2.794	3.714		
Frauen	Industriekauffrau	2.608	2.968		
- raucii	Friseurin	1.706	1.842		
	Kauffrau für Bürokommunikation	1.520	2.040		
	Zahnmedizinische Fachangestellte	1.148	2.415		
	Hotelfachfrau	932	2.634		
	Bankkauffrau	837	1.968		

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bei Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art des Verbleibs zum 30.09., Nürnberg, Berichtszeitraum September 2010

^{*} Gesamtzahl, keine Geschlechtertrennung.** In Westdeutschland nicht unter den Top Ten.

Etwas weniger ausbildende Betriebe, aber nicht weniger Auszubildende

Der Anteil der Betriebe und Dienststellen, die sich in der Ausbildung engagieren, ist 2011 bis 2012 um 2 Prozentpunkte auf 30 % gesunken. Dennoch ist die Zahl der Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr hochgerechnet um rund 4 Tsd. gestiegen. Vor allem in

Kleinstbetrieben geht das Ausbildungsengagement zurück. Allerdings ist in Kleinst- und Kleinbetrieben auch die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen relativ hoch.

Darstellung 3.94: Hochgerechnete Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter 2001 bis 2012 (jeweils Jahresmitte; Angaben in Tausend)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bayern	271	290	283	269	267	256	247	267	271	272	263	267
Westdeutschland	1.273	1.278	1.258	1.218	1.220	1.204	1.205	1.267	1.286	1.277	1.262	1.269
Ostdeutschland	388	361	347	345	340	330	313	314	298	277	254	237
Deutschland insgesamt	1.661	1.640	1.606	1.563	1.560	1.534	1.518	1.581	1.584	1.555	1.516	1.506

Quelle: INIFES 2013 (Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012)

Die Auszubildendenquote (Anteil an allen Beschäftigten) ist 2012 auf 4% gesunken. Sie ist mit 3% in Kleinstbetrieben am geringsten. Eine überdurchschnittliche Quote verzeichnet der Bereich Handel und Reparatur (6%).

31% der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung hatten für das Ausbildungsjahr 2011/2012 neue Ausbildungsplätze angeboten. Hochgerechnet sind das 145 Tausend. 26 Tausend bzw. (unveränderte) 18%

dieser Plätze wurden nicht besetzt (Westdeutschland: 15 %), v.a. in Kleinst- und Kleinbetrieben.

Die Übernahmequote erfolgreicher Ausbildungsabsolventen hat 2012 wie schon 2008 mit 71% einen Spitzenwert erreicht und liegt deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt von 66%. Mit 74% liegt die Übernahmequote bei den männlichen Ausbildungsabsolventen deutlich über der bei Frauen.

Entwicklung der Ausbildungsquote von 2008 bis 2012

Die Ausbildungsquote in Bayern – der Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – geht seit 2009 zurück (von 5,8 auf 5,0%). Wie der nachfolgenden Darstellung zu ent-

nehmen ist, gilt das für fast alle Wirtschaftszweige mit der Ausnahme von Energieversorgung und Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Darstellung 3.95: Ausbildungsquote* nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige in Bayern 2008 bis 2012 und in Westdeutschland 2012, in Prozent

			Bayern			West- deutschland
	2008	2009	2010	2011	2012	2012
Insgesamt	5,6	5,8	5,6	5,2	5,0	5,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	11,9	11,0	10,6	10,3	9,5	8,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2,7	2,8	2,8	2,6	2,5	3,5
Verarbeitendes Gewerbe	5,0	5,3	5,2	4,8	4,6	4,4
Energieversorgung	3,9	4,0	4,0	4,4	4,4	4,7
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	2,2	2,4	2,3	2,2	2,1	2,7
Baugewerbe	9,2	9,4	8,8	8,5	8,2	8,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	7,8	7,9	7,6	7,2	6,9	6,2
Verkehr und Lagerei	2,9	3,1	2,9	2,7	2,8	2,9
Gastgewerbe	9,8	9,3	8,5	7,5	6,6	6,7
Information und Kommunikation	3,5	3,3	3,1	2,9	3,0	3,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4,3	4,5	4,6	4,5	4,7	4,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,8	3,4	3,3	3,0	3,1	3,5
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5,4	5,5	5,2	4,8	4,5	4,6
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2,1	2,4	2,1	1,8	1,7	1,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3,8	3,7	3,9	3,9	3,3	3,7
Erziehung und Unterricht	5,4	5,8	5,8	5,5	5,0	5,8
Gesundheits- und Sozialwesen	6,2	6,1	5,9	5,8	5,6	5,9
Kunst, Unterhaltung und Erholung	4,4	4,7	4,9	4,8	4,1	4,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	8,0	8,0	7,3	6,4	5,7	5,9
Private Haushalte	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2

^{*} Auszubildende als Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2013

Die höchsten Ausbildungsquoten weisen nach der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei und dem Baugewerbe der Handel bzw. die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie das Gastgewerbe auf. Die Reihenfolge ähnelt sich zwischen Bayern und Westdeutschland stark.

Betriebe mit Ausbildungsplatzangeboten und unbesetzte Ausbildungsstellen: Steigender Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen

31% der bayerischen Betriebe und Dienststellen mit Ausbildungsberechtigung haben für das Ausbildungsjahr 2011/2012 freie Ausbildungsplätze angeboten, das entspricht dem Vorjahreswert. In West- und vor allem in Ostdeutschland lag diese Quote etwas niedriger. Bei mittelgroßen Betrieben (20 bis 99 Beschäf-

tigte) ist die Quote leicht gesunken, bei den größeren Betrieben dagegen (um 6 Prozentpunkte) angestiegen. Mit 33% liegt sie in Nordbayern wieder leicht über dem südbayerischen Prozentsatz von 29% (vgl. nachfolgende Darstellung)²⁰.

Darstellung 3.96: Betriebe mit neuen Ausbildungsplatzangeboten für das Ausbildungsjahr 2011/12 (Anteil an Betrieben mit Ausbildungsberechtigung) und unbesetzte Ausbildungsstellen

	Betriebe mit Ausbil- dungsplatzangeboten für 2011/12	Unbesetzte Au:	sbildungsstellen
	Anteil an allen Betrieben mit Ausbildungsberechti- gung* (Prozent)	Anzahl (in Tsd.)	Anteil an angebote- nen Ausbildungs- stellen (in Prozent)
Wirtschaftszweig			
Handel und Reparatur	29	4	16
Produzierendes Gewerbe	40	9	18
Dienstleistungen i. e. Sinne	26	12	19
Org. ohne Erwerb./Öffentliche Verwaltung	30	0	3
Betriebsgröße			
1 bis 4 Beschäftigte	11	2	29
5 bis 19 Beschäftigte	30	12	28
20 bis 99 Beschäftigte	57	9	22
100 bis 499 Beschäftigte	79	2	6
ab 500 Beschäftigte	95	1	3
Region			
Nordbayern	33	17	23
Südbayern	29	10	13
Bayern	31	26	18
nachrichtlich: 2011	31	24	18
nachrichtlich: 2010	30	19	15
nachrichtlich: 2009	31	15	12
Westdeutschland	30	95	15
Ostdeutschland	25	42	32
Deutschland insgesamt	29	137	18

^{*} Ausbildende und nicht ausbildende Betriebe mit Ausbildungsberechtigung nach Eigenangaben der befragten Personalverantwortlichen

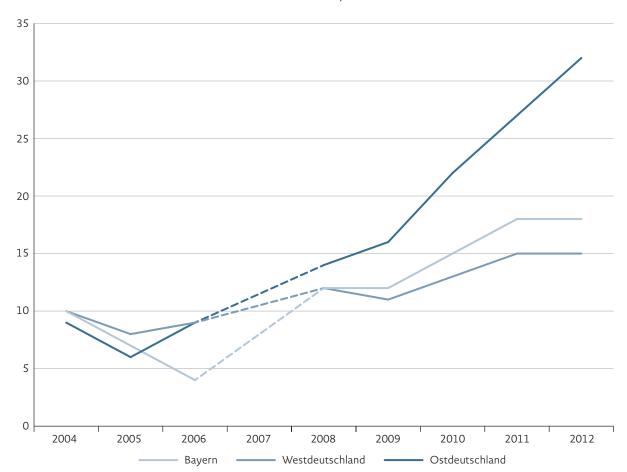
²⁰ Vgl. noch ausführlicher im Internet-Datenangebot des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.): INIFES, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 – Teil I, Stadtbergen, 2013, S. 49 ff.

Laut IAB-Betriebspanel ist die hochgerechnete Zahl der freien Ausbildungsplätze von 133 Tsd. auf 145 Tsd. in 2011/12 angestiegen (+9%) und liegt damit deutlich über den Vorjahreswerten. Auch in Westdeutschland ist mit +8% ein ähnlich starker Zuwachs zu verzeichnen. Besonders ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze seitens der Dienstleistungsbetriebe und der Betriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten angestiegen.

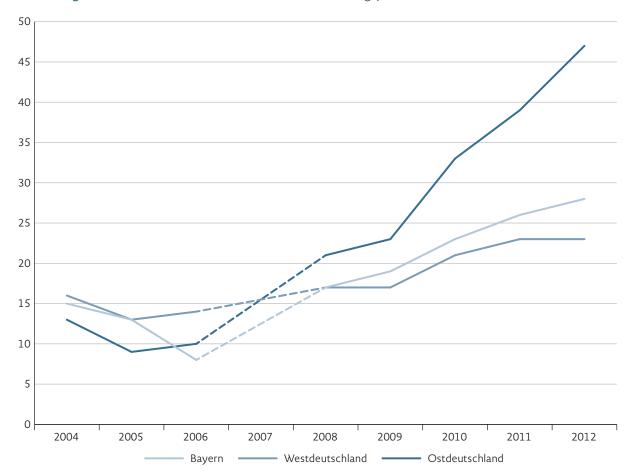
Von den freien Ausbildungsplätzen blieben in Bayern 26 Tsd. (Vorjahr 24 Tsd.) unbesetzt. Der Anteil unbesetzter an den angebotenen Ausbildungsstellen ist in Kleinst- und Kleinbetrieben (5 bis unter 20 Beschäftigte) mit 29% bzw. 28% am höchsten bzw. in sehr großen Betrieben und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/öffentlicher Verwaltung mit je 3% am geringsten.

Obwohl die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze leicht angestiegen ist, ist deren Anteil an allen angebotenen Ausbildungsplätzen (18%) in Bayern bzw. im westdeutschen Durchschnitt (15%) 2012 konstant geblieben.

Darstellung 3.97: Anteil nicht besetzter Ausbildungsplätze an allen angebotenen Ausbildungsplätzen in Bayern, West- und Ostdeutschland 2004 bis 2012, in Prozent



Werte für das Jahr 2007 sind nicht verfügbar.



Darstellung 3.98: Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen 2004 bis 2012, in Prozent

Werte für das Jahr 2007 sind nicht verfügbar.

Wie folgende Darstellung für die Jahre 2009 bis 2012 in der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen zeigt²¹, haben dabei seit 2009 die Anteile der unbesetzten an den angebotenen Ausbildungsplätzen

speziell im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen im engeren Sinne erheblich zugenommen.

Darstellung 3.99: Anteile unbesetzt gebliebener an allen neu angebotenen Ausbildungsplätzen 2009 bis 2012, in Prozent

	2009	2010	2011	2012
Handel und Reparatur	19	18	12	16
Produzierendes Gewerbe	9	20	19	18
Dienstleistungen i. e. S.	12	11	21	19
Org. ohne Erwerb/Öffentliche Verwaltung	5	4	1	3
Bayern	12	15	18	18

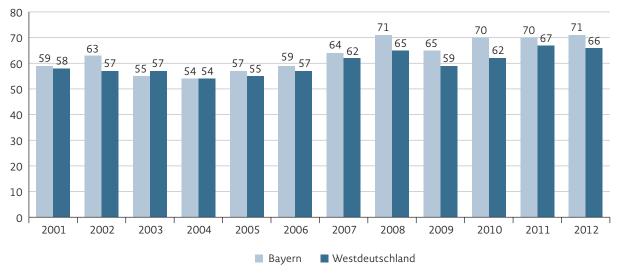
²¹ Weiter zurück kann die Darstellung 3.99 wegen der Umstellung auf die Wirtschaftszweigsystematik 08 nicht ausgewiesen werden.

Übernahmequote von Auszubildenden mit erfolgreichem Abschluss stieg in Bayern 2012 auf einen Spitzenwert von 71% und lag damit erneut deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert

Mit einer abgeschlossenen Ausbildung verbessern sich die Arbeitsmarktchancen junger Menschen in hohem Maß. Sie sind aber keine Garantie für einen glatten Erwerbseinstieg.

Mit 71% erreichten 2012 die von den bayerischen Betrieben und Dienststellen berichteten Übernahmequoten einen Spitzenwert. Der Anteil der übernommenen erfolgreichen Ausbildungsabsolventen liegt damit erneut deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert (vgl. nachfolgende Darstellung). Inwiefern diese Übernahmen aber in ein unbefristetes Normalarbeitsverhältnis führen, ist nicht bekannt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die nicht übernommenen erfolgreichen Ausbildungsabsolventen verschiedene Wege nehmen können: anderer Betrieb, Studium, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunterbrechung usw.²²

Darstellung 3.100: Übernahmequoten von Auszubildenden in Bayern und Westdeutschland 2001 bis 2012 (Stand jeweils 30.06.), in Prozent



Quelle: INIFES, Beschäftigungstendenz im Freistaat Bayern 2012 – Teil I, S. 53

Die Übernahmequote ist 2012 vor allem in Südbayern angestiegen und damit wieder leicht höher als in Nordbayern, wo ein Rückgang zu verzeichnen ist. Erneut liegt in Bayern die Übernahmequote bei männli-

chen Ausbildungsabsolventen höher als bei den weiblichen. Im westdeutschen Durchschnitt haben sich die Werte für Männer und Frauen dagegen 2012 fast angeglichen (vgl. nachfolgende Darstellung).

Darstellung 3.101: Übernahmequoten an der zweiten Schwelle nach Geschlecht und Regionen 2009 bis 2012, in Prozent

		insge	samt		weib	liche Au	ıszubild	ende	männliche Auszubildende			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Nordbayern	58	63	73	69	50	62	67	61	66	64	79	75
Südbayern	72	75	68	72	70	72	64	72	74	76	72	72
Bayern	65	70	70	71	59	67	65	67	70	72	75	74
Westdeutschland	59	62	67	66	56	61	63	65	62	64	70	67
Ostdeutschland	49	53	59	59	51	51	58	55	48	54	60	62
Deutschland insgesamt	58	61	66	65	56	59	62	64	59	62	68	66

Quelle: INIFES, Beschäftigungstendenz im Freistaat Bayern 2012 - Teil I, S. 54

²² Vgl. noch ausführlicher im Internet-Datenangebot des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.): INIFES, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 – Teil I, Stadtbergen, 2013, S. 52 ff.

4. Soziale Leistungen

4.0 ÜBERBLICK

Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Gestiegener Sozialhaushalt - Ausdruck eines gestiegenen Sozialengagements: Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) weist im Jahr 2013 im Einzelplan 10 für soziale Zwecke rd. 3,81 Mrd. Euro aus. Das sind nahezu 800 Mio. Euro mehr als 2012 (+26,1%) und sogar rund 1,3 Mrd. Euro bzw. rund 50% mehr als in 2011. Grund hierfür ist insbesondere das neu aufgelegte Förderprogramm für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren.

Von den 3,8 Mrd. Euro in 2013 im Haushalt des StMAS kommt ein Großteil den Kommunen zugute: So entfallen davon rund 1,2 Mrd. Euro nur auf die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagespflege. Ansprechpartner für diese Förderung sind ausschließlich die Kommunen.

Der Anteil des Sozialhaushalts am Staatshaushalt Bayerns entspricht im Jahr 2013 8,0%. Rund 51% der Ausgaben des StMAS entfallen 2013 auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe, 9,9% sind Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung und 8,1% Leistungen für die Förderung behinderter Menschen.

Niedrigste Mindestsicherungsquoten bundesweit:1

In Bayern haben bundesweit im Verhältnis zur Bevölkerung am wenigsten Menschen Leistungen der Mindestsicherung in Anspruch genommen. Im Bundesländervergleich wies Bayern im Jahr 2011 mit 4,3 % die niedrigste Bezugsquote auf, die weit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,9% liegt. Damit erhielten 2011 in Bayern rund 546.000 Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Im Vergleich zu 2005 ging die Zahl der

Leistungsbezieher bis 2008 um über 11 % zurück. Im Krisenjahr 2009 stieg die Zahl vorübergehend um fast 5%, 2010 und 2011 waren die Empfängerzahlen aber erneut rückläufig. Über den gesamten Zeitraum gesehen liegt die Empfängerzahl im Jahr 2011 um rund 17% unter dem Niveau von 2005.

Im regionalen Vergleich waren in Mittel- und Oberfranken mit einer Mindestsicherungsquote von 6,0% bzw. 4,7 % zum Jahresende 2011 die Menschen häufiger als im bayerischen Durchschnitt (4,3 %) auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. In allen kreisfreien Städten lag die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen waren die Quoten zumeist niedriger.

In Bayern besonders niedrige SGB-II-Empfängerquoten (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld):

- Rund 304.000 erwerbsfähige Menschen bezogen im April 2013 Arbeitslosengeld II sowie zusätzlich rund 124.000 Personen Sozialgeld (nichterwerbsfähige Leistungsbezieher der Grundsicherung für Arbeitssuchende). Mitte 2006 war die Zahl der Menschen, die diese SGB-II-Leistungen erhielten, noch um über 150.000 höher.
- ► Der Anteil der erwerbstätigen Alg-II-Bezieher ist seit Anfang 2007 bis zum Juni 2012 von 21,8% auf 30,2% gestiegen. 51,3% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einem Erwerbseinkommen aus abhängiger Tätigkeit erzielten ein solches bis max. 400 Euro, 21 % verdienten zwischen 400 Euro und 800 Euro und 27,7 % der abhängig erwerbstätigen Hilfebedürftigen hatten ein Einkommen über 800 Euro. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unter-

¹ Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen folgende Hilfen:

Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslösengeld II und Sozialgeld) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

- haltspflichten für Familienangehörige verursacht.
- ► Im Dezember 2012 konnten 17.500 Leistungsempfänger in Bayern ihre Hilfebedürftigkeit beenden. 50% dieser Personen haben weniger als ein Jahr SGB-II-Leistungen bezogen. Jüngere zwischen 15 und 25 Jahren schaffen den Übergang aus der Grundsicherung viel eher als Ältere ab 50 Jahren. Über die Hälfte der Grundsicherungsbezieher ab 50 Jahren ist schon seit über 4 Jahren hilfebedürftig, von den Jüngeren dagegen nicht einmal jeder Dritte.
- Empfängern, die sich verspätet melden oder nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, ihre Hilfebedürftigkeit selbst zu beenden oder zu verringern, werden Leistungen gekürzt. Davon waren im April 2013 in Bayern 5,2% aller arbeitslosen Arbeitslosengeld-II-Bezieher betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 124 Euro je Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit mindestens einer Sanktion. Der mit 61,7% mit weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung rechtzeitiger Meldepflichten, 16,0% basierten auf einer Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen oder fortzuführen, und 14,7 % auf einer Verletzung einer Verpflichtung in einer Eingliederungsvereinbarung. Unterschiedliche Sanktionsquoten hängen vorrangig vom regionalen Arbeitsmarkt bzw. Arbeitsangebot ab.

Niedrige Quoten auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Ende 2012 bezogen rund 106.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 42 % der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit war die Mehrheit der Empfänger 65 Jahre und älter. Ende 2012 waren 2,5 % aller Personen dieser Altersgruppe zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Bei den älteren Grundsicherungsbeziehern/-innen ab 65 Jahren fallen dabei vergleichsweise geringe geschlechterspezifische Unterschiede auf. So bezogen Ende 2012 in Bayern

2,7% aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern fiel der Anteil mit 2,2% etwas geringer aus. In Mittelfranken und Oberbayern sind ältere Menschen verhältnismäßig häufig auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 369 Euro wurden im Jahr 2012 im Schnitt 438 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt (das bedeutete eine Erhöhung um ca. 1% gegenüber dem Vorjahr).

Wohngeld - in Bayern geringste Quote: Bayern verzeichnete im Jahr 2011 erneut den geringsten Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten unter allen Bundesländern. Von den Wohngeldempfängern waren im Jahr 2012 46% Rentner/ -innen, 21 % Arbeiter/-innen, 16 % Angestellte/ Beamte/-innen und 5% Arbeitslose (Empfänger von Grundsicherungsleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II erhalten in der Regel kein Wohngeld, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden; Empfänger von Kinderzuschlag sind hingegen wohngeldberechtigt). Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 110 Euro beim Mietzuschuss und 136 Euro beim Lastenzuschuss (Wohneigentümer). Die größte Wohngelddichte innerhalb Bayerns verzeichnete Oberfranken mit 1,3 %, die niedrigste Oberbayern mit 0,7%.

Elterngeld – zunehmende Inanspruchnahme: Das

2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt. Insgesamt haben rund 34.000 Mütter und Väter in Bayern für ihre im 1. Vierteljahr 2012 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Die Inanspruchnahmequote der bayerischen Väter dieser Kinder stieg gegenüber denjenigen, deren Kinder vier Jahre früher bzw. im 1. Vierteljahr 2008 geborenen wurden, um deutliche 11,5 Prozentpunkte auf 36,3%. Die bayerischen Väter rangieren damit bundesweit an der Spitze, auch

wenn sie nach wie vor deutlich kürzer Elterngeld beziehen als Mütter. Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug bei Vätern in Bayern 2,8 Monate, bei Müttern 11,7 Monate.

Kinderbetreuung – hohe und schnell zunehmende Betreuungsquoten: In Bayern haben im Jahr 2013 die Eltern von rund 80.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe entsprach im Jahr 2013 24,8% mit einer regionalen Spannbreite von 11,3 bis 40% (bundesweit 29,3% wegen sehr hoher Quoten in Ostdeutschland). Im Zeitraum 2006 bis 2013 hat sich die Quote in Bayern verdreifacht – mit weiterhin steigender Tendenz.

Bei den 3- bis unter 6-Jährigen lag der Anteil der betreuten Kinder 2013 bei 91,3 % (bundesweit 93,6 %). Dabei war in Nordbayern die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe höher als in Südbayern.

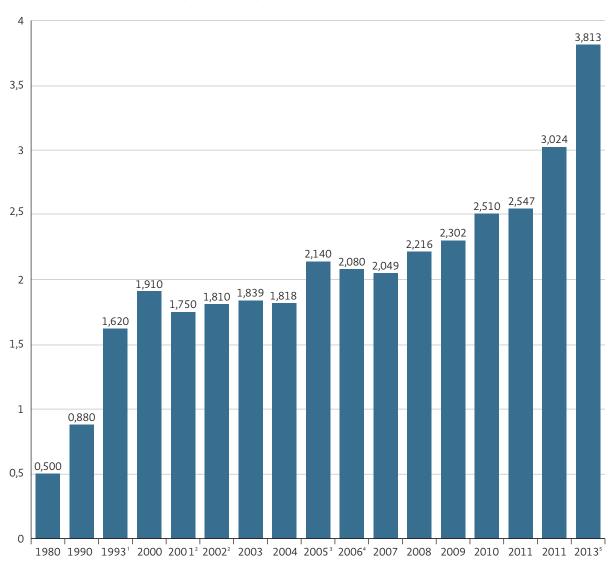
4.1 SOZIALHAUSHALT

Sozialhaushalt: Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration wurde in jüngster Vergangenheit deutlich ausgeweitet

Alleine im Jahr 2013 stehen rd. 3,81 Mrd. Euro im Einzelplan 10 für soziale Zwecke zur Verfügung. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um fast 800 Mio. Euro oder 26,1 %. Gegenüber 2011 bzw. in nur zwei Jahren wurde der Sozialhaushalt sogar um rund 1,3 Mrd. Euro bzw. um rund 50% erweitert. Grund hierfür ist insbesondere das neu aufgelegte Förderprogramm für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren.

Informationen zur Entwicklung der bundesweiten Sozialleistungsquote, den Sozialleistungen pro Kopf im Europa-Vergleich und der Finanzierung der Sozialleistungen enthalten die Darstellungen S1 bis S5 im Materialienband.

Darstellung 4.1: Sozialhaushalt (Einzelplan 10) 1980 bis 2013, in Mrd. Euro



¹ Hohe Steigerung durch Zuständigkeitserweiterung.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

² Reduzierung durch Zuständigkeitsverlagerung.

³ Hohe Steigerung insbesondere wegen durchlaufender Bundesmittel nach dem SGB II (240 Mio. Euro).

⁴ Reduzierung durch Umsetzung von 60 Mio. Euro in den Epl. 13.

⁵ Stand 15.09.2013 (vor Umressortierung).

Rund 51 % des Sozialhaushaltes entfallen auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) umfasst 2013 ein Volumen von 3,813 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil am Staatshaushalt Bayerns von 8,0%.

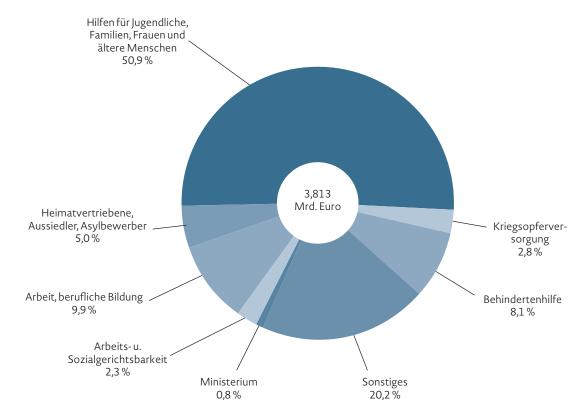
Über die Hälfte der Ausgaben des StMAS (50,9%) entfallen 2013 auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Weitere Ausgabenschwerpunkte sind 2013 mit 9,9% die Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung sowie die Leistungen für die Förderung behinderter Menschen mit 8,1%.

Der Aufgabenbereich Kriegsfolgen, Aussiedler und Asylbewerber beansprucht 5 % der Mittel.

Die unter "Sonstiges" zusammengefassten Ausgaben in Höhe von rund 769 Mio. Euro beinhalten u.a. zu rund 364 Mio. Euro Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Darstellung 4.2: Ausgabenstruktur des Sozialhaushaltes 2013*



^{*} Stand 15.09.2013 (vor Umressortierung).

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Der Gesamt- und Sozialhaushalt in Bayern 1980 bis 2013: Ein breit gefächerter Aufgabenkatalog

In den Jahren 2011 bis 2013 expandierten besonders die Ausgaben für Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe, insbesondere die Förderung der Kinderbetreuung.

Zunehmend höhere Belastungen treten auch bei der Unterbringung von Asylbewerbern und bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf.

Darstellung 4.3: Gesamt- und Sozialhaushalt in Bayern 1980 bis 2013, in Millionen Euro

	1980	1990	2011	2012	2013
A. Gesamthaushalt Bayern	31.930,1	47.732,1	42.491,1	44.289,6	47.700,5
B. Sozialhaushalt (Einzelplan 10)	974,4	1.724,1	2.547,1	3.024,2	3.812,7
Veränderung zum Vorjahr in %	+ 16,1	+ 11,8	+ 1,5	+ 18,7	+ 26,1
Schwerpunkte des Sozialhaushalts:					
1. Arbeit, berufliche Bildung	63,6	42,9	278,7	278,9	377,7
darunter:					
► Erstattungen Bund gem. SGB II für ALG-II-Empfänger	_	-	240,0	240,0	340,0
 Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds 	-	-	34,5	34,5	34,5
► EU-Komplementärmittel	-	-	1,5	1,5	1,0
► Berufliche Bildung	0,5	0,2	1,0	1,4	0,7
► Berufshilfe	3,3	7,5	1,2	1,1	1,2
► Berufliche Anpassung	3,5	5,0	0,4	0,4	0,3
2. Jugend, Familie, Frauen, Alte	194,7	268,9	1.211,6	1.504,6	1.940,3
darunter:					
► Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	-	-	916,5	1.076,4	1.222,8
Investitionsprogramm "Kinderbetreungsfinanzierung" 2008–2013	-	-	56,1	54,9	77,0
 Personalkostenförderung für Kindergärten 	161,9*	308,3*			
 Darlehen "Junge Familie"/Landeserziehungsgeld/ Familienbeihilfen 	64,4	70,0	78,0	82,7	82,9
► Unterhaltsvorschüsse	26,0	25,9	96,6	90,0	88,0
Jugendhilfe, Jugendschutz, Netz für Kinder (bis 2005)	30,4	38,3	27,0	25,9	26,6
► Familienprogramm, Schutz des ungeborenen Lebens	19,1	24,0	9,8	6,8	7,9
► Ältere Menschen, Pflege, Hospizarbeit	41,0	73,5	6,5	6,7	6,7
3. Behindertenhilfe (einschl. Epl. 13)	341,3	387,5	296,2	305,9	307,7
darunter:					
► Ausgleichsabgabe	68,5	80,9	99,1	99,1	103,7
► Blindengeld	112,2	195,0	81,3	81,3	80,8
 Unentgeltliche Beförderung Behinderter 	36,5	48,0	35,8	40,1	41,1
Landesplan für Behinderte (einschl. Epl. 13)	25,0	25,8	27,5	32,5	29,2
4. Kriegsfolgen, Aussiedler, Asylbewerber	69,5	634,1	130,2	140,6	190,6
darunter:					
 Unterbringung von Asylbewerbern 	18,5	257,3	110,0	121,4	166,4
► Integration von Zuwanderern	12,4	258,5	7,2	7,2	6,4
► Kultur der Vertriebenen	4,1	7,6	2,4	2,1	2,3
5. Sonstiges	32,3	43,1	427,2	589,5	768,7
darunter:					
► Psychisch kranke und hoch gefährliche Straftäter	-	-	234,7	241,1	267,3
► Versorgung und Beihilfen	_	-	63,7	65,7	68,5
 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 	-	-	65,9	217,8	363,6

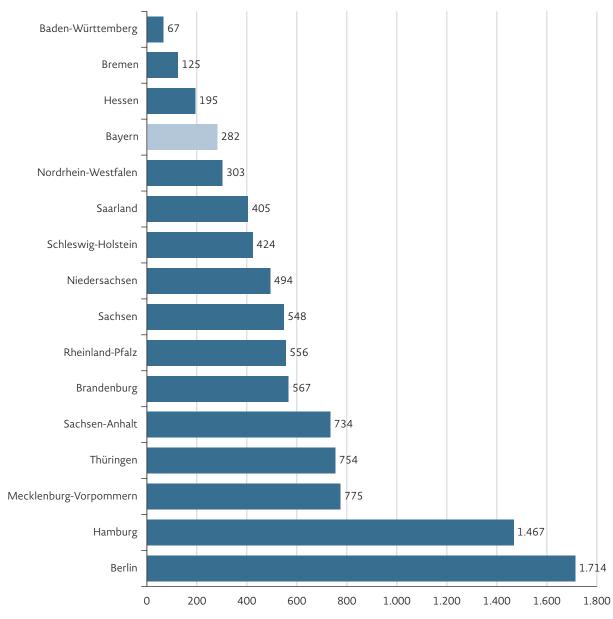
^{*} Veranschlagung im Epl. 05 (Kultusministerium). Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Ausgaben für soziale Sicherung: Erfolgreiche und solide Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik beschert Bayern relativ geringe Ausgaben für die soziale Sicherung

Zu den wichtigsten Aufgaben der Länder gehört es, die Tragfähigkeit des sozialen Netzes zu sichern. Von den Ländern werden deshalb insbesondere Leistungen für Familien und Teile der Grundsicherung finanziert. Aber auch für Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Senioren werden zahlreiche Leistungen aus den Landeshaushalten bereitgestellt.

Dank einer erfolgreichen soliden Wirtschaftspolitik und der relativ geringen Arbeitslosigkeit kam Bayern im Jahr 2012 mit 282 Euro je Einwohner aus. Ausgaben für soziale Sicherung werden ganz überwiegend von den ökonomischen Rahmenbedingungen und der Einkommensverteilung bestimmt.

Darstellung 4.4: Ausgaben für soziale Sicherung* je Einwohner** nach Bundesländern 2012, in Euro



^{*} Aufgrund der unterschiedlichen Ressortverteilung bei den Bundesländern erfolgt ein Vergleich nach funktionalen Gesichtspunkten (Ausgaben bei Hauptfunktion 2: Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung).

** Bevölkerungsstand 31.12.2011.

Quelle: Jeweilige Haushaltsgesetze der Länder

4.2 MINDESTSICHERUNG INSGESAMT

Anzahl der Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung in Bayern 2011 um über 17 % geringer als 2005

Eine allgemeine Grundsicherung wird – neben ergänzenden Sozialleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, BAföG usw. – durch folgende steuerfinanzierten Sozialsysteme erbracht: Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen sowie Kriegsopferfürsorge.

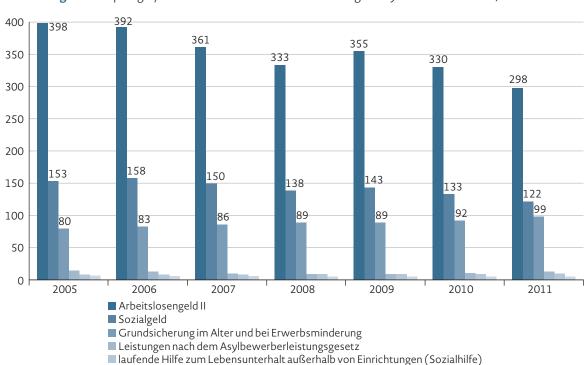
Im Vergleich zu 2005 ging die Anzahl der Leistungsbezieher sozialer Mindestsicherung bis 2008 um über 11% zurück. In 2009 stieg die Zahl vorübergehend um fast 5% gegenüber 2008 an, 2010 und 2011 waren die Empfängerzahlen erneut rückläufig. Über den gesamten Zeitraum gesehen liegt die Empfängerzahl im Jahr 2011 rund 17% unter dem Niveau von 2005.

Die mit Abstand größte Gruppe unter den Beziehern finanzieller Hilfen stellten die Empfänger der Leistungen nach dem zum 1.1.2005 neu geschaffenen SGB II "Grundsicherung für Arbeitssuchende" (umgangssprachlich mit "Hartz IV" bezeichnet) dar. Diese Leis-

tung setzt sich aus dem Arbeitslosengeld II (Alg II) und dem Sozialgeld zusammen. Alg II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld.

Eine weitere wichtige Säule der Mindestsicherung stellt auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Diese Leistung erhalten Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen ab 18 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können.

Quantitativ weniger ins Gewicht fallen die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die "originäre" Sozialhilfe, also Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, sowie die Kriegsopferfürsorge, die zusammengenommen nur 5% der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen beziehen.



Darstellung 4.5: Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung in Bayern 2005 bis 2011, in Tausend

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

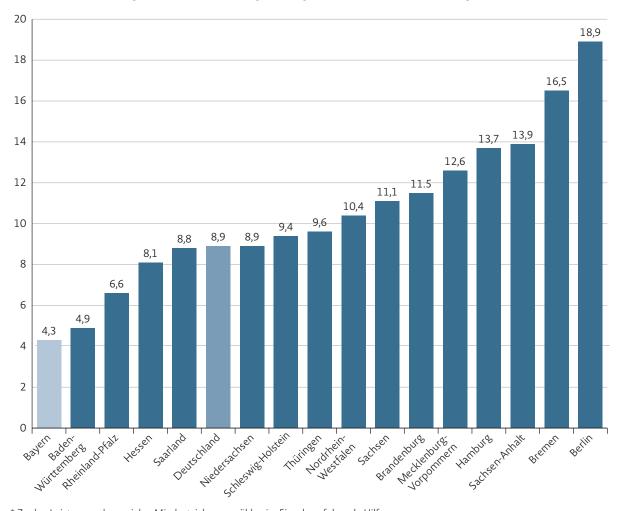
■ Kriegsopferfürsorge

In Bayern sind die Menschen seltener als in jedem anderen Bundesland auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen

Staatliche Sozialleistungen zur Mindest- oder Grundsicherung - dies sind hauptsächlich Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - wird in Bayern zum Jahresende 2011 von 4,3 % der Bevölkerung in Anspruch genommen.² Damit sind die Menschen in Bayern seltener als in jedem anderen Bundesland auf diese Leistungen angewiesen. Mindestsicherung ist in Bayern nicht einmal halb so häufig und notwendig wie im Bundesgebiet (Annahme: Die Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme von Leistungen Berechtigter ist in Bayern nicht höher als in den anderen Bundesländern).

Vor allem die Bevölkerung in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern ist verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen, hier liegen die Quoten teils beim Drei- bis Vierfachen von Bayern. Nur Baden-Württemberg liegt noch in einer ähnlichen Bandbreite wie Bayern.

Darstellung 4.6: Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung* am 31.12.2011, Anteil der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



- * Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Hilfen:
 Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)
- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

Quelle: Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

² Die Mindestsicherungsquote ist ein Indikator, der den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung darstellt.

Ende 2011 waren in allen Bundesländern wieder weniger Menschen auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen als im Vorjahr

Am Jahresende 2011 erhielten in Deutschland rund 7,3 Millionen Menschen und damit 8,8 % der Männer und Frauen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Berechnung im Jahr 2006.

Im Zeitraum 2006 bis 2008 ist die Mindestsicherungsquote geschlechterübergreifend in allen Bundesländern

zurückgegangen. Im Jahr 2009 wurde die zuvor kontinuierlich nach unten gerichtete Entwicklung unterbrochen (vgl. dazu im Materialienband Darstellung S6).

2010 und 2011 haben sich die Bezugsquoten wieder verbessert, in nahezu allen Bundesländern (außer Bremen und Nordrhein-Westfalen) ist die Quote unter das Niveau von 2008 gesunken.

Darstellung 4.7: Mindestsicherungsquote* von Männern und Frauen nach Bundesländern am Jahresende der Jahre 2006 bis 2011, in Prozent

Land	Männer*							Frauen*						
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011		
Baden-Württemberg	5,5	5,1	4,8	5,3	5,1	4,7	5,7	5,5	5,2	5,5	5,3	5,0		
Bayern	5,1	4,7	4,4	4,7	4,4	4,1	5,3	5,1	4,8	5,0	4,7	4,5		
Berlin	21,0	20,8	20,1	20,3	20,1	19,7	18,9	18,9	18,4	18,5	18,2	18,0		
Brandenburg	15,1	14,3	13,4	13,1	12,4	11,8	14,0	13,5	12,7	12,2	11,5	11,1		
Bremen	17,8	17,2	16,4	16,9	17,0	16,5	17,0	16,8	16,2	16,5	16,6	16,4		
Hamburg	14,1	13,7	13,2	13,5	13,2	12,8	13,4	13,3	12,9	13,0	12,7	12,4		
Hessen	8,9	8,6	8,3	8,6	8,2	7,9	8,8	8,7	8,5	8,6	8,4	8,2		
Mecklenburg- Vorpommern	18,5	17,3	15,9	15,6	15,0	14,2	17,0	16,2	15,0	14,4	13,7	13,2		
Niedersachsen	10,3	9,9	9,4	9,5	9,2	8,8	10,1	9,9	9,6	9,5	9,2	9,0		
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,6	10,1	10,6	10,6	10,3	10,7	10,7	10,4	10,6	10,6	10,4		
Rheinland-Pfalz	7,4	7,0	6,7	7,0	6,8	6,4	7,5	7,3	7,1	7,3	7,0	6,8		
Saarland	9,7	9,4	8,9	9,3	9,1	8,6	9,6	9,5	9,2	9,4	9,2	8,9		
Sachsen	14,6	14,0	13,0	13,0	12,3	11,5	13,5	13,1	12,3	12,1	11,4	10,8		
Sachsen-Anhalt	17,4	16,9	15,8	15,7	14,9	14,4	16,0	15,7	15,0	14,5	13,8	13,5		
Schleswig-Holstein	10,5	10,1	9,7	9,8	9,6	9,4	10,2	9,9	9,6	9,5	9,3	9,2		
Thüringen	12,8	12,2	11,1	11,3	10,4	9,6	12,4	12,0	11,1	10,9	10,2	9,5		
Deutschland	10,2	9,8	9,2	9,5	9,2	8,8	9,9	9,7	9,3	9,4	9,1	8,8		
Früheres Bundes- gebiet (ohne Berlin)	8,5	8,2	7,8	8,1	7,9	7,6	8,5	8,4	8,1	8,2	8,1	7,8		
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	16,5	16,0	15,0	15,0	14,3	13,7	15,3	14,9	14,1	13,9	13,3	12,8		

^{*} Ohne Kriegsopferfürsorge.

Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

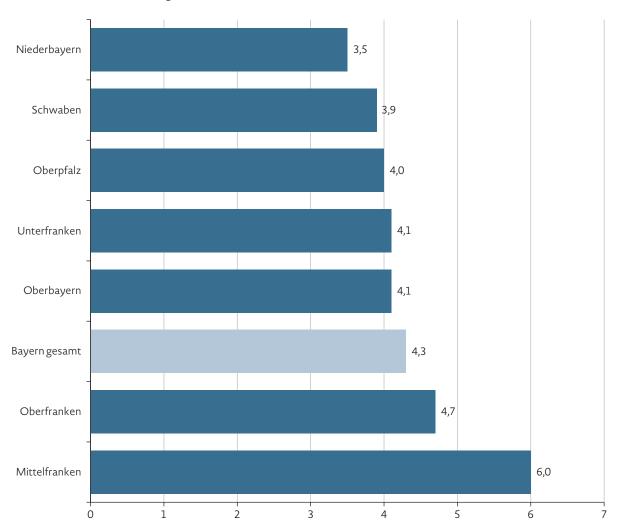
Mindestsicherung ist 2011 in allen Regierungsbezirken weit unter dem deutschen (auch westdeutschen) Durchschnitt

In Mittel- und Oberfranken waren zum Jahresende 2011 mit einer Mindestsicherungsquote von 6,0 % bzw. 4,7 % die Menschen häufiger als im bayerischen Durchschnitt (4,3 %) auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Allerdings liegen diese Quoten noch unter den Anteilen in z. B. Rheinland-Pfalz (6,6 %) oder Hessen (8,1 %), also den Bundesländern mit den – nach Bayern und

Baden-Württemberg – niedrigsten Mindestsicherungsquoten im Bundesländervergleich.

Während in Niederbayern nicht einmal jeder 25. Einwohner Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme erhält, ist es in Mittelfranken beinahe jeder 15.

Darstellung 4.8: Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung* am Jahresende 2011 nach Regierungsbezirken, Anteil der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



^{*} Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Hilfen:

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

[►] Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

[►] laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

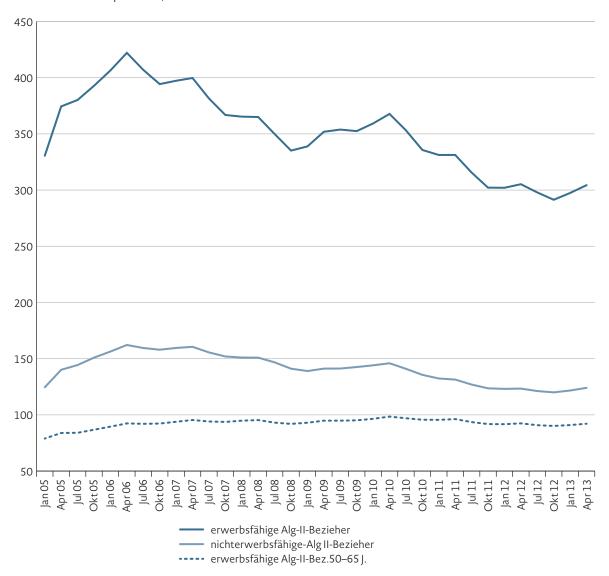
4.3 ARBEITSLOSENGELD II UND SOZIALGELD

Deutlicher Rückgang der Anzahl der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeldempfänger seit 2006

Rund 304.000 erwerbsfähige Menschen bezogen im April 2013 Arbeitslosengeld II (Alg II) sowie zusätzlich rund 124.000 Sozialgeld (nichterwerbsfähige Leistungsbezieher der Grundsicherung für Arbeitssuchende), die in Haushalten erwerbsfähiger Leistungsbezieher lebten. Mitte 2006 war die Zahl der Menschen, die diese SGB-II-Leistungen erhielten, noch um über 150.000 höher.

Kaum verändert hat sich seit der Einführung von Alg II in 2005 die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher im Alter von 50 bis unter 65 Jahren, deren Anzahl seit 2006 nahezu konstant zwischen 90.000 und 100.000 rangiert.

Darstellung 4.9: Entwicklung der Anzahl der Alg-II- und Sozialgeldempfänger in Bayern von Januar 2005 bis April 2013, in Tausend



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Mehr als die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften sind Single-Haushalte und fast ein Viertel Alleinerziehende

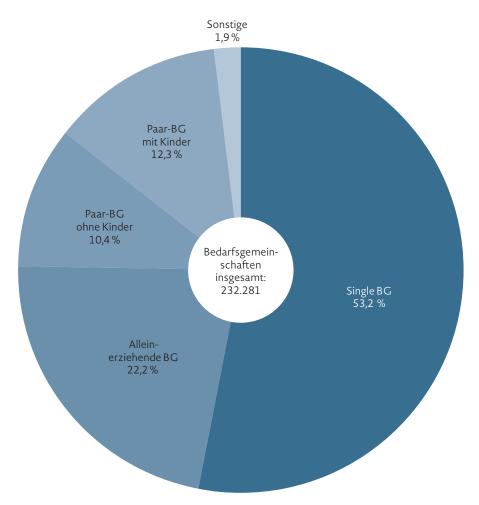
Im Jahresdurchschnitt 2012 haben in Bayern 420.400 Personen Leistungen des SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) bezogen. Diese Personen lebten in 232.281 Bedarfsgemeinschaften.

Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften, werden als Bedarfsgemeinschaft bezeichnet. Eine Bedarfsgemeinschaft besteht aus mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Bei den weiteren Personen kann es sich um weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige (z.B. Partner/Ehegatte) und/oder nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (minderjäh-

rige Kinder) handeln. Im Durchschnitt lebten im Februar 2012 in Bayern 1,8 Personen in einer Bedarfsgemeinschaft.

Mehr als die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften besteht aus Single-Haushalten. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern machen gut ein Drittel aller Bedarfsgemeinschaften aus, diese gliedern sich auf in 22,2 % Alleinerziehendenhaushalte und 12,2 % (Ehe-)Paarhaushalte. Im Vergleich zu den Lebensformen der Gesamtbevölkerung ist eine überproportionale Betroffenheit von Singles und Alleinerziehenden erkennbar.

Darstellung 4.10: Struktur der Bedarfsgemeinschaften in Bayern im Jahresdurchschnitt 2012, in Prozent



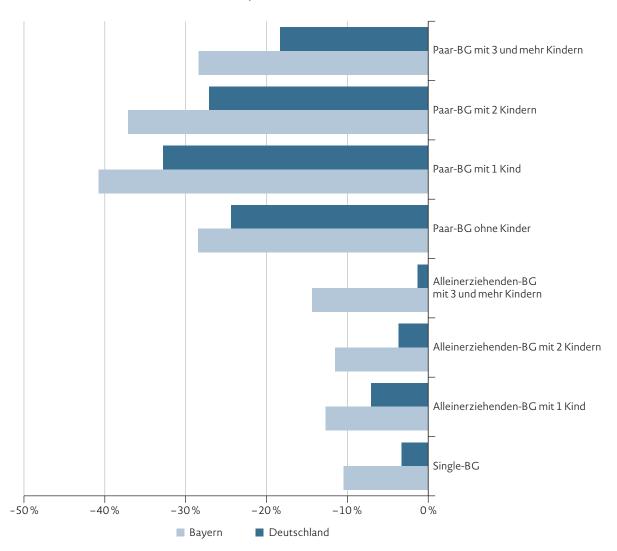
Quelle: Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Alle Bedarfsgemeinschaftsformen in Bayern prozentual von 2007 bis 2010 deutlich stärker gesunken als in Deutschland

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist im Zeitraum 2007 bis 2012 in Bayern prozentual deutlich stärker gesunken als in Deutschland. Den stärksten Rückgang mit –40,8% verzeichnen in Bayern die Paar-Bedarfsgemeinschaften mit 1 Kind (Deutschland –32,8%). Mit –10,5% ist in Bayern die Zahl der Single-Bedarfsgemeinschaften am wenigsten zurückgegangen (Deutschland –3,3%). Die Zahl der Alleinerziehenden mit 3 Kindern ist in Deutschland mit –1,3% kaum gesunken, während diese in Bayern um –14,4% deutlich zurückgegangen ist.

Je höher die Kinderzahl, desto niedriger ist in Deutschland sowohl bei den Paaren als auch bei den Alleinerziehenden der prozentuale Rückgang der Bedarfsgemeinschaften. In Bayern trifft dies zwar bei den Paar-Bedarfsgemeinschaften, nicht aber bei den Alleinerziehenden zu. Hier ist der Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften ab 3 Kindern am größten.

Darstellung 4.11: Entwicklung der verschiedenen Bedarfsgemeinschaftstypen in Bayern und in Deutschland zwischen 2007 und 2012, in Prozent



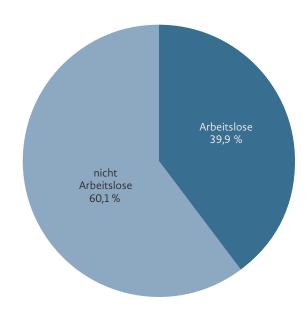
Quelle: Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnittsdaten aus den Monatsdaten errechnet

Rund 40% der Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind arbeitslos

Im Jahresdurchschnitt 2012 waren von den 298.680 Arbeitslosengeld-II-(Alg-II-)Beziehern 119.083 Personen arbeitslos gemeldet. Der Anteil der Arbeitslosen an den Alg-II-Beziehern bewegt sich im Zeitraum 2008 bis 2012 zwischen 41,0% (2009) und 39,6% (2011). Im Bundesdurchschnitt waren 2012 42,9% der Alg-II-Bezieher arbeitslos.

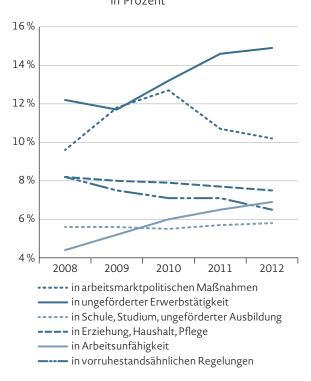
Der Anteil der arbeitslosen an allen Alg-II-Beziehern unterscheidet sich nach Geschlecht und Alter deutlich. 2012 waren 44,2 % der männlichen und nur 36,3 % der weiblichen Alg-II-Bezieher arbeitslos. Unter 25-jährige Alg-II-Bezieher waren zu 16,9 % und ältere ab 50 Jahren zu 42,1 % arbeitslos. Grund für die unterschiedlichen Quoten ist, dass Frauen häufiger als Männer wegen der Betreuung kleiner Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger und junge Menschen aufgrund der Schulbildung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Darstellung 4.12: Anteil der arbeitslosen und nicht arbeitslosen Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Bayern im Jahresdurchschnitt 2012, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Darstellung 4.13: Anteil der nicht arbeitslosen an allen Arbeitslosengeld-II-Beziehern in Bayern nach Arbeitsmarktstatus, in Prozent



179.597 oder 60,1% der Arbeitslosengeld-II-Bezieher gelten zwar als grundsätzlich erwerbsfähig, suchen aktuell aber keine Arbeit oder sind nicht als arbeitslos registriert. Zum einen sind dies Personen, die wegen ihrer spezifischen Lebensumstände, also wegen (Aus-)Bildung (5,8%) oder der Betreuung von Kleinkindern bzw. der Pflege von Angehörigen (7,5%), dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Ihnen wird eine Erwerbstätigkeit nicht zugemutet. Zum anderen sind es Personen, die von der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst werden und damit nicht als arbeitslos gelten. Dabei handelt es sich um Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (10,2%), Personen, die wegen einer Erkrankung arbeitsunfähig sind (6,9%), und ältere Arbeitnehmer in vorruhestandsähnlichen Regelungen (6,5%). Zudem waren im Jahresdurchschnitt 2012 auch ca. 46.000 Erwerbstätige, die mehr als 15 Wochenstunden arbeiteten, aber mit ihrem Einkommen den Grundsicherungsbedarf nicht erreichten, Leistungsempfänger (14,9%). Im Zeitverlauf seit 2008 ist eine leicht steigende Tendenz des Anteils der Erwerbstätigen und der arbeitsunfähig Erkrankten erkennbar.

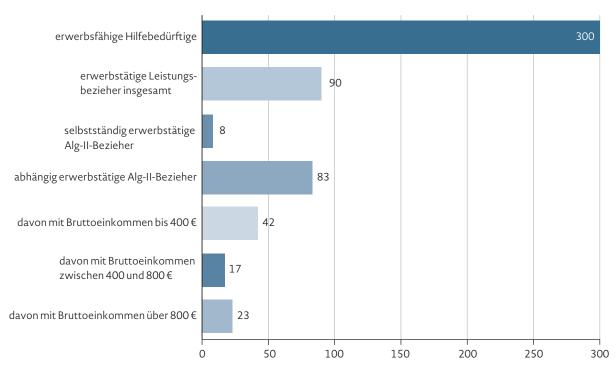
Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher

In der öffentlichen Diskussion hat sich die Bezeichnung "Aufstocker" für erwerbstätige Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitssuchende durchgesetzt. Dabei werden Aufstocker häufig gleichgesetzt mit Vollzeitbeschäftigten, deren Lohn nicht ausreicht, das Existenzminimum der Bedarfsgemeinschaft abzudecken. Das ist aber nur eine mögliche Variante, in der Mehrzahl der Fälle wird eher das Arbeitslosengeld II (Alg II) durch Erwerbseinkommen ergänzt und die Hilfsbedürftigkeit verringert.

Im Juni 2012 erzielten in Bayern über 90.000 bzw. rund 30% aller 299.800 erwerbsfähigen Alg-II-Leistungsbezieher ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Während die Anzahl der bayerischen Arbeitslosengeld-II-Bezieher in den letzten Jahren abgenommen hat, wuchs unter ihnen der Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher, von 24,4% in 2007 auf 30,2% in 2012 (siehe Darstellung S7 im Materialienband). Insgesamt sank jedoch auch die Anzahl der erwerbstätigen Alg-II-Bezieher von Juni 2010 bis Juni 2012 um rund 11.000 Personen bzw. rund 11%.

51,3% der erwerbsfähigen Alg-II-Bezieher mit einem Erwerbseinkommen aus abhängiger Tätigkeit erzielten ein Einkommen bis zur bis dato gültigen Geringfügigkeitsgrenze von einschließlich 400 Euro (seit 1.1.2013: 450 Euro). Leistungen aus der Grundsicherung werden hier durch Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung ergänzt, ohne dass dadurch prinzipiell der Arbeitslosenstatus beendet wird.

Bei Einkommen über 400 Euro ist zunehmend davon auszugehen, dass die Einkommen aus Erwerbstätigkeit in größerem Umfang die Grundsicherungsleistungen ersetzen, so dass die Grundsicherung zunehmend "ergänzende" Funktion aufweist. So verdienten 21% aller abhängig erwerbstätigen Leistungsbezieher ein Einkommen zwischen 400 Euro und 800 Euro, 27,7 % von über 800 Euro. Dabei kann das Einkommen auch deshalb so niedrig sein, weil nur (sozialversicherungspflichtige) Teilzeit gearbeitet werden kann, was überwiegend für Leistungsempfänger mit einem Erwerbseinkommen von über 400 Euro bis einschließlich 800 Euro gilt. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unterhaltspflichten für Familienangehörige verursacht.



Darstellung 4.14: Hilfebedürftigkeit und Erwerbstätigkeit im Juni 2012 in Bayern, in Tausend

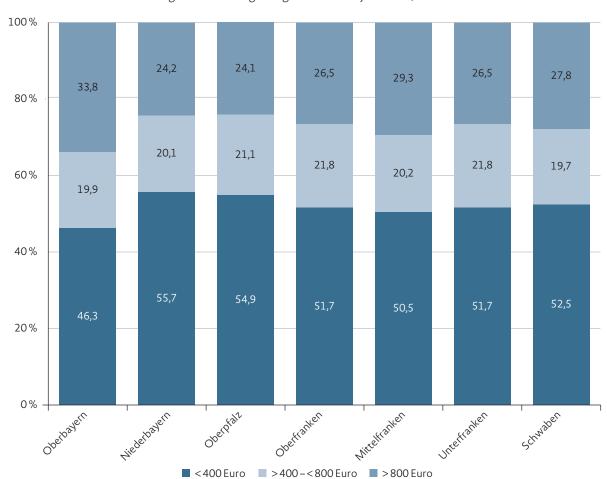
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Erwerbstätigkeit von Arbeitslosengeld-II-Beziehern regional

Der Erwerbsumfang der Aufstocker in den einzelnen Regierungsbezirken ist unterschiedlich ausgeprägt. Während in Oberbayern 46,3 % der abhängig beschäftigten Aufstocker einer geringfügigen Beschäftigung (unter 400 Euro) nachgehen, sind dies in Niederbayern 55,7 %. In Oberbayern ist der Anteil der abhängig erwerbstätigen Leistungsbezieher, die 800 Euro und mehr verdienen, mit 33,8 % mit Abstand am höchsten. Nur rund 24 % der abhängig beschäftigten Aufstocker in Niederbayern und der Oberpfalz erzielen ein monatliches Erwerbseinkommen von über 800 Euro.

Die höheren Anteile von Aufstockern in höheren Einkommensklassen in Oberbayern und in geringerem Ausmaß auch Mittelfranken gehen einher mit den dort höheren Lebenshaltungskosten. Diese erhöhen über den Anspruch auf Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) nach § 22 SGB II die Grenzen des bedarfsdeckenden Einkommens, ab der die jeweiligen Bedarfsgemeinschaften ihren grundlegenden Lebensunterhalt selbst erwirtschaften können.

Darstellung 4.15: Erwerbstätige Alg-II-Empfänger nach Höhe des Arbeitseinkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit in den Regierungsbezirken im Juni 2012, Anteile in Prozent



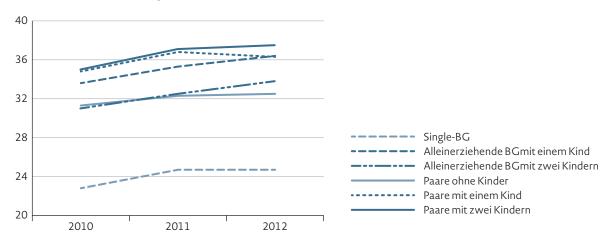
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Struktur der Aufstockerhaushalte

Bei Betrachtung des Erwerbsstatus nach Bedarfsgemeinschaftstyp zeigt sich, dass der Anteil der erwerbstätigen an allen erwerbsfähigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern in den Paarbedarfsgemeinschaften mit Kindern mit 35 bis 37,5 % in den drei Jahren 2010 bis 2012 jeweils am höchsten war. Von den Singles haben

nur 22,8% in 2010 bzw. 24,7% in 2012 neben ihrem Arbeitslosengeld II noch ein Einkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit bezogen. Der Anteil der erwerbstätigen an allen erwerbsfähigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern ist von 2010 bis 2012 für alle Bedarfsgemeinschaftsformen leicht angestiegen.

Darstellung 4.16: Anteil der erwerbstätigen an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern nach Bedarfsgemeinschaftsformen im Zeitverlauf 2010 bis 2012, in Prozent

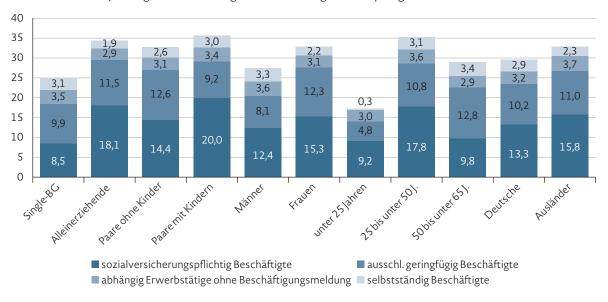


Anteil in % - jeweils zum 30.6.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Aufstocker sind dabei häufiger sozialversicherungspflichtig als ausschließlich geringfügig beschäftigt. Besonders in Bedarfsgemeinschaften von Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden sowie von den 25- bis unter 50-Jährigen ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich höher als der der geringfügig Beschäftigten.

Darstellung 4.17: Beschäftigungsform von erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern nach Bedarfsgemeinschaftsformen, Geschlecht, Alter und Nationalität am 30.06.2012, Anteil an den jeweiligen erwerbsfähigen Arbeitslosengeld-II-Empfängern in Prozent



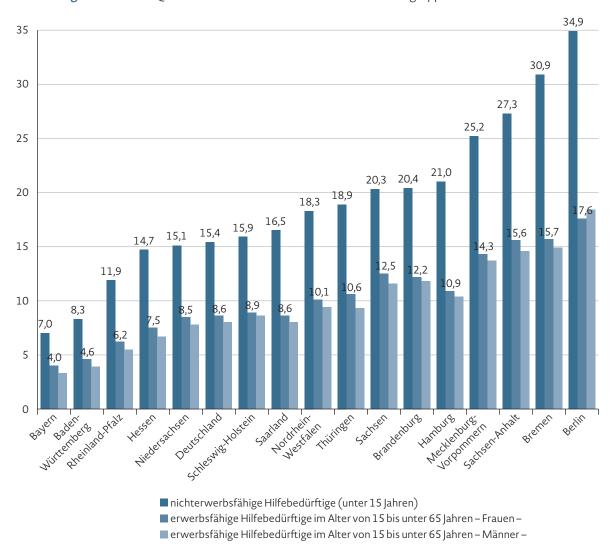
Quelle: Analytikreport der Bundesagentur für Arbeit

Inanspruchnahmequote (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) in Bayern nicht einmal halb so hoch wie im Bundesgebiet

Die Quote der Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (sogenannte SGB-II-Quote, da diese Leistungen im zweiten Sozialgesetzbuch geregelt werden) ist für hilfebedürftige Personen von 0 bis unter 65 Jahren in Bayern mit 3,6 % bundesweit am niedrigsten. Für Kinder ist die Quote sowohl in Bayern als auch im Bundesgebiet erhöht, in Bayern ist sie aber mit 7,0 % (Februar 2013) bei den Kindern nicht einmal halb so hoch wie im Bundesgebiet (15,4 %). Informationen zu den Quoten auf Landkreisebene enthält die Darstellung S8 im Materialienband.

Zwischen Frauen und Männern besteht hinsichtlich der SGB-II-Quote in Bayern wie allen anderen Bundesländern nur ein relativ geringer Unterschied. Die SGB-II-Quote der Frauen liegt in allen Bundesländern außer Berlin leicht über der der Männer, was u.a. damit zusammenhängt, dass Frauen häufiger alleinerziehend sind oder durchschnittlich früher das Elternhaus verlassen.

Darstellung 4.18: SGB-II-Quoten* in Prozent nach Geschlecht und Altersgruppen im Februar 2013



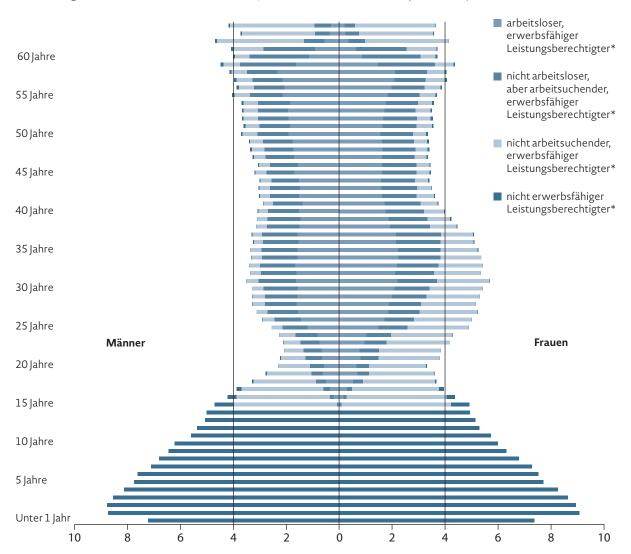
^{*} Die SGB-II-Quote gibt die Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld als Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe (Bevölkerungsdaten der Bevölkerungsfortschreibung Stand 31.12.2012 auf Basis der Volkszählung 1987) wieder. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

SGB-II-Quoten nach Alter und Geschlecht

Nahezu jedes zehnte ein- und zweijährige Kleinkind bezieht Sozialgeld, damit ist die Hilfebedürftigkeit in dieser Altersgruppe am höchsten. Mit zunehmendem Alter nimmt in jungen Jahren die Hilfebedürftigkeit kontinuierlich ab, weil Mütter und Väter nach und nach ihren Arbeitsumfang ausdehnen bzw. mit zunehmendem Durchschnittsalter höhere und damit zunehmend bedarfsdeckende Einkommen erzielen

können. Mitte Zwanzig bis Mitte Dreißig, in der Familiengründungsphase, steigen die SGB-II-Quoten deutlich an, bei Frauen stärker als bei Männern. Ab dem in etwa 50sten Lebensjahr nehmen die SGB-II-Quoten für beide Geschlechter noch einmal zu, insbesondere durch einen Anstieg der Anzahl nicht arbeitssuchender, erwerbsfähiger Leistungsberechtigter.

Darstellung 4.19: SGB-II-Quoten nach Altersjahren und Geschlecht in Bayern im September 2011, in Prozent



^{*} Leistungsempfänger Stand September 2011

Quelle: Statistische Analysen der Bundesagentur für Arbeit

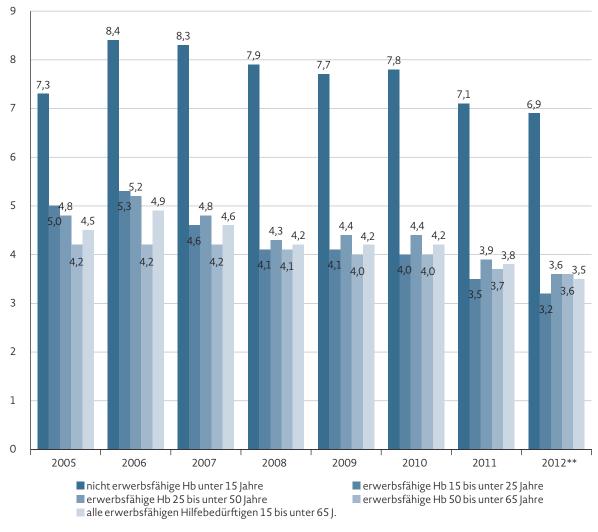
Inanspruchnahmequoten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) haben sich für alle Altersgruppen seit 2006 deutlich reduziert

Die Inanspruchnahmequoten für alle Altersgruppen haben sich im Zeitraum 2006 bis 2012 deutlich reduziert, besonders stark bei den 15- bis unter 25-Jährigen um 2,1 Prozentpunkte. Für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sank sie um 1,4 Prozentpunkte, für die nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren um 1,5 Prozentpunkte.

Kinder unter 15 Jahren sind mit einer Inanspruchnahmequote zwischen 6,9% (2012) und 8,4% (2006) die Gruppe, die relativ am meisten auf Mindestsicherung nach dem SGB II angewiesen ist.

Die Inanspruchnahmequoten der übrigen Altersgruppen – der 15- bis unter 25-Jährigen, 25- bis 50-Jährigen sowie der 50- bis unter 65-Jährigen liegen über den gesamten Betrachtungszeitraum mit Werten zwischen 3,2% (der 15- bis unter 25-Jährigen in 2012) bis maximal 5,3% (der 15- bis unter 25-Jährigen in 2006) deutlich darunter.

Darstellung 4.20: Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in Bayern 2005 bis 2012 nach Altersgruppen differenziert, in Prozent*



Berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB-II-Empfänger und den Bevölkerungsdaten zum 31.12. des jeweiligen Jahres (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 1987).
Hilfequoten 2012 mit der Bevölkerung Stand 31.12.2011 errechnet

Quelle: SGB II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Regionale Quoten der Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld II 2005 bis 2012 nach Regierungsbezirken: In allen Regierungsbezirken stark rückläufig

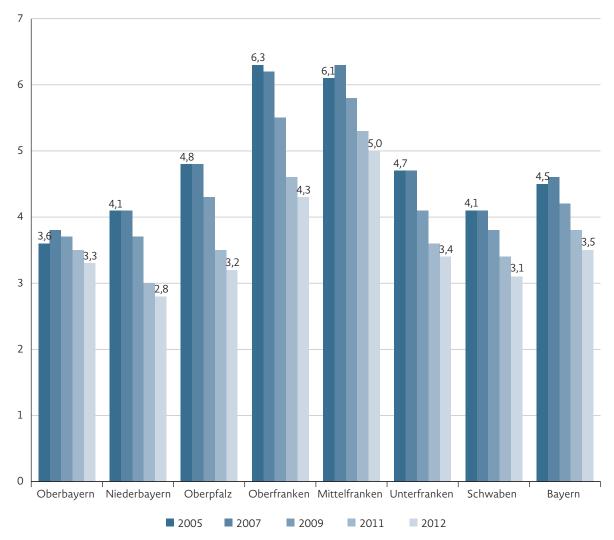
In allen Regierungsbezirken hatten die Inanspruchnahmequoten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) im Zeitraum 2005 bis 2012 in 2006 ihren Höchststand und lagen 2012 in allen Regierungsbezirken deutlich unter dem Niveau von 2005.

Am stärksten gesunken sind die SGB-II-Quoten von 2005 bis 2012 in Oberfranken (–2 Prozentpunkte)

und in der Oberpfalz (-1,6 Prozentpunkte), am geringsten in Oberbayern (-0,3 Prozentpunkte).

In Ober- und Mittelfranken sind die Hilfequoten seit 2005 konstant deutlich am höchsten. Oberbayern weist bis 2009 die niedrigsten Werte auf. Seit 2010 kann Niederbayern und seit 2011 auch Schwaben niedrigere Werte verzeichnen. 2012 wurde Oberbayern auch von der Oberpfalz überholt.

Darstellung 4.21: Quote* der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bezogen auf Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren in den Regierungsbezirken und in Bayern 2005 bis 2012, in Prozent

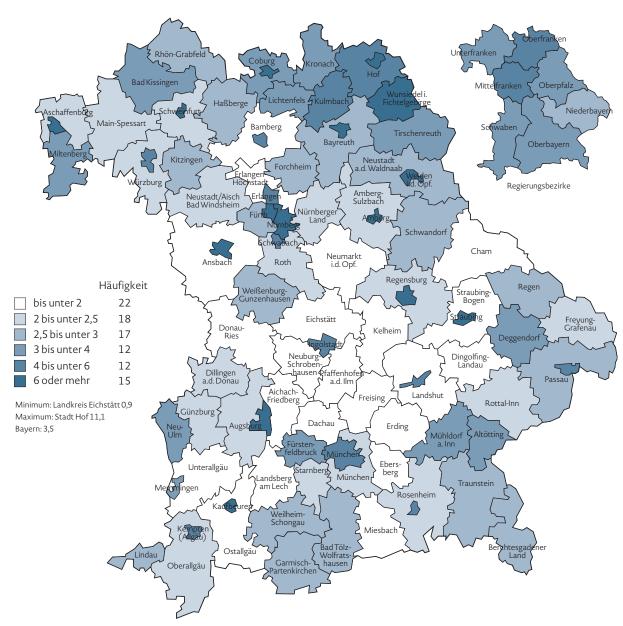


^{*} Berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB-II-Empfänger und den Bevölkerungsdaten zum 31.12. des jeweiligen Jahres (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 1987).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Die höchsten SGB-II-Inanspruchnahmequoten der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind in den Städten und den nördlichen Landesteilen zu beobachten. In allen kreisfreien Städten liegt die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen sind die Quoten zumeist niedriger. Dies deutet an, dass sich das Armutsrisiko verstärkt auf Städte mit deren höheren Lebenshaltungskosten und etwas anderen Bevölkerungsstrukturen konzentriert.

Darstellung 4.22: Quote* 2012 der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren, in Prozent



^{*} Berechnet mit den Jahresdurchschnittswerten der SGB-II-Empfänger und den Bevölkerungsdaten zum 31.12.2012 (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 1987).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

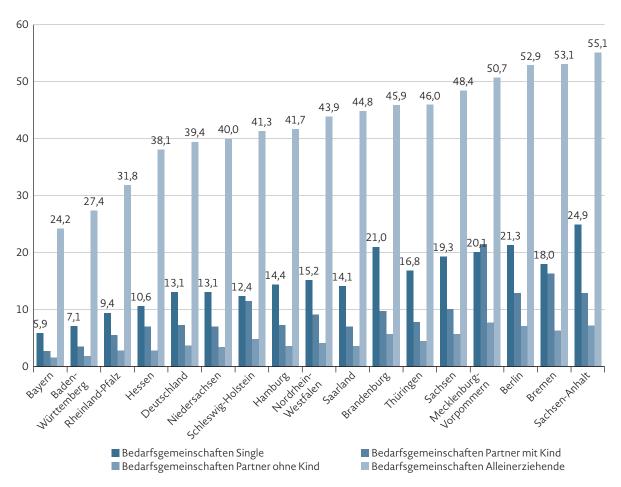
Hilfequoten der Bezieher von SGB-II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, unter 65-Jährige) für alle Bedarfsgemeinschaftsformen³ in Bayern am niedrigsten

Im Februar 2013 erhielten in Bayern 234.579 Bedarfsgemeinschaften, in denen 425.197 Personen lebten, Leistungen nach dem SGB II. Über die Hälfte (53,3%) aller Bedarfsgemeinschaften waren im Februar 2013 in Bayern Single-Haushalte, 22% Alleinerziehendenhaushalte und 23% Haushalte von Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften, davon 10% ohne Kinder und 13% mit Kindern.

Im Vergleich zu Westdeutschland gab es in Bayern anteilig mehr Single-Haushalte und mehr Alleinerziehendenhaushalte unter den leistungsempfangenden Bedarfsgemeinschaften, geringer war der Anteil der Partner-Haushalte.

In allen Bedarfsgemeinschaftstypen sind die Hilfequoten in Bayern am geringsten. Während in Bremen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mehr als jede zweite Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft SGB-II-Leistungen erhält, ist es in Bayern nur knapp mehr als jede Vierte. Bei den Single- sowie Partnerhaushalten mit und ohne Kind erweisen sich die Hilfequoten in Deutschland jeweils mehr als doppelt so hoch wie in Bayern.

Darstellung 4.23: Hilfequoten* der Bezieher von SGB-II-Leistungen nach Bedarfsgemeinschaftsformen und Bundesländern im Februar 2013



^{*} Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung nach Bedarfsgemeinschaftstyp (Mikrozensusdaten des Jahres 2011 des Statistischen Bundesamtes) in Prozent.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

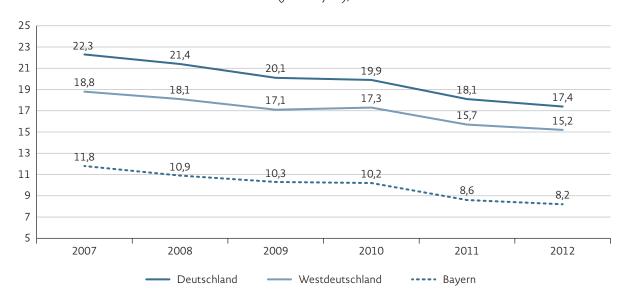
³ Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, außerdem zählen dazu weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige, Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten können. Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft.

Geringste Hilfequote für Kinder unter 3 Jahren in Bayern im Bundesländervergleich

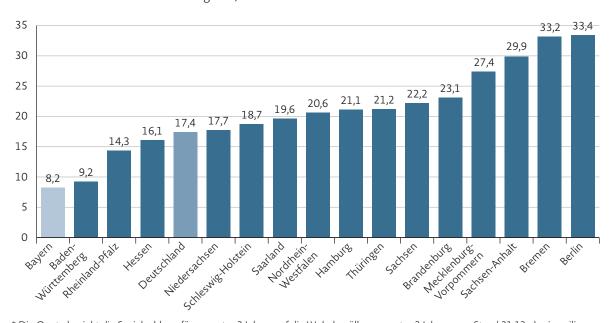
Der Anteil der Kinder unter 3 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften ist im Zeitraum Juni 2007 bis Juni 2012 in Bayern um 3,6 Prozentpunkte und in Deutschland um 4,9 Prozentpunkte gesunken. Während in Bayern 2012 nur rund jedes zwölfte Kind unter 3 Jahren in einer Bedarfsgemeinschaft mit SGB-II-Bezug lebte, war es in Bremen und in Berlin jedes

dritte Kind und in Deutschland insgesamt mehr als jedes sechste im Alter von unter 3 Jahren. Im Bundesländervergleich lebte im Juni 2012 der geringste Anteil der unter 3-Jährigen mit 8,2 % in Bedarfsgemeinschaften in Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg (9,2 %).

Darstellung 4.24: Hilfequote der Kinder unter 3 Jahren in Bedarfsgemeinschaften* in Bayern, Westdeutschland und Deutschland 2007–2012 (jeweils Juni), in Prozent



Darstellung 4.25: Hilfequote der Kinder unter 3 Jahren in Bedarfsgemeinschaften* im Juni 2012 im Bundesländervergleich, in Prozent



^{*} Die Quote bezieht die Sozialgeldempfänger unter 3 Jahren auf die Wohnbevölkerung unter 3 Jahren zum Stand 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

Quelle: Statistik der BA "Kinder in Bedarfsgemeinschaften Juni 2012"

Höhe der SGB-II-Leistungen in Bayern: Durchschnittlich 805 Euro je Bedarfsgemeinschaft (September 2012)

Die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende beliefen sich in Bayern im September 2012 auf durchschnittlich 805 Euro pro Monat und je Bedarfsgemeinschaft (September 2006: 838 Euro). Preisbereinigt sind die Leistungen im Zeitraum 2006 bis 2012 um durchschnittlich 134 Euro gesunken, was jedoch auch mit einem zunehmenden Anteil erwerbstätiger Leistungsempfänger einhergeht.

Im September 2012 lag bei 59% der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen der Grundsicherung für Erwerbsfähige in Anspruch genommen haben, ein angerechnetes Einkommen vor.

Der Nettobedarf (= Gesamtbedarf abzüglich Sozialversicherungsbeiträge und Einmalleistungen) lag im September 2012 bei Alleinstehenden bei durchschnittlich 687 Euro im Monat, bei Alleinerziehenden bei 1.213 Euro, bei Paaren mit Kindern bei 1.718 Euro sowie bei Paaren ohne Kind(er) bei 978 Euro (jeweils pro Monat).

Die durchschnittliche Nettoleistung (= Nettobedarf abzüglich angerechnetem Einkommen und Sanktionen) belief sich bei Alleinstehenden durchschnittlich auf 593 Euro, bei Alleinerziehenden auf 701 Euro, bei Paaren mit Kind auf 923 Euro und bei Paaren ohne Kind auf 704 Euro.

Darstellung 4.26: Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB-II-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft im September 2006 und 2012, in Euro pro Monat

	Durchschnittliche Höhe der monatlichen Leistungen je Bedarfsgemeinschaft						
Region	Insgesamt	Arbeits- losengeld II ohne Leistungen für Unterkunft	Sozialgeld ohne Leistungen für Unterkunft	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Sozial- versiche- rungs- beiträge	Sonstige Leistungen	
	September 2006						
Deutschland	854	342	14	295	198	4,2	
Westdeutschland	879	347	17	312	198	4,6	
Bayern	838	334	13	290	197	4,6	
real (in Preisen vom September 2012)	939	374	14	325	220	5,2	
	September 2012						
Deutschland	820	338	13	338	126	4,6	
Westdeutschland	845	343	15	356	126	5,0	
Bayern	805	320	11	345	123	5,2	
reale Veränderung 2006–2012	-134	-54	-3	20	-97	0	

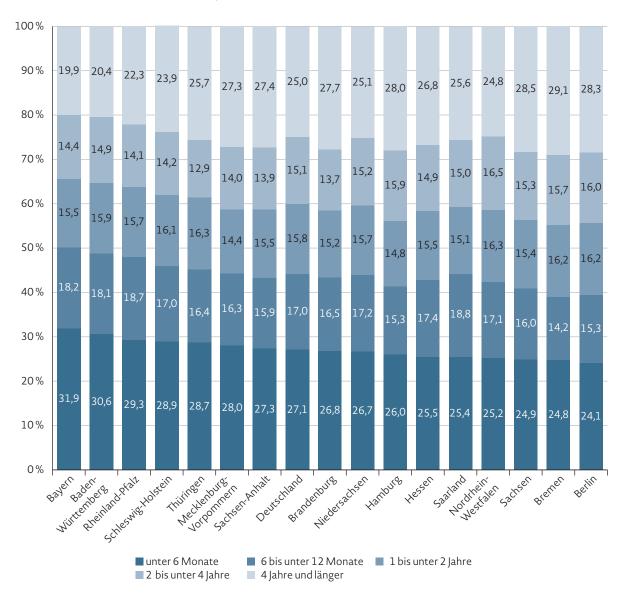
Quellen: Daten der Bundesagentur für Arbeit; Verbraucherpreisindex des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen

Abbauprozess der Hilfebedürftigkeit in Bayern am schnellsten

Im Dezember 2012 konnten 17.500 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Bayern ihre Hilfebedürftigkeit beenden. 50% dieser Personen waren weniger als ein Jahr im Hilfebezug. Der Hälfte der Leistungsempfänger/-innen gelang es also innerhalb eines Jahres, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und die Hilfebedürftigkeit zu überwinden.

Hilfebedürftige in Bayern und Baden-Württemberg beenden ihre Hilfebedürftigkeit deutlich schneller als in allen anderen Bundesländern. Der Unterschied wird vor allem bei dem Anteil der Personen mit Langzeitbezug deutlich. Während in Bayern nur 19,9% der Grundsicherungsempfänger, die ihre Hilfebedürftigkeit im Dezember 2012 beendet haben, vier Jahre und länger im Leistungsbezug waren, trifft dies z.B. bei Grundsicherungsempfängern in Bremen auf fast 30% und im bundesweiten Durchschnitt auf 25% zu.

Darstellung 4.27: Abgeschlossene Verweildauer im SGB II, Abgang* im Dezember 2012 in Deutschland und den Bundesländern, Anteile in Prozent



^{*} Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen werden als unschädlich bewertet und begründen keine neue Dauerermittlung. Unterbrechungszeiten werden herausgerechnet, es handelt sich also um eine Nettodauer. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Jugendliche von 15 bis 25 Jahren schaffen erwartungsgemäß den Übergang aus der Grundsicherung viel eher als Ältere ab 50 Jahren

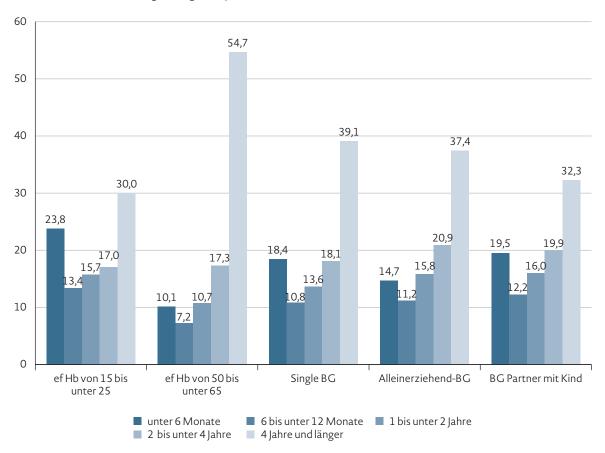
Die Analyse der bisherigen Verweildauer im SGB-II-Leistungsbezug zeigt, wie lange die Hilfebedürftigkeit zum Stichtag Dezember 2012 bereits anhält. Die bisherige Verweildauer dient – neben der Rückkehrquote – somit als Indikator für die Verfestigung des Hilfebezugs.

Beim Vergleich verschiedener Personengruppen im Hilfebezug wird sichtbar, dass jüngere Menschen (zwischen 15 und 25 Jahren) mit dem Beginn einer eigenen Erwerbstätigkeit bedeutend schneller ihre Hilfebedürftigkeit ablegen können als Personen ab 50 Jahren. Während 23,8% der Jüngeren weniger als ein halbes Jahr im Hilfebezug waren, gelang es nur 10,1% der Personen ab 50 Jahren, ihre Hilfebedürftigkeit in dieser kurzen Zeit zu beenden. Besonders deutlich ist der Unterschied beim Langzeitbezug.

Über die Hälfte der Grundsicherungsbezieher ab 50 Jahren sind schon seit über 4 Jahren hilfebedürftig, von den Jüngeren dagegen nicht einmal jeder Dritte.

Auch die Bedarfsgemeinschaftsformen unterscheiden sich hinsichtlich der Dauer der Hilfebedürftigkeit. Rund 32,3 % der Bedarfsgemeinschaften von Paaren/Partnern mit Kindern bezogen im Dezember 2012 bereits seit mindestens 4 Jahren Grundsicherungsleistungen, bei den Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden waren es 37,4 % und bei Singles 39,1 %. Bedarfsgemeinschaften mit Alleinerziehenden finden sich seltener (zu 14,7 %) in der Kategorie der kürzesten Verweildauer von unter 6 Monaten als Singles (18,4 %) und Partner (19,5 %), auch weil diese häufiger als nicht arbeitssuchend eingestuft werden.

Darstellung 4.28: Bisherige Verweildauer* von Personengruppen und Bedarfsgemeinschaften im SGB-II-Leistungsbezug in Bayern im Dezember 2012, in Prozent



^{*} Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen werden als unschädlich bewertet und begründen keine neue Dauerermittlung. Unterbrechungszeiten werden herausgerechnet, es handelt sich also um eine Nettodauer. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sanktionsgründe gegenüber Arbeitslosengeld-II-Empfängern

Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind verpflichtet, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern. Bei Verstoß gegen diese Pflichten wird die Leistung gekürzt. Sanktionen dauern in der Regel 3 Monate. Von Sanktionen waren im April 2013 3,5 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bayern betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 124 Euro je erwerbsfähigem Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion.

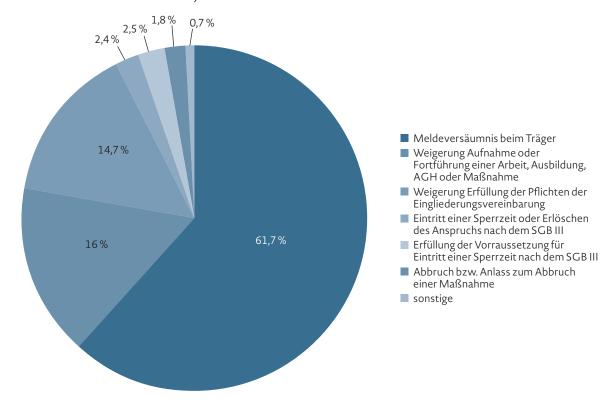
Der mit 61,7 % mit weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung von Meldepflichten

gegenüber dem zuständigen Träger, was bei erstmaligem Verstoß eine Minderung der Regelleistung um 10 % nach sich zieht.

Bei allen anderen Pflichtverletzungen wird das Arbeitslosengeld II um 30 % (bei erster Pflichtverletzung) reduziert:

- Bei 16 % lag eine Weigerung, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung etc. aufzunehmen oder fortzuführen, einer Sanktion zu Grunde.
- ► 14,7 % basierten auf einer Verletzung einer in der Eingliederungsvereinbarung geregelten Pflicht.

Darstellung 4.29: Sanktionsgründe gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bayern, Berichtsmonate Januar bis Dezember 2012



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

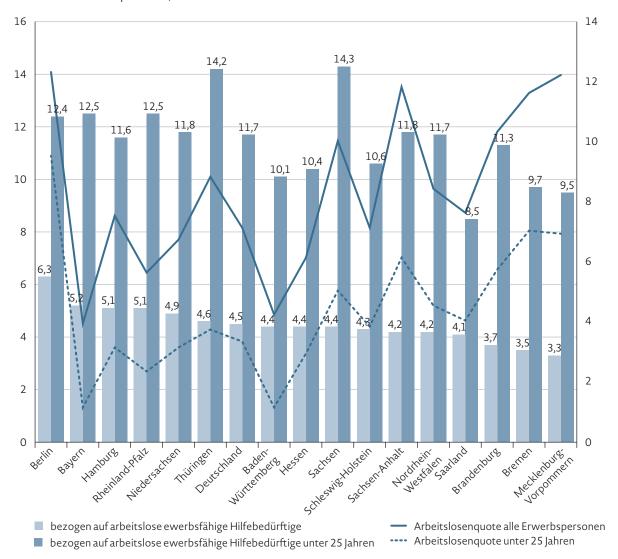
Bundesweit unterschiedliche Sanktionsquoten: In Bayern am zweithöchsten

Die Sanktionsquote lag im April 2013 in Bayern – bezogen auf alle arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) – bei 5,2 %, bundesweit waren es 4,5 %. Insgesamt reicht die Spanne von 3,3 % in Mecklenburg-Vorpommern bis maximal 6,3 % in Berlin. Bei den unter 25-jährigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen schwanken die Sanktionsquoten zwischen 8,5 % im Saarland und 14,3 % in Sachsen. Gegen Jüngere werden deutlich häufiger Sanktionen verhängt als gegen Ältere. Ein Grund hierfür könnte u. a. sein, dass Junge besonders intensiv betreut werden. Auch Sonderregelungen für junge Leute, bei denen schon bei der ersten Stellenablehnung die Leistung komplett gestrichen werden kann, dürften eine Rolle spielen.

Die Bundesländer unterscheiden sich hinsichtlich der Sanktionsquoten deutlich weniger als z.B. einzelne Regionen in jedem Bundesland. So reicht die Spanne der Sanktionsquoten bei arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von 1,3% im Kreis Eichsfeld (Thüringen) bis zu 12,7% im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim.

Die unterschiedlichen Sanktionsquoten hängen wesentlich vom Arbeitsmarkt bzw. vom Arbeitsangebot in der Region ab. Bei hoher Arbeitslosigkeit sind die Sanktionsquoten oft niedriger, denn bei ungenügendem Arbeitsangebot helfen Sanktionen nicht und können auch nicht wirksam verhängt werden.

Darstellung 4.30: Sanktionsquoten und Arbeitslosenquoten in den Bundesländern und in Deutschland im April 2013, in Prozent



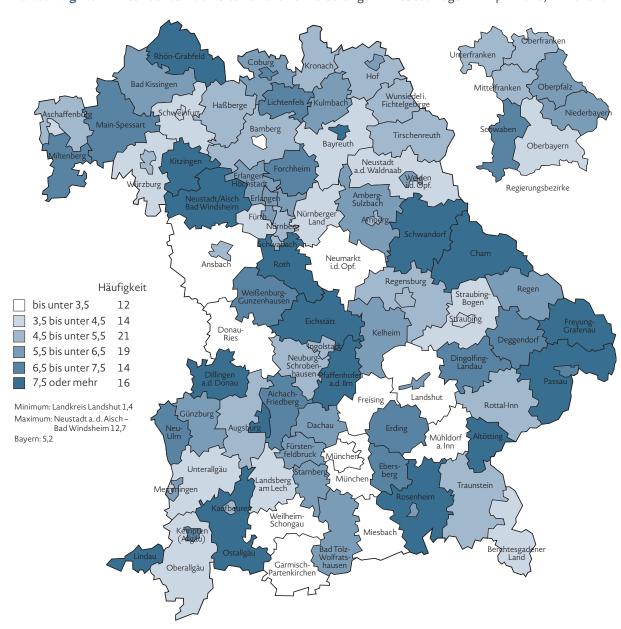
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Regionale Verteilung der Sanktionsquoten in Bayern

Die Sanktionsquoten (Anteil der von einer Sanktion betroffenen arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen Hilfebedürftigen) reichen von 1,4% im Landkreis Landshut bis 12,7% im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. In über der Hälfte der Regionen liegt die Sanktionsquote in einem mittleren Bereich zwischen 4% und 7%.

Im Regierungsbezirksvergleich weist Schwaben mit 6,7 % die höchste Sanktionsquote auf, Oberbayern mit 4,3 % die geringste.

Darstellung 4.31: Anteil der sanktionierten an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im April 2013, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

4.4 GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI ERWERBSMINDERUNG

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

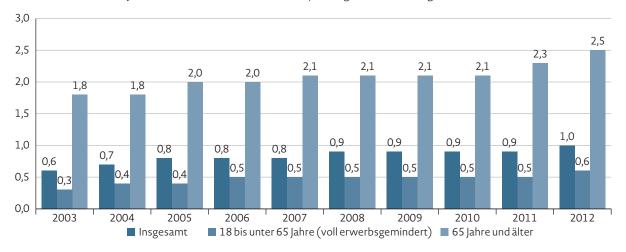
Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt für Personen ab 65 Jahren sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen sicherstellt. Ende 2012 bezogen 106.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

42% der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen.

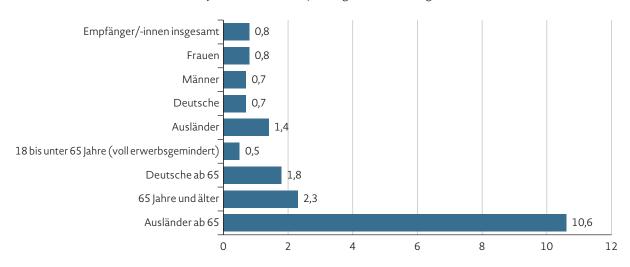
Die Mehrheit der Empfänger war 65 Jahre und älter. Ende 2012 haben 2,5 % aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen abgedeckt, das bedeutet eine Zunahme um 0,7 Prozentpunkte gegenüber 2003.

Vor allem bei älteren Ausländern zeigte sich eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung. Rund 10,6% der ausländischen Mitbürger/-innen ab 65 Jahren erhielten Ende 2011 Grundsicherung im Alter. Damit lag die Quote bei ihnen fast sechs Mal höher als bei deutschen Bürgern ab 65 Jahren (1,8%).

Darstellung 4.32: Quoten der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Bayern 2003 bis 2012, Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in Prozent



Darstellung 4.33: Quoten der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2011 in Bayern, Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in Prozent



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen

Frauen ab 65 Jahren sind stärker auf Grundsicherung im Alter angewiesen als ihre männlichen Altersgenossen

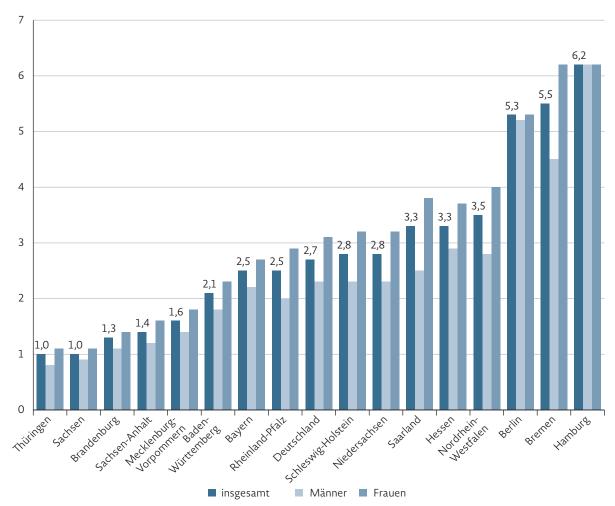
Die Grundsicherung im Alter trägt wesentlich dazu bei, Altersarmut zu bekämpfen. Da ältere Menschen nicht selten bestehende Sozialleistungsansprüche nicht geltend machen, weil sie u.a. einen Rückgriff auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchten und/oder eine Auseinandersetzung mit Behörden scheuen, unterschätzen die Quoten tendenziell das Ausmaß des eigentlichen Bedarfes und der Armutsgefährdung (vgl. ausführlicher Kap. 2).

Betrachtet man die älteren Grundsicherungsbezieher/-innen ab 65 Jahren, fallen geschlechterspezifische Unterschiede auf, die aber meist unter einem Prozentpunkt liegen und damit wesentlich geringer sind als die Unterschiede bei der Altersarmutsgefährdung. So bezogen zum Jahresende 2012 in Bayern 2,7 %

(Deutschland: 3,1%) aller Frauen ab 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern waren es dagegen 2,2% (Deutschland: 2,3%). Mit Ausnahme von Hamburg erwies sich in allen Bundesländern die Quote der älteren Frauen höher als die der älteren Männer.

Am häufigsten haben die Menschen in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die Leistung in Anspruch genommen (zwischen 5,3 % und 6,2 %). Am seltensten tat dies die ältere Bevölkerung in Thüringen und Sachsen (jeweils 1,0 %). Nicht nur in Bayern ist feststellbar, dass in Verdichtungsräumen die Älteren häufiger Grundsicherung im Alter beziehen als in ländlichen Räumen.

Darstellung 4.34: Quote der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahren) nach Geschlecht und Bundesländern am 31.12.2012, in Prozent



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Regionale Verteilung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

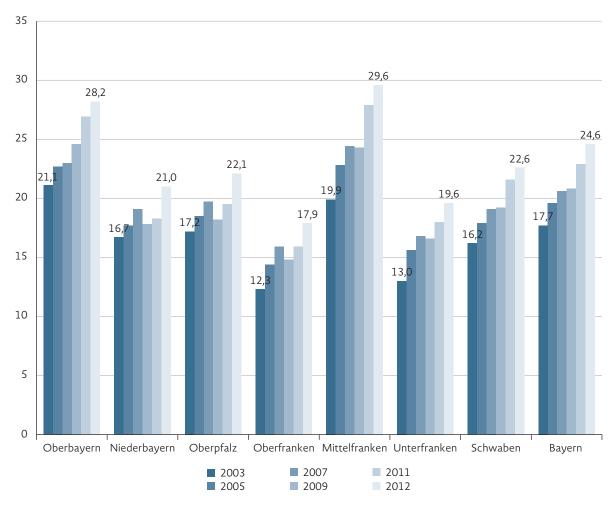
Bayernweit bezogen 2012 rund 61.000 Menschen ab 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dies entspricht 2,5 % der Bevölkerung im entsprechenden Alter. Bis auf einen leichten Rückgang im Jahr 2009 ist die Empfängerzahl seit Einführung 2003 jährlich angestiegen, 2012 um knapp 9 % gegenüber dem Vorjahr. Die Empfängerzahl 2012 gegenüber 2003 ist in Mittelfranken mit +71 % am stärksten und in der Oberpfalz und in Niederbayern mit +22 % bzw. +23 %am geringsten gestiegen.

Überdurchschnittlich stark waren Menschen ab 65 Jahren in Mittelfranken und Oberbayern Empfänger von Grundsicherungsleistungen. Am seltensten nahm die Bevölkerung in Oberfranken diese Leistung in Anspruch. Informationen zu den Quoten auf Landkreisebene enthält die Darstellung S 9 im Materialienband.

Neben Älteren bezogen auch noch 44.615 Empfänger im Alter von 18 bis unter 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dabei handelte es sich um Personen, die wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung (meist Schwerbehinderte) dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Zahl nahm in 2012 gegenüber 2011 um 6,3 % zu.

Ende 2012 erhielten 48.015 (entspricht 45,3 %) Männer und 57.993 (entspricht 54,7 %) Frauen Leistungen der Grundsicherung. Dabei stellten die Frauen ab 65 Jahren mit 38.048 Empfängerinnen die größte Empfängergruppe dar.

Darstellung 4.35: Empfänger von Grundsicherung im Alter je 1.000 Einwohner ab 65 Jahren in den Regierungsbezirken und Bayern 2003 bis 2012, in Promille



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen

Durchschnittlicher monatlicher Auszahlungsbetrag der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lag zum Jahresende 2011 in Bayern bei 438 Euro pro Empfängerin bzw. Empfänger

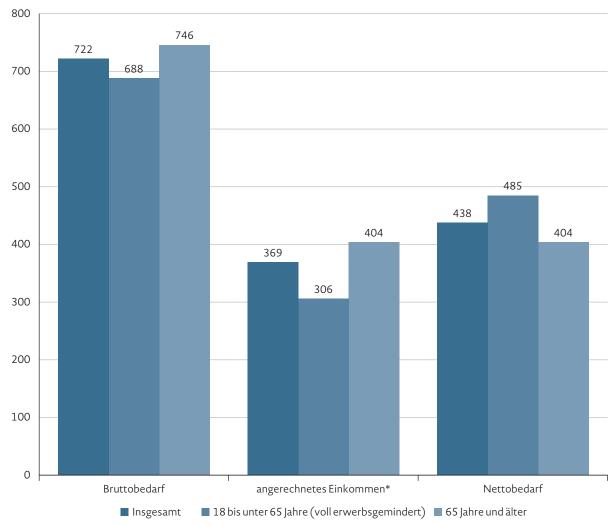
Durchschnittlich hatten bayerische Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Jahresende 2012 einen monatlichen Bruttobedarf von 722 Euro. Mit 331 Euro entfielen über 45 % des durchschnittlichen Bruttobedarfs auf die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Die Empfängerinnen und Empfänger bezogen in der überwiegenden Mehrheit ein oder mehrere Einkom-

men, die auf die Grundsicherungsleistung angerechnet wurden. Nur ungefähr 23 % hatten kein anrechenbares Einkommen.

Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 369 Euro⁴ wurden im Schnitt 438 Euro netto je Leistungsempfänger/-in ausgezahlt. Das bedeutete im Durchschnitt eine Erhöhung um ca. 1% gegenüber dem Vorjahr.

Darstellung 4.36: Durchschnittliche Zahlbeträge an Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Bayern am 31.12.2012, in Euro



^{*} Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen mit angerechnetem Einkommen Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

⁴ Das durchschnittliche angerechnete Einkommen von 369 Euro bezieht sich auf alle Leistungsempfänger/-innen, die ein solches vorwiesen (77% aller Leistungsbezieher/-innen). Unter Berücksichtigung der restlichen 23% der Leistungsempfänger/-innen ohne vorweisbares Einkommen ergibt sich ein durchschnittlich angerechnetes Einkommen von rund 284 Euro, das den durchschnittlichen Bruttobedarf von 722 Euro auf einen Nettobedarf von 438 Euro reduziert.

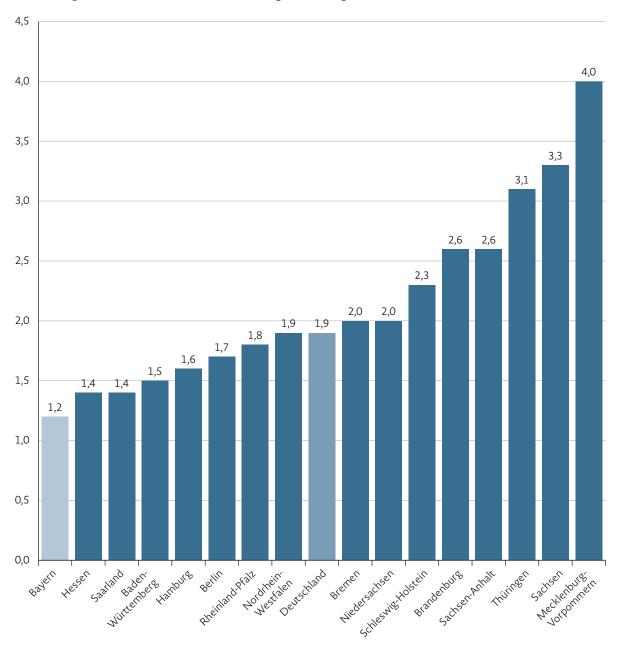
4.5 WOHNGELD

Wohngeld: Geringster Anteil an Wohngeldempfängern in Bayern

Damit auch einkommensschwächere Haushalte die Wohnkosten für einen angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können, wird in Deutschland Wohngeld gewährt. Wohngeld wird in Abhängigkeit von der Bedürftigkeit des Empfängerhaushalts geleistet.

Der Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an allen Privathaushalten ist in Bayern mit 1,2 % im Vergleich aller Bundesländer am geringsten. Auch hieran zeigt sich der im bundesweiten Vergleich relativ hohe Wohlstand Bayerns.

Darstellung 4.37: Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach Bundesländern* 2011, in Prozent



^{*} Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten (Mikrozensus 2011) – Reine Wohngeldhaushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt

Zahl der Wohngeldempfänger 2012 in Bayern stark rückläufig

Am Jahresende 2012 gab es in Bayern 61.703 "reine" Wohngeldhaushalte, also Haushalte, die bezüglich aller zum Haushalt zählenden Personen wohngeldberechtigt sind. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Empfängerhaushalte um knapp 14%.

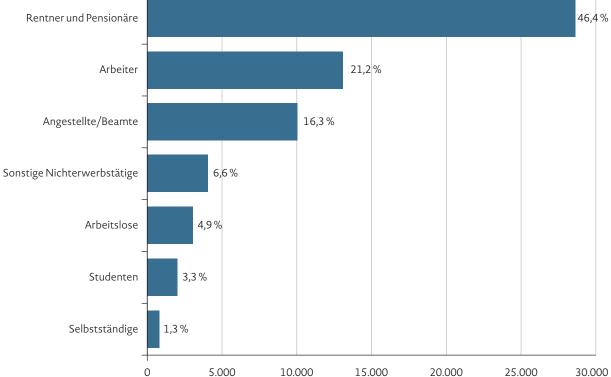
Neben den rund 61.700 reinen Wohngeldhaushalten gab es Ende 2012 in Bayern rund 7.300 wohngeldrechtliche Teilhaushalte in so genannten "Mischhaushalten". Das entspricht einem Rückgang der Mischhaushalte gegenüber dem Vorjahr (10.728) um 32%. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen Empfänger von staatlichen Transferleistungen, die nicht selbst wohngeldberechtigt sind (z.B. Empfänger von Arbeitslosengeld II, die in der Regel kein Wohngeld erhalten, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden), mit Personen zusammenleben, die wohngeldberechtigt sind.

Von den 61.703 reinen Wohngeldhaushalten in Bayern erhielten 57.566 (93,3%) das Wohngeld als Mietzuschuss und 4.137 (6,7%) als Lastenzuschuss (Wohneigentümer). Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 110 Euro beim Mietzuschuss und 136 Euro beim Lastenzuschuss (Mietzuschuss wird an Mieter ausgezahlt, Eigentümer von Immobilien bekommen Lastenzuschuss).

Von den 61.703 Wohngeldempfängerhaushalten waren 46 % Rentner- und Pensionärs-, 21 % Arbeiter-, 16% Angestellten-/Beamten- und 5% Arbeitslosenhaushalte. Wie in den Vorjahren waren es auch am Jahresende 2012 vor allem Singlehaushalte (überwiegend Ältere), die Wohngeld erhielten. Mit 32.274 machten sie mehr als die Hälfte (52,3%) aller reinen Wohngeldhaushalte aus. 12,3 % lebten in einem Zweipersonenhaushalt, 8,5 % in einem Dreipersonenhaushalt sowie 13% in einem Vierpersonenhaushalt. Die restlichen 14% lebten in einem Fünf- oder Mehrpersonenhaushalt.

Anteile in Prozent Rentner und Pensionäre 46,4%

Darstellung 4.38: Wohngeldempfänger in reinen Wohngeldhaushalten Bayerns 2012 nach der sozialen Stellung,



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

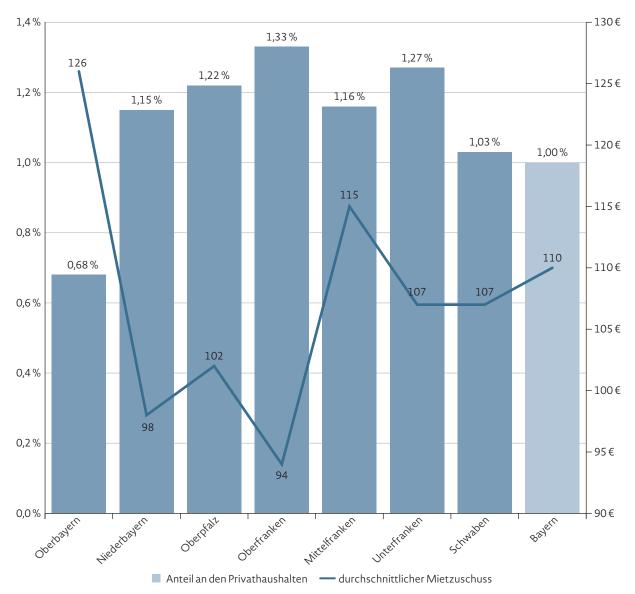
In Oberbayern ist der Anteil der Haushalte, die auf Wohngeld angewiesen sind, am geringsten

Die größte Wohngelddichte weist Oberfranken (1,33 % der Privathaushalte) sowie Unterfranken (1,27 %) und Oberpfalz (1,22 %) auf. Haushalte in Oberbayern beziehen mit einem Anteil von nur 0,68 % mit Abstand am seltensten Wohngeld. Gleichwohl sind die prozentualen Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken minimal.

In Oberbayern mit der niedrigsten Wohngelddichte ist der durchschnittlich gezahlte Mietzuschuss mit 126 Euro am höchsten, während in Oberfranken mit der höchsten Wohngelddichte mit 94 Euro durchschnittlich der niedrigste Mietzuschuss gezahlt wurde.

Die Spannbreite der durchschnittlich gezahlten Mietzuschüsse reicht von 82 Euro im Landkreis Regen und der kreisfreien Stadt Hof bis zu 153 Euro im Landkreis Freising.

Darstellung 4.39: Wohngelddichte* und durchschnittliche Mietzuschusshöhe 2012 in den Regierungsbezirken, in Prozent und Euro



^{*} Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld an den Privathaushalten (Mikrozensus 2012) – Reine Wohngeldhaushalte. Quellen: Wohngeldstatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; Mikrozensuserhebung 2012; eigene Berechnungen

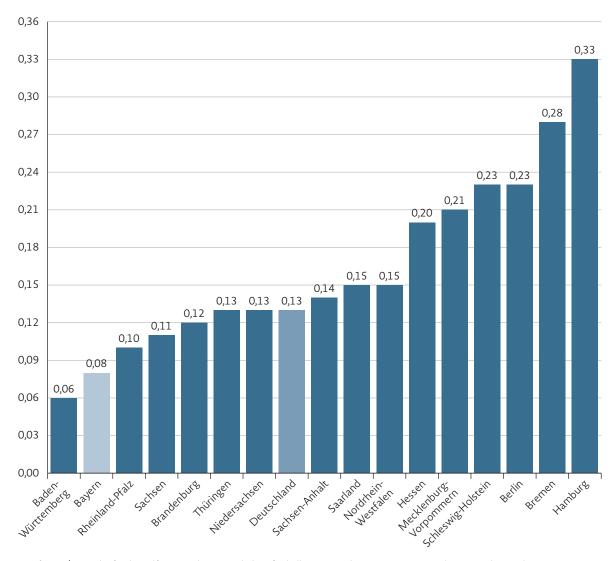
4.6 SOZIALHILFE

Mindestsicherung durch Sozialhilfe⁵: In Bayern ist die Sozialhilfequote am zweitniedrigsten, bundesweit minimale quantitative Bedeutung

Bayern weist mit einer Sozialhilfequote von 0,08% eine der geringsten Quoten aller Bundesländer auf (2011). Nur Baden-Württemberg verzeichnet mit 0,06% eine geringfügig günstigere Quote. Den höchsten Anteil verzeichnet Hamburg mit 0,33%. Insgesamt ist die quantitative Bedeutung der Sozialhilfe sehr gering.

Die Empfängerzahlen sind gegenüber 2004 insgesamt um bis zu 98% zurückgegangen. Seit dem 01.01.2005 erhalten bisherige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne sowie ihre Familienangehörigen eine Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) sowie seit 2003 Ältere und Erwerbsgeminderte Leistungen nach der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Darstellung 4.40: Sozialhilfequote* nach Bundesländern 2011, in Prozent



^{*} Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 100 Einwohner am Jahresende. Quelle: Statistisches Bundesamt

⁵ Auf Sozialhilfe haben ab dem 01.01.2005 nur noch Erwerbsunfähige (Erwerbsfähigkeit unter 3 Stunden pro Tag), Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern einen Anspruch.

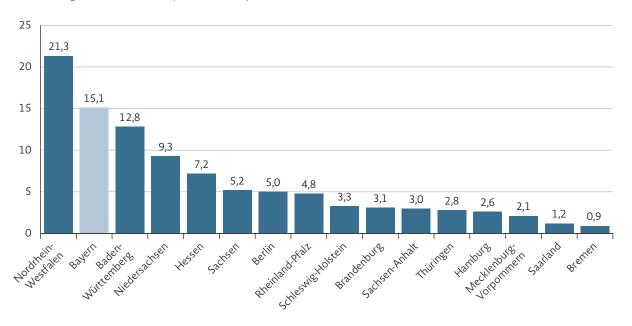
4.7 ASYL

Asylbewerber: Aufnahme- und Ausgabenquoten

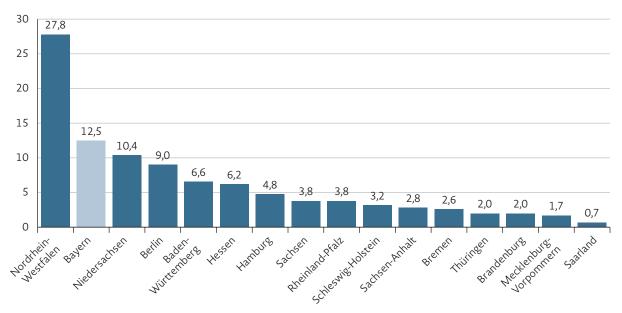
Etwa jeder siebte Asylbewerber (ca. 15 %), der im Jahr 2011 in der Bundesrepublik Asyl beantragte, wurde in einer Aufnahmeeinrichtung in Bayern untergebracht.

Bayern gab im Jahr 2011 etwa 113,5 Mio. Euro für Asylbewerber und weitere Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus. Die Ausgabenquote lag bei 12,5 % und damit wesentlich unter der Aufnahmequote von 15 % (ähnlich z.B. in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz).

Darstellung 4.41: Aufnahmequote* von Asylbewerbern nach Bundesländern 2011, in Prozent



Darstellung 4.42: Ausgabenquote** für Asylbewerber nach Bundesländern 2011, in Prozent



^{*} Anteil für die Aufnahme von Asylbegehrenden durch die einzelnen Bundesländer nach § 45 AsylVfG

Quelle: Statistisches Bundesamt

^{**} Anteil der Ausgaben der Länder an den Gesamtausgaben bundesweit.

4.8 ELTERNGELD, KINDERBETREUUNG

Bayern liegt beim Elterngeld für Geburten im 1. Vierteljahr 2012 mit einer Väterquote von 36,3 % an der Spitze der Bundesländer

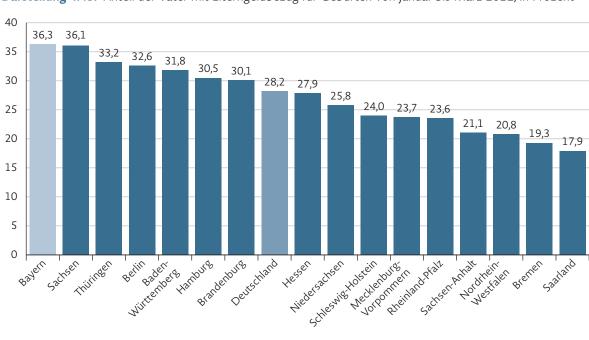
Der Anteil der Väter mit Elterngeldbezug liegt in Bayern mit 36,3 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 28,2 %. Rund 44.000 Väter (davon 9.000 in Bayern) und 152.000 Mütter (davon 25.000 in Bayern) haben für ihre im 1. Vierteljahr 2012 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Seit Inkrafttreten des Elterngeldes ist die Väterbeteiligung deutlich angestiegen. Während 24,8 % der bayerischen Väter für im 1. Vierteljahr 2008 geborene Kinder Elterngeld in Anspruch nahmen, taten dies die Väter für ihre im gleichen Zeitraum 2009 geborenen Kinder bereits zu 30 %. Seit den im 3. Vierteljahr 2010 geborenen Kindern stieg der Väteranteil in Elterngeldbezug auf mehr als ein Drittel.

Das Elterngeld wird bis zu zwölf Monate geleistet (unter den Partnern frei aufteilbar) und um zwei sogenannte "Partnermonate" verlängert, wenn der zweite Elternteil mindestens für diese beiden Monate die Elternzeit in Anspruch nimmt und sein Einkommen mindert. Nach wie vor nehmen Väter größtenteils nur die sogenannten Partnermonate in Anspruch. So bezogen bundesweit rund drei von vier Vätern die Leistung nur für zwei Monate. Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug bei Vätern in Bayern 2,8 Monate,

bei Müttern 11,7 Monate. In Bayern ist der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, am höchsten, die Bezugsdauer des Elterngeldes ist jedoch die niedrigste.

Unterschiede zeigen sich auch in der Höhe des Elterngeldanspruchs. Fast die Hälfte der Mütter (Deutschland: 46%, Bayern: 40%) hatte einen Elterngeldanspruch von unter 500 Euro, dagegen erhielt nur ungefähr jeder sechste bzw. achte Vater (Deutschland: 18%, Bayern: 13%) weniger als 500 Euro Elterngeld.

Über 15.000 Eltern in Bayern haben bis Mitte Oktober 2013 das neue Betreuungsgeld beantragt, das für Kinder gewährt wird, die ab dem 01.08.2012 geboren wurden. Dies zeigt, dass das Betreuungsgeld für junge Eltern, die ihr ein- oder zweijähriges Kind selbst betreuen oder die Betreuung privat organisieren wollen, wichtig ist und ein Stück mehr Wahlfreiheit für Familien bringt. Das Betreuungsgeld, das im Anschluss an das Elterngeld für maximal 22 Monate gezahlt wird, beträgt zunächst 100 Euro pro Monat, ab dem 01. August 2014 dann 150 Euro.



Darstellung 4.43: Anteil der Väter mit Elterngeldbezug für Geburten von Januar bis März 2012, in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt "Statistik zum Elterngeld – Gemeldete beendete Leistungsbezüge für im ersten Vierteljahr 2012 geborene Kinder"

Regionale und geschlechterspezifische Unterschiede bei der Höhe des Elterngeldanspruchs

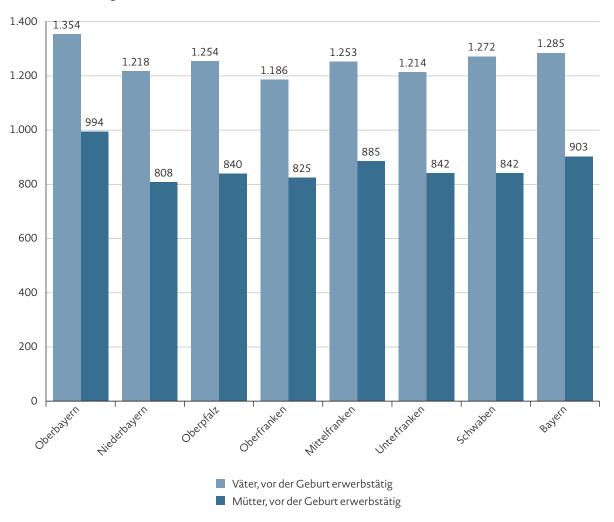
Das 2007 eingeführte Elterngeld ist einkommensabhängig und ersetzt grundsätzlich 65 bis 67% des bisherigen Nettoeinkommens – bis maximal 1.800 Euro pro Monat. Für Geringverdiener mit einem Einkommen unter 1.000 Euro vor der Geburt des Kindes steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis zu 100%. Der Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro wird auch gezahlt, wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde.

Von den rund 36.000 Vätern in Bayern, die für ihr 2011 geborenes Kind Elterngeld in Anspruch genommen haben, waren 91,9% vor der Geburt erwerbstätig, von den rund 99.000 Müttern nur 70,4%. Diese Anteile sind in den vergangenen drei Jahren bei den

Müttern um über 9 Prozentpunkte und bei den Vätern um knapp 4 Prozentpunkte gestiegen.

Während vor der Geburt erwerbstätige Väter bayernweit einen durchschnittlichen Elterngeldanspruch von 1.285 Euro hatten, lag dieser für Mütter mit 903 Euro um 29,7 % niedriger. Die höchsten durchschnittlichen Elterngeldansprüche hatten erwerbstätige Väter im Regierungsbezirk Oberbayern (1.354 Euro), die geringsten hatten Väter im Regierungsbezirk Oberfranken (1.186 Euro). Vor der Geburt des Kindes erwerbstätige Mütter hatten ebenfalls im Regierungsbezirk Oberbayern den durchschnittlich höchsten Elterngeldanspruch (994 Euro), im Regierungsbezirk Niederbayern mit 808 Euro den geringsten.

Darstellung 4.44: Durchschnittliche Höhe des Elterngeldanspruchs im 1. Bezugsmonat für im Jahr 2011 geborene Kinder, in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt "Elterngeld für Geburten 2011 nach Kreisen", erschienen im Mai 2013

Landeserziehungsgeld in Bayern als eigene Familienleistung

Landeserziehungsgeld als eigene Familienleistung wird im Freistaat Bayern seit dem Jahr 1989 als einem von nur drei Bundesländern als Anerkennung der familiären Erziehung und wichtige Einkommensergänzung gewährt. Das Landeserziehungsgeld ist als unmittelbare Anschlussleistung an das Bundeselterngeld ausgestaltet. Der Freistaat Bayern konnte Familien damit bisher mit über 2,8 Mrd. € (1989 bis September 2013) unterstützen. Durch die deutliche Erhöhung der Einkommensgrenzen für Geburten ab 01.04.2008 (auf 25.000 € für Paare und 22.000 € für Alleinerziehende) konnte die Inanspruchnahme wesentlich erhöht werden. Derzeit beziehen etwa 40% aller Eltern Landeserziehungsgeld.

Das Landeserziehungsgeld beträgt für das erste Kind monatlich 150 Euro, für das zweite Kind 200 Euro und für das dritte und weitere Kinder 300 Euro. Das Landeserziehungsgeld wird für das erste Kind für sechs Monate und für jedes weitere Kind für zwölf Monate gewährt.

Das Landeserziehungsgeld wird von den Eltern sehr hoch akzeptiert. So sagten z.B. 88% der Eltern, dass diese Leistung ihnen in ihrer finanziellen Situation geholfen habe. Bei 71% trägt das Landeserziehungsgeld wesentlich zur Entspannung der finanziellen Situation in der Familie bei. Rund drei Viertel der Eltern geben an, die Leistung erleichtere es ihnen, ihre Kinder selbst zu betreuen. Viele empfinden das Landeserziehungsgeld als eine Wertschätzung ihrer Erziehungsleistung.

Darstellung 4.45: Landeserziehungsgeld 2013



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Betreuungsquote der unter 3-Jährigen: Rasch ansteigend

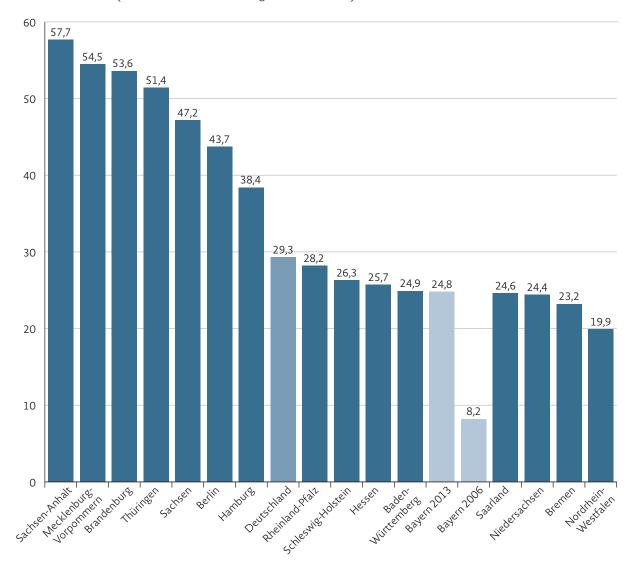
In Bayern haben am 01.03.2013 die Eltern von rund 80.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe entsprach damit 24,8%. Der Anteil hat sich seit 2006 um 16,6 Prozentpunkte erhöht.

Im September 2013 stehen in Bayern bereits über 100.000 Plätze für unter 3-Jährige zur Verfügung, das entspricht einem Versorgungsgrad von etwa 47 % der Ein- und Zweijährigen, für das Kindergartenjahr

2013/2014 wird ein Versorgungsgrad von rund 52% anvisiert.

Bundesweit belief sich die Betreuungsquote zum 01.03.2013 für Kinder unter 3 Jahren auf 29,3 %. Sehr hohe Betreuungsquoten verzeichnen weiterhin die neuen Bundesländer, von den alten Flächenländern hat Rheinland-Pfalz eine um 3,4 Prozentpunkte höhere Quote als Bayern. Baden-Württemberg, das Saarland und Niedersachsen liegen in etwa auf dem bayerischen Niveau.

Darstellung 4.46: Kindertagesbetreuung*, Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren am 01.03.2013 (aktuellste bundesweit vergleichbare Daten), in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagsschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe.

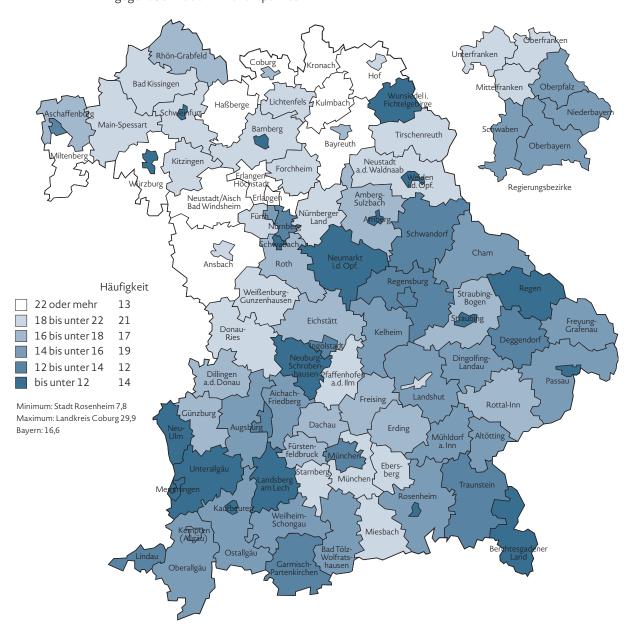
Quelle: Statistisches Bundesamt

Verdreifachung der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in externen Betreuungseinrichtungen in nur sieben Jahren

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, steigt kontinuierlich an. Allein im Zeitraum 2006 bis 2013 hat sich die Betreuungsquote bayernweit von 8,2% in

2006 auf 24,8% in 2013 verdreifacht. Dabei ist eine deutliche Steigerung in jedem der 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte zu verzeichnen.

Darstellung 4.47: Kinderbetreuung der unter 3-Jährigen, Veränderung der Betreuungsquoten* zum 01.03.2013 gegenüber 2006 in Prozentpunkten



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, je 100 Kinder in dieser Altersgruppe; jeweils zum 01.03.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Regionale Betreuungsquoten 2013 - eine Struktur in raschem Wandel

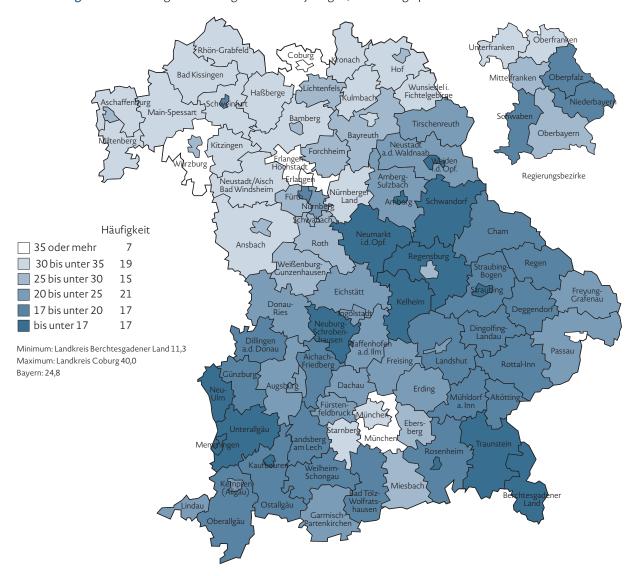
Die am 01.03.2013 landesweite Betreuungsquote von rund 25% bei den unter 3-Jährigen in einer Kinderbetreuungseinrichtung verteilt sich regional unterschiedlich mit Regionen unter 17% und solchen über 35%. Während im Landkreis Coburg 40% der Kinder einen Krippenplatz haben, wurde im Landkreis Berchtesgadener Land nur etwa jedes neunte Kind in einer Krippe betreut.

In den Regierungsbezirken Unter- und Oberfranken liegt mit über 31 % die höchste Versorgung mit Betreuungseinrichtungen vor, während in Nieder-

bayern, der Oberpfalz und Schwaben nur rund 19% der unter 3-Jährigen außerhalb des Elternhauses betreut werden. Bis auf das Einzugsgebiet von München hat Bayern unterhalb einer von Südwesten nach Nordosten verlaufenden Linie tendenziell deutlich weniger externe Kleinkindbetreuung als oberhalb dieser Linie, d.h. in den fränkischen Regierungsbezirken.

Der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter 3-Jährigen ändert sich rasch, die Betreuungssituation zum 01.03.2013 stellt deshalb nur eine Momentaufnahme dar.

Darstellung 4.48: Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen, Betreuungsquote 2013* in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, je 100 Kinder in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2013.

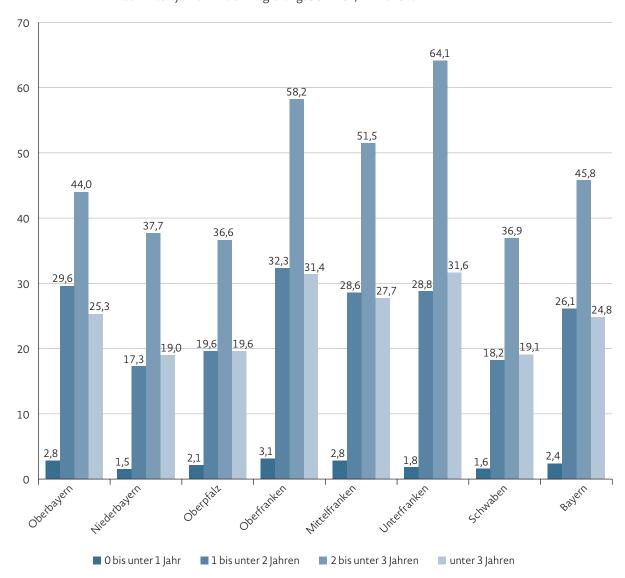
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Betreuungsquote der zweijährigen Kinder in Bayern zum 01.03.2013

Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen werden nicht nur auf regionaler Ebene Unterschiede deutlich, sondern in erster Linie bei einem Vergleich der Einzelaltersjahre. Während bayernweit nur jedes 40. Kind (2,4%) unter einem Jahr in Kindertagesbetreuung war, steigt der Anteil bei den Einjährigen (26,1%) und Zweijährigen (45,8%) schnell an.

Bei den Kindern im Alter von einem Jahr lag die Betreuungsquote in den meisten Regionen bei über 20,0% (in 57 von 96 Kreisen). In Unterfranken wurden im März 2013 bereits fast zwei Drittel der Kinder (64,1%) mit zwei Jahren in einer Kindertagesbetreuung oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut, während in der Oberpfalz, in Schwaben und Niederbayern nur etwas mehr als jedes dritte zweijährige Kind ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut wurde.

Darstellung 4.49: Kindertagesbetreuung*, Betreuungsquoten zum 01.03.2013 von Kindern unter 3 Jahren nach Altersjahren in den Regierungsbezirken, in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2013.

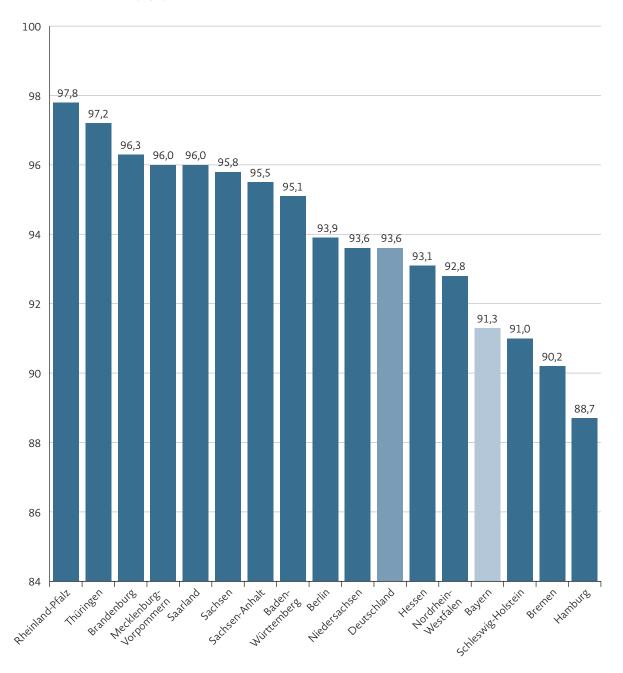
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen: auf hohem Niveau

In Bayern haben im Jahr 2013 die Eltern von rund 297.000 Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe entsprach demnach 91,3%.

Bundesweit beläuft sich die Betreuungsquote auf 93,6%. Spitzenreiter ist Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 97,8%, das "Schlusslicht" ist Hamburg mit einem Anteil von 88,7%.

Darstellung 4.50: Kindertagesbetreuung*, Betreuungsquote 2013 für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren, in Prozent



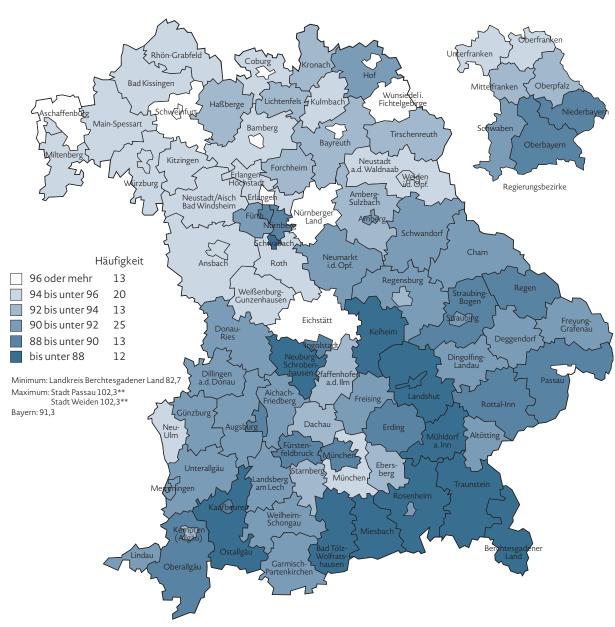
^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagsschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2013. Quelle: Statistisches Bundesamt

In zwei Drittel der Landkreise und kreisfreien Städte besteht mit einer Quote von 90% und mehr nahezu eine Vollversorgung bei der Betreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

Im März 2013 besuchten in Bayern 91,3 % der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren eine Kinderbetreuungseinrichtung. In Nordbayern ist die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe etwas höher als in Südbayern. Bis auf einen Landkreis und eine kreisfreie

Stadt liegt in allen Kreisen eine Betreuungsquote von über 86% vor. In einem Fünftel der Kreise besuchten sogar 95 % und mehr der 3- bis unter 6-jährigen Kinder eine Betreuungseinrichtung.

Darstellung 4.51: Kindertagesbetreuung* der 3- bis unter 6-Jährigen, Betreuungsquote Stand 01.03.2013, in Prozent



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kinder-

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

tageseinrichtungen; Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand 01.03.2013.

Da in der Statistik zur Kindertagesbetreuung die Anzahl der betreuten Kinder im jeweiligen Kreis ermittelt wird und keine Zuordnung der Kinder zu ihrem Wohnort erfolgt, kann die Betreuungsquote in Ausnahmefällen bei über 100% liegen.

Betreuungsquoten in allen Altersgruppen kontinuierlich gestiegen

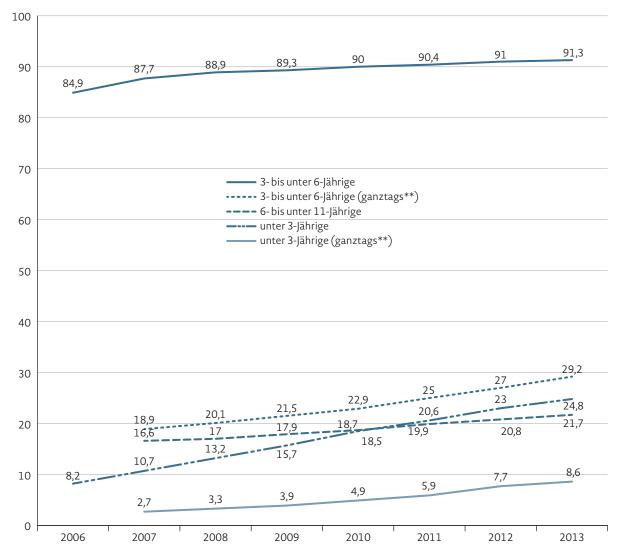
Die Betreuungsquoten sind seit 2006 bzw. 2007 in allen Altersgruppen in jedem Jahr gestiegen. Bei den unter 3-Jährigen ist sie von 8,2 % auf 24,8 % bzw. um 16,6 Prozentpunkte gestiegen, bei den 3- bis unter 6-Jährigen um 6,4 Prozentpunkte (jeweils im Zeitraum 2006 bis 2013). Für die 6- bis unter 11-Jährigen erhöhte sich die Betreuungsquote von 16,6 % in 2007 auf 21,7 % in 2013 bzw. um 5,1 Prozentpunkte.

Auch die Betreuungsquote der Kinder, die eine durchgehende Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag haben, hat sich in den vergangenen

Jahren sowohl bei den unter 3-Jährigen als auch bei den 3- bis unter 6-Jährigen kontinuierlich erhöht. So wurde im März 2013 bayernweit jedes 12. Kind (8,6%) im Alter von unter 3 Jahren mehr als 7 Stunden in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut. Gegenüber 2007 bedeutet dies mehr als eine Verdreifachung (2007: 2,7%).

Bei den 3- bis unter 6-Jährigen ist die Inanspruchnahme eines solchen "Ganztagsplatzes" mit einer Quote von 29,2% wesentlich häufiger verbreitet. Im März 2007 lag die Quote noch bei 18,9%.

Darstellung 4.52: Entwicklung der Betreuungsquoten* in Bayern nach dem Alter der Kinder und dem Betreuungsumfang, in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen; Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe; Stand jeweils 01.03.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt

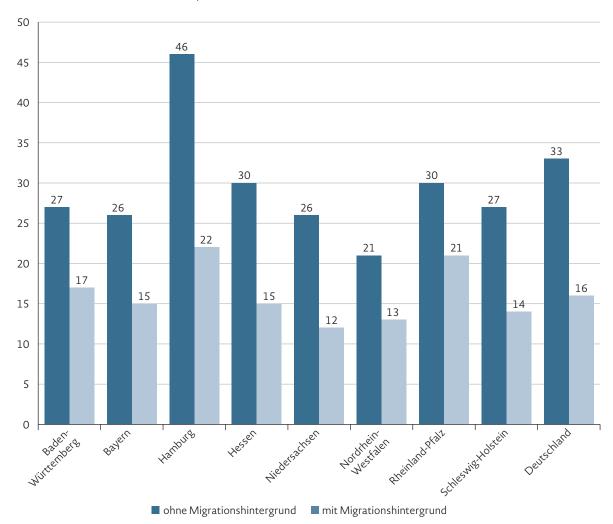
^{**} Mehr als 7 Stunden.

Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund

Von den bundesweit rund 558.000 Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung hatten 95.000 Kinder einen Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil). Das entspricht im Bundesgebiet 17% aller Kinder unter 3 Jahren, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut werden. In Bayern hatte ungefähr jedes fünfte Kind (rund 14.000 Kinder bzw. 18,8% von 73.000 Kindern) dieser Altersgruppe in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund.

Während bundesweit die Betreuungsquote bei allen Kindern unter 3 Jahren insgesamt bei 27,6 % lag, betrug die Betreuungsquote bei Kindern mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe lediglich 16 % (+4 Prozentpunkte gegenüber 2010). Bei Kindern ohne Migrationshintergrund war die Quote mit 33 % (+5 Prozentpunkte gegenüber 2010) mehr als doppelt so hoch. Die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund ist in allen Bundesländern vermutlich⁶ deutlich niedriger als die Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund (ca. nur halb so hoch).

Darstellung 4.53: Kindertagesbetreuung*, migrationsspezifische Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren am 01.03.2012, in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

⁶ Migrationsspezifische Betreuungsquoten (auf Basis des Mikrozensus) werden aufgrund zu geringer Besetzungszahlen nicht für alle Bundesländer ausgewiesen.

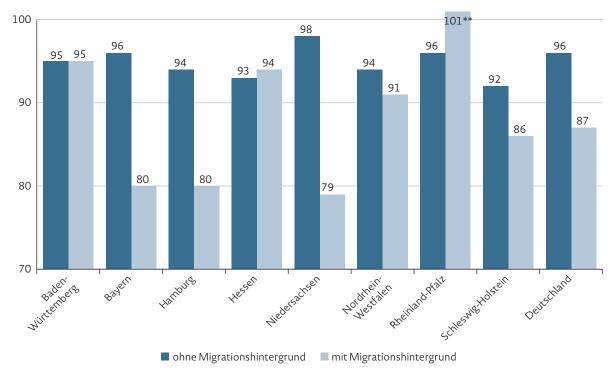
Unterschied in der Betreuungsquote zwischen Kindern von 3 bis unter 6 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund hat sich in Bayern gegenüber 2010 deutlich verringert

Der Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen, die einen Migrationshintergrund haben, ist in der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen erwartungsgemäß wesentlich höher als bei den unter 3-jährigen Kindern. Bundesweit hatte in dieser Altersgruppe mehr als jedes vierte Kind (556.000 Kinder bzw. 28,8% von 1,932 Mio.) in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund.

In den westdeutschen Bundesländern hatten mit 32,6% deutlich mehr Kinder in Kindertageseinrichtungen mindestens ein Elternteil, das aus dem Ausland stammt, als in Ostdeutschland (einschl. Berlin) mit 13,1%. Bayernweit lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit 26,4% etwas niedriger als der bundesweite Durchschnitt. Den höchsten Anteil in Bayern gab es in der kreisfreien Stadt Schweinfurt mit 60%, den geringsten Anteil im Landkreis Freyung-Grafenau mit 5%.

Auch bei Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund (87%) deutschlandweit unter dem Durchschnitt aller Kinder in dieser Altersgruppe (96%). Bis auf Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz liegt die Betreuungsquote in allen Bundesländern⁷ bei den Kindern mit Migrationshintergrund zum Teil erheblich unter der Betreuungsquote der Kinder ohne Migrationshintergrund. Obwohl sich die Differenz im Vergleich zu 2010 um 6 Prozentpunkte verringert hat, ist der Unterschied in Bayern bei der Betreuungsquote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund mit 16 Prozentpunkten immer noch groß. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund lag die Betreuungsquote im März 2012 bei 96%, mit Migrationshintergrund bei 80% (insgesamt 91,0%).

Darstellung 4.54: Kindertagesbetreuung*, migrationsspezifische Betreuungsquoten für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren am 01.03.2012, in Prozent



^{*} Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

^{**} Da in der Statistik zur Kindertagesbetreuung die Anzahl der betreuten Kinder im jeweiligen Kreis ermittelt wird und keine Zuordnung der Kinder zu ihrem Wohnort erfolgt, kann die Betreuungsquote in Ausnahmefällen bei über 100% liegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Migrationsspezifische Betreuungsquoten (auf Basis des Mikrozensus) werden aufgrund zu geringer Besetzungszahlen nicht für alle Bundesländer ausgewiesen.





QR-Code mit dem Handy scannen und die Broschüre direkt unter www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/index.php lesen.



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren? BAYERN DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Winzererstr. 9, 80797 München

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@stmas.bayern.de

Gestaltung: CMS – Cross Media Solutions GmbH, Würzburg

Bildnachweis: Corbis Images/735 Druck: Druckerei Schmerbeck GmbH Gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)

Stand: April 2014

Artikelnummer: 1001 0476

Bürgerbüro: Tel.: 089 1261-1660, Fax: 089 1261-1470

Mo. bis Fr. 9.30 bis 11.30 Uhr und Mo. bis Do. 13.30 bis 15.00 Uhr

E-Mail: Buergerbuero@stmas.bayern.de

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen oder Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfälls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung, Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – ist die Angabe der Quelle und die Übersendung eines Belegexemplars erbeten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Publikation wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Der Inhalt wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.